G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Manfred Pahl-Rugenstein
Scheitert die Regierung Brandt/Scheel an Halbheiten?

Martin Hall, Los Angeles
Laos und My Lai: Amerikas Stunde der Wahrheit

Friedhelm Hemmerich
Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer

Kurt Beutler
Karl Marx in Sozialkunde-Schulbüchern

Hans Karl Rupp
Zur akademischen Diskussion des Demokratie-Begriffs

5'71

Mai 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1971

CHRONIK DES MONATS APRIL 1971 437

KOMMENTARE UND BERICHTE

Israels Verantwortung für den Frieden *Emanuel Salomon Sachs, London* 440

Zur Situation am Persischen Golf . . . . . *Klaus Elliesen* 445

HAUPTAUFSÄTZE

Ende einer Politik? Scheitert die Regierung Brandt/Scheel an Halbheiten? . . . . . *Manfred Pahl-Rugenstein* 448

Was sollte die BRD auf einer internationalen Konferenz für Europa erstreben? . . . . . *Harold Rasch* 458

Laos und My Lai: Amerikas Stunde der Wahrheit *Martin Hall, Los Angeles* 467

Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer . . . . . *Friedhelm Hemmerich* 481

Karl Marx in Sozialkunde-Schulbüchern. Wolfgang Abendroth zum 65. Geburtstag . . . . . *Kurt Beutler* 499

Zur akademischen Diskussion des Demokratie-Begriffs. Ein Literaturbericht . . . . . *Hans Karl Rupp* 507

FERNSEH-SPALTE

Der Mai ist gekommen . . . . . *E. H. Wahl* 517

BÜCHER

Lutz Winckler, Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache . . . . . *Hermann Korte* 518

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 520

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Geht in Peru eine Revolution vor sich? 521

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Eine polnische Veröffentlichung über den Vorschlag der UdSSR vom 26. März 1971 für ein Westberlin-Abkommen (Wortlaut) 530

Auszüge aus den außenpolitischen Teilen der Referate L. I. Breschnews und A. N. Kossygins auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, einschließlich des Sechs-Punkte-Programms für Abrüstung und friedliche Koexistenz . . 533

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 5/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats April 1971

1. 4. — Sowjetunion. Der 24. Parteitag der KPdSU, der am 30. 3. begonnen hatte, setzt die Debatte zum Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Breschnew fort. An der fünftägigen Aussprache beteiligen sich 45 Redner. — Am 4. 4. hält Außenminister Gromyko ein Referat vor den Delegierten. Der Minister äußert sich darin u. a. zu den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen: „Die Inkraftsetzung dieser Verträge, die Regelung der Probleme, die in den Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten Europas bestehen, die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit sowie der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen über Westberlin sind wichtige Schritte auf dem Wege von einem Europa der Konflikte zu einem Europa des stabilen Friedens. Diese Schritte müssen parallel erfolgen, ohne erst den Abschluß einer Angelegenheit für den Übergang zu einer anderen abzuwarten." — Am 6. 4. legt Ministerpräsident Kossygin den Bericht „Über die Direktiven zum Fünf-Jahr-Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971—1975" vor. — Am 9. 4. geht der Parteitag nach der Wahl der Führungsgremien zuende. Das Politbüro wird von 11 auf 15 Mitglieder erweitert. Alle bisherigen Mitglieder werden wiedergewählt. Der Partei-

tag verabschiedet Erklärungen zur Lage in Indochina und im Nahen Osten (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— Syrien. Der am 12. März durch Volksabstimmung für eine Amtszeit von sieben Jahren gewählte Staatspräsident General Hafez al-Assad nimmt eine Regierungsumbildung vor. Ministerpräsident wird der bisherige Innenminister Brigadegeneral Abdel Rahman Khleifawi. Von den 27 Mitgliedern des neuen Kabinetts gehören 13 der Bath-Partei an.

2. 4. — Berlin. Das Presseamt beim DDR-Ministerrat veröffentlicht eine Erklärung zu den im März geführten Verhandlungen zwischen Staatssekretär Kohrt und dem Westberliner Senatsdirektor Müller. Es heißt darin, über den Besuch von Westberlinern im Ostteil der Stadt und in der DDR anläßlich der bevorstehenden Osterfeiertage sei keine Einigung erzielt worden. „Die ganze Verantwortung" dafür trage „die Westberliner Seite, die offensichtlich unter dem Druck von außen ein ersprießliches Resultat" bisher verhindert habe. Das Presseamt sei zu der Feststellung ermächtigt, daß die Vorschläge der DDR „für eine allgemeine Regelung der Beziehungen, darunter auch die Möglichkeiten des Besuches Westberliner Bürger in der DDR, einschließlich ihrer Hauptstadt, Berlin, nach wie vor aufrechterhalten werden". — Am 17. 4. vereinbaren Kohrt und Müller bei einem Treffen im Rathaus Schöneberg, den Meinungsaustausch auch künftig fortzusetzen. — Am 20. 4. bestätigt das am 14. 3. gewählte Abgeordnetenhaus von Westberlin den neuen Senat in der vom Regierenden Bürgermeister Schütz vorgeschlagenen Zusammensetzung. Erstmalig regiert die SPD, die über die absolute Mehrheit verfügt, ohne Koalitionspartner.

4. 4. — Chile. Bei den Kommunalwahlen, den ersten Wahlen seit dem Amtsantritt von Präsident Allende im November 1970, kann die von ihm geführte Volksfront (Unidad Popular) 52 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Der Stimmenanteil bei den Präsidentschaftswahlen am 4. September 1970 hatte nur 36,3 Prozent betragen.

6. 4. — Chile/DDR. Beide Regierungen geben die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannt. In einem Kommuniqué heißt es, eine entsprechende Vereinbarung sei schon am 16. März von Außenminister Winzer und Staatssekretär Osorio in Ostberlin unterzeichnet worden. Die Bundesregierung drückt ihr Bedauern über die Entscheidung Chiles aus. In Santiago de Chile erklärt Außenminister Medina: „Wir wollen mit der BRD die gleichen guten Beziehungen aufrechterhalten wie bisher. Wir hoffen, daß die Bundesregierung, wenn sie über unseren Schritt auch nicht erfreut ist, so doch Verständnis dafür aufbringt."

8. 4. — USA. In einer längeren Ansprache über Rundfunk und Fernsehen verteidigt Präsident Nixon seine Vietnampolitik gegen die zunehmende Kritik in und außerhalb der Vereinigten Staaten. Nixon rechtfertigt noch einmal ausdrücklich die militärische Invasion in Kambodscha und Laos, die eine Verringerung des US-Militärkontingents in Indochina um weitere 100 000 Mann in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Dezember dieses Jahres möglich mache.

9. 4. — China/USA. Zum ersten Mal seit Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 folgen amerikanische Sportler einer chinesischen Einladung: die Tischtennis-Nationalmannschaft der USA reist von Nagoya in Japan nach Peking (später auch nach Schanghai und Kanton), um an einigen Freundschaftsspielen teilzunehmen. — Am 14. 4. gibt Ministerpräsident Tschou En-lai einen Empfang für die amerikanischen Sportler und die sie begleitenden Journalisten. Der Regierungschef spricht von einer neuen Seite „im Buch der chinesisch-amerikanischen Beziehungen". Am gleichen Tag läßt Präsident Nixon in Washington ein Fünf-Punkte-Programm über die Beziehungen zur VR China bekanntgeben, das u. a. die beschleunigte Ausfertigung von Einreise-Visa für Besucher, die Lockerung der Dollar-Devisenkontrolle und die Aufhebung der Bestimmung vorsieht, Flugzeugen und Schiffen im Verkehr mit der Volksrepublik China keinen Treibstoff zur Verfügung zu stellen. Weitere „zusätzliche Schritte" müßten noch geprüft werden. — Am 28. 4. bezeichnet das State Department den rechtlichen Status der Insel Formosa (Taiwan) als eine „ungelöste Frage". Der Pressesprecher des Ministeriums erklärt, die USA seien zwar vertraglich zur Verteidigung Formosas und der Pescadoren-Inseln verpflichtet, andererseits sei das Bestehen der Volksrepublik China seit 21 Jahren eine Realität. Seit einiger

Zeit gebe es zwischen den Regierungen in Washington und Peking Kontakte über Fragen von beiderseitigem Interesse.

14. 4. — Äquatorial-Guinea/DDR. In Santa Isabel und Berlin wird die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten mitgeteilt.

15. 4. — Sowjetunion / Bundesrepublik. Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Helmut Allardt, und der künftige sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, setzen in Moskau ihre Unterschrift unter ein Protokoll, das die Eröffnung gegenseitiger Generalkonsulate in Leningrad und Hamburg vorsieht.

16. 4. — Großbritannien. Zwischen Großbritannien, Australien, Singapore, Neuseeland und Malaysia wird ein neuer Militärpakt abgeschlossen, der die weitere Anwesenheit britischer Truppen „östlich von Suez" regelt. Die Labour-Regierung hatte seinerzeit den vollständigen Rückzug der britischen Einheiten aus diesem Gebiet angekündigt.

17. 4. — Union der Arabischen Republiken. Die Präsidenten Sadat (VAR), Ghadhafi (Libyen) und Assad (Syrien) einigen sich auf einer Konferenz in der libyschen Hafenstadt Bengasi über den Zusammenschluß ihrer Länder zu einer „Union der Arabischen Republiken". Die Union soll nach einer Volksabstimmung am 1. September verwirklicht werden und anderen arabischen Staaten zum Beitritt offenstehen. Das oberste Organ, ein Präsidentschaftsrat, wird den Präsidenten der Union wählen. Vorgesehen ist ein gemeinsames Parlament, ein Oberster Gerichtshof, eine Unionshauptstadt, eine Staatsflagge und Nationalhymne. In einer von den drei Präsidenten verfaßten Deklaration heißt es, der Sudan werde der Föderation zu einem späteren Zeitpunkt beitreten.

19. 4. — Weltraum. Sowjetische Wissenschaftler starten eine unbemannte Orbitalstation, die unter der Bezeichnung „Salut 1" die Erde umkreist. — Vom 23. bis 25. 4. nimmt das sowjetische Raumschiff „Sojus 10" mit drei Astronauten an Bord im Weltraum Koppelungsmanöver vor.

20.—24. 4. — Bulgarien. In Sofia hält die Kommunistische Partei Bulgariens ihren 10. Parteitag ab. Zu den ausländischen Gästen gehört auch der sowjetische Parteisekretär Breschnew. Parteisekretär Schiwkoff und die elf Mitglieder des Politbüros werden in ihren Ämtern bestätigt.

25. 4. — Schleswig-Holstein. Die Landtagswahlen bringen den Christlichen Demokraten die absolute Mehrheit; nach dem vorläufigen Endergebnis (wegen des Todes eines Kandidaten muß im Wahlkreis Husum-Land später gewählt werden) steigt ihr Stimmenanteil von 45,8 auf 51,7 Prozent. Gewinne verzeichnen auch die Sozialdemokraten (von 39,7 auf 41,2 Prozent). FDP und NPD bleiben unter der Fünf-Prozent-Klausel und kehren nicht in das Landesparlament zurück. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), für den besondere Bestimmungen des Wahlgesetzes gelten, erhält 1,3 Prozent der Stimmen. Zusammensetzung des Landtages: CDU 40, SPD 32, SSW 1 Sitz.

— Österreich: Der amtierende Bundespräsident Franz Jonas, Kandidat der Sozialistischen Partei Österreichs, wird mit 52,79 Prozent der Stimmen (1965: 50,69 Prozent) für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Sein Gegenkandidat, der von der Österreichischen Volkspartei aufgestellte Botschafter Dr. Kurt Waldheim, erhält 47,21 Prozent der Stimmen; der ÖVP-Kandidat von 1965, der ehemalige Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, hatte seinerzeit 49,31 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.

26. 4. — Türkei. Die am 19. 3. mit Unterstützung der Armee ins Amt gekommene Regierung unter Ministerpräsident Erim verhängt in elf Provinzen des Landes den Ausnahmezustand und setzt Militärgouverneure ein. Für Ankara wird ein Ausgehverbot angeordnet. Justizminister Arar begründet die Maßnahme mit einer drohenden „Revolte gegen die Republik".

28. 4. — Niederlande. Die vier Parteien der bisherigen christlich-liberalen Regierungskoalition verlieren bei den Parlamentswahlen ihre Mehrheit in der Zweiten Kammer; sie erhalten 74 (bisher 83) der 150 Sitze. Der „Oppositionelle Linksblock" kann die Zahl seiner Mandate von 44 auf 58 erhöhen. Die Kommunisten stellen 6 (bisher 5) Kammerabgeordnete.

30. 4. — Bundesrepublik/DDR. Zu ihrem 11. Gespräch treffen die Staatssekretäre Bahr und Kohl im Bundeskanzleramt in Bonn zusammen. In Bonn heißt es, die Sachgespräche über Verkehrsfragen seien fortgesetzt worden.

Israels Verantwortung für den Frieden

Ich wende mich mit diesen Überlegungen an alle Juden in Israel und der westlichen Welt ohne Rücksicht auf ihre religiösen oder politischen Überzeugungen, an Orthodoxe und Freidenker, Zionisten und Nichtzionisten, Sozialisten und Nichtsozialisten, Arbeiter, Studenten, Intellektuelle, Geschäftsleute und andere. Ich schreibe als Jude, als Sozialist, als Mensch, als jemand, der möchte, daß Araber und Juden in Freundschaft leben. Die Waffenstillstandsvereinbarung ist abgelaufen, und eine Handvoll Leute in Tel Aviv hat die Macht, darüber zu entscheiden, ob der tragische Konflikt zu einem Ende gebracht und ein dauerhafter Friede errichtet werden kann, oder ob es zu einer kriegerischen Eskalation kommt, mit grauenhaften Konsequenzen für Israel, den gesamten Mittleren Osten, für die ganze Welt. In dieser kritischen Periode geziemt es sich, die Dinge klar und offen auszusprechen, zumal Massenhysterie an die Stelle klaren Denkens getreten ist.

Wer ist dafür verantwortlich, daß im Mittleren Osten kein Friede herrscht? Araber und Juden würden den Frieden begrüßen, ebenso die Großmächte. Die gesamte Menschheit würde erleichtert aufatmen, wenn der Friede proklamiert würde. Warum gibt es dann keinen Frieden?

Es ist falsch und müßig, beide Seiten in einem Konflikt gleichmäßig zu tadeln; die Beurteilung sollte auf Tatsachen gründen und nicht auf albernen Gemeinplätzen. Am 22. November 1967 hat der Sicherheitsrat einstimmig eine von Großbritannien eingebrachte Resolution angenommen, die den Grund für einen dauerhaften Frieden legt. Alles, wozu Israel darin aufgefordert wird, ist, seine Truppen aus den Gebieten zurückzuziehen, die es als Ergebnis des Sechstagekrieges besetzt hat. Den arabischen Staaten andererseits wird auferlegt, einmütig den über zwanzigjährigen Zustand zwischen Krieg und Frieden aufzugeben, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Israels anzuerkennen und seinen Schiffen volles Navigationsrecht in internationalen Gewässern zu garantieren. Der Sicherheitsrat soll effektive Maßnahmen ergreifen, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten, und, wenn erforderlich, entmilitarisierte Zonen errichten; zu einer gerechten Lösung des Problems der palästinensischen Bevölkerung wird aufgerufen.

Wäre Israel mit einer Regierung von Staatsmännern gesegnet gewesen, die sich ernsthaft um die Wohlfahrt ihrer Bürger, um den Weltfrieden und um die ehrwürdigen humanistischen Traditionen des jüdischen Volkes gesorgt hätten, dann würde sie proklamiert haben:

„Wir akzeptieren erfreut und ohne Vorbehalte und Ausflüchte die Lösung des Sicherheitsrates und werden unsere Truppen aus den von uns im Ergebnis des Sechstagekrieges besetzten Gebieten zurückziehen. Wir ersuchen den Sicherheitsrat, sofortige und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Feindseligkeiten zu beenden und einen dauerhaften Frieden zu sichern. Was die Palästinenser anbetrifft, so akzeptieren wir das Prinzip der Repatriierung oder Entschädigung und werden alles in unserer Macht Stehende tun, um ihnen beim Wiederaufbau ihrer zerstörten Existenz zu helfen. Jedem Bürger in Israel werden unabhängig von Rasse oder Religion die vollen und gleichen Rechte gewährt. Wir verzichten ein-

mütig auf den Krieg als Mittel zur Klärung von Streitfragen. Wir geben freimütig zu, daß wir gegenüber den Arabern und insbesondere gegenüber den Palästinensern viele Irrtümer begangen haben. Mögen sie sich daran erinnern, daß wir weitgehend die Opfer und nicht die Erbauer unserer Geschichte gewesen sind. In Zukunft werden wir durch positives Handeln die Vergehen der vergangenen Jahre auslöschen."

Unglücklicherweise hat Israel keine Staatsmänner mit weitem und großzügigem Blick. Es hat nur ein Übermaß an Politikern, die sich mit endlosem Wortschwall, Sophismen und juristischen Vorbehalten beschäftigen. Jeder dieser Politiker scheint eine eigene Politik zu verfolgen; einige sind weit mehr mit ihrem persönlichen politischen Wohlergehen beschäftigt als mit dem Wohl der Bevölkerung, die sie eigentlich vertreten sollten. Am Montag erklären sie: „Ja, wir akzeptieren die Resolution"; am Dienstag sagen sie „Nein"; am Mittwoch heißt es „Ja, aber..." und am Donnerstag „Nein, aber". Der Freitag ist kleinlichen juristischen Sophistereien und Haarspaltereien gewidmet. Sonnabend ist ein Tag der Ruhe, und am Sonntag erzählen sie der Welt, daß Friede mit den Arabern unmöglich sei, woraus nur gefolgert werden kann, daß der Krieg für immer fortgesetzt werden muß. Diese Taktiken hat man verfolgt, um die Sachlage zu verwirren und um die israelische Bevölkerung irrezuführen. Millionen Worte wurden auf einen Satz in der Resolution verwendet, der von dem Recht jedes Staates spricht, „in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewalttätigkeiten zu leben".

Der praktischste und vernünftigste Weg, diese wichtige Bestimmung wirksam werden zu lassen, besteht a) für Israel darin, seine Truppen auf die Vorkriegsgrenzen zurückzuziehen; b) für den Sicherheitsrat darin, entmilitarisierte Zonen zu markieren und angemessene UN-Streitkräfte so zu stationieren, daß gewährleistet ist, daß kein Staat einen anderen angreift oder bedroht. Aber diese beiden Maßnahmen wurden von der israelischen Regierung emphatisch abgelehnt. Statt aufrichtig eine Politik des Friedens zu verfolgen, hat sie noch mehr arabisches Territorium besetzt, Garnisonssiedlungen in besetzten Gebieten eingerichtet und sich bis dato hartnäckig geweigert, zu definieren, was sie unter „sicheren Grenzen" versteht. Sie hat sich außerdem verhalten wie ein arroganter Eroberer, der arabischen Bevölkerung Erniedrigungen auferlegt und die Gefängnisse mit arabischen Männern und Frauen gefüllt, welche für ihre Rückkehr in ihr Land und in ihre Häuser kämpfen, die man ihnen in ungerechter Weise und mit Gewalt genommen hat. Hunderte, vielleicht sogar Tausende arabische Patrioten wurden getötet, und kollektive Strafaktionen, die berüchtigten „Strafexpeditionen" und das Quälen von Gefangenen, um Informationen zu erhalten, sind an der Tagesordnung.

Die bittere Bilanz heute ist: Es gibt keinen Frieden. Die israelische Wirtschaft, die unter den bisherigen Umständen niemals lebensfähig war und auf massive ausländische Unterstützung angewiesen ist, befindet sich in einem bedenklichen Zustand. Der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt. Israel kann — vorübergehend — Feldzüge gewinnen; den Krieg kann es niemals gewinnen. Warum verweigert die israelische Regierung hartnäckig den Frieden?

Die einzig mögliche Erklärung für die Hazardpolitik der israelischen Regierung, die den Weltfrieden und die Existenz Israels selbst gefährdet, ist in der neuen Rolle zu sehen, die die Regierenden Israels übernommen haben. Golda Meir ist jetzt für die 100 Millionen Araber das geworden, was Thieu für das Volk Indochinas und Vorster für die unterdrückten Millionen in

Afrika ist. Sie gratulierte Nixon zu seiner Vietnampolitik und hat sogar Marschall Ky als „Ehrengast" eingeladen. Der israelische UNO-Vertreter stimmte kürzlich mit Amerika gegen die Aufnahme Chinas in die UNO.

Die Ähnlichkeiten zwischen den Regierenden in Tel Aviv und der offen faschistischen Regierung von Pretoria sind zu zahlreich, als daß sie alle im Detail aufgezählt werden könnten; hier nur einige:

— Beide haben eine „Laager"-Mentalität: „Die ganze Welt ist gegen uns, zur Hölle mit der Welt. Wir verlassen uns auf unsere eigene militärische Stärke und werden jedem, der da kommt, trotzen", erklären sowohl Tel Aviv wie Pretoria.

— Die Politik beider Regierungen stellt eine gefährliche Bedrohung des Weltfriedens und der Existenz ihrer Völker dar, deren Interessen sie eigentlich sichern sollten.

— Die überwiegende Mehrheit der asiatischen, afrikanischen und anderen nichtweißen Völker verurteilt ebenso wie alle wirklich progressiven Weißen die Politik beider Regierungen.

— Reaktionäre Juden und rassistische Afrikaner prahlen damit, „von Gott auserwählt" zu sein, und zitieren das Alte Testament, um ihre Untaten gegenüber anderen Völkern zu rechtfertigen.

— Beide setzen die „Technik der Großen Lüge" und der Hysterie ein, um Gehirnwäsche an ihrem eigenen Volk zu praktizieren und die Welt in die Irre zu führen.

— Beide gebrauchen die grausamsten Methoden gegenüber Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen.

— Beide behandeln die UNO mit Verachtung und haben sich wiederholt UNO-Beschlüssen widersetzt.

— Beide predigen den antisowjetischen Kreuzzug.

— Juden und Afrikaner haben in der Vergangenheit viel gelitten, die ersteren in der jahrhundertelangen Verfolgung, die letzteren durch das „Jahrhundert des Unrechts", das in der Niederlage und Erniedrigung des Burenkrieges gipfelte.

— Beide sprechen die Sprache des Eroberers und erinnern an vergangene Tragödien, deren Opfer ihre eigenen Völker waren, um gegenwärtige Untaten zu rechtfertigen, die sie selbst begehen.

Wir erwarten mit Recht ein menschliches Verhalten von Menschen, die selbst Unterdrückung erlitten haben! Heute sehen wir jedoch Golda Meirs und John Vorsters Polizisten und Soldaten Araber und afrikanische Freiheitskämpfer jagen und töten, die sie als „Terroristen" bezeichnen.

Vor einiger Zeit stattete der frühere israelische Staatsmann Ben Gurion Pretoria einen Besuch ab. Nicht, um sich die Jacarandabäume anzusehen, für die die Stadt berühmt ist, oder um als „Demokrat" und „Sozialist" dem aufrechten und hochgeachteten Afrikaner-Rechtsanwalt Bram Fischer oder dem jüdischen Ingenieur Denis Goldberg Grüße und Sympathie zu übermitteln, die beide lebenslange Gefängnisstrafen im Zentralgefängnis von Pretoria verbüßen, weil sie sich der brutalen Politik der Apartheid widersetzt haben. David Ben Gurion und Johannes Vorster haben wichtigere Dinge zu diskutieren.

In der israelischen Bevölkerung mehren sich die Stimmen der Besinnung. Professor J. Ariele von der Hebräischen Universität, Jerusalem, erklärt beispielsweise: „Die Regierung Israels wird ... eine Friedensinitiative ergreifen müssen ... Nicht die Araber, sondern wir sind in dieses Gebiet und in die arabische Welt zurückgekehrt, und unsere Zukunft hängt von unserer Fähigkeit ab, mit den Völkern dieser Region in Frieden zu leben."

In einem Kommentar zur Frage der „sicheren und anerkannten Grenzen" stellte Avigdor Levontin, Professor der

Rechte, fest: „Eine sichere Grenze ... ist nicht eine ‚natürliche' Grenze wie eine Bergkette oder ein Fluß ..., und es ist auch nicht die Grenze, die in unterzeichneten Dokumenten erwähnt wird. Eine Grenze ist sicher, wenn diejenigen, die auf der anderen Seite leben, ... kein Motiv zu ihrer Verletzung haben."

Professor Y. Leibovitch sagte in einem Interview: „Annexion? Eine Katastrophe! ... Ich sehe in den territorialen Erwerbungen des Sechstagekrieges keinen Hebel zu einer positiven Entwicklung ... Heute sprengen wir Häuser, morgen werden wir gezwungen sein, Konzentrationslager und vielleicht auch Galgen zu errichten ... Dies ist ein klarer Prozeß der Eskalation. Es kann sein, daß wir morgen nach Amman eindringen müssen. Und übermorgen vielleicht noch weiter. In einem derartigen Prozeß ist ein napoleonisches oder wenn Sie wollen kreuzzugsähnliches Ende unvermeidlich. Vielleicht werden wir unsere Gräber mit unseren eigenen Händen graben müssen."

Und er fährt fort: „Neunzehn Jahre lang haben wir keinerlei ernsthaften Versuch unternommen, uns mit den Arabern zu einigen ... Die Affäre des Sinai-Feldzuges beweist das. Sie war ein unverzeihliches historisches Verbrechen ... Die Araber wissen, daß unsere Existenz von dem dünnen Draht abhängt, der uns mit dem Weißen Haus verbindet ... Was unsere Führung vorschlagen kann, ist, wie ich bereits gesagt habe, ein Rückzug, so wie sich de Gaulle aus Algier zurückzog. Das war eine Tat der Größe."

Statt auf die Entschließung des Sicherheitsrates unzweideutig zu antworten, haben die israelischen Politiker jedoch eine neue Technik des Ausweichens erfunden. „Wir wollen, daß die Araber kommen, sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen und mit uns reden. Und es darf keine Einmischung von außen geben", erklären sie mit Nachdruck. Das arabische Volk nimmt jedoch völlig zu Recht folgende Haltung ein: „Ihr habt uns mit Gewalt unser Land genommen und Hunderttausende unseres Volkes heimatlos gemacht. Unser Volk wird terrorisiert, lebenslang eingekerkert und gefoltert. Die zivilisierte Welt ist gegen kollektive Bestrafung, ihr aber zerstört die Häuser unschuldiger Menschen und praktiziert regelmäßig die ‚Bestrafung der Nachbarn'. Ihr erzählt der Welt nach langem Zögern, jedes Thema sei verhandlungsfähig. Wir sind an Taten interessiert, nicht an endlosem und müßigem Austauschen von Worten. Sagt uns bitte: Werdet ihr eure Truppen aus den Gebieten zurückziehen, die ihr mit Gewalt besetzt habt, oder nicht? Ihr habt den arabischen Teil Jerusalems annektiert, und ihr annektiert weiter und siedelt Juden in anderen von euch eroberten Gebieten an. Wir akzeptieren die Entschließung des Sicherheitsrates. Ihr auch? Ihr redet vom Frieden, aber Mitglieder eurer Regierung reden davon, daß sich Israel ausdehnen müsse vom Nil bis an den Euphrat. Erwartet ihr wirklich, daß wir zu euch kommen und mit euch reden? Zu welchem Zweck?"

Die Sache der Bevölkerung in Israel steht nicht gut. Die von der Regierung Golda Meirs verfolgte Politik hat dazu geführt, daß die gesamte Zukunft der drei Millionen Juden Israels in den Händen der Regierung Nixon liegt. Die amerikanische Bevölkerung will nicht, daß sich ihr Land in einen neuen Konflikt verstrickt; und auch die US-Regierung ist nicht sonderlich begeistert von einem direkten Engagement im Mittleren Osten. Die nahezu einhellige Unterstützung der israelischen Regierung durch Politiker und Präsidenten der USA basiert keineswegs auf deren Überzeugung, Israel vertrete eine gute Sache. Eine Handvoll Reaktionäre wird Israel freudig unterstützen, um das Vordringen der progressiven Kräfte in den arabischen Ländern aufzuhalten. Viele liberale Politiker in den USA haben jedoch die israelische Regierung

nur deswegen unterstützt, weil sie die jüdischen Wähler schätzen und befürchten, daß einflußreiche Juden in den USA ihre Macht gegen diejenigen einsetzen könnten, die Golda Meirs Politik in Frage stellen. Wir haben erlebt, wie die israelischen Politiker den bekannten amerikanischen Senator Fulbright behandelt haben, der es gewagt hatte, ihre Politik einer milden, konstruktiven Kritik zu unterwerfen.

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Die Präsidentenwahl in den USA im Jahre 1972 wird eine enorme Auswirkung auf gut und böse in der ganzen Welt haben. In jenem weiten, mächtigen Land wird ein bitterer Kampf geführt zwischen den Kräften des Friedens und Fortschritts auf der einen und den Kräften der Reaktion auf der anderen Seite; beide sind zur Zeit mehr oder weniger gleich stark. Welch ein glänzendes Kapitel würde sich dem großen amerikanischen Volk und der gesamten Menschheit eröffnen, wenn die Kräfte des Friedens und des Fortschritts im Jahre 1972 einen überwältigenden Erfolg erringen würden! Die riesige Summe, die in einem Jahr für Verteidigungszwecke ausgegeben wird, könnte, wenn sie friedlichen Zwecken zugeführt würde, a) die Probleme der Bevölkerung in den Entwicklungsländern erleichtern und b) die weltweite Inflation aufhalten. Es stände viel Geld zur Verfügung für Wohnungsbau, soziale Leistungen, Schulen und für die Reorganisation der Industrie. Vor allem aber würde die Gefahr eines Weltkrieges gebannt, jedenfalls für einen bestimmten Zeitraum.

In der Vergangenheit haben Juden in den USA, und zwar nicht nur die Masse der jüdischen Arbeiter, sondern viele Intellektuelle und wohlhabende Männer, eine progressive Politik und liberale Politiker unterstützt. Die aggressive reaktionäre Politik der israelischen Regierung hat zu einer tiefen Spaltung unter den Juden der USA und unter den Progressiven ganz allgemein geführt und hilft auf diese Weise direkt und indirekt der Reaktion.

Wer die Kräfte des Friedens und des Fortschritts in den USA heute spaltet oder in irgendeiner Weise schwächt, der begeht Verrat an der gesamten Menschheit.

Welch eine ruhmvolle Gelegenheit bietet sich den führenden Politikern Israels, eine neue Ära in der tragischen Geschichte des jüdischen und des arabischen Volkes zu eröffnen!

Die unmittelbare historische Aufgabe aller Völker des Mittleren Ostens ist es, die demokratische Revolution weiterzuführen, die in diesem Gebiet vor rund zwanzig Jahren begann, die Masse der Menschen ihrer jahrhundertelangen Armut und ihrem Elend zu entreißen und ihnen Land zu geben, Bildung, berufliche Ausbildung, kurz: ihren materiellen, intellektuellen und technischen Standard auf das höchstmögliche Niveau zu bringen. Der Mittlere Osten ist potentiell außerordentlich reich und liegt geographisch günstig: Asien, Afrika und Europa treffen dort aufeinander. Welch großartigen Beitrag könnte Israel zur Verwirklichung dieser großen epochemachenden Aufgabe leisten! Es ist viel profitabler, 10 000 Traktoren zu verkaufen, als 50 Phantoms oder 100 Panzer zu kaufen. Traktoren produzieren Nahrung und Wohlstand; Kriegswaffen bringen — abgesehen davon, daß sie ruinös kostspielig sind — Tod, Zerstörung und Elend.

Im Mittleren Osten muß endlich Frieden einkehren — unter internationaler Aufsicht, Überzeugung und, falls erforderlich, mit wirkungsvolleren Methoden. So viele Dämme, Kraftwerke, Eisenbahnen, Fabriken, Häuser, Schulen und Hochschulen müssen gebaut werden; Millionen benötigen Kleidung und andere angenehme Dinge. Es gibt genug nützliche Arbeit für die vielen Hände, die zur Zeit Tod und Zerstörung vorbereiten. Wenn Israelis und Araber erst einmal aufhören, sich zu

bekämpfen, und damit beginnen, für sich und ihre Kinder eine bessere Welt aufzubauen, dann werden Bitterkeit und Haß, die den Krieg nach sich ziehen, bald vergessen sein. Hundert Millionen Menschen schreien nach Frieden und Gerechtigkeit. Möge die gesamte Menschheit, mögen die Vereinten Nationen, führende Politiker in Europa, Asien, Amerika, Afrika und Australien, alle progressiven Menschen und Organisationen ihren Einfluß geltend machen, um einer heimgesuchten Region den Frieden zu bringen. Die Juden in Israel und in der ganzen Welt haben noch eine besondere Pflicht: sie müssen aufhören, mit dem Herzen zu denken, und müssen beginnen, ihren Kopf zu benutzen. Schluß mit den emotionalen, chauvinistischen Ausbrüchen. Wie großartig wäre es, ein Jerusalem, erbaut in Palästinas „grünem und lieblichem Land", zu sehen.

Es ist Zeit für einen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten und auf der ganzen Welt!

Emanuel Salomon Sachs, London

Zur Situation am Persischen Golf

Drei Jahre sind inzwischen vergangen, seit die damals von der Labour Party gestellte Regierung in London ihren Entschluß verkündete, die militärische Präsenz Großbritanniens „östlich von Suez" aus Ersparnisgründen zu beenden. Doch die Kostenfrage ist es nicht allein, die London zum Rückzug zwingt. Weitaus stärker ins Gewicht fällt die Veränderung im politischen Kräfteverhältnis der Welt, die auch von dem Konservativen Edward Heath nicht einfach ignoriert werden kann. Nach langem Zögern hat er denn auch den von seinem Vorgänger auf Ende dieses Jahres festgelegten Rückzugstermin akzeptiert.

Die wirtschaftlichen Interessen, die auf dem Spiel stehen, sind allerdings nicht unbeträchtlich. Gerade in den letzten Jahren ist die Erdölförderung in den britischen Golfbesitzungen sprunghaft in die Höhe geschnellt. Das Ziel Londons ist es deshalb, seine Protektorate in nominell zwar unabhängige, indirekt jedoch leicht zu kontrollierende Staaten umzuwandeln. Die Schwierigkeit dieses Vorhabens liegt darin, daß allenfalls die korrupte, sich ohnehin in erster Linie auf britische Bajonette stützende feudale Oberschicht dieser Länder hierzu bereit ist.

Flächenmäßig größte der britischen Golfbesitzungen ist das einst einflußreiche Sultanat von Maskat und Oman. Formell hat es nie seine Unabhängigkeit eingebüßt, jedoch sind seine Beziehungen zu London die eines Protektorats. Auch ist es weder Mitglied der Arabischen Liga noch der UN. Seit einigen Jahren wird auch hier Erdöl gefördert. Die hierfür entrichteten Tantiemen bilden inzwischen die wichtigste Einnahmequelle des Sultanats, die indessen in keiner Weise für die Entwicklung des Landes genutzt wurde.

Gewisse Hoffnungen auf eine langsame Besserung der Verhältnisse werden in den neuen Sultan Qabus Bin Said gesetzt, der seinen Vater Ende Juli des vorigen Jahres mit Hilfe der von britischen Offizieren geführten Armee stürzte. Der seit 1932 regierende Said Bin Taimur tat sein Möglichstes, sein Land von jedem Fortschritt fernzuhalten. Die Bildungsmöglichkeiten seiner Untertanen schränkte er in einer Weise ein, daß sein Nachfolger Schwierigkeiten hatte, das erste Kabinett in der Geschichte des Sultanats zusammenzustellen — Said Bin Taimur hatte sich mit einem Großwesir begnügt. Die beiden einzigen Schulen des Landes befinden sich in der Hauptstadt Maskat und dem

benachbarten Matrah. Said Bin Taimurs Entschluß, sie wieder zu schließen, soll einer der Gründe für seinen Sturz gewesen sein.

Der Hauptgrund ist jedoch im erfolgreichen Kampf der sozialrevolutionären „Volksfront zur Befreiung des besetzten Arabischen Golfes (PFLOAG)" zu suchen. Die an Südjemen grenzende Provinz Dhofar wird von ihr beinahe vollständig kontrolliert. In den anderen Gebieten des Sultanats und den sonstigen britischen Golfprotektoraten ist sie im Untergrund tätig. Die extrem reaktionäre Haltung des alten Sultans machte es den britischen Militär-„Beratern" unmöglich, sich der psychologischen Kriegsführung zu bedienen, d. h. den Versuch zu unternehmen, durch teilweises Eingehen auf die Wünsche der Bevölkerung diese von der Unterstützung der Guerillas abzuhalten. Sie hoffen, dies nun nachholen zu können. Bis jetzt hat ihre Taktik allerdings wenig Erfolg gezeigt.

Unsicher ist auch die Zukunft der zu „Vertrags-Oman" lose zusammengefaßten Emirate Abu Dhabi, Dubai, Sharja, Ajman, Umm al-Quaiwain, Ras al-Khaima und Fujaira. In Abu Dhabi wird seit einigen Jahren Erdöl gefördert, neuerdings auch in den Küstengewässern Dubais. Um nach hundertfünfzigjähriger Besetzung wenigstens so etwas wie einen Staat zurücklassen zu können, ist man britischerseits schon einige Jahre bemüht, sie mit Qatar und dem Inselscheichtum Bahrein zur „Föderation arabischer Emirate" zusammenzuschließen. Letztere zählen ebenfalls zum Kreis der Erdölbesitzer. Offiziell wurde diese „Föderation" schon Ende März 1968 aus der Taufe gehoben. Die traditionelle Feindschaft der Öl- und Wüstenscheichs gegeneinander verhinderte jedoch, daß das neue Staatsgebilde auch nur ansatzweise Gestalt annahm.

Von den Anrainern des Persischen Golfs — wo überall Erdöl gefördert wird — befindet sich lediglich der Irak nicht im Lager der kapitalistischen Großmächte. Saudi-Arabien und Iran sind eng mit den USA liiert, während zum britischen Einflußbereich außer Maskat und Oman sowie der „Föderation" auch das Scheichtum Kuweit gehört. Inzwischen bereiten sich Saudi-Arabien und Iran darauf vor, das britische Erbe zwar nicht formell, aber doch de facto zu übernehmen.

In diesem Intrigenspiel der kapitalistischen Großmächte und ihrer Schützlinge ist ein im Juli vorigen Jahres lancierter Vorschlag des Irak völlig untergegangen. Er sieht die Bildung einer Militärallianz der arabischen Anrainer des Persischen Golfs vor, welche die Unabhängigkeit der jetzt noch britischen Protektorate gewährleisten soll. Falls es notwendig würde, dort vorübergehend Truppen zu stationieren, so müßten diese Kontingente einem gemeinsamen Oberkommando unterstellt werden. Eine derartige neutrale Streitmacht paßt jedoch weniger ins Konzept der Feudalregime wie auch der sie finanzierenden Erdölkonzerne. Denn das würde auch die Anwesenheit irakischer Einheiten in der „Föderation" bedeuten. Bei einem möglichen Aufstand der Bevölkerung gegen die Scheichs könnten Saudi-Arabien bzw. Iran nicht mehr ohne weiteres intervenieren.

Britischerseits hofft man, daß sich die Verhältnisse am Golf aufgrund des Ölreichtums als dauerhafter erweisen als vor einigen Jahren in der „Südarabischen Föderation" (dem heutigen Südjemen). Doch möchte man so wenig wie möglich dem Zufall überlassen, und so wird die einheimische Hilfstruppe schon auf einen Bürgerkrieg gedrillt. Wer von den Scheichs es sich leisten kann, stellt zudem eigene Einheiten auf. Dazu gehören in erster Linie die von Abu Dhabi und Qatar, die sich auch eine kleine Luftwaffe zulegen. Beide, besonders Abu Dhabi, müssen sich allerdings auch umfangreicher Gebietsansprüche seitens Saudi-Arabiens erwehren. Um ein Überlaufen zur PFLOAG zu verhin-

dern, wird die Kommandogewalt bei sämtlichen Truppen weiterhin von britischen Offizieren ausgeübt.

In anderen Scheichtümern begnügt man sich mit einer Verstärkung der Palast-Dubai, dessen Bevölkerung zu etwa 70 Prozent aus eingewanderten Persern besteht, unterhält z. B. gute Beziehungen zu Teheran. Bahrein, auf dessen Einverleibung man in Teheran nur schweren Herzens verzichtet, lehnt sich eng an Saudi-Arabien an. Ras al-Khaima ist hingegen ein Zweckbündnis mit dem Irak eingegangen. Es hat inzwischen aus Bagdad etwas Entwicklungshilfe erhalten. Vor allem hofft Ras al-Khaima, sich mit irakischer Rückendeckung des persischen Anspruchs auf die zum Scheichtum gehörenden Thumb-Inseln besser erwehren zu können.

Zur Stabilisierung der derzeitigen Verhältnisse wollen letztendlich auch die USA mit ihren Militärbasen in Dharan und Sabana in Saudi-Arabien bzw. Qatar beitragen. Bis jetzt hat sich Washington in der Diskussion um die Zukunft des Persischen Golfs merklich zurückgehalten. Daß die USA bzw. deren Konzerne jedoch keineswegs gesonnen sind, ihre letzten Bastionen im arabischen Raum kampflos zu räumen, liegt angesichts der dort leicht zu erzielenden Maximalprofite auf der Hand. Hieran ändern auch die vor einiger Zeit drastisch erhöhten Steuern nichts, welche alle Golfstaaten von den Ölkonzernen erheben.

Bis jetzt waren die USA allerdings nicht auf das in Nahost geförderte Erdöl angewiesen. In den nächsten zehn Jahren dürfte dies anders werden, wenn sich eine Prognose der Standard Oil Co. (New Jersey) als richtig erweist. Danach werden die USA im Jahre 1980 etwa 30 Prozent ihres Ölbedarfs aus dem Nahen Osten beziehen. Gegenwärtig sind es lediglich drei Prozent. Ein Grund mehr für Washington, darum bemüht zu sein, die Lage am Persischen Golf unter Kontrolle zu behalten.

Die Entwicklung im Süden der Arabischen Halbinsel hat jedoch gezeigt, wie brüchig die von den kapitalistischen Großmächten ausgehaltenen Feudalregime auch in den rückständigsten Gebieten sind. Ohne fremde Unterstützung wären sie längst abgelöst. Ölreichtum und die Anwesenheit von Truppen der an ihm interessierten Staaten sind jedoch heute keine Garantie mehr gegen den Zusammenbruch einer überlebten Gesellschaftsordnung. Dies hat sich zuletzt in Libyen deutlich gezeigt. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis es auch in den Ölstaaten am Persischen Golf soweit ist. Klaus Elliesen

Ende einer Politik?

Scheitert die Regierung Brandt/Scheel an Halbheiten?

Von Manfred Pahl-Rugenstein

Unter dem Motto „Kontinuität und Erneuerung" trat die Regierung Brandt/Scheel vor zwei Jahren ihr Amt an. Diese Formel barg von vornherein eine Widersprüchlichkeit in sich, denn eine Erneuerung ist nur durch die Lösung aus jener Kontinuität erreichbar, in welche die Bundesrepublik innen und außen durch eine zwanzigjährige Politik der Kanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger verstrickt wurde: die Kontinuität der militärischen und wirtschaftlichen Integration in den Westen und der Konfrontation gegen den Osten. Nun, nach zwei Jahren, tritt die innere Unvereinbarkeit dieses Leitmotivs „Kontinuität und Erneuerung" klar zutage, wird sichtbar, daß es sich nicht um ein „und" handelt, sondern um ein „oder". Die Regierung steht am Scheideweg. Und auf allen Gebieten der Politik ist die Situation heute von aufklaffenden Widersprüchen gekennzeichnet.

„Die Lage ist ernst". Das ist das Urteil von Karl-Hermann Flach in der regierungsnahen „Frankfurter Rundschau" [1]) in diesen von „Halbzeit"-Betrachtungen und Zwischenbilanzen erfüllten Wochen im zweiten Amtsjahr der SPD/FDP-Koalition. Kaum anders formuliert es die politische Rechte, z. B. „Die Welt" des Caesar Springer, in ihrer „Halbzeit-Bilanz der Bundesregierung", die unter der Überschrift „Brandt setzt alle Hoffnungen auf die nächsten zwei Jahre" wie ein ironischer vorweggenommener Nachruf klingt [2]), und „die defensive Position, in welche die Regierung geraten ist", breit ausmalt. Resignation ist heute der Grundton regierungsfreundlicher, gekräftigte Arroganz der Tenor rechtsorientierter Einschätzungen. Über fiebrigen und emotionellen Stimmungsbildern droht in Vergessenheit zu geraten, was heute politisch notwendig und — immer noch — gerade heute möglich ist für eine konsequente Entspannungspolitik mit europäischem Aspekt.

Die großen weitausholenden Gesten der neuen Regierung in Bonn sind erstarrt. Ansätze, die gewagt wurden, sind ins Stocken geraten. Der Karren droht erneut im alten, tiefausgefahrenen Teufelskreis zu versacken. Block- und Konfrontationspolitik fordern nicht nur Hoch-Rüstung in Permanenz, verschlingen nicht nur Milliarden, die für überfällige Reformen fehlen, sie blockieren auch jeden ernsthaften Entspannungsschritt und jede innere Erneuerung, die allein wirklich in eine freie und friedliche gesicherte Zukunft führen können. Der Sog der Kontinuität erweist sich als lebensgefährlich stark. Zudem verschärft sich die außenpolitische Situation von Monat zu Monat, solange die Krise der USA sich für die Welt als aggressive Verhärtung und besonders für uns, die immer tiefer in diese Krise verwickelt zu werden drohen, als Rückkehr zum Kalten Krieg äußert.

Gibt es für uns wirklich keine Alternative? Es ist festzustellen: Die Verträge von Moskau und Warschau, die den Weg von der Konfrontation zur Kooperation öffnen können, liegen auf dem Tisch. Sie müssen in Kraft gesetzt, ratifiziert werden. Die Vorbereitung für eine gesamteuropäische Konferenz kann in ein praktisches Stadium eintreten, nachdem bereits die Zustimmung der Mehrheit der europäischen Staaten in Ost und West hierzu vorliegt. In den Fragen der strate-

[1]) „Frankfurter Rundschau" vom 27. 4. 1971.
[2]) „Die Welt" vom 30. 4./1. 5. 1971.

gischen Abrüstung und des Verbots von B- und C-Waffen scheinen sich effektiv Ergebnisse anzukündigen. Gleichzeitig jedoch wächst innen und außen der Widerstand aus bekannter Richtung. Der nationale und internationale Rechtsblock — durch die Unterzeichnung der Ost-Verträge in beträchtliche Erschütterung geraten —, hat sich angesichts des widersprüchlichen Taktierens der Bundesregierung erneut fest formiert. In der Koalition selbst werden die Töne der „Erneuerung" immer leiser, die retardierenden Gedanken und Handlungen, vertreten allen voran von den Ministern Genscher und Schmidt, immer beherrschender. Für die Regierung Brandt/Scheel gibt es jetzt nur eine Chance, das Scheitern zu vermeiden: sie muß entschlossen den Weg nach vorn beschreiten und einen konstruktiven Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu einem künftigen Europa vorlegen, einem Europa der Absage an die Politik der Militärblöcke, einem Europa der gemeinsamen Aufgaben und der friedlichen Regelung der offenen Probleme. Dieser Weg wird nur gelingen, wenn die Regierung ihn gemeinsam mit allen demokratischen Kräften zu gehen bereit ist und niemanden zurückweist, der in unserem Lande sich auf der Seite des Friedens und der Verständigung zu engagieren bereit ist. Alle gemeinsame Kraft ist vonnöten, um die Herausforderung von rechts abzuwehren. Man muß kein Prophet sein, um das Scheitern der Regierung Brandt/Scheel vorauszusagen, wenn diese weiterhin zögert, sich mit allem Nachdruck aus den Fallstricken, in die sie durch ihr Mitverschulden geraten ist, zu lösen, wenn sie die Fragwürdigkeit ihres „Kontinuitäts"-Streben nicht erkennt.

*

Kontinuität: für die Bundesrepublik ist das das Stichwort für über zwanzig Jahre Restauration und Reaktion unter der politischen Ägide der CDU/CSU, eingebettet in die verhängnisvolle Politik des Kalten Krieges und des militärischen Containments. Diese Politik wurde bereits geplant, bevor die Bundesrepublik existierte. Die entscheidende Weichenstellung für diese Entwicklung in Europa begann schon wenige Monate nach der Kapitulation der Wehrmacht, und zwar als Ergebnis von längeren Besprechungen, die Churchill und der damalige amerikanische Präsident Truman miteinander führten. Durch eine programmatische Rede von Churchill am 5. März 1946 in Fulton (USA) erhielt die Weltöffentlichkeit damals Kenntnis von den Vorstellungen der beiden westlichen Siegermächte über ihre Politik in Europa. Die gemeinsame Linie der Anti-Hitler-Koalition wurde verlassen und die Roll-back-Politik gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten begonnen. Den westlichen Besatzungszonen in Deutschland wurde dabei bereits ihre Rolle bestimmt, die logischerweise zur Separatgründung der Bundesrepublik und ihrer strategischen Bindung an die USA führte.

Während die Masse der Bürger damit beschäftigt war, in ihrem persönlichen Umkreis die Kriegsfolgen zu überwinden und sich durch ihre Arbeit wieder einen gewissen Lebensstandard aufzubauen, begannen jene Kreise der Wirtschaft, des Geldes, der Politik und des Militärs, die den Faschismus mitgetragen, zum Ausbruch des Krieges und seiner Führung beigetragen hatten, ihre Positionen aufs neue aufzubauen. Die ehemaligen Wehrwirtschaftsführer rekonstruierten ihre Imperien; die Bankiers der faschistischen Ära gründeten in den Zonen regionale Institute und führten diese, nachdem ein passendes Bankengesetz das erneut zuließ, wieder zu den „bewährten" Zentralinstitutionen zusammen, in deren Vorstand und Aufsichtsrat sie wiederum die entscheidenden Plätze besetzten. Im Beamtenapparat fanden sich — mit „Persilschein" — die „erfahrenen Fachkräfte" wieder ein. Die Globkes und die Vialons standen bereit.

Und es fand sich eine Partei, die sehr bald ihre im Ahlener Programm niedergelegten sozialen und demokratischen Grundthesen fallen ließ, sich zum Vorreiter des Kalten Krieges und zum Wegbereiter der Wiederaufrüstung mauserte, die nach dem Scheitern der EVG-Pläne die Aufnahme der BRD in die Atlantische Militärallianz vollzog, die Ausrüstung der Bundeswehr „mit den modernsten Waffen" verlangte, Ansprüche auf die durch den Krieg verlorenen Gebiete" in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937" erhob und in gesetzgebenden Akten die Staatsbürgereigenschaft der BRD auf diesen Territorialanspruch und den Stichtag vom 31. 12. 1937 fixierte. All das konnte selbstverständlich nur in Abstimmung mit der USA-Regierung erfolgen. Dieses Programm der militärischen und politischen Konfrontation, der Nichtanerkennung der Folgen des von Deutschland verursachten Krieges, der Deklaration der Veränderung des Status quo, der Interessenvertretung der Groß- und Rüstungsindustrie, das ist das dominierende Prinzip dieser Partei, wie christlich, wie demokratisch und wie sozial sie sich immer nennen mag, das ist der Rechtskurs dieser Partei, wie oft sie selbst sich als die Partei der Mitte bezeichnen mag, das ist der antisoziale Kurs dieser Partei, wann immer sie auch vorgibt, die Partei der inneren Reformen zu sein, das ist der reaktionäre, dem Frieden und der Entspannung in Europa gefährliche Kurs dieser Partei. Es ist nur folgerichtig, wenn beispielsweise das Gros der Thadden-Wähler in der Rechts-Offensive der Kiesinger, Strauß und Dregger die CDU/CSU als bessere NPD erkennt. Die Regierung Brandt/Scheel muß sich fragen: Welche „Gemeinsamkeit" gibt es denn überhaupt für sie mit dieser Partei und den hinter ihr waltenden Kräften, mit dieser Partei, die in der Opposition nur demagogische Restriktion betreibt und Stolperdrähte spannt, mit dieser Partei, deren ganzes Bestreben dahin geht, die Ansätze zu einer Entspannungspolitik insgesamt zu verhindern? Die Antwort kann nur heißen: Es gibt keine Gemeinsamkeiten auf dem politischen Weg.

*

Wenn wir die Tatsache und die ihr entspringenden Anforderungen ermessen wollen, daß inmitten einer Welt vielfacher Instabilität dieser Kontinent zur Zeit eine greifbare Chance hat, seine Konflikte auf dem Weg der Verhandlungen zu entschärfen, Spannungen abzubauen, Zusammenarbeit auch zwischen Nachbarstaaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anzubahnen, dann sollten wir uns stets vor Augen halten, daß die Konflikte dieses Europas, seine verheilenden Narben und seine noch offenen Wunden wesentlich den Folgen zweier Aggressionskriege, des preußisch-wilhelminischen und des faschistischen Krieges zuzuschreiben sind. Das ist nicht nur der reale Rahmen, das ist auch das tiefwirkende psychologische Klima, in dem sich Völker und Regierungen in Europa begegnen, der Blickwinkel, von dem aus man Handlungen unserer Regierung und Vorgänge in unserer Öffentlichkeit kritisch beleuchtet.

Und noch etwas sollte bedacht werden: In den Jahren seit 1945 ist eine neue Generation herangewachsen, eine Nachkriegsgeneration, die nicht mehr direkt verantwortlich ist für die Verbrechen des Faschismus, wohl aber dafür, daß jetzt und in Zukunft solche Katastrophen sich nicht wiederholen. Der heutige Zustand von Staat und Gesellschaft ruft in zunehmendem Maße unter der Jugend tiefe Beunruhigung hervor. Ein Indiz unter anderen [3]) ist die hochschnellende Zahl der Kriegsdienstverweigerer — in diesem Jahr werden 50 000 Anträge erwartet —

3) In einem Gespräch mit dem Militärkommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (vom 29. 4. 1971) sagte General de Maizière, der Generalinspekteur der Bundeswehr über die Wehrpflichtigen von 1971: „Sie zeigen ein geringeres Engagement dem Staat gegenüber als alle ihre Vorgänger. Sie bringen nicht das Gefühl mit, für die Gemeinschaft eine Pflicht erfüllen zu müssen. Die militärische Dsiziplin erscheint ihnen widersinnig, weil ihnen ihr Auftrag, Soldat zu sein, nicht sinnvoll erscheint."

deren ethisch-moralische Entscheidung durch das Grundgesetz gewährleistet ist, mögen auch gedankenlose Strategen eines „Gleichgewichts des Schreckens" noch so entsetzt sein und nach verfassungswidrigen Druckmitteln rufen.

Eines wird heute weithin richtig erkannt: Sicherheit und Frieden stellen sich für uns nicht als militärische, sondern als politische Aufgaben. Die bisherige Zusammenballung von Armeen und Kriegsmaterial in Europa hat die Situation verhärtet und das gegenseitige Mißtrauen gesteigert. Der Abbau dieser militärischen Konfrontation ist eines der Probleme, das gelöst werden muß. Die Zukunft Europas hängt davon ab, inwieweit es gelingt, ein System friedlicher kollektiver Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu verwirklichen. Dabei kann man nur von der heutigen Situation in Europa ausgehen. Wie immer dann sich ergebende Verträge und Regelungen kodifiziert werden, ihr Inhalt und ihre praktische Anwendung wird sich in Übereinstimmung befinden müssen mit den in der Deklaration der UNO vom 24. Oktober 1970 [4]) festgelegten Prinzipien des Völkerrechts, „betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der UNO".

Für die Bundesregierung erfordert die Arbeit an der Normalisierung und Entspannung nicht nur eine entsprechende Ostpolitik, sondern, und das ist offenbar der noch schwierigere Teil ihrer Arbeit, eine neue Westpolitik. Es gilt dabei, die Bundesrepublik aus solchen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verwicklungen zu lösen, die der friedlichen Koexistenz in Europa im Wege stehen und damit die Voraussetzungen zu einer um so intensiveren Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zu schaffen. Es geht für die Bundesregierung vor allem darum, der Alternative zu der bisherigen Dominante der militärischen „Bündnis"-Politik Raum zu schaffen. Hierbei geht es sowohl um das Verhältnis zu den USA als auch um die Stabilisierung der Währung und Wirtschaft und die Erfüllung der inneren Aufgaben auf allen Gebieten. Der Herausgeber der „Frankfurter Rundschau", Karl Gerold, hat in einer Osterbetrachtung in diesem Jahr in aller Öffentlichkeit ausgesprochen, was Millionen von Staatsbürgern denken und privat oder am Stammtisch diskutieren: „Unser Volk spürt, die Wirtschaft und die Banken wissen es, unsere Herren Politiker wollen es vor dem Volk nicht wahrhaben, daß wir einen Großteil des sinnlosen, mörderischen Vietnam-Krieges bezahlt haben und noch weiter bezahlen." — „Schluß mit dem Vasallentum gegenüber dem Herrn Nixon, der die Mörder schützt." — „Warum sagt Willy Brandt nicht, daß er, bedrängt von Anforderungen aller Seiten, nun 20 Milliarden braucht, um unsere Gesellschaft politisch und sozial in Stabilität zu reformieren? Er hat sie nicht, diese Milliarden, sagt man. Doch, er hat sie. Er muß nur wollen. Er muß nur den Mut dazu haben."Ein zentrales Beispiel sind die Rüstungsausgaben: „Hier sind Milliarden herauszuholen . . ."

Wie prekär unsere Wirtschaftssituation tatsächlich ist, zeigt ein einziger Satz aus dem Jahresbericht der Bundesbank für 1970, in dem es heißt, daß die Wiederherstellung der Preisniveaustabilisierung im Inland aus „übergeordneten Gesichtspunkten" aufgegeben werden mußte. Die von Nixon begonnene Politik des „deficit spending" ist der Versuch, durch wirtschaftliche Expansion die niederdrückenden Kriegslasten abzuwälzen, wobei aufgrund der engen Verflechtung insbesondere die Bundesrepublik beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen wird. So mußte Wirtschaftsminister Schiller bei der Eröffnung der diesjährigen Messe in Hannover bekennen, „daß das Stabilitätsproblem in nationaler Isolierung nicht befriedigend zu lösen ist". Wie unmittelbar sich die Folgen für die Bevölkerung abzeichnen, zeigt sich schon an der erschreckenden Zahl eines Wertverlustes der

[4]) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in „Blätter" 2/1971, S. 211 ff.

Geldvermögen der privaten Haushalte in Höhe von 21 Mrd. DM allein im Jahre 1970, was einer Inflationsrate von fünf Prozent von den vorhandenen 420 Mrd. entspricht.

Überdeutlich ist doch heute, daß das „Gleichgewicht des Schreckens" der Welt keine Freiheit von Krieg gebracht hat. Seit 1945 bis 1968 gab es 101 Konflikte, meist blutig, etliche von beträchtlicher Größenordnung [5]). Wie eine Lösung der europäischen Probleme und der ideologischen Konfrontation auf unserem Kontinent „mit anderen Mitteln" ausgegangen wäre — die beiden deutschen Staaten und ihre Bevölkerung hätten sie in jedem Fall mit dem totalen Untergang bezahlt —, darüber gibt die kürzlich veröffentlichte Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" eindringlich und abschreckend Auskunft [6]).

Angesichts solch offenbarer Irrsinnigkeit und zugleich Ruinosität einer Politik angeblicher Sicherheit durch Rüstung, angesichts zugleich der zugespitzten Dringlichkeit, jetzt alle Entspannungschancen auf diesem Kontinent auszuschöpfen, wenn nicht die Nixon-Linie alle Hoffnungen durchkreuzen soll, angesichts dieser Notwendigkeit konsequenter Entscheidung taktiert die Brandt/Scheel-Regierung mit Hinhaltemanövern, gibt sich grenzenlos gelassen und versucht weiterhin, mit illusionären Formeln von „innerdeutschen" oder „besonderen Beziehungen" die korrekte Anerkennung der DDR zu umgehen. Der Versuch, endlich auf die Höhe der politischen Realität in Europa zu gelangen und handlungsfähig zu werden, fällt der Bundesregierung offenkundig schon schwer genug. Die fortgesetzte Akrobatik der Vorbehalte und Begriffsspielereien kann nur mit erneutem Absturz enden.

*

Die Nixon-Regierung hat klar erkannt, daß Ansätze einer eigenständigeren Entwicklung in der bundesdeutschen und in der westeuropäischen Politik am effektivsten von Bonn selbst blockiert werden, wenn man die illusionären Aspekte der Brandt/Scheel-Politik ermuntert und bekräftigt. Im außenpolitischen Bericht, den Minister Rogers im März dem amerikanischen Kongreß vorlegte, wird folgerichtig bis in die Einzelheiten phraseologischer Varianten hinein die „innerdeutsche" Politik Bonns bestätigt: „Die schwierigsten Bemühungen der Bundesrepublik" — heißt es da — „bestehen darin, das Ziel eines modus vivendi mit der ostdeutschen Regierung zu erreichen, der zu engeren und natürlicheren innerdeutschen Kontakten im Rahmen der Konzeption zweier deutscher Staaten innerhalb einer einzigen deutschen Nation führen würde. Die Bundesregierung hat klargemacht, daß sie sich, wenn dieses Ziel erreicht werden könnte, nicht länger gegen eine Anerkennung Ostdeutschlands durch andere Staaten oder gegen eine Aufnahme Ostdeutschlands in die UNO wenden würde. Die Ostdeutschen sind auf diese Angebote nicht eingegangen und haben insbesondere die Konzeption zweier Staaten innerhalb einer einzigen Nation oder des Bestehens besonderer Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland abgelehnt. Wir haben Bonn in seinen Bemühungen ermutigt, einen modus vivendi zu erreichen, der ein Gefühl deutscher nationaler Identität reflektieren, einen erleichterten Kontakt zwischen den beiden Teilen Deutschlands gestatten und allen Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung erhalten würde."

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie diesen Applaus von der falschen Seite zum Anlaß einiger selbstkritischer Überlegungen nähme. Das schlimmste Beispiel dafür, wie Halbheiten und Inkonsequenzen positive politi-

5) Quelle: Jahrbuch 1968/69 des Internationalen Friedensforschungsinstitutes in Stockholm, Teil II, Tafel 4a. 1.
6) Vgl. Wilfried v. Bredow, Konsequenzen aus der Weizsäcker-Studie, in: „Blätter" 4/1971, S. 369 ff.

sche Ansätze gefährden können, ist ja das ominöse „Berlin-Junktim" geworden. Hier hat die Regierung Brandt/Scheel sich in einem Maße zum Gefangenen der inneren Rechtsopposition und der globalen Nixon-Strategie gemacht, das sie ihre ganze Energie brauchen wird, sich daraus zu befreien, wenn sie sich dazu aufraffen kann. Noch ist von solcher Anstrengung wenig zu bemerken. Im Gegenteil: auch hier versucht Bonn den Eindruck zu erwecken, über viel Zeit zu verfügen, nicht das Geringste verlieren, ganz gelassen abwarten zu können in einer Situation, in der weitgehende sowjetische Regelungsvorschläge [7]) auf dem Tisch liegen, die DDR wiederholt vergeblich Verhandlungen angeboten hat und offenkundig nur die starre Haltung der USA einen erfolgreichen Fortgang blockiert. Hat Willy Brandt überhaupt auch nur einen Versuch unternommen, mit der USA-Regierung die Problematik der antiquierten „originären Siegerrechte" in Westberlin zu erörtern, die zum Hebel amerikanischer Machtpolitik gegen europäische Entspannung zu werden drohen? Es läge hier nun an der Bundesregierung, auszuloten, wie hoch die Souveränität der BRD zu veranschlagen ist, oder ob die Beziehungen zu den USA eine Einbahnstraße für Weisungsempfang sind. Da das Westberlin-Problem eines der kompliziertesten Nachkriegsprobleme ist, kann seine Lösung nicht am Anfang stehen und zur Vorbedingung für die Lösung anderer politischer Probleme gemacht werden. Im Gegenteil, Vereinbarung über ein System kollektiver Sicherheit auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz und ein multilateraler Gewaltverzicht würden günstige Voraussetzungen auch für die Erörterung der Westberlin-Frage schaffen im Interesse aller Europäischen Länder und selbstverständlich auch der Westberliner Bevölkerung.

Die Kompliziertheit der Westberlin-Frage und die Gefährlichkeit von Vorbedingungen gerade in dieser Hinsicht wie auch die Unerläßlichkeit der Regelung dieses Problems sind in den „Blättern" wiederholt erörtert worden [8]), es kann deshalb an dieser Stelle auf Ausführlichkeit verzichtet werden. Daß die sowjetische Seite weder die Westberlin-Regelung noch auch irgendeine andere zur Lösung anstehende Frage isoliert und in ein Vorbedingungsverhältnis bringt, vielmehr die Parallelität und Wechselwirkung der Entspannungsschritte betont, hat Außenminister Gromyko sehr deutlich auf dem Parteitag der KPdSU ausgesprochen, als er die Tragweite der Verträge der BRD mit der UdSSR und der VR Polen einschätzte: „Die Inkraftsetzung dieser Verträge, die Regelung der Probleme, die in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den sozialistischen Staaten Europas bestehen, die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit sowie der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen über Westberlin sind wichtige Schritte, die auf dem Weg vom Europa der Konflikte zum Europa des stabilen Friedens führen. Diese Schritte müssen parallel durchgeführt werden, ohne erst den Abschluß einer Angelegenheit in der einen Richtung für den Übergang zu einer anderen abzuwarten."

*

Wie hoch die Bedeutung ist, die die Sowjetunion nach wie vor den Möglichkeiten einer Realisierung der Verträge, die allerdings naturgemäß ihre unverzügliche Ratifizierung erfordern würde, beimißt, zeigte mit großer Eindeutigkeit das Referat Leonid Breschnews auf dem Moskauer Parteitag [9]). Breschnew verhehlte freilich nicht seine Sorge, daß „eine Verschleppung der Ratifizierung eine neue

7) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.
8) Vgl. v. a. Karl D. Bredthauer, Das Westberlin-Problem und die Politik der Entspannung in Europa, „Blätter" 4/1971, S. 332 ff.
9) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

Vertrauenskrise in bezug auf die gesamte Politik der Bundesrepublik Deutschland hervorrufen und das politische Klima in Europa und die Perspektiven einer internationalen Entspannung verschlechtern würde". Eine solche Einschätzung als einen Versuch der Drohung, der Erpressung hinzustellen, wie das hierzulande mehrfach geschehen ist, zeugt von wirklich besorgniserregender Realitätsblindheit. In der großen westlichen Presse ist demgegenüber das Referat Breschnews, das die Möglichkeit schrittweiser und umfassender Abrüstungsvereinbarungen, einer gleichzeitigen Auflösung der Blöcke, sowohl der NATO wie des Warschauer Paktes, mit Eindringlichkeit hervorhebt — gipfelnd in dem 6-Punkte-Programm für Frieden und Abrüstung —, denn auch allgemein als eine weitausgreifende „Friedensoffensive" verstanden worden. Hier sind kräftige Impulse gegeben, auch für die europäische Politik, die helfen können, die Stagnation zu überwinden. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung lernen würde, eine derartige Situation entsprechend zu nutzen.

Die Sicherheitskonferenz [10]), die aktiv mitvorzubereiten die Bundesregierung sich im „Bahr-Papier" verpflichtet hat, ist ganz offensichtlich das ideale Forum für eine entkrampfte Fortsetzung begonnener Dialoge und die Schaffung und Intensivierung neuer Kontakte mit Blick auf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Ein Europäisches Sicherheitssystem ist nicht eine Farce, wie viele immer noch meinen, es ist notwendig als Voraussetzung für eine entfaltete ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Staaten des europäischen Westens und Ostens, es würde den Zwang zur Abrüstung fördern und gilt immer mehr als Voraussetzung für die Lösung außen- und innenpolitischer Probleme. Ein Europäisches Sicherheitssystem liegt somit im unmittelbaren Interesse aller europäischen Völker, für die es zweifelsohne eine ganze Reihe von politischen und sozialen Vorteilen erbringen würde. Die wesentlichen Grundlagen für ein solches System könnten auf den Tagungen und in den Organen der geplanten Europäischen Sicherheitskonferenz erörtert werden, in deren Verlauf alle europäischen Staaten einen kollektiven Gewaltverzicht, Abrüstungsmaßnahmen und multinationale Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten vereinbaren würden.

Bestimmte Kreise im Westen, besonders in den USA und in unserem Lande, begründen nun aber mit Vorliebe ihre Abneigung gegen das Konferenzvorhaben mit dem Argument, eine solche Konferenz sei nichts anderes als eine langerwünschte und ersehnte Gelegenheit für die Sowjetunion, sich „Besitzansprüche bestätigen zu lassen". Eine nüchterne Überlegung ergibt jedoch, daß es gerade die Bundesrepublik ist, die an der Normalisierung der Lage in Europa das größte Interesse haben muß. Für sie ergeben sich nicht nur in politischer Hinsicht völkerrechtliche und geordnete Beziehungen und Regelungen gegenüber den Staaten des Ostens in Europa, sondern ihr Bekenntnis zu dieser Art des gegenseitigen Umgangs miteinander ist ein hervorragendes Instrument der Stabilisierung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine militärische Entspannung und Truppen- und Waffenverminderung. Der damit parallel verlaufende Abbau der Rüstungslasten gibt der Bundesrepublik in ihrer Innenpolitik die Möglichkeit, die notwendigen demokratischen Programme auf dem Gebiete der Wissenschaft und des Bildungswesens, der Sozialgesetzgebung, der Preisstabilisierung durchführen zu können. Denn ohne eine durchgreifende Demokratisierung der inneren Struktur des öffentlichen Lebens in der BRD ist eine ohne Mißtrauen funktionierende europäische Zusammenarbeit nicht vorstellbar, wie umgekehrt immer kla-

[10]) Vgl. hierzu auch A. N. Kossygins Äußerungen zu wirtschaftlichen Aspekten einer Europäischen Sicherheitskonferenz auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, in: Dokumente zum Zeitgeschehen" dieses Heftes.

rer wird, daß der Rüstungswahnsinn, indem er Reformen, Demokratisierung, Erneuerung schon allein finanziell unmöglich macht, uns unsere Zukunft kostet. Eine europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit erweist sich immer mehr als ein unerläßlicher Schritt auf dem Weg zur Lösung sowohl innerer wie äußerer Probleme. Der Umfang und die Schwierigkeiten der zu lösenden Fragen dürfen dabei kein Hindernis sein, um aus dem gefährlichen Zustand der jetzigen totalen Konfrontation herauszukommen. Insbesondere muß man erkennen, daß zweiseitige Schritte der einzelnen Staaten kollektive völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen den Staaten insgesamt nicht ersetzen können.

Nun gibt es Leute, die, wie z. B. Helmut Schmidt, das Zustandekommen einer Sicherheitskonferenz an die Bedingung knüpfen (und damit eben blockieren wollen), daß über ihre Ergebnisse bereits bei der Einberufung — als deren Voraussetzung nämlich — Einverständnis herrschen müsse. Das ist eine durchsichtige Forderung, denn üblicherweise beruft man eine Konferenz doch wohl zu dem Zwecke ein, Vereinbarungen zu erarbeiten. Wäre die Lösung bereits zu Beginn vorausgesetzt, könnte man auf die Konferenz überhaupt verzichten. Außerdem würde man ihren Charakter und ihre Aufgabe mit Absicht mißverstehen, wollte man die Konferenz sozusagen als ein diplomatisches Signierungstreffen betrachten, bei dem zuvor ausgehandelte völkerrechtliche Abmachungen bei Festessen und Umtrunk die Unterschriften der beteiligten Regierungen erhalten. Besonders die USA haben offiziell mehrmals betont, daß sie an einer Konferenz „ohne vorherige Fortschritte nicht teilnehmen könnten und daß eine nicht genau definierte, nur allgemeine Tagesordnung sie zum Scheitern bringe".

Präsident Nixon rühmt allerdings bemerkenswerterweise mit Blick auf die SALT-Verhandlungen ein genau entgegengesetztes Verhandlungsverfahren [11]):

„Wir waren der Ansicht, daß Fortschritte am besten dann erzielt werden könnten, wenn der erste Gedankenaustausch eine Einigung über die Definition des Themas sowie die Art der Sachfragen fördern würde. Daher haben wir nicht in der traditionellen Weise Gespräche über festumrissene detaillierte Vorschläge aufgenommen, die frühzeitig zu einem toten Punkt führen könnten, wenn jede Seite auf ihren Ausgangspositionen beharrt. ... Dieses im wesentlichen sondierende Vorgehen, das auch eine allgemeine Verhandlung der Verifizierung einschloß, versetzte jede Seite in die Lage, ein besseres Verständnis der Vorstellungen der anderen Seite zu gewinnen... In den späteren Phasen der Gespräche gingen wir von einer Analyse der Sachfragen zu einer Erörterung konkreter Maßnahmen über ... Als es sich als schwierig erwies, Fortschritte auf der Basis der anfänglichen Methoden und Vorschläge zu erzielen, konnten wir aufgrund unserer Vorbereitungsarbeit rasch zu einer modifizierten Haltung übergehen, die sowjetischen Einwendungen Rechnung trug." Die Motive dafür, daß Nixon solchen Verfahrensmöglichkeiten bei einer Konferenz der Europäer über Europa von vornherein weit weniger interessiert gegenübersteht, liegen auf der Hand. Es ist an der Zeit, daß sich die Bundesregierung von den einschlägigen Richtlinien US-amerikanischer Interessenpolitik emanzipiert.

*

Die Regierung Brandt/Scheel muß sich darüber klar werden, daß jegliche Ansätze zu einer Politik der Entspannung und der Normalisierung zum Scheitern verurteilt sind, wenn sie nicht ihrerseits sich aus der Umklammerung, die sich am fatalsten im „Berlin-Junktim" äußert, befreit und sich den nötigen Spielraum

11) In seinem außenpolitischen Bericht vom 25. 2. 1971.

für einen produktiven Beitrag zum Vorankommen in den europäischen Fragen schafft. In der Anerkennung der tatsächlich in Europa bestehenden Lage, der hier existierenden Staaten einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik, kann man keine Vorleistung an den Osten, keine Aufgabe von „Rechten", wie dies von rechts so gern genannt wird, erblicken, sondern hier geht es, schlicht und einzig um die Schaffung der Grundvoraussetzungen dafür, als Verhandlungspartner glaubwürdig zu werden. Niemand wird sich verhehlen, welche Vielzahl von ernsthaften Divergenzen mit der Lösung der komplizierten europäischen Probleme verbunden sind, dennoch führt kein Weg an ihnen vorbei, wenn wir aus der Atomhölle eines mehr als dutzendfachen Overkills und bis zum Ausbluten militarisierter Wirtschaftssysteme zurückfinden wollen zum vernünftigen Gebrauch unseres Reichtums und unserer Arbeitskraft.

Die Abhängigkeit der westlichen Wirtschaftssysteme von der Rüstung ist ein besonderes Problem, das schon auf der ersten Jahreskonferenz der Warschauer Pakt-Staaten vom damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow angesprochen wurde. Dieser sagte im Zusammenhang mit seinen Vorschlägen zur Abrüstung, er wisse, daß es für die Sowjetunion als einem sozialistischen Staat mit einer vom Staate gelenkten Wirtschaft leichter und reibungsloser möglich ist, die Wirtschaft auf den Frieden umzustellen, als in einem kapitalistischen Land wie den USA. Er sei deshalb bereit, mit dem amerikanischen Präsidenten geeignete Regelungen dafür zu treffen, daß die Umrüstung der beiden Wirtschaftseinheiten in einer Weise erfolgt, die eine Rezession in den USA vermeidet.

Bei der Abhängigkeit der westeuropäischen Wirtschaft und insbesondere der Wirtschaft der Bundesrepublik von den USA und der „Leitwährung" des Dollars ist dieses ein Problem, das auch uns einschneidend berührt. Um so mehr, als der militärisch-industrielle Komplex, den schon Präsident Eisenhower zu Ende seiner Präsidentschaft als die größte Gefahr für die USA bezeichnete, die westliche Supermacht mehr und mehr durchwuchert [12]). Und alarmierend für uns ist die rasch anwachsende Bedeutung eines militärisch-industriellen Komplexes nun auch in der bundesdeutschen Wirtschaft und Politik, deren Auswirkungen besonders im Umkreis des Franz Josef Strauß und des Bundeswehr-Ministers Helmut Schmidt mit seinem „ehrenamtlichen" Staatssekretär Mommsen greifbar werden.

Weder Resignation noch ein trotziges „an-uns-jedenfalls-hat-es-nicht-gelegen" — beides, wie eingangs festgestellt, Töne, die regierungsoffizielle und regierungsnahe „Halbzeit-Bilanzen" gegenwärtig bestimmen — sind der Situation, die wir zu skizzieren versuchten, angemessen. Noch ist die SPD/FDP-Regierung über erste Ansätze zu wirklicher Neuorientierung nicht hinausgekommen, wenngleich sie sich insbesondere mit der Unterzeichnung der Ostverträge tragfähige Ausgangspunkte hat schaffen können. Sie muß nun endlich lernen, Gebrauch davon zu machen, lernen, aufrecht zu gehen. Die entscheidenden Schritte muß Brandt noch tun. Aber man muß hinzufügen: noch auch ist er in der Lage, sie zu tun. Die Situationsanalyse zeigt, daß die Bundesregierung am Zuge ist. Weitgehende Angebote der anderen Seite gibt es in Fülle.

12) In einer kürzlich erschienenen Untersuchung hierüber sieht Senator W. Proxmire (William Proxmire, Report from Wasteland. America's Military-Industrial Complex, Praeger Publishers, New York 1970), eine beträchtliche Gefahr in der Tätigkeit von mindestens 2100 Generalen, Admiralen und Obersten i. R. in den großen Rüstungskonzernen. Allein bei General Dynamics sind heute mehr als 100 dieser ehemaligen hohen Offiziere tätig, den Rekord hält Lockheed mit 210 Konzernposten dieser Kategorie. In dem Buch des früheren Mitarbeiters im State Department, Richard I. Barnet (1969, jetzt in deutscher Sprache in der rororo-Bücherei unter dem Titel: „Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes"), heißt es einleitend, daß die Regierung in Washington mehr als 70 Cent von jedem Etatdollar für Kriegszwecke verbraucht. Barnet entlarvt ein System, in dem Unternehmer die Karrieren der Politiker finanzieren und die Politiker wieder für die Unternehmer sorgen.

Mehr noch als bisher ist es heute vonnötigen, daß in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die vorhandenen vielfältigen Bestrebungen und Forderungen nach einer Politik des Friedens und der Verständigung, der konsequenten Entspannung sich in unüberhörbarer Weise artikulieren. Allein die aus solchem Engagement in den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, in Parteien, Gewerkschaften, Studenten- und Jugendorganisationen, Kirchen und Verbänden erwachsende politische Kraft kann — so sieht es heute aus — die festgefahrene Politik der Regierung Brandt/Scheel wieder in Bewegung bringen. Die unverzügliche Ratifizierung der Verträge, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Anullierung des Münchner Abkommens, die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO, die intensive Vorbereitung der Europa-Konferenz, die Überprüfung aller einseitigen Blockbindungen und (endlich!) konkrete Bonner Abrüstungsvorschläge: das sind in der Tat die Gebote der Stunde. Es gilt, endlich die Fixierung der SPD/FDP-Regierung auf die schlimme Kontinuität des Rechtskurses zu durchbrechen. Denn ob die Verdrängung der CDU/CSU aus den Regierungsbänken in Bonn sich als letztlich belanglose, illusorische Episode erweisen wird oder nicht, das ist nicht allein eine Angelegenheit von SPD und FDP, es ist die Angelegenheit aller Bürger.

Es ist wahr: Die Regierung Brandt/Scheel macht es ihren Gegnern sehr leicht. „Der Opposition bot Brandt Kooperation in der Außen- und Wirtschaftspolitik an", heißt es lakonisch in dem eingangs erwähnten „Halbzeit"-Artikel der „Welt", und man meint, den belustigt ironischen Unterton zu hören, mit dem hier im rechten Lager die neueste Auflage selbstmörderischer Umarmungsversuche Brandts konstatiert wird.

Die Situation ist zu ernst — im Sinne einer neuen Verhärtung ebenso wie in Hinsicht auf die ungenutzten Chancen der Stunde —, um die Regierung einfach ihren Widersprüchen zu überlassen. Das Interesse einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung an der Realisierung dessen, was durch eine konsequente Praxis der Entspannung und Erneuerung in dieser Bundesrepublik heute greifbar sein könnte, liegt klar zutage. Solange der SPD-Kanzler es jedoch für richtig hält (zudem in beschämender Ausnutzung und sogar Förderung ältester wie neuester Varianten der verhängnisvollen Kontinuität Antikommunismus!), sich ausgerechnet von denen „abzugrenzen", die innerhalb und außerhalb der Koalitionsparteien Befürworter und Förderer der Befriedung und Entspannung sind, solange der Kanzler sich andererseits immer wieder bei den unerbittlichen Gegnern selbst bescheidenster Ansätze einer Wende anzubiedern versucht — solange können die Nixon, die Barzel und Strauß ihrerseits wahrhaft gelassen abwarten.

Wer den Frieden will, muß den Frieden vorbereiten. Das kann nicht mit Halbheiten geschehen, nicht im Schatten der Militärblöcke, nicht im Zögern dabei, die konkreten Voraussetzungen für die friedliche Zusammenarbeit zu schaffen und das Klima des Mißtrauens zu überwinden. Nicht taktische und methodische Änderung der alten Politik ist vonnöten, sondern eine im Inhalt neue Politik.

Was sollte die BRD auf einer internationalen Konferenz für Europa erstreben?*)

Von Harold Rasch

I

Es ist kaum zweifelhaft, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit dem von ihr so eifrig geförderten Gedanken einer internationalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa primär eigene Interessen verfolgt, — was sonst können wir von einer Weltmacht eigentlich erwarten? Die Sowjetunion wünscht zunächst eine weitere Stabilisierung ihrer heutigen Machtposition. Sie will ihre Stellung, die im Jahre 1968 in der Tschechoslowakei ins Wanken zu geraten drohte und die sie damals mit militärischen Mitteln erhalten zu müssen glaubte, durch ein Netz vertraglicher Abmachungen, das wir im einzelnen nicht kennen, zusätzlich sichern. Um die Formulierung Giselher Wirsings zu gebrauchen: die Sowjetunion erhofft sich von der Konferenz „die allgemeine Anerkennung ihrer durch die Breschnew-Doktrin institutionell festgelegten Vorherrschaft in Osteuropa" [1]). Aber sie erstrebt gewiß noch mehr, sie will ihr Gewicht in Europa und darüber hinaus nicht nur sichern, sondern auch verstärken. Dafür spricht, abgesehen von dem natürlichen Expansionsdrang jeder Großmacht, die laufende Erhöhung ihrer Rüstungen, das Vordringen ihrer Flotte im Mittelmeer und im Indischen Ozean, die Errichtung von Stützpunkten in Ägypten, das aktive Eingreifen sowjetischer Streitkräfte im Nahen Osten. An der Tendenz der politischen Führung des Kreml, die USA langfristig aus Europa zu verdrängen, die NATO zu zerstören, ist schwerlich zu deuteln, obwohl es gewiß keinerlei konkrete Anhaltspunkte für militärisch-aggressive Pläne der Sowjetunion gibt.

Die Frage ist nur: Stellt das alles einen Grund für uns dar, uns der Einberufung einer internationalen Konferenz für Europa zu widersetzen, unsere Mitwirkung an einer solchen zu versagen? Einflußreiche Kreise drängen in diese Richtung. „Wir denken nicht daran, uns zu einer Beteiligung an einer Konferenz herzugeben, die letztlich die politische Führungsrolle der Sowjets in Osteuropa legitimieren könnte oder aber die sowjetischen Theorien hinsichtlich der begrenzten Souveränität innerhalb der sogenannten sozialistischen Gemeinschaft bestätigte", sagte Senator Tower aus Texas kürzlich auf einer Tagung in München, und Bundesverteidigungsminister Schmidt fügte hinzu: „Wir auch nicht" [2]).

II

Noch sind die USA, gemessen am Bruttosozialprodukt je Einwohner, mit Abstand die reichste Nation der Welt, noch sind sie technologisch, alles in allem, führend. Aber der militärisch-politische Einfluß, den sie nach dem Zweiten Weltkrieg besaßen, ist geringer geworden, und zwar nicht nur durch das Erstarken der UdSSR, das Aufkommen der neuen Weltmacht China und die zunehmende Konkurrenz Japans. Die Vereinigten Staaten haben sich als Weltpolizisten über-

*) Der Aufsatz fußt auf einem Referat, das der Verfasser am 19. Februar 1971 auf einer wissenschaftlichen Konferenz des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien gehalten hat.
1) Christ und Welt vom 1. Januar 1971, Nr. 1.
2) Ernst-Otto Maetzke, FAZ vom 23. Februar 1971, Nr. 45.

nommen. Aus Kuba sind sie verdrängt, im übrigen Mittelamerika und in Südamerika ist ihre Vorherrschaft bedroht. Ihre politische Niederlage in Ostasien ist längst offenbar, ihr militärisches Instrument in Europa, eben die NATO, hat an Schlagkraft eingebüßt, seitdem Frankreich seine Truppen dem gemeinsamen Oberbefehl entzogen hat. Das nach 1945 weltweite Ansehen der USA ist — leider — erheblich gesunken. In Zukunft werden die Probleme des eigenen Landes, die Bekämpfung der Inflation, der Umweltschutz, die Verbesserung der allgemeinen Infrastruktur, die Beseitigung der Elendsviertel in den Großstädten, die Negerfrage ständig größere Anstrengungen erfordern und der wirtschaftlichen Expansion und militärischen Intervention in der übrigen Welt Grenzen setzen.

Mit größter Wahrscheinlichkeit also werden die USA ganz unabhängig von der Politik der Sowjetunion aus eigenem Interesse früher oder später auch in Europa ihr militärisches Engagement zu vermindern suchen, keinesfalls werden sie es erhöhen. Die Bundesrepublik aber kann amerikanische Truppen nicht ersetzen. Mag der Bundesverteidigungsminister auch durch Herabsetzung der Dienstzeit mehr junge Leute zur Bundeswehr einberufen als bisher und damit die viel zitierte „Wehrungerechtigkeit" ein wenig mildern, das militärische Potential der Bundeswehr an Soldaten auf Zeit erhöhte sich dadurch nicht, und der Mangel an langfristig Dienenden und Offizieren würde durch eine solche Maßnahme überhaupt nicht berührt. Schon dieser Umstand zwingt uns zu einer politischen Verständigung mit der Sowjetunion.

Um eine solche Verständigung sollten wir um so mehr bemüht sein, als die Bundesrepublik schon heute nicht sinnvoll verteidigt werden kann und auch die „Abschreckungs"-Funktion des westlichen Bündnisses angesichts der Übermacht des Ostblocks an konventionellen Streitkräften und der Unmöglichkeit des Einsatzes nuklearer Waffen nur beschränkt ist [3]). Gewiß, auch eine nur beschränkte Abschreckung ist vielleicht besser als keine und die Bundeswehr dann nicht überflüssig, aber sie bleibt eben doch unzureichend und würde mit einer Verringerung des amerikanischen Engagements noch unzureichender werden. Die Suche nach besseren politischen Lösungen wird dadurch nur um so dringlicher.

Aber auch unabhängig von dem langsam, aber sicher schwindenden Einfluß der USA in der übrigen Welt sind zunehmend Zweifel an der Wirksamkeit der These vom „Gleichgewicht des Schreckens" als Instrument der Erhaltung des Friedens angebracht. Niemand kann überzeugend dartun, daß es nur dieses „Gleichgewicht" war, das wenigstens Europa vor einem neuen, dem dritten Weltkrieg bewahrt hat, niemand freilich auch das Gegenteil. „Das Vertrackte an der Abschreckung ist, daß man ihr im strikten Sinne Erfolg oder Mißerfolg nicht nachweisen kann. Darin liegt ihr Zynismus. Wenn mit Abschreckung gedroht wird und es zu keinem Konflikt kommt, bleibt die Frage offen, ob der Konflikt vermieden wurde, weil der sogenannte Feind abgeschreckt wurde oder weil dieser einfach keine aggressiven Absichten hatte. In dieser Unbeweisbarkeit ihrer praktischen Wirkungen liegt ihre Macht. Denn jedem kritischen Argument, das sich gegen ihre Praxis richtet, kann mit dem Hinweis auf ihre (nicht beweisbare) vermeintliche Effektivität begegnet werden" [4]).

Und weiter: Wenn das Gleichgewicht des Schreckens überhaupt Grundlage der Erhaltung des Friedens war, dann höchstens in Europa. Außerhalb unseres Erdteils gelangt man zu deprimierenden Einsichten, wenn man die Zahl und Schwere

[3]) Hierzu Rasch, Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden, Fischer-Bücherei. 1970 (Informationen zur Zeit, Band 1165). Selbst der militärische Sachverständige der FAZ, Adelbert Weinstein, räumt jetzt ein: „Die Bundesrepublik ist mit militärischen Mitteln nicht zu verteidigen: kein Land der Erde ist zu verteidigen", und gibt ferner zu, daß „Abschreckungsstrategie in sich ein Widerspruch ist" (FAZ vom 30. Januar 1971, Nr. 25).
[4]) Dieter Senghaas, *Abschreckung und Friedenspolitik*, 1969, S. 85.

der Konflikte betrachtet, die die Welt seit 1945 heimgesucht haben, und an den schwersten von ihnen waren oder sind gerade die beiden Weltatommächte unmittelbar oder mittelbar beteiligt (Kuba 1962, Vietnam, Naher Osten). Wir leben also alles andere als gefahrlos, von „Frieden auf Erden" kann keine Rede sein. Jede Abschreckung birgt die Gefahr ständiger Eskalation in sich, über die einmal die Kontrolle verloren gehen könnte.

Niemand hat eine größere Verpflichtung, dazu beizutragen, daß der Teufelskreis von Angst und Abschreckung, noch größerer Angst und noch fürchterlicherer Abschreckung endlich einmal durchbrochen wird, als die Bundesrepublik Deutschland. *Wir* waren es, die zwanzig Jahre lang die eindeutigen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs nicht haben hinnehmen wollen, die zwar gewiß keine kriegslüsterne, aber leider auch keine ehrliche Friedenspolitik getrieben haben, wir, die sich geweigert haben, den zweiten deutschen Staat völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, ja, die jede Bemühung, zu einer Entspannung in Mitteleuropa zu gelangen, so etwa seinerzeit die Pläne des verstorbenen polnischen Außenministers Adam Rapacki entscheidend mit vereitelt haben. Gerade an uns also wäre es, nachdem nun endlich ein neuer Kurs in der Außenpolitik der Bundesrepublik eingeschlagen ist, auf diesem Wege mutig fortzuschreiten und mit konstruktiven Gedanken aufzuwarten. Schließlich wird ja in jedem Fall die Zukunft der beiden deutschen Staaten wesentliches Objekt einer internationalen Konferenz über Europa sein.

Die Position der Bundesrepublik ist dabei einerseits vergleichsweise günstig, andererseits auch mit besonderen Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten belastet. Sie ist günstig nicht etwa, weil sie uns Gelegenheit böte, einen der beiden Großen gegen den anderen auszuspielen (auf einen so absurden Gedanken wird hoffentlich niemand kommen), sondern sie ist günstig einfach deshalb, weil auf jeder zukünftigen großen internationalen Konferenz wirtschaftliche Probleme eine verhältnismäßig wichtige Rolle spielen werden und die Bundesrepublik als ein Staat mittlerer Größe (noch) eine hohe wirtschaftliche Leistungskraft besitzt, die eingesetzt werden kann. Unsere Lage ist aber auch besonders schwierig, nicht nur weil wir eine geteilte Nation sind, sondern vor allem deshalb, weil die — im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, aber auch Österreich — geringe politische Kultur unseres Landes wesentliche politische Probleme bald zu Rechtsfragen macht, die nach abstrakten Grundsätzen des Völkerrechts entschieden werden könnten, bald in weltanschauliche Glaubensbekenntnisse ausarten läßt, die einer kritischen Erörterung der Sachfragen wenig dienlich sind, und nicht zuletzt weil — worüber noch Näheres zu sagen sein wird — auch intensive wirtschaftliche Beziehungen nicht nur Vorteile, sondern auch unerwünschte Abhängigkeiten bringen können.

III

Die Einflußsphären der beiden Weltmächte in Europa sind durch die Entwicklung der Nachkriegszeit weitgehend gegeneinander abgegrenzt; das muß Grundlage jeder zukünftigen Politik sein. Wie die kleineren slawischen Völker, wie Ungarn und Rumänien ihr Verhältnis zur Sowjetunion gestalten wollen und können, ist ausschließlich ihre eigene Sache. Wir Deutschen haben gewiß Grund, das Geschehen in Osteuropa sorgfältig zu beobachten, aber keine Veranlassung, hier mitzumischen. Unser Interesse sind möglichst gute Beziehungen zu allen Staaten Osteuropas, nicht aber Einflußnahme auf die internen Verhältnisse des Ostblocks oder Jugoslawiens. Dazu haben wir auch nicht die geringste Möglichkeit. „Tatsächlich denkt Moskau nicht daran, sich mit Bonn über Osteuropa zu ver-

ständigen. Deutschland in seiner westlichen Hälfte ist für die Sowjetunion kein ebenbürtiger Partner" [5]). Jedermann weiß, daß die Dinge labil sind, die Ereignisse in Polen seit dem Dezember 1970 haben es erneut in tragischer Weise gezeigt. Niemand vermag zu sagen, wieweit Rumänien seine relative außenpolitische Selbständigkeit wird behaupten können, was in Jugoslawien nach Tito einmal geschehen wird. Erst recht ist die innerpolitische Entwicklung in der Sowjetunion selbst unvorhersehbar. Die Bundesrepublik ist am allerwenigsten legitimiert, insoweit aktiv Stellung zu beziehen. Wir haben uns im Vertrag von Moskau verpflichtet, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten"; nicht nur daran haben wir uns strikt zu halten, auch sonst darf die Innen- und Außenpolitik dieser Staaten nicht Gegenstand einseitiger Einflußnahme unsererseits sein.

Auch die Deutsche Demokratische Republik gehört zum Ostblock und damit zum Herrschaftsbereich der UdSSR, kein Gesetz der Bundesrepublik kann daran etwas ändern. *Wir* sind es gewesen, die die Sowjetunion vor dreißig Jahren überfallen haben und dafür mit der Zerschlagung des Reichs haben büßen müssen. Ob und inwieweit die gesellschaftliche Ordnung der DDR und ihr außenpolitischer Status den Wünschen der Bevölkerung entspricht, wissen wir nicht, da die kommunistische Herrschaft „freie Wahlen" im westlichen Sinn nicht kennt; jedenfalls haben wir sie zu respektieren. Tatsächlich hat sich denn auch die Bundesregierung in Ziffer 6 des „Bahr-Papiers" bereit erklärt, ihre Beziehungen zur DDR „auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, (zu) gestalten".

Mit einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen durch die Bundesrepublik wäre das größte Hindernis einer Befriedung Mitteleuropas aus der Welt geschafft. Es bleibt abzuwarten, welche Wünsche der Osten im Hinblick auf eine weitere vertragliche Sicherung dieser Befriedung, etwa auf dem Weg über kollektive Vereinbarungen, vorbringen wird. Wir haben keine Veranlassung, uns solchen Wünschen grundsätzlich zu widersetzen. Andererseits liegt es ebenso wenig im Interesse der Bundesrepublik, zusätzliche Verpflichtungen auf multilateraler Grundlage einzugehen, die gegen autonome Wandlungen im politischen und sozialen Status anderer Staaten gerichtet sein und benutzt werden könnten. Um es konkreter zu sagen: Wir haben uns in die Verhältnisse der DDR, Polens und der ČSSR weder zur Beseitigung noch zur Erhaltung des Status quo einzumischen. Kollektive Sicherheitsabkommen dürfen eigenständige Veränderungen nicht blockieren.

IV

Was also sollte die Bundesrepublik auf einer internationalen Konferenz für Europa erstreben?

Der allgemeine Wunsch nach „Schaffung einer europäischen Friedensordnung" ist zu unbestimmt, als daß er auch nur für die Formulierung einer Tagesordnung genügte. Ein end- und nutzloses Palaver wäre die sichere Folge. Auch das Ziel einer „allgemeinen und vollständigen Abrüstung" auf unserem Erdteil kann vernünftigerweise nicht verfolgt werden, solange selbst auf so begrenzten Gebieten wie dem der Einschränkung der nuklearen Rüstung (SALT) keine greifbaren Ergebnisse erreicht werden konnten. Andererseits: Allzu minimale Wünsche lohnen den Apparat einer internationalen Konferenz nicht und könnten von vorn-

5) Botho Kirsch, Sturm über Eurasien, 1970, S. 264.

herein auch nur zu Enttäuschungen führen. Die Zielsetzung darf also nicht zu weit, aber sie muß doch so weit gehen, daß bei günstigem Ausgang der Konferenz ins Gewicht fallende Fortschritte erwartet werden können.

Räumlicher Ansatzpunkt für die Beratungen sollte Mitteleuropa sein. Das Nebeneinander und Gegeneinander der beiden deutschen Staaten, ihr Verhältnis zueinander waren zwanzig Jahre hindurch Hauptstreitgegenstand in Europa. Heute ist die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten nicht mehr zweifelhaft (und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland hoffentlich nur noch eine Frage der Zeit). Aber die ideologischen Gegensätze zwischen West und Ost, die Eingliederung der beiden Deutschland in die großen einander gegenüberstehenden militärischen Machtblöcke unserer Tage, die gegenseitige Angst beider voreinander kennzeichnen die Lage nach wie vor besonders deutlich.

Geht man hiervon aus, dann bietet es sich fast zwangsläufig an, an frühere Überlegungen anzuknüpfen, die eine schrittweise Entspannung der internationalen Lage in Mitteleuropa zum Ziel hatten. Ich denke an die bereits erwähnten, mehrfach modifizierten Pläne des früheren polnischen Außenministers Adam Rapacki. Nach diesen sollte die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland sich zunächst verpflichten, auf die Herstellung und Einfuhr von Kernwaffen und Mitteln zu ihrer Beförderung sowie auf die Zulassung der Errichtung neuer Sützpunkte und Einrichtungen zu verzichten, die der Lagerung und dem Unterhalt von Kernwaffen oder Mitteln zu ihrer Beförderung dienen. Im weiteren Verlauf sollten sie alle Kernwaffenträger aus den Rüstungsbeständen ihrer Staaten entfernen, ihre Streitkräfte auf eine vereinbarte Stärke herabsetzen und dabei ihre herkömmliche Bewaffnung angemessen vermindern. Die Durchführung dieser Verpflichtungen sollte international kontrolliert werden. Leider haben weder die Bundesrepublik noch ihre Verbündeten jemals ernsthafte Verhandlungen über den Rapacki-Plan aufgenommen.

Hier hätte eine internationale Konferenz für Europa, selbstverständlich unter Berücksichtigung des inzwischen in Kraft getretenen, übrigens von der Bundesrepublik zwar unterschriebenen, aber noch nicht ratifizierten Atomwaffensperrvertrages, anzusetzen. Welchen Sinn sollten auch Gewaltverzichtsverträge haben, wenn sie nicht Ausgangspunkt für eine Verminderung des Rüstungspotentials wären, das ja allein der Durchsetzung politischer Forderungen durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt dient? Wichtigster Punkt einer Tagesordnung für die Konferenz muß also die Erörterung aller Möglichkeiten der schrittweisen Verminderung der Streitkräfte und ihrer Ausrüstung, der nuklearen sowohl wie der konventionellen, in Mitteleuropa sein. Dieses Thema wäre zunächst in einer Generaldiskussion zu erörtern. Die Diskussion sollte mit einem Bericht abschließen, der erkennen läßt, in welchen Fragen Einigkeit besteht, welche Probleme vertiefter Erörterung bedürftig und fähig sind, wobei etwa an folgendes zu denken ist: Können die ausländischen Truppen aus den Staaten Mitteleuropas abgezogen werden? Können Atomwaffen aus Mitteleuropa entfernt, kann die Zahl der verbleibenden einheimischen Truppen reduziert werden? Einzelheiten zu beraten, die als Grundlage für konkrete Empfehlungen an die Regierungen dienen könnten, wäre gegebenenfalls Sache einer oder mehrerer Sachverständigenkommissionen, die auf der Konferenz zu bilden wären und als ständige Einrichtungen tätig zu werden hätten. Die Arbeiten der Kommissionen würden also ein Seitenstück zu den Gesprächen darstellen, die unter dem Namen SALT seit mehr als einem Jahr geführt werden, nur daß der Teilnehmerkreis erweitert wäre

und daß die Arbeiten sich einerseits auf Mitteleuropa zu beschränken, andererseits nicht nur auf Kernwaffen, sondern auf jede Art von militärischer Rüstung zu erstrecken hätten. Auch die Konferenz selbst wäre eine ständige, wenngleich natürlich nicht ständig tagende Institution.

Sowohl für die Konferenz wie für etwaige Kommissionen sollte das Prinzip der Einstimmigkeit gelten; kein Staat dürfte durch Mehrheitsentscheidungen — obwohl alle Beschlüsse ja nur empfehlenden Charakter tragen — überstimmt werden. Die Beratungen der Konferenz und ihrer Kommissionen sollten nicht öffentlich sein, die Berichte über die Ergebnisse ihrer Arbeit und Empfehlungen dagegen nicht nur veröffentlicht, sondern möglichst weit verbreitet werden.

Ein weiterer Gegenstand von Erörterungen auf einer internationalen Konferenz für Europa sollte die Verstärkung der technisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost sein. Zu denken ist dabei nicht an die laufenden Handelsbeziehungen, wie sie sich — mit oder ohne zweiseitige Handelsverträge — seit Jahrzehnten entwickelt haben. Hier handelt es sich um einen, wenn auch komplizierten, Warenaustausch, nicht aber um Zusammenarbeit. Zu denken ist auch nicht an einzelne Großlieferungen westlicher Unternehmen an die Staaten Osteuropas, die mit umfangreichen Kreditgewährungen und öffentlichen Bürgschaften verbunden sind. Auch für diese bedarf es keiner internationalen Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und der Staaten Mitteleuropas.

Was erstrebt werden sollte, ist vielmehr die Erörterung der Möglichkeiten echter Zusammenarbeit zwischen West und Ost, sei es hinsichtlich des Umweltschutzes, zum Beispiel in der Ostsee, sei es durch Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen in dritten Ländern. Gerade für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander — nach wie vor ein Kernproblem in Mitteleuropa — dürften hiervon günstige Wirkungen zu erwarten sein. Völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, die ohnehin unerläßlich ist, vorausgesetzt, sollten beide Staaten überlegen, wie sie gemeinsam an Großprojekten für den Bau eines Kraftwerkes, einer Eisenbahnbrücke, eines Staudamms in Südamerika, Afrika, Asien arbeiten können. „Entwicklungshilfe" für die „unterentwickelten Länder" schreit geradezu danach, gemeinsam von Ost und West betrieben, anstatt in den Dienst des Kampfes gegeneinander gestellt zu werden, wie es die Bundesrepublik jahrelang getan hat, indem sie die Gewährung von Entwicklungshilfe davon abhängig machte, daß der begünstigte Staat keine diplomatischen Beziehungen zur DDR aufnahm. Gemeinschaftsunternehmen dieser Art würden zu vielfältigen Kontakten zwischen Kaufleuten, Technikern, Finanzmännern führen, die der Förderung einer friedlichen internationalen Atmosphäre dienlich wären. Gewiß, oft hat es den Anschein, als wolle gerade die DDR keine Gemeinsamkeit, sondern scharfe Abgrenzung und völlige Abkapselung, und auch was den Einfluß auf die dritte Welt betrifft, so ist die Verschiedenheit der Gesellschaftsordnungen von West und Ost natürlich von Bedeutung. Aber diese Spannungen müssen eben überwunden werden, wenn man mit der Befriedung Mitteleuropas ernst machen will, und können es auch, wenn erst einmal alle Staaten den Versuch aufgegeben haben, die innere Ordnung anderer Länder zu untergraben. Die Entwicklungsländer sind ohnedies immer weniger bereit, die Annahme von Entwicklungshilfe mit Zugeständnissen hinsichtlich ihrer eigenen gesellschaftlichen Struktur in diesem oder jenem Sinn zu erkaufen.

Natürlich hängt Zusammenarbeit etwa in der Entwicklungshilfe von dem Vorhandensein entsprechender konkreter Projekte ab, mit denen die internationale Konferenz selbst nichts zu tun hat. Was auf der Konferenz zu erörtern wäre, sollte nur die grundsätzliche Bereitschaft sein, sich gegebenenfalls an solchen Projek-

ten zu beteiligen; das Einverständnis darüber, daß eine derartige Beteiligung nicht gegen die noch bestehenden Bindungen der NATO, des Warschauer Pakts, der EWG und des COMECON, aber auch nicht gegen internationale Verpflichtungen zur Wahrung militärischer Neutralität eines Staates verstößt.

Schließlich wäre ein letztes Problem der Verbesserung der internationalen Beziehungen in Mitteleuropa zu erörtern, die Frage nach den Möglichkeiten einer Erweiterung der internationalen Kommunikationen.

Wirkliche Entspannung zwischen West und Ost verlangt ein Mindestmaß gegenseitigen Verstehens. Sicher ist ein besseres Wissen voneinander noch keine Garantie für die Erhaltung des Friedens, aber ohne ein solches Wissen kann es keine besseren Beziehungen geben. Solange bei uns primitivster „Antikommunismus" herrscht, während die östliche Propaganda für alle Übel der Welt ebenso primitiv den „Monopolkapitalismus" verantwortlich macht, wird man trotz erweiterter Handelsbeziehungen wenig Hoffnung für ernsthafte Abrüstungsbemühungen und wirkliche Entspannung haben können. Dringend erwünscht wäre es daher, auf einer internationalen Konferenz für Europa auch nach besseren internationalen Kommunikationen, nach umfassenderer und zuverlässigerer Berichterstattung, objektiverer Kritik der anderen Seite, nach erweitertem Austausch von Nachrichten und Meinungen, nach viel freierem Reiseverkehr zu suchen. Auch das gilt ganz besonders wieder für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander.

Über die Schwierigkeiten, die hier im Wege stehen, wird man sich freilich keiner Täuschung hingeben dürfen. Die Staaten des Westens stellen — von den bestehenden Militärdiktaturen einmal abgesehen — offene Gesellschaften dar, in denen Meinungs- und Pressefreiheit ebenso wie freier Reiseverkehr rechtlich und praktisch gewährleistet sind, in denen das freie Wort auch über die Grenzen hinweg systemimmanent ist. Wohl gibt es auch hier eine mehr oder minder bedeutende Manipulierung der öffentlichen Meinung durch gewisse Massenmedien; dennoch kann jeder, der es wirklich will, sich einigermaßen zuverlässig über die Vorgänge in der Welt informieren, über die Ereignisse in anderen Ländern natürlich nur in dem Maß, in dem diese selbst Informationen zu geben oder wenigstens zuzulassen bereit sind. Die kommunistischen Staaten Osteuropas lassen solche Meinungs- und Pressefreiheit nicht zu, und, seien wir ehrlich, können sie auch nicht zulassen. Es ist nicht unsere Aufgabe, ihnen insoweit gute Ratschläge zu geben, vielmehr wäre es an ihnen selbst, zu sagen, ob und in welcher Weise sie bereit wären, zu einem besseren Austausch von Menschen, Nachrichten und Meinungen zwischen West und Ost beizutragen. Vielleicht wäre ein von allen Siegermächten und den Staaten Mitteleuropas getragenes, in enger Verbindung zu den zuständigen nationalen Instituten stehendes internationales Institut geeignet, einen ständigen Gedankenaustausch über die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und die Möglichkeiten der Befriedung unserer Welt zu organisieren, gemeinsame Arbeiten und Veröffentlichungen hierüber anzuregen. „Friedensforschung" auf rein nationaler Grundlage, wie sie bisher ausschließlich betrieben wird, ist schließlich ein Widerspruch in sich selbst.

Auch wenn man in dieser Hinsicht sehr pessimistisch ist, bietet doch ein Umstand vielleicht Anlaß zu bescheidenen Hoffnungen: Obwohl die Gesellschaftsordnungen von West und Ost sich auch im Zeitalter der modernsten Technik nach wie vor in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und der Verfügungsgewalt über sie sowie in der Frage der Lenkung des wirtschaftlichen Geschehens wesentlich unterscheiden, gibt es doch wirtschaftliche Gesetze, die beiden

Gesellschaftsordnungen gemein sind. Nirgends kann auf die Dauer mehr konsumiert als produziert, nirgends ein und derselbe Teil des Sozialproduktes sowohl konsumiert wie investiert werden, überall ist optimaler Einsatz der an sich knappen Produktionsmittel erforderlich. Ist man sich darüber klar, dann sollte es möglich sein, die bestehenden Unterschiede kritisch zu analysieren und rationell gegeneinander abzuwägen, wobei die Intellektuellen auf beiden Seiten natürliche Verbündete sind. Das eigentliche Hindernis bilden Machtgruppen hüben und drüben, deren Interessen einander unversöhnlich gegenüberstehen. Wer der Ansicht ist, daß über den Sieg im Kampf dieser Gruppen nur die stärkere Atombombe entscheiden wird, mag danach handeln. Wer dagegen glaubt, daß im Verhältnis der Völker zueinander der Vernunft in Zukunft nicht geringere, sondern größere Bedeutung zukommen sollte, wird weiter nicht ganz ohne Hoffnung auf Erfolg um vernünftige Lösungen bemüht sein dürfen.

V

Fassen wir das Ergebnis unserer Überlegungen zusammen, dann sind es vorwiegend drei Themen, mit denen sich eine internationale Konferenz für Europa befassen sollte:

1) die Möglichkeit einer schrittweisen Verminderung des Rüstungspotentials in Mitteleuropa;

2) die Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen West und Ost über den gegenseitigen Handelsverkehr hinaus;

3) die Möglichkeiten besserer internationaler Kommunikationen.

Die bestehenden Bündnisverträge, insbesondere also NATO und Warschauer Pakt, würden durch Bemühungen um eine Entspannung in Europa vorerst in keiner Weise berührt werden. Insbesondere aus der Sicht der Bundesrepublik können, wie die Bundesregierung mit Recht immer wieder betont hat, solche Bemühungen nur in engster Fühlungnahme mit unseren Verbündeten und im Rahmen des Bündnisses erfolgen. Andererseits sollte klar sein, daß das Endziel eines wirklich befriedeten Europas eine Auflösung der bestehenden, gegeneinander gerichteten Machtblöcke sein muß. „In der Epoche der Wasserstoffbomben und Raketen ist die Blockpolitik verjährt, selbst vom militärischen Standpunkt aus" [6]). Auf die Dauer ist es sinnlos, zu einem Nachbarstaat in allmählich enger werdende geistige und kommerzielle Kontakte zu treten, die ein wachsendes Vertrauen zueinander voraussetzen, und gleichzeitig das Mißtrauen durch Zugehörigkeit zu militärischen Bündnissen zu verewigen. Überdies sind die objektiven Möglichkeiten für Entspannung und Überbrückung der Gegensätze gegeben, die fortschreitende Technik verlangt sogar immer dringender danach. Irgendwann werden auch wir entscheiden müssen, ob wir es für nützlich halten, Investitionen in der UdSSR durch unsere Lieferungen auf Kredit mitzufinanzieren oder weiteres Rüstungsmaterial in den USA zu kaufen.

Eine andere Wahl haben wir nicht. An einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ist heute, hundert Jahre nach der Gründung des 1945 zusammengebrochenen und geteilten Reiches, keine ernstzunehmende politische Kraft interessiert. Ein engerer Zusammenschluß Westeuropas aber, wie er manchen vorschwebt, wird, soweit wünschenswert und möglich, noch viele Jahre in Anspruch nehmen. Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", die nach der Vorstellung Konrad Adenauers die erste Stufe eines solchen Zusammenschlusses darstellen sollte, ist über diese Stufe nie hinausgekommen. Die EWG ist zu einer

6) Roger Garaudy, Die große Wende des Sozialismus, 1970, S. 243.

Zollgemeinschaft mit starkem Schutz vor allem für die französische Landwirtschaft geworden, ihre allmähliche Ausdehnung auf Großbritannien und die skandinavischen Länder erscheint heute immerhin möglich. Ob freilich ihre Erweiterung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion gelingen wird, ist überaus zweifelhaft; vorläufig sieht es nicht so aus, als würde Frankreich bereit sein, auf nationale Hoheitsrechte zugunsten eines supranationalen Organs zu verzichten, von Großbritannien gar nicht zu reden. Aber wie dem auch sei: Friede mit dem Osten ist in jedem Fall vordringlich.

„Österreich und Finnland sind heute schon neutrale, praktisch abgerüstete Staaten, deren Armeen nicht den Anspruch erheben können, von mehr als symbolischer oder wirtschaftspolitischer Bedeutung zu sein" [7]). Auf längere Sicht sollten auch die beiden deutschen Staaten diesen Status erstreben. Gewiß, schon die Größenordnungen sind sehr verschieden, Österreich hat keinen kommunistisch beherrschten deutschen Nachbarstaat, es kennt kein Berlin-Problem, es ist andererseits nicht Mitglied der EWG und kann es nach sowjetischer Auffassung auch nicht werden. Und dennoch stellt sich die Frage, ob nicht auf die Dauer auch für die Bundesrepublik Deutschland eine Politik angebracht ist, die es versteht, die Unabhängigkeit und Unverletztheit der Neutralität zum Interesse der (beiden) konkurrierenden Hauptmächte zu machen [8]).

Es sind nicht die Schlechtesten unter uns, die heute besorgen, die Pax Americana auf unserem Kontinent könnte, auch wenn kein militärischer Angriff und keine Drohung mit Gewalt aus dem Osten zu befürchten sei, allmählich durch eine Pax Sowjetica abgelöst werden; schon hohe langfristige Kredite an die Sowjetunion, schon eine wesentliche Erhöhung des Anteils unseres Handels mit dem Osten an unserem gesamten Außenhandel könnte höchst unerwünschte Folgen haben, höchst bedenkliche Abhängigkeiten bringen. Man sollte diese Besorgnisse gewiß ernst nehmen; nur: ein Argument gegen eine Politik der Befriedung unseres Verhältnisses zum Osten stellen sie nicht dar. Die These Adelbert Weinsteins [9]) vollends: „Wir können, bei der Mentalität der Amerikaner, frei entscheiden, mit wem wir verbündet sein wollen. Diese Freiheit sollte nicht gefährdet werden" ist zum mindesten mißverständlich: niemand denkt an ein militärisches Bündnis mit der UdSSR. Aufgabe der Bundesrepublik ist es, unsere Lage im Herzen Europas, an der Grenze zwischen West und Ost, zu nutzen, und das kann im Interesse des Friedens auf die Dauer nur durch eine Politik geschehen, die keinem der beiden Atomgiganten hörig ist.

---

7) Th. Ebert in „Friedensforschung und Gesellschaftspolitik", 1970, S. 207.
8) Otto Schulmeister, Österreich 1970, Christ und Welt vom 25. Dezember 1970, Nr. 52, S. 28.
9) FAZ vom 5. Januar 1971, Nr. 3.

Laos und My Lai: Amerikas Stunde der Wahrheit

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Seit der verheerenden Niederlage der südvietnamesischen Regierungstruppen in Laos und seit den schweren Verlusten von US-Hubschraubern, mit denen diese kurzlebige Invasion unterstützt wurde, hat Präsident Nixon es zweimal für erforderlich gehalten, sich über Fernsehen und Rundfunk an die Nation zu wenden. Er tat es in dem Versuch, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß das Laos-Abenteuer ein Erfolg gewesen sei. Beide Male erntete er einen kläglichen Mißerfolg.

Die Popularität des Präsidenten hat einen neuen Tiefstand erreicht. In einer Meinungsumfrage sprachen sich 73 Prozent der Befragten gegen seine Indochinapolitik aus. Die schon weit im voraus geplante „Frühjahrsoffensive für den Frieden" läuft auf Hochtouren. Bisherige Höhepunkte waren die Massenkundgebungen in Washington und San Francisco am 24. April, dazu die aufsehenerregenden Aktionen in allen Teilen der USA während der ersten Maiwoche. Die Basis, auf der diese Kampagne organisiert wird, ist so breit und populär wie nie zuvor.

Das Militärgericht, das Leutnant Calley des vorsätzlichen Mordes an mindestens 22 Männern, Frauen und Kindern in My Lai schuldig sprach und ihn für den Rest seines Lebens zu Zuchthaus verurteilte, hat mit seiner Entscheidung einen unglaublichen Proteststurm ausgelöst. Briefe und Telegramme trafen zu Tausenden im Weißen Haus ein. Daraufhin ordnete Präsident Nixon die Entlassung Leutnant Calleys aus dem Militärgefängnis an und erlaubte ihm, in seinem Privatappartement zu wohnen, wobei er bis zum Ende des Berufungsverfahrens lediglich unter Aufsicht steht. Und dieses Verfahren kann sich durchaus noch über fünf Jahre erstrecken. Zwei Tage später kündigte der Präsident an, er werde – unabhängig vom Resultat des Berufungsverfahrens — von seinem Recht als Oberster Befehlshaber Gebrauch machen und persönlich über das weitere Schicksal des Angeklagten entscheiden.

Beide Ereignisse, die panische Flucht der südvietnamesischen Truppen aus Laos und die Herausforderung von Recht und Gesetz durch das Eingreifen des Präsidenten, haben für die Bevölkerung der USA abrupt die „Stunde der Wahrheit" heraufbeschworen.

Die von den siegreichen Alliierten bei Beendigung des Zweiten Weltkrieges in den Nürnberger Prozessen aufgestellten Rechtsgrundsätze stellen nicht nur „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" unter Strafe, sondern sie haben die persönliche Verantwortung so weitgehend festgelegt, daß sogar ein Soldat die Pflicht hat, gegenüber „illegalen" Befehlen, deren Ausführung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen würde, den Gehorsam zu verweigern. Diese Grundsätze erklären ferner nicht nur die direkten Täter für verantwortlich, sondern ebenso ihre Vorgesetzten bis hinauf zum Staatschef. Nach diesen Rechtsgrundsätzen wurden die Naziführer und unter anderen auch ein japanischer General

hingerichtet. Es ist so weit gekommen, daß die Prinzipien der Nürnberger Prozesse heute die Vereinigten Staaten überschatten.

Der mit dem Vietnamkrieg gegebene Sachverhalt des Völkermordes; das unterschiedslose Bombardieren von „allem, was sich bewegt" in den „free fire"-Zonen; die Entlaubung und die Verwendung von Napalmbomben, womit der Erdboden auf Jahre hinaus für die Produktion von Nahrungsmittel untauglich wird — die Flächenbombardements von Städten und Dörfern — all das ist ebenso ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie es das Massaker von My Lai war. Telford Taylor, der amerikanische Hauptankläger in Nürnberg und heutige Professor für Recht an der Columbia-Universität, hat die Frage aufgeworfen, warum Calleys vorgesetzte Offiziere und die Generale über ihnen, die das Verbrechen gedeckt haben, ja sogar der Verteidigungsminister und der Präsident als Oberbefehlshaber nicht als Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden.

Nach dem Bekanntwerden des Urteils wurde in San Diego (Kalifornien) auf einer Demonstration ein Transparent mitgeführt, das die Aufschrift trug: „Warum wird Calley für etwas bestraft, das in Vietnam Tag für Tag geschieht?"

Laos und My Lai, das Fehlschlagen der Vietnamisierung und die Unmenschlichkeit der Kriegführung in Verbindung mit der unerschütterlichen Weigerung des Präsidenten, ein definitives Datum für den vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen festzusetzen (das ist die Bedingung für jeden Waffenstillstand und für jeden Austausch von Kriegsgefangenen), haben das ganze Ausmaß an Verzweiflung und Frustration über die Perspektive eines fortwährenden Indochinakrieges an die Oberfläche gebracht. Die letzten Tage haben außerdem schlaglichtartig die moralische Degeneration einer Regierung erhellt, die aus rein politischen Erwägungen heraus zumindest einen Teil der Bevölkerung ermutigt hat, aus einem Massenmörder einen Helden zu machen. Nie hat man das amerikanische Establishment so bar jeder Anständigkeit und in derart nackter Unmenschlichkeit gesehen wie in der vergangenen Woche. Nie zuvor hat die Regierung der Vereinigten Staaten das Volk so kaltschnäuzig belogen. Nie zuvor hat ein Präsident eine derart offene Mißachtung des Kongresses und seiner verfassungsmäßigen Rechte sowie gegenüber dem Mehrheitswillen der amerikanischen Bevölkerung an den Tag gelegt.

II

Die Folge der Ereignisse während des vergangenen Monats illustriert diese Entwicklung.

Da gab es zunächst die Laosinvasion. Diese Großaktion im Rahmen des Indochinakrieges wurde unter strengster und ausdrücklicher Geheimhaltung vorbereitet. Amerikanische Reporter an Ort und Stelle wurden nicht nur nicht informiert; zum ersten Mal in diesem Kriege verbot man ihnen, die Ergebnisse eigener Nachforschungen zu veröffentlichen. Das Militär weigerte sich sogar, Frontberichterstatter zu transportieren. General Abrams, der Oberkommandierende aller US-Truppen in Vietnam, hatte praktisch völlig freie Hand. Das vom Kongreß erlassene Verbot, in Laos amerikanische Bodentruppen einzusetzen, wurde ignoriert; man tarnte ihren tatsächlichen Einsatz dadurch, daß man die kämpfenden Einheiten mit allen möglichen Bezeichnungen belegte, von „Rettungsmannschaften" für die Besatzungen abgeschossener US-Hubschrauber bis hin zu „Instrukteuren, die unter Einsatzbedingungen im Gebrauch neuer Waffen unterrichten". Alle vom Kongreß unternommenen Versuche, Informationen über die militärische US-Beteiligung zu erhalten, wurden ganz einfach ignoriert.

Dr. Henry Kissinger, der Chefberater des Präsidenten in Fragen nationaler Sicherheit, berief sich auf ein Vorrecht der Regierungsexekutive und weigerte sich, vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Beziehungen zu erscheinen.

Wie im Fall Kambodschas veränderte sich das bekanntgegebene Ziel der Invasion von einem Tag zum anderen. Das erste offiziell formulierte Ziel war, den Ho-Tschi-Minh-Pfad zu unterbrechen. Als sich das als unmöglich herausstellte und die südvietnamesischen Truppen nicht weiter als knapp 20 Kilometer in laotisches Territorium eindringen konnten, da wurden die offiziellen Ziele immer bescheidener. Als die südvietnamesischen Truppen in voller Panik die Richtung wechselten und zurück nach Südvietnam flohen, da nannte man das einen „von vornherein eingeplanten Akt der Beweglichkeit". Schließlich mußte Verteidigungsminister Laird zugeben, man habe den Laosfeldzug stark einschränken müssen, und zwar wegen des „unerwarteten, bösartigen Widerstandes" von seiten des Gegners.

Heute steht fest, daß die FNL, die Nordvietnamesen und die Pathet Lao von vornherein sehr gut wußten, wo Thieus Truppen angreifen würden; und sie hatten Zeit genug, um den Eindringlingen einen heißen Empfang zu bereiten. Was vor den amerikanischen Korrespondenten sorgfältig gehütetes Geheimnis geblieben war, war für den Gegner absolut kein Geheimnis. So kam es, daß schließlich nordvietnamesische Truppen im Gegenangriff die Grenze überschreiten und nach Südvietnam eindringen konnten, wo sie US-Stellungen überrannten, von denen aus die südvietnamesischen Streitkräfte in Laos Artillerieunterstützung erhalten sollten. Während Präsident Nixon der Nation milde versicherte, der „Erfolg" des Laosfeldzuges lasse sich am Rückgang der amerikanischen Verluste ablesen, war die offizielle, vom Pentagon veröffentliche Verlustliste für die Woche vom 29. März bis 4. April die längste der letzten neun Monate. Tatsache ist, daß die Laosaktion bereits Wochen vor dem Ende der Trockenzeit eingestellt werden mußte, während ursprünglich geplant war, diese Periode bis unmittelbar zum Einsetzen des Monsuns auszunutzen. Damit ist definitiv bewiesen, daß es sich um einen Fehlschlag handelt.

Am 6. März hatte Wilfred Burchett im „Guardian" geschrieben: „Die entscheidende Frage ist zur Zeit nicht, wann die Invasoren ihre Aufgabe erfüllt haben, sondern, wie viele von ihnen jemals nach Südvietnam zurückkehren." Über die Schnelligkeit im Auswechseln der Operations„ziele" schrieb Burchett im gleichen Bericht: „Tschepone, das angekündigte Ziel der Invasionsstreitkräfte, ist ebenso aus den Schlagzeilen verschwunden wie das ‚Vietcong-Pentagon' seinerzeit während der Kambodscha-Invasion. Letzte Woche hat General Creighton Abrams in einem Interview mit der ‚Washington Post' sogar bestritten, daß das Ziel einer ‚Unterbrechung' oder ‚Blockade' des sogenannten Ho-Tschi-Minh-Pfades je bestanden habe. Mit jedem Tag wechseln die offiziellen Ziele. Bisher sind bereits 207 Hubschrauber und einige Tragflächenflugzeuge verloren gegangen, das ist ungefähr die Hälfte aller Hubschrauber, die den Invasionsstreitkräften zu Beginn der Operation zur Verfügung standen."

Einige Tage später sahen die Amerikaner voller Entsetzen auf ihren Fernsehschirmen, wie südvietnamesische Soldaten US-Hubschrauber stürmten, mit denen Verwundete ausgeflogen werden sollten — in einem verzweifelten Versuch, wegzukommen. Sie sahen, wie einige sich sogar an die Landekufen der startenden Hubschrauber klammerten und zum Teil in den Tod stürzten, bevor die Hubschrauber Südvietnam erreichten.

Daß Verteidigungsminister Laird angesichts solchen Anschauungsmaterials erklärte, alles sei „nach Plan" verlaufen, hat endgültig alles zerstört, was an

Vertrauen gegenüber Regierungsäußerungen noch vorhanden gewesen sein mag.

Die wenigen Informationen, die man dem Kongreß unmittelbar vor der Invasion gegeben hatte, waren nur dazu angetan gewesen, die Skepsis zu verstärken. Am 18. Februar beschrieb der Kongreßabgeordnete Thomas Rees, ein Demokrat aus Kalifornien, eine derartige Informationsausgabe und verglich sie mit anderen, an denen er teilgenommen hatte, als Lyndon B. Johnson noch Präsident war. Man sah die gleichen stern- und ordensgeschmückten Uniformen, wenn auch an anderen Generalen. Die gleichen streng geheimen Karten, und dieselben selbstsicheren männlichen Stimmen, die uns genau erklärten, wie wir den Krieg gewinnen, um die kleine, kämpfende Demokratie Südvietnams zu retten. Es war wie früher im Kino in der letzten Vorstellung. Und Präsident Nixon blickte bewundernd auf seine Generale, wie ein Fußballspieler auf seinen Lieblingstrainer; genau wie Lyndon Johnson seinerzeit."

Die Verluste von US-Hubschraubern betrugen bis zu zehn Stück an einem Tage. Natürlich konnte man diese Tatsache offiziell nicht zugeben, solange das Pentagon die Fiktion aufrechterhalten wollte, die Südvietnamesen seien nach Südvietnam zurückgekehrt, „weil sie ihre Aufgabe erfüllt haben", und ihnen sei die Unterbrechung der Hauptversorgungslinie aus dem Norden gelungen. Am 25. Februar berichtete Michael Parks in der „Baltimore Sun" aus Khe San, dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt unmittelbar an der laotischen Grenze, aber noch auf südvietnamesischen Territorium. Von dort starteten die täglichen Hubschrauberflüge zur Unterstützung der südvietnamesischen Truppen in Laos. „Es ist wohl das schwerste Luftabwehrfeuer des Krieges. Durchschnittlich werden zehn amerikanische Hubschrauber täglich abgeschossen. Das berichten die Piloten hier ... Bis jetzt hat die US-Kommandantur in Saigon den Verlust von 29 Hubschraubern im Kampf bekanntgegeben, und zwar seit Beginn der Invasion am 8. Februar: 18 in Laos, 11 in Südvietnam ... Aber die Zahlen der Kommandantur enthalten nicht die Hubschrauber, die abgeschossen, jedoch später zurückerobert werden. Piloten und andere militärische Quellen schätzen, daß in diese Kategorie ein Drittel oder mehr des auf über 500 Hubschrauber geschätzten Bestandes fällt, mit dem die Laosinvasion unterstützt werden soll ... Anfang dieser Woche erhielten die Piloten von der Kommandantur den Befehl, mit Zeitungsleuten nicht die Zahl der abgeschossenen, sondern nur der geretteten Hubschrauber zu diskutieren."

Das weitverbreitete Magazin „Newsweek" schrieb in einem Artikel in seiner Ausgabe vom 1. März: „Sagte ein amerikanischer Colonel: ‚Wenn sie die Hecknummer aus einem Wrack herausschneiden können und einem neuen Hubschrauber drankleben, dann werden sie niemals zugeben, daß das alte Flugzeug verloren gegangen ist.' "

Das gesamte Konzept der amerikanischen Militärführung, massive Unterstützung durch US-Flugzeuge und Artillerie ohne ein Einschalten der Bodentruppen werde ausreichen, um den Erfolg zu garantieren, hat sich als falsch erwiesen. Das bedeutet, daß die „Vietnamisierung" — der Plan, Asiaten durch Asiaten umbringen zu lassen und das Engagement der USA auf Bombenflüge zu reduzieren — ein totaler Mißerfolg war. Wenn die südvietnamesischen Truppen — selbst bei schwerster Unterstützung aus der Luft — allein gelassen wurden, dann wechselten sie ganz einfach die Richtung und ergriffen die Flucht. Man sollte nicht vergessen, daß der Ho-Tschi-Minh-Pfad bereits vor der Invasion nach einem UPI-Bericht vom 2. Februar „mehr Bomben ausgehalten hat als die Alliierten im Zweiten Weltkrieg über Nazideutschland abgeworfen haben ... Und trotzdem

haben das Straßennetz und die darauf transportierten Nachschubmengen es überstanden . . ., trotz 300 bis 400 täglichen Einsätzen von Düsenbombern und ganzen Wellen von B-52, von denen jeder in der Lage ist, 30 Tonnen Bomben auf bestimmte Ziele abzuwerfen." In der zweiten Aprilwoche, nach dem Rückzug der südvietnamesischen Streitkräfte, gab das Pentagon bekannt, man habe zweimal die größte „Block buster"-Bombe (eine Luftmine von 7 Tonnen Gewicht) eingesetzt, die sich im amerikanischen Arsenal befindet, und zwar zur Beseitigung von FNL-Truppen, die sich in der Umgebung einer seit zwei Wochen belagerten Basis befunden hätten. Bislang hatte man diese Bomben nur dazu benutzt, um riesige Flächen in Landeplätze zu verwandeln. Jetzt werden sie gegen Menschen eingesetzt. Es wurde erklärt, diese Bomben explodierten noch in der Luft und würden eine derartige Druckwelle hervorrufen, daß vom Explosionszentrum weit entfernte Menschen allein vom Druck getötet würden. Stellt der lakonische Pentagonbericht über den Einsatz dieser Superbomben bereits den Versuch dar, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen und sie auf den möglichen Einsatz taktischer Atomwaffen vorzubereiten? Obwohl südvietnamesische Sprecher natürlich ihr Bestes getan haben, um ihre verheerende Niederlage zu verringern und phantastisch übertriebene Zahlen von Verlusten des Gegners veröffentlichten, ihre eigenen jedoch geheimhielten, so ist man in Washington doch zur Zeit besorgt über die potentiellen Auswirkungen des Laos-Debakels auf die politische Situation in Südvietnam, wo jetzt Wahlen bevorstehen. Thieus politisches Prestige ist schwer angeschlagen. Vizepräsident Ky, der offensichtlich auf diese Tatsache spekuliert, hat durchsickern lassen, er werde sich unter Umständen selbst um die Präsidentschaft bewerben. In Saigon und Hue haben Demonstrationen stattgefunden, mit denen die Beendigung des Krieges gefordert wurde. Nach jüngsten Berichten ist die Zahl der südvietnamesischen Soldaten, die seit Beginn der Laos-Invasion desertiert sind, auf über 7000 gestiegen.

Es stimmt zwar, daß zu Beginn der Laos-Invasion die Opposition im Kongreß weit weniger lautstark aufgetreten ist als zu Beginn des Eindringens nach Kambodscha. Aber inzwischen ist bekanntgeworden, daß die Regierung einen beispiellosen Druck auf Kongreßabgeordnete und Senatoren ausgeübt hat. Die Parlamentarier wurden gewarnt, man werde sie für jeden Mißerfolg des Unternehmens verantwortlich machen, wenn sie irgendwelche Einzelheiten der geplanten Aktion vorher bekanntgeben sollten.

Am 30. März sprach Senator J. W. Fulbright im Senat über diese Forderung nach Verschwiegenheit, die die Regierung erhoben habe, um den Erfolg der angelaufenen Operation nicht zu gefährden. „Man sagt uns, die Laos-Operation sei ‚nach Plan' verlaufen. Wenn ich weiß, daß sie nicht nach Plan verlaufen ist und dann schweige, dann würde ich mich der Täuschung mitschuldig machen oder den Eindruck erwecken, ich hätte die falsche Beurteilung der Lage durch die Regierung akzeptiert . . . Wenn ich schweigen würde, dann würde ich mich an etwas beteiligen, was entweder eine massive Täuschung des amerikanischen Volkes ist oder eine massive Fehleinschätzung von seiten unserer politischen oder militärischen Führer." Fulbright beschrieb dann die strikte Geheimhaltung, die es amerikanischen Reportern unmöglich machte, auf der Grundlage durchgesickerte Informationen korrekte Berichte zu schreiben und fuhr fort: „Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs hat die Operation als ‚erfolgreich' bezeichnet. Nach seiner Auffassung war nur eins falsch: daß praktisch jeder Korrespondent berichtete, die Operation führe zu einer Niederlage der Südvietnamesen. Wenn der ranghöchste Offizier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von seinen eigenen Vorhersagen derart in die Irre geführt wird, dann besteht

Anlaß zu öffentlicher Besorgnis. — Das Ziel der Laos-Operation hat so oft gewechselt wie das Wetter; die erzielten Ergebnisse wurden vom Vizepräsidenten als ‚geordneter Rückzug' bezeichnet, vom Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs als ‚erfolgreich' und von der Regierung allgemein als ‚planmäßig verlaufen' . . ."

Senator Fulbright ging dann ein auf die streng geheime Sitzung des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen vom 9. Februar, auf der Außenminister Rogers in Begleitung des Direktors der Vereinigten Stabschefs, Generalleutnant John W. Vogt, die Ausschußmitglieder über die Ziele der Operation informierte, so wie sie damals formuliert waren. Das Protokoll dieser Informationssitzung ist noch immer geheim. Fulbright gab die fünf offiziellen Ziele in Form von Fragen wieder; Fragen, die das ganze Ausmaß der Niederlage in Laos in unmißverständlicher Weise deutlich machen:

„Erstens: Bestand das Ziel der Operation in Laos darin, nach Tschepone und über Tschepone hinaus vorzudringen und auf den Hauptabschnitten der Straßen 9, 11, 92 und 23 Blockadestellungen zu errichten? — Zweitens: Hoffte man, mit dieser Operation für die noch verbleibende Dauer der Trockenperiode die Nachschublieferungen dadurch zu unterbrechen, daß man diese Blockadestellungen bis zum Ende der Schönwetterperiode, also bis zum 1. Mai, aufrechterhalten würde? — Drittens: War man der Auffassung, der Gegner habe keine Möglichkeit, größere Verstärkungen heranzuschaffen, um die südvietnamesischen Streitkräfte in Laos zu bedrohen und daß daher keinerlei Gefährdung der Operation sich entwickeln könne? — Viertens: War geplant, daß die südvietnamesischen Streitkräfte innerhalb der ersten Wochen der Operation das Gebiet von Tschepone erreichen und dann ausschwärmen würden, um Blockadepositionen zu beziehen, die für einen längeren Zeitraum versorgt, neu ausgerüstet und aufrechterhalten werden sollten? — Fünftens: Hoffte man, die gegnerische Nachschubversorgung nach Südvietnam völlig zu unterbrechen, so daß die nordvietnamesischen Truppen in Südvietnam und in Kambodscha ausgehungert würden?"

Wenn Senator Fulbright damit die Ziele und Konzepte der Laosinvasion enthüllte, so wie sie offensichtlich vor dem Ausschuß erläutert wurden, dann hat er dadurch gleichzeitig die völlig unrealistischen Erwartungen des Pentagon, die falsche Einschätzung der Lage und das Ausmaß der weitreichenden strategischen Niederlage deutlich gemacht, die die Südvietnamesen und indirekt ihre amerikanischen Verbündeten im Februar erlitten haben.

III

Es ist kein Wunder, daß Fulbright, der auf Wunsch der Regierung die Veranstaltung von Hearings über die zahlreichen Vorschläge zur Beendigung des Krieges eingestellt hatte, jetzt angekündigt hat, er werde mit der Durchführung von Hearings zu diesen Themen fortfahren. Die Forderungen erstrecken sich von sofortigem Abzug über einen Abzug bis zum Jahresende bis hin zu einem Rückzug bis Ende 1972. Es ist von großer Bedeutung, daß auch im Repräsentantenhaus, wo bis zum letzten Jahr die Falken dominierten, die Antikriegsstimmung stärker wird. Zum Teil ist dies das Ergebnis der Wahl einiger neuer Repräsentanten wie etwa Bella Abzugs aus New York oder Ronald V. Dellums, eines schwarzen Oppositionellen aus Kalifornien. Zu welchem Ausmaß das militärische Establishment von dieser neuen Generation von Parlamentariern offen herausgefordert wird, geht aus einem Bericht hervor, den Hank Burchard aus Fort Meade (Maryland) am 14. April in der „Los Angeles Times" veröffentlichte.

Soziologie:
Lehrbücher und Handbücher

Renate Mayntz, Kurt Holm, Peter Hübner, Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie

2., neubearb. u. erw. Auflage
240 Seiten. Zahlr. Diagramme und Tab. Kart. DM 22,–;
Ln. DM 35,–

Ralf Dahrendorf homo sociologicus

Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle.
WV-Sammlung Soziologie.
9. Auflage. 112 Seiten.
Kart. DM 6,80

Jacob L. Moreno Die Grundlagen der Soziometrie

Who shall survive?
Aus dem Amerikanischen von Grete Leutz
2. Auflage. 464 Seiten.
Ln. DM 52,–

George Caspar Homans Elementarformen sozialen Verhaltens

Social Behavior
Its Elementary Forms
Aus dem Amerikanischen von Dieter Prokop
349 Seiten. Ln. DM 43,–

George Caspar Homans Theorie der sozialen Gruppe

The Human Group
Aus dem Amerikanischen von Rolf Gruner
5. Auflage. 451 Seiten.
Ln. DM 43,–

George Caspar Homans Was ist Sozialwissenschaft?

The Nature of Social Science
Aus dem Amerikanischen von Walther Vontin
WV-Sammlung Soziologie.
96 Seiten. Kart. DM 6,80

Niklas Luhmann Soziologische Aufklärung

Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme
2. Auflage. 268 Seiten.
Kart. DM 24,–; Ln. DM 38,–

Helmut Klages Soziologie zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit

WV-Sammlung Soziologie
70 Seiten. Kart. DM 6,80

Friedrich Fürstenberg Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland

Ein soziologischer Überblick
148 Seiten. 10 Abb., 8 Tabellen. Kart. DM 12,50

Roland L. Warren Soziologie der amerikanischen Gemeinde

The Community in America
Aus dem Amerikanischen von Detlef Affeld
Hrsg. Rainer Mackensen
254 Seiten. Kart. DM 24,–;
Ln. DM 38,–

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

Hrsg. W. Eichhorn, E. Hahn, G. Heyden, M. Puschmann, R. Schulz und H. Taubert
536 Seiten. Ln. DM 15,–

Karlheinz Messelken Politikbegriffe der modernen Soziologie

Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie, begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis.
2. Auflage. 223 Seiten.
Kart. DM 16,–

Westdeutscher Verlag Opladen

Am 13. April hatte der Kongreßabgeordnete Dellums einen Militärposten besichtigt und zu rund 200 meist schwarzen Soldaten gesprochen, und zwar in Anwesenheit des Kommandanten Colonel A. W. Alexander und seines Stellvertreters, Colonel Elam W. Wright. Die „Los Angeles Times" berichtet darüber: „Zunächst spendeten die Soldaten der Antikriegsrede Dellums lebhaften Beifall, dann jedoch buhten sie ihren Kommandanten, Colonel Alexander, aus, und beschimpften und verfluchten ihn während eines einstündigen Meinungsaustausches über die Lebensbedingungen in Fort Meade. Alexander bewahrte Haltung und die ganze Geschichte endete damit, daß Alexander zusagte, sich um ihre Beschwerden zu kümmern, und erklärte, seine Tür stehe jedem Soldaten, der sich beschweren wolle, offen... In seiner Rede forderte Dellum die Truppenangehörigen auf, ‚gegenüber dem unmoralischen Krieg in Indochina Widerstand zu leisten' und auf ihren Rechten als Soldaten und Staatsbürger zu bestehen." Der Reporter schloß seinen Bericht mit den Worten: „Es gibt militärische Vorschriften, die praktisch alles verbieten, was die Soldaten während dieses Theaters gesagt und getan haben, aber Alexander rief keine Militärpolizei herbei. Wenn militärische Beobachter Notizen gemacht haben sollten, dann haben sie das sehr diskret getan."

Es gibt weitere Anzeichen dafür, daß die Bewegung für die sofortige Beendigung des Krieges schnell anwächst. Im Staat Wisconsin war vor zwei Jahren eine Volksbefragung abgelehnt worden, mit der der Indochinakrieg für illegal erklärt und der vollständige Abzug der US-Truppen gefordert werden sollte. Im vergangenen Monat erbrachte diese Befragung eine starke Stimmenmehrheit. Der Gouverneur dieses Staates erklärte, es werde völlig unbegreiflich sein, wenn die Regierung in Washington das Referendum ignorieren sollte. In Washington verabschiedete der Demokratische Parteiausschuß einen Antrag, in dem der völlige Abzug aller US-Truppen aus Indochina bis Ende 1972 gefordert wird. Der gleiche Ausschuß hatte früher einen entsprechenden Antrag abgelehnt, in dem der Rückzug bis Ende dieses Jahres gefordert worden war; die Ablehnung war mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen erfolgt. Die republikanische Abgeordnete Bella Abzug hat einen Resolutionsentwurf eingebracht, in dem der vollständige Rückzug bis zum 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, 1971 gefordert wird. Ein republikanischer Kongreßabgeordneter aus Kalifornien, Paul McCloskey, hat angekündigt, er werde Präsident Nixon herausfordern und 1972 bei den Präsidentschaftswahlen gegen ihn kandidieren, falls nicht alle US-Truppen vor dem Parteitag der Republikaner im Jahre 1972 Vietnam verlassen hätten.

Präsident Nixon ist ernsthaft besorgt über diesen allgemeinen Trend und hat sich entschlossen, die Massenmedien zur Erläuterung und Rechtfertigung seiner Politik zu benutzen. Gleichzeitig versucht er, sein Image mit einer Kampagne zu verbessern, die ein Kommentator bissig als „Kampagne zur Vermenschlichung des Präsidenten" bezeichnete. Auf ein langes Interview mit Sulzberger von der „New York Times" folgte ein weiteres Interview mit Howard K. Smith vom Fernsehsender ABC, einem Kommentator, der Nixon sehr wohlwollend gegenübersteht.

In dem Interview mit Sulzberger am 10. März zeigte sich der Präsident deutlich in der Defensive. Zum hundertsten Male erklärte er, der Krieg in Vietnam gehe seinem Ende entgegen, und ging sogar so weit zu sagen, er habe „ernsthafte Zweifel daran, daß wir jemals wieder einen Krieg haben werden. Dies ist wahrscheinlich der allerletzte". Er meinte, es sei „Ironie, daß die großen Internationalisten der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Neo-Isolationisten

der Vietnamkriegsperiode geworden sind, und ganz besonders der Periode, in der dieser Krieg zuende geht".

Gleichzeitig weigerte er sich, präzise Zahlenangaben über künftige Truppenabzüge zu machen, meinte jedoch, der Vietnamkrieg werde 1972 kein Wahlkampfthema mehr sein. Er erklärte weiter, die Vereinigten Staaten müßten ihre Truppen weiter in Europa stationiert lassen, bis eine Verständigung mit der Sowjetunion erreicht sei; und die USA dürften „im Wettrüsten nicht zurückfallen". Sich selbst stellte er als jemanden dar, der in das Kreuzfeuer zwischen „Superfalken" und „Supertauben" geraten sei; dabei spielte er mehrere Male auf seine Quäker-Beziehungen an und nannte sich einen „überzeugten und aktiven Pazifisten".

Für das Jahrestreffen der Quäker (Gesellschaft der Freunde) in Philadelphia war das zuviel. Sie entschlossen sich zu einem höchst ungewöhnlichen Schritt und sandten einen Brief an Präsident Nixon, in dem sie auf die Widersprüche hinwiesen: einerseits bezeichne er sich in seinem Interview als „ein zutiefst engagierter Pazifist", verteidige aber dabei gleichzeitig die Regierungspolitik in Südostasien und anderswo. In dem Brief heißt es: „Das entspricht nicht unserer Auffassung vom Friedenszeugnis der Quäker. Wir sehen die Schwierigkeiten, die sich für ein Mitglied unserer Gesellschaft ergeben, das Verantwortlichkeit in der Exekutive hat, eingeschlossen Führungspositionen in den bewaffneten Streitkräften ... Deshalb fordern wir von Ihnen nicht ein sofortiges und vollständiges Engagement im Sinne des Quäker-Friedenszeugnisses so, wie es immer verstanden worden ist. Bei allem Respekt bitten wir jedoch darum, daß künftig in den öffentlichen Erklärungen von Freunden jegliche Verdrehung dieses historischen und tiefempfundenen Engagements unterbleibt."

Die Reaktionen auf das Interview mit Howard K. Smith waren auch nicht günstiger. In Presse und Fernsehen wurde darauf hingewiesen, daß das Auswählen einzelner Journalisten, deren positive Einstellung zum Präsidenten bekannt sei, und das möglichst weitgehende Vermeiden von Pressekonferenzen, auf denen Reporter offen Fragen stellen können, keine gleichberechtigte Behandlung der Medien darstelle. Leonard Garment, Spezialist des Weißen Hausses für zwischenmenschliche Beziehungen, gab im vergangenen März in einer Rede die Schwierigkeiten des Präsidenten zu und meinte in einem Anflug von Resignation: „Es ist nicht wichtig, ob der Präsident beliebt oder liebenswürdig ist. Wichtig ist nur, daß seine Konstitution kräftig genug ist, daß er genug Disziplin und Flexibilität hat, um seinen von der Verfassung festgesetzten Pflichten in einer unglaublich schwierigen Zeit nachkommen zu können."

Es gelang dem Präsidenten auch nicht, vor kurzem Eindruck auf die öffentliche Meinung zu machen, als er bei zwei Anlässen um primäre Sendezeit ersuchte, um auf allen Fernsehsendern seine Politik zu verteidigen. Am 4. März, eine Woche vor dem Sulzberger-Interview, bat er die Nation, nicht über die Laos-Operation zu urteilen, während „das Gericht sich noch zur Beratung zurückgezogen hat". Er machte geltend, General Abrams habe ihm versichert, die südvietnamesischen Truppen könnten es allein ausfechten. Er schloß die Möglichkeit erneuter Bombardierungen Nordvietnams nicht aus und, um zu beweisen, daß der Ho-Tschi-Minh-Pfad wirklich unterbrochen sei, zeigte er ein Stück Rohr, das, wie er sagte, gerade von Südvietnamesischen Truppen aus einer Öl-Pipeline herausgeschnitten worden sei. Wenige Tage später wurde enthüllt, daß genau dieses Stück Rohr schon Monate vorher während eines anderen Überfalls erbeutet worden war. Abgesehen davon haben nach einem anderen Militärbericht die

Nordvietnamesen eine hervorragende Methode entwickelt, um zerstörte Ölrohre innerhalb kürzester Zeit zu ersetzen.

Die Pressekonferenz vom 4. März hatte schon nicht bewirkt, öffentliche Unterstützung für den Krieg zu mobilisieren; und die über Fernsehen ausgestrahlte Rede des Präsidenten am 6. April, nach dem Rückzug aus Laos, erreichte das noch weniger. Diese Rede war schon vorher groß angekündigt worden, und man erwartete, sie werde die Ankündigung eines beschleunigten Truppenabzuges beinhalten, vielleicht sogar ein endgültiges Datum für den erfolgten Abzug aller US-Truppen aus Vietnam. Nixon sagte nichts dergleichen. Die angekündigte Steigerung der Abzüge — 2000 Mann pro Monat —, ist so klein, daß sie nicht ins Gewicht fällt. Die größte Enttäuschung war jedoch, daß sich Nixon erneut weigerte, ein Datum für den vollständigen Truppenabzug festzusetzen, was sogar einige republikanische Kongreßabgeordnete gefordert hatten, damit Verhandlungen für einen Waffenstillstand und einen Gefangenenaustausch stattfinden könnten. Wenn das Ziel dieser Rede darin bestand, der zunehmenden Friedensoffensive den Wind aus den Segeln zu nehmen, dann war ihr Erfolg genau entgegengesetzt.

Die republikanische Führung war offensichtlich so besorgt über das negative Echo auf Nixons Rede, daß der Führer der Senatsminderheit, Hugh D. Scott, vor Presseleuten sagte, er habe selbst gehört, wie Nixon auf einem Treffen mit führenden Kongreßabgeordneten zwei Stunden vor der Fernsehrede gesagt habe: „Mir schwebt ein definitives Datum vor, und ich habe einen definitiven Zeitplan für die Beendigung des Krieges." Der Informationssekretär des Weißen Hauses, Ziegler, der an diesem Treffen teilgenommen hatte, konnte sich nicht an eine derartige Äußerung erinnern.

Wie sehr die Regierungskräfte sich von der wachsenden Kritik getroffen fühlen, wurde im Verlauf einer Rede deutlich, die Vizepräsident Spiro Agnew vor der Handelskammer von Los Angeles am 7. April hielt. In seiner Rede griff er einen im Magazin „Life" erschienenen Artikel heraus als Beispiel für eine „überwiegend negative Berichterstattung über den Vietnamkrieg" und erklärte: „Eine Philosophie des ‚Nun wollen wir aller Welt erzählen, wie verkommen wir sind und damit für unsere Sünden büßen' wird in einem solchen Ausmaß in unser Bewußtsein getrommelt, daß sie bereits Teil unserer nationalen Psyche geworden ist. Wenn wir diese gefährliche Haltung nicht als das erkennen, was sie ist, und wenn wir sie nicht überwinden, dann wird sie uns zerstören."

Agnew richtete scharfe Angriffe auf Vorschläge, sich bis Ende des Jahres aus Vietnam zurückzuziehen, weil das „die Nichtanerkennung der Gültigkeit von Entscheidungen bedeuten würde, die von Präsidenten getroffen wurden und uns nach Vietnam gebracht haben. Es würde unsere Verpflichtung aufheben, den Südvietnamesen und anderen zur Zeit unabhängigen Völkern Südostasiens die Selbstbestimmung zu garantieren."

Verteidigungsminister Laird sagt das gleiche, ist in seinen Formulierungen jedoch erheblich subtiler. Vielleicht ist er sich auch stärker der Tatsache bewußt, daß der Trend in der öffentlichen Meinung eine Beendigung der Kämpfe jetzt fordert.

Auf einer Pressekonferenz am 13. April antwortete Laird auf die Frage, wann „das Ende der amerikanischen Kampfverantwortung" gekommen sei — ein Ausdruck, den er im vergangenen Juli geprägt hatte. Er meinte, das werde „irgendwann in diesem Sommer der Fall sein, irgendwann zwischen dem 21. Juni und dem 20. September". Er beeilte sich dann jedoch, hinzuzufügen, er habe immer

betont, dies bedeute nicht, daß die US-Streitkräfte dann überhaupt nicht mehr kämpfen würden. Sie würden „die amerikanische Anwesenheit schützen", was durch Lairds Mitarbeiter interpretiert wurde als „aggressives Patrouillieren und Durchführung von Zerstörungsaktionen; Angriffe, um den Gegner außerhalb des Gleichgewichts zu halten und ähnliche Akte einer offensiven Verteidigung".

Laird wies ferner darauf hin, daß er auch weiterhin die Möglichkeit untersuche, nach Vietnam nur Freiwillige zu schicken, daß dies jedoch gleichfalls „Probleme aufwirft". Tatsache bleibt, daß sowohl Nixon wie Laird auf eine „amerikanische Präsenz in Südostasien" vorbereitet sind, deren Ende nicht abzusehen ist. Keine semantische Gefälligkeit wie etwa „die Beendigung der Kampfverantwortung" kann die amerikanische Bevölkerung noch länger zum Narren halten. Millionen fordern, den Krieg jetzt zu beenden.

IV

Niemand kann die Gefühlsintensität völlig verstehen, die in den USA zur Zeit im Hinblick auf den Krieg vorherrscht, wenn er nicht die Gefühlsaufwallung berücksichtigt, die durch das „Schuldig" im Prozeß gegen Leutnant William Calley ausgelöst wurde. Calley ist bis jetzt er einzige, der in das Massaker verwickelten amerikanischen Offiziere, der des vorsätzlichen Mordes an zahlreichen Zivilisten, meist Frauen und Kindern, für schuldig befunden wurde.

Die öffentlichen Reaktionen auf das Urteil waren widersprüchlich, verwirrend und widerwärtig. Sie haben jedoch gleichzeitig einen Umschwung gegenüber dem Indochinakrieg offenbart, einen Umschwung, der wesentlich tiefer geht, als vorher jemand ahnen konnte.

Es stimmt, daß Calley als Sündenbock in einem Fall ausgesucht wurde, in dessen Verlauf von 25 Anklagen nicht weniger als 21 eingestellt wurden, bevor Calley schuldig gesprochen und „für den Rest seines natürlichen Lebens" zu Zuchthaus verurteilt wurde. Es kann jedoch nicht den geringsten Zweifel an seiner Schuld geben. Und zwar auf Grund des im Prozeß vorgelegten Beweismaterials. Wir sprechen hier von faktischen Beweisen und nicht von den Erklärungen Calleys, der zum Beispiel das Umbringen von Zivilisten als „keine große Sache" bezeichnete, der seine Untaten mit dem Hinweis zu rechtfertigen suchte, er habe nur Befehle ausgeführt; für ihn sei jeder Bewohner des Dorfes „der Feind" gewesen, und niemand habe ihm jemals etwas vom Feind erzählt, außer daß es Kommunisten seien, niemand habe sie jemals als Männer, Frauen und Kinder, alte Leute oder Babies beschrieben.

Wie sehr diese unmenschliche und rassistische Einstellung einer großen Anzahl von Amerikanern gefällt, wurde schockierend klar, als die Flut der Telegramme an das Weiße Haus mit der Bitte um Milde einsetzte, aber sogar schon vorher. Am 15. Februar berichtete „Time": „Im Verlauf seines langen Prozesses in Fort Bennington, Georgia, ist ‚Rusty Calley' eine Berühmtheit, für einige sogar ein Held geworden. Sein Sekretär hat 10 000 Briefe von Fans gesammelt, nur sieben waren ablehnend. Der konservative Kommentator Paul Harvey hat allein nicht weniger als 25 Briefe geschickt. In seinem ersten Brief schrieb Harvey: ‚Ich vertraue voll und ganz darauf, daß Sie ein hervorragender Offizier sind, auf den wir alle stolz sein können'. Ein Freund Calleys aus Atlanta erklärte: ‚Er ist einer der wenigen richtigen Männer, die es noch in diesem Lande gibt. Er wird von der Regierung gekreuzigt, bewahrt jedoch seine Ruhe, weil er dieses Land liebt'. — Wenn Calley reist, dann telegraphiert Delta Airlines aus Columbus (Georgia), ihm VIP-Behandlung zu garantieren; vor kurzem placierte ihn Delta Airlines in der 1. Klasse, obwohl er nur ein Ticket 2. Klasse hatte. Wenn

er eine Bar betritt, dann wird sein Lieblingsgetränk (Bourbon mit Seven-Up) regelmäßig von einem Bewunderer bezahlt .... In Columbus sind Calley und seine Freunde immer Gäste des Hauses in Chickasaw Supper Club ...".

Als die Meldung über Calleys Verurteilung bekannt wurde, befahl der Gouverneur des Staates Indiana, Edgar Whitcomb, ein Veteran des Zweiten Weltkrieges, alle Fahnen auf Staatsgebäuden auf Halbmast zu setzen, um gegen das Urteil zu protestieren. George Wallace, der rassistische Gourverneur von Alabama, stattete Calley einen zwölfminütigen Besuch ab, bevor er zu einer öffentlichen Kundgebung für Calley weiterfuhr, an der sich auch der Gouverneur von Mississippi, John Bell Williams, und der Stellvertretende Gouverneur von Georgia, Lester Maddox, beteiligten. Musterungsbüros in Athens (Georgia) und Huron Country (Michigan) schlossen und gaben eine Erklärung ab, sie würden keine jungen Männer mehr für den Krieg einstellen. In Süd-Georgia erklärte Sheriff L. W. Johnson, er werde keinen desertierenden Soldaten mehr festnehmen, „bis diese Calley-Geschichte geklärt ist". Zwei Rundfunkstationen in Nord-Carolina und New Mexico kündigten an, sie würden die Ausstrahlung von Armeenachrichten einstellen. Der Senat des Staates Texas forderte einen Gnadenakt des Präsidenten, und in Austin (Texas) erschien das Lokalblatt „The Statesman" auf der ersten Seite mit einem Leitartikel unter der Überschrift „Todesanzeige der US-Armee", in dem es hieß: „Der Tod wurde durch ein sechsköpfiges Militärgericht bekanntgegeben. Sargträger werden die Senatoren Fulbright, Kennedy und McGovern sein; ehrenamtliche Sargträger sind unter anderem die Moratoriums-Marschierer." Die erste Auflage dieser Zeitung war sofort vergriffen.

Präsident Nixon, der einige Tage in seinem „Weißen Haus im Westen" in San Clemente an der kalifornischen Küste verbrachte, wurde mit Telegrammen und Briefen überschwemmt, die gegen das Urteil protestierten und um Gnade baten. Wie ein Sprecher des Weißen Hauses mitteilte, war das Verhältnis 1000 : 1, tausend waren gegen das Urteil, einer dafür. Warum dieser Ausbruch der Emotionen? Vor dem Calley-Prozeß sind nicht weniger als 59 andere US-Soldaten der Ermordung südvietnamesischer Zivilisten schuldig gesprochen worden. Einige von ihnen wurden ebenso wie Calley zu einer lebenslangen Gefängnis- oder Zuchthausstrafe verurteilt. Damals hat es keinen derartigen Aufschrei gegeben. Die meisten dieser Urteile wurden dann reduziert, als die Verfahren die langwierige Revisionsprozedur durchliefen.

Der Calley-Prozeß warjedoch etwas anderes, weil das Massaker von My Lai inzwischen eine weltweite cause célèbre geworden war. Ranghohe Offiziere waren angeklagt, in die Sache verwickelt zu sein und vor allem das ganze Ausmaß der Ereignisse vertuscht zu haben. Unter ihnen befand sich General Koster, der nach Beendigung seiner Dienstzeit in Vietnam inzwischen Chef der berühmten Militärakademie Westpoint geworden ist. Sämtliche Verfahren wurden jedoch schließlich eingestellt, mit Ausnahme der Prozesse gegen Leutnant Calley und gegen seinen unmittelbaren Vorgesetzten, Captain Medina. Eingestellt wurden auch die Verfahren gegen eine Reihe Soldaten, die in Calleys Kampfgruppe an den Ermordungen teilgenommen hatten.

General Koster war einer der drei ranghohen Offiziere, die im Hubschrauber über My Lai kreisten und die Ereignisse unten beobachteten. Ein weiterer Offizier, Colonel Frank Barker, kam später bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Keiner dieser Offiziere befahl, dem Morden ein Ende zu machen, und offenbar reagierte auch keiner von ihnen auf die Berichte mit irgend einer Untersuchung. General Westmoreland, damals oberster Befehlhaber in Vietnam und heute Vor-

sitzender der Vereinigten Stabschefs, schickte Captain Medina sogar ein Glückwunschtelegramm.

Dieser schreiende Unterschied in der Behandlung ranghoher Offiziere, die direkt oder indirekt in die Sache verwickelt waren, zu dem Vorgehen gegen Leutnant Calley, war weitgehend verantwortlich für die überaus heftige Reaktion auf das Urteil. Aber vermutlich kam noch etwas anderes hinzu: ein sich schnell ausbreitendes Gefühl der Schuld an diesem grausamen Krieg in immer weiteren Teilen der Bevölkerung. Wenn wir schon alle schuldig sind, weil wir es zulassen, daß dieser Krieg immer weitergeht und kein Ende abzusehen ist, warum soll ausgerechnet ein subalterner Leutnant die Sache ausbaden, zumal keiner der Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen wird?

Nicht jeder, der gegen das Urteil protestierte, machte aus Calley einen Helden. Als die Gemüter sich wieder beruhigt hatten, wurde immer mehr Menschen klar, daß kein Militärgericht zu einer anderen Entscheidung hätte gelangen können, wenn man ihm dieses überwältigende Beweismaterial vorgelegt hätte. Das Verfahren selbst, die Tatsache, daß es stattfand, ist im übrigen vielleicht der erste Punkt, an dem eine große, mächtige Nation sich mitten im Kriege entschlossen hat, einen Prozeß durchzustehen, dessen Anlaß in der ganzen Welt tiefes Erschrecken und moralische Entrüstung ausgelöst hat. Der Schuldspruch eines aus Offizieren bestehenden Militärgerichts, die mit einer Ausnahme selbst in Vietnam gedient haben, war ein Akt des Mutes, der dazu hätte beitragen können, die Moral im Lande wiederherzustellen. Wenn ihm eine Serie weiterer Prozesse gefolgt wäre, die sich mit der Verantortlichkeit höherer Offiziere auseinandergesetzt hätten, dann hätte das ein gewaltiger Schritt zur Rehabilitierung einer Nation sein können, deren moralische Struktur sich außerordentlich verschlechtert hat.

Nicht in allen Telegrammen, mit denen gegen das Urteil protestiert wurde, kam Bewunderung oder gar Sympathie zum Ausdruck. Ein Teil dieser Schreiben kam von Leuten, die die höheren Offiziere bestraft sehen wollten und unzufrieden darüber waren, daß man einen jungen Leutnant zum Sündenbock für Generale gemacht hat. Es war jedoch noch ein anderes Element im Spiel, das man nicht übersehen darf: die tiefverwurzelte und fürchterliche Angst von Vätern und Müttern davor, daß ihre Söhne sich in Vietnam der gleichen Situation gegenübersehen wie Leutnant Calley und den gleichen „Fehler" machen. Sie konnten den Gedanken nicht ertragen, daß ihre Söhne, nachdem man sie ausgebildet hat, instinktiv zu töten, eines Tages genau dafür bestraft werden sollen. Von dieser Bewußtseinslage ist es nur noch ein Schritt zu einer anderen, in der man den sofortigen Truppenrückzug fordert. Auf diese Art und Weise hat sich die Tendenz, den Krieg zu beenden, nach dem Calley-Prozeß eher beschleunigt als verlangsamt, wenn auch aus den falschen Gründen. Die Tatsache, daß eine öffentliche Diskussion über die Verantwortlichkeit ranghöchster Offiziere stattfindet, über die Verantwortlichkeit selbst des Verteidigungsministers und des Präsidenten in seiner Funktion als oberster Befehlshaber, wenn die Grundsätze von Nürnberg angewendet würden, sollte Präsident Nixon im Hinblick auf seine eigene Reaktion auf das Urteil vorsichtig gemacht haben.

Das war jedoch nicht der Fall. In zwei dramatischen Aktionen, deren Verfassungsmäßigkeit höchst fragwürdig ist, gab der Präsident dem Druck der öffentlichen Meinung nach. Ohne auf das militärische Revisionsverfahren zu warten, ordnete er zunächst die Entlassung Leutnant Calleys aus dem Militärgefängnis von Fort Benning an, erlaubte ihm, in sein privates Appartement bis zum Ende der langwierigen Revisionsprozedur zurückzukehren, und — als ob das noch nicht

genug gewesen wäre — kündigte einen Tag später an, er werde selbst über das Schicksal Calleys entscheiden, gleichgültig, wie das Ergebnis der Revision aussehen möge.

Welche positiven Auswirkungen das Urteil des Militärgerichts auch immer gehabt haben mag, sie wurden weggefegt durch den Urteilsspruch eines Mannes, der — aus Furcht, die Unterstützung der extremen Rechten zu verlieren und von Rassisten wie George Wallace und Lester Maddox übertrumpft zu werden — alles unterminierte, was an Respekt vor dem Gesetz in diesem zunehmend gesetzlosen Land noch vorhanden ist. Oder war Nixon der Meinung, er müsse jemanden zu Hilfe kommen, der Befehle ausgeführt hat, für die eine abschließende Analyse ihn, Nixon, verantwortlich machen muß, um so eine Kettenreaktion zu vermeiden, die erst im Weißen Haus selbst Halt macht?

Welches Militärgericht wird sich nach Nixons Intervention noch frei genug fühlen, irgend jemanden wegen Kriegsverbrechen schuldig zu sprechen?

Nixons zweite Erklärung, er werde selbst über Calleys endgültiges Schicksal entscheiden, war zu viel für den jungen Juristen und Offizier, der Tag und Nacht an dem Fall gearbeitet hatte, seit er im August 1969 zum Ankläger bestimmt wurde. Er richtete einen Brief an Präsident Nixon und schickte Durchschläge davon an sechs US-Senatoren. Dieser Brief ist ein Dokument des Mutes und moralischer Grundsätze, das weit aus dem Durcheinander emotionaler Ausbrüche herausragt, zu denen sich viele hinreißen lassen, die jeden Sinn für Gerechtigkeit verloren haben.

Captain Daniel schrieb „in dem Glauben, daß der Respekt vor dem Gesetz eine der Grundlagen ist, auf die diese Nation gegründet wurde". Er wies darauf hin, daß das Verfahren absolut fair gegenüber dem Angeklagten gewesen sei und den guten Namen der Armee aufrecht erhalten habe. Er sei von der Reaktion auf das Urteil schockiert worden; diese Reaktion müsse „von Menschen kommen, die mit dem Beweismaterial nicht vertraut sind". Wenn das nicht der Fall sei, dann „hat der Krieg in Vietnam uns weit mehr brutalisiert als ich zu glauben wagte, und er muß beendet werden." Der Brief des jungen Militäranklägers schont den Präsidenten nicht. Daniel schreibt: „Ihr Eingreifen hat nach meiner Auffassung dem militärischen Gerichtssystem schweren Schaden zugefügt und allen Respekt vereitelt, der das Ergebnis der Verhandlungen hätte sein können. Sie haben gegenüber einer Gerichtsbarkeit dieses Landes den Vorwurf heraufbeschworen, sie sei politischen Einflüssen unterworfen ... Das Bild vom Nationalhelden Calley wurde geschaffen und aufgebauscht ..." Daniel schreibt weiter, die Mitglieder des Militärgerichts „sahen sich und ihre Familien schließlich bösartigen Angriffen auf ihre Ehre, ihre Integrität und ihr loyales Verhalten gegenüber der Nation ausgesetzt. Sie, Herr Präsident, hätten etwas in ihrer Sache sagen und ... die Nation an den Sinn unseres Rechtssystems erinnern können und an den Respekt, den es verdienen sollte. Vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, einem Manne, von dem ich glaubte, daß er der Nation moralische Führung geben sollte und geben würde, erwarte ich, daß er voll und ganz hinter dem Gesetz dieses Landes steht, und zwar in moralischer Hinsicht, bei der es keinen Kompromiß geben kann."

Während dieser junge Armeeanwalt furchtlos seiner moralischen Überzeugung Ausdruck gibt, hört man, daß Leutnant Calley von einem amerikanischen Verlag einen Vorschuß von 100 000 Dollar angenommen hat, damit er zusammen mit einem Ghostwriter seine Memoiren schreiben kann!

Captain Daniel hat die Gefühle von Millionen Amerikanern zum Ausdruck gebracht, als er in seinem historischen Brief an den Präsidenten schrieb: „Der Krieg in Vietnam hat uns weit mehr brutalisiert als ich zu glauben wagte, und er muß beendet werden."

Die grausige Wahrheit von My Lai hat für Millionen das grausame Bild dieses Völkermordkrieges ebenso erhellt, wie sie seine Verteidiger im eigenen Lande demaskiert hat. Die Stunde der Wahrheit ist für das amerikanische Volk genau in dem Augenblick gekommen, in dem die verheerende Niederlage in Laos bewiesen hat, daß Nixons „Spielplan" nicht funktionieren kann und nicht funktionieren wird. Die amerikanische Öffentlichkeit hat gegenüber diesem Präsidenten bereits ihr Nein gesagt: nur 13 Prozent der Fernsehzuschauer hatten Nixons letzte Vietnamrede eingeschaltet.

Die Rolle der westlichen Konzerne im Wirtschaftsprozeß der Entwicklungsländer

Von Friedhelm Hemmerich [1])

> *„Wir haben diese Dinge nicht von der sozialethischen Seite zu sehen, wir haben sie zu sehen von der Aufgabe her, die das Gesetz uns stellt, nach dem wir angetreten sind" (Dr. Hans Kuntze, Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer der deutschen Industrie)* [2]).

Kein Bereich in den Beziehungen zwischen den Industrienationen und der Dritten Welt schein in gleicher Weise umstritten wie die privaten Investitionen, die von Unternehmen der kapitalistischen Industrieländer in den Entwicklungsländern getätigt werden. Die Gegner solcher Investitionen, insbesondere sozialistische Gruppen, bezeichnen sie meist als nackte Ausbeutung. Die Befürworter, besonders in Unternehmerkreisen, aber auch in den Regierungen der westlichen Industrieländer sowie in den Regierungen vieler Entwicklungsländer selbst, betonen andererseits die ihrer Ansicht nach große, positive Bedeutung dieser Investitionen für die rasche wirtschaftliche Entwicklung der armen Welt.

Im folgenden soll versucht werden, die ausländischen Direktinvestitionen einer gesamtwirtschaftlichen Analyse zu unterziehen, um so die wirklichen Effekte für die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der armen Gesellschaften zu ermitteln.

---

[1]) Der Verfasser ist Mitarbeiter der Aktion Dritte Welt, Freiburg. Der vorliegende Aufsatz ist in wesentlichen Teilen ein Produkt langer Diskussionen innerhalb dieser Gruppe.
[2]) Zit. nach: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Stenographisches Protokoll über die Öffentliche Informationssitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn 1970, S. 37.

Zu diesem Zweck ist es völlig unzureichend, die Entwicklung an Wachstumsraten einzelner Branchen oder auch des Sozialprodukts messen zu wollen. Denn in der Masse der Entwicklungsländer existieren soziale Gegensätze extremer Art, so daß Kriterien der „Entwicklung", die Verteilungsgesichtspunkte ganz außer acht lassen, nicht nur unbefriedigend bleiben müssen, sondern faktisch verschleiernd wirken.

Die Analyse, die sich im besonderen auf die Situation Lateinamerikas bezieht, wird zeigen, ob die Erste oder die Dritte Welt eigentlicher Nutznießer dieser Investitionen ist.

Zum Begriff der Direktinvestitionen

Der Oberbegriff Privatinvestitionen umfaßt Wertpapierinvestitionen (ohne Beteiligungscharakter), mittel- und langfristige Lieferantenkredite sowie Direktinvestitionen. Bei den Direktinvestitionen, die hier wegen ihrer besonderen gesamtwirtschaftlichen Problematik ausschließlich erörtert werden sollen, handelt es sich um Unternehmensgründungen oder den Erwerb von Beteiligungen durch Ausländer in Entwicklungsländern: „Der Begriff ‚Direktinvestitionen' bezeichnet Investitionen, die zum Zwecke der Schaffung oder Ausweitung eines längerfristigen Geschäftsinteresses vorgenommen werden; Direktinvesitionen schließen einen gewissen Grad von Kontrolle über die Unternehmensführung mit ein" [3]). Einer Abgrenzung Jürgensens [4]) folgend, sollen die Direktinvestitionen unterschieden werden in „auslandsbezogene" und „inlandsbezogene" [5]). Die auslandsbezogenen Direktinvestitionen sind dadurch gekennzeichnet, daß ihr Absatzmarkt praktisch ausschließlich in den westlichen Industrieländern liegt. Sie sind „orientiert an den materiellen Bedürfnissen der entwickelten Industriegesellschaften" [6]), sie erhöhen folglich in keiner Weise das den Entwicklungsländern zur Verfügung stehende Güterangebot. Diese Investitionen umfassen in erster Linie alle ausländischen Unternehmen, die in den Entwicklungsländern vorhandene Rohstoffquellen für europäische und nordamerikanische Märkte ausbeuten.

Unter den inlandsbezogenen Direktinvestitionen sollen dagegen alle diejenigen Unternehmungen verstanden werden, deren Absatzmarkt in dem betreffenden Entwicklungsland selbst liegt. Es handelt sich dabei also vor allem um Unternehmen der verarbeitenden Industrie, des Handels, des Verkehrs und des Bankensektors.

Die Gruppe der auslandsbezogenen Direktinvestitionen überwiegt traditionell bei weitem. (Die Usachen dafür liegen bekanntlich vor allem in der von den ehemaligen Kolonialmächten erzwungenen „Arbeitsteilung" zwischen den heutigen Industrie- und Entwicklungsländern.) So stellt etwa Matthias Schmitt, Vorstandsmitglied der Cabora Bassa Firma AEG-Telefunken, fest: „1963 betrug der Stand der amerikanischen Erdölinvestitionen in den Entwicklungsländern Asiens (ohne Japan) 83 Prozent des in diesem Gebiet investierten Privatkapitals. In den Entwicklungsländern Afrikas lagen 98 Prozent der amerikanischen Direktinvestitionen bei Erdöl, Bergbau und Verhüttung" [7]), also bei den auslandsorientier-

[3]) International Monetary Fund (Hrsg.), Balance of Payments Manual, Washington 1961, S. 118 (übersetzt vom Verf.). Während die US-Statistik eine mindestens 25prozentige Beteiligungsquote für das Vorliegen einer Direktinvestition forderte, enthalten die Bestimmungen in der BRD keine solche Fixierung einer Anteilsquote. Die offizielle Direktinvestitionenstatistik der BRD dürfte folglich ziemlich ungenau sein.

[4]) Jürgensen, H., Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, in: Stucken, R. (Hrsg.), Probleme der Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 16, Berlin 1959, S. 60 f.

[5]) Córdova, A., unterscheidet analog in „externe" und „interne" Sektoren, in: Elemente einer Definition der wirtschaftlichen Unterentwicklung, S. 44, in: Córdova, A. und H. S. Michelena, Die wirtschaftliche Struktur Lateinamerikas. Drei Stunden zur politischen Ökonomie der Unterentwicklung, Frankfurt 1969.

[6]) Schuhler, C., Zur politischen Ökonomie der Armen Welt, München 1968, S. 143.

[7]) Schmitt, M., Entwicklungshilfe als unternehmerische Aufgabe, Frankfurt 1965, S. 15.

ten Sektoren. Mittlerweile hat sich die Verteilung etwas zugunsten der verarbeitenden Branchen verschoben: von den Direktinvestitionen der US-Industrie entfallen ca. 25 Prozent, von denen der britischen Industrie ca. 20 Prozent auf Verarbeitungsindustrien, also auf die inlandsbezogenen Sektoren [8]). Die quantitativ allerdings weitaus unbedeutenderen, westdeutschen Direktinvestitionen in der Dritten Welt, deren (geschätzter) Tageswert sich Ende 1969 auf rund 7 Mrd. DM belief [9]) (was einem Anteil von ca. 30 Prozent an den gesamten direkten Auslandsinvestitionen der BRD entspricht [10]), wurden sogar zu drei Vierteln in verarbeitenden Branchen vorgenommen [11]). Hauptanlagegebiet für die westdeutschen Konzerne ist Lateinamerika (und dort wieder besonders Brasilien [12])), wo sie über 60 Prozent aller auf die Dritte Welt entfallenden Direktinvestitionen tätigten.

Die Effekte der auslandsbezogenen Direktinvestitionen

Beschäftigungs- und Einkommenseffekte

Praktisch jede derartige Investition führt zur Anstellung von — bis dahin meist unter- oder unbeschäftigten — Arbeitskräften. (Eine extrem hohe Arbeitslosenquote [13]) ist bekanntlich eines der charakteristischen Kennzeichen von Entwicklungsländern.)

Im Verhältnis zum investierten Kapital ist die Zahl der neu beschäftigten Arbeitskräfte allerdings gering, denn die Invesitionen in Erdöl, im Bergbau etc. sind durch eine hohe Kapitalintensität charakterisiert, weil die verwendete Technologie die arbeitssparende Technologie der Industrieländer ist [14]).

Die Einkommen, die durch die zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen, werden von ihren Beziehern zum größten Teil für den Kauf von Nahrungsmitteln verwendet [15]), was aus der Tatsache folgt, daß Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern für die armen Massen gleichbedeutend mit Hungen ist.

Diese zusätzliche kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln trifft nun aber mit großer Wahrcheinlichkeit auf ein weitgehend unelastisches Angebot, d. h. der gestiegenen Nachfrage steht kein in gleichem Maße steigendes Angebot gegenüber [16]).

8) Vgl. etwa: Kraus, W., Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Privatinvestitionen?, S. 35, in: Materialien zur Entwicklungshilfekritik, Bonn 1969.
9) Vgl. etwa: Grosche, G. und R. Lehmann-Richter, Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Veröffentlichung des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität, Bochum 1970, S. 66.
10) Vgl. „Bundesanzeiger", Nr. 83 vom 6. 5. 1970.
11) Vgl. Kraus, W., Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Privatinvestionen?, a.a.O., S. 35.
12) Der Wert der westdeutschen Unternehmen allein in Brasilien „wird auf weit über 2 Mrd. DM geschätzt". Aus: Jolowicz, H., Der deutsche Investor schätzt Brasilien, S. 1 in: „Außenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft", Nr. 6 vom 1. 3. 1971.
13) Der Begriff der Arbeitslosigkeit kann im Rahmen dieser Themenstellung verwendet werden, obwohl er, wie G. Myrdal in Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt 1970, S. 13—15, dargelegt hat, als ein speziell an den Bedingungen der Industrieländer entwickelter Terminus nicht in jeder Hinsicht dieselbe analytische Aussagekraft für die arme Welt hat.
14) Ein symptomatisches Beispiel für die „falsche", weil den Bedingungen der Entwicklungsländer (wo der „Faktor Arbeit" im „Überfluß" existiert) nicht adäquate Technologie lieferte kürzlich einmal mehr die Firma AEG-Telefunken, allerdings in diesem Fall nicht mit einer Produktionsstätte, sondern mit einer Lieferung: das Unternehmen verkaufte „die erste elektronische Briefsortieranlage Lateinamerikas, die noch in diesem Jahr im Hauptpostamt von Sao Paulo in Betrieb gehen wird" o. V., Starkes Interesse an Südamerika, in: „Blick durch die Wirtschaft" vom 25. 3. 1971.
15) So errechnet Maynard für Lateinamerika einen Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Gesamtausgaben von 50—60 Prozent, für Indien sogar einen solchen von 80 Prozent. Dabei handelt es sich noch um Durchschnittswerte, d. h. mittlere und hohe Einkommen, die die Quote ja senken, sind mit einbezogen. Maynard, G., Inflation in Economic Development, in: Nelson, E., (ed.), Economic Growth: Rationale, Problems, Cases. Austin 1960, S. 102, Note 12. So auch Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, Berlin 1966, S. 50: „Diese Arbeitskräfte werden nur ein geringes Versorgungsniveau erreichen. Daher wenden sie nach den bekannten Überlegungen einen großen Teil ihrer Einkommen für Nahrungsmittel und einen entsprechend geringen Anteil für industrielle Konsumgüter auf."
16) Sogar Wilfried Guth, inzwischen Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, deutsches Mitglied der Pearson-Kommission sowie Präsidiumsmitglied des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik, scheint im Jahre

So wurde in vielen Entwicklungsländern die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion vom Bevölkerungswachstum übertroffen, was gleichbedeutend ist mit einer absolut noch schlechter gewordenen Versorgungslage der amen Massen in der Dritten Welt [17]). (Aber selbst ein paralleles Wachstum von Bevölkerung und Nahrungsmittelproduktion kann mit einem Absinken des Ernährungsniveaus der Unterprivilegierten verbunden sein, wenn beispielsweise die Großgrundbesitzer steigende Anteile ihrer Produktion exportieren [18]).) In einigen Ländern sank die landwirtschaftliche Produktion nicht nur relativ zur Bevölkerungsentwicklung (wie etwa in Lateinamerika insgesamt [19])), sondern sogar absolut ab; so z. B. in Brasilien und Chile, wo die Mengenindizes der landwirtschaftlichen Produktion von 1963 = 100 auf 1966 = 97 bzw. 95 fielen [20]). Bei der Verwendung des Begriffs der „landwirtschaftlichen Produktion" muß man zudem berücksichtigen, „daß es sich bei einem Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um Ausfuhrartikel handelt, deren Anbau stärker gefördert wird als der von Volksnahrungsmitteln" und daß „zu einem weiteren Teil ... die landwirtschaftliche Produktionszunahme (gemeint ist in Lateinamerika insgesamt, Anm. d. Verf.) Nicht-Lebensmittel, wie z. B. Fasern und Tabak" [21]) betrifft.

Eine so gekennzeichnete Situation — neue Arbeitsplätze und somit neue Einkommen [22]) in der Folge der ausländischen Direktinvestitionen auf der einen und eine weitgehende Unelastizität des Angebots an Agrarprodukten und somit an den lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln auf der anderen Seite — hat in Marktwirtschaften bekanntlich Anpassungsprozesse in Form steigender Preise zur Folge.

So wird der Wohlstandseffekt der durch die Direktinvestitionen neu geschaffenen Einkommen über Preissteigerungen, also Kaufkraftverluste, völlig neutralisiert bzw. sogar überkompensiert. Die Lohnempfänger insgesamt stehen sich dann nicht besser bzw. noch schlechter als ohne die ausländischen Direktinvestitionen. Zwar erfahren die neu Beschäftigten eine Verbesserung ihrer Lage (denn vorher waren sie unter- oder unbeschäftigt), aber diese Verbesserung kommt durch eine Verschlechterung der Situation aller übrigen Lohnabhängigen zustande. Wenn dann möglicherweise in einer der nächsten Phasen die gutorganisierten

1957 dieses Problem noch gesehen zu haben, als er schrieb: „Wenn in den begünstigten Exportindustrien die Einkommen steigen, fragt es sich, ob für die Befriedigung der erhöhten Nachfrage genügend Konsumgüter zur Verfügung stehen, sofern nicht gleichzeitig die Inlandsproduktion erweitert worden ist." In: Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, Tübingen 1957, S. 40.

17) So sank der Index der „per capita food production" der Entwicklungsländer insgesamt von 1957—59 = 100 über 1963/64 = 104 auf 1966 = 97 ab. „Der beunruhigendste Aspekt dieses langsamen Wachstums der Agrarproduktion ist das Nachhinken der Nahrungsmittelproduktion. Auf Pro-Kopf-Basis gerechnet, ist die Nahrungsmittelproduktion seit 1963 in Afrika, seit 1962 in Westasien und seit 1961 in Süd- und Südostasien nicht mehr angestiegen. In Lateinamerika war die Nahrungsmittelproduktion 1966 nicht höher als am Ende der 50er Jahre, und in anderen Regionen war sie sogar spürbar geringer." Aus: United Nations, World Economic Survey, New York 1967, S. 162 f.

18) So machten etwa die Fleischexporte Uruguays und die Bananenexporte Panamas 1966 24 Prozent bzw. 49 Prozent, 1968 aber 34 Prozent bzw. 58 Prozent der gesamten Exporte der beiden Länder aus. Vgl. Deutsche Überseeische Bank, Lateinamerika — Wirtschaftliche Daten, Berlin-Hamburg 1970, S. 16 f.

19) „Während die land- und viehwirtschaftliche Produktion (in Lateinamerika, Anm. d. Verf.) bei einem Index von 1960/62 gleich 100 per 1966/68 auf den Stand von 116 gelangte, erreichte die Bevölkerung bei gleichem Index den Stand von 118,4." o. V., Perspektiven der Landwirtschaft in Lateinamerika, in: „Nachrichten für Außenhandel" vom 12. 11. 1970.

20) Vgl. Deutsche Überseeische Bank, Lateinamerika — Wirtschaftliche Daten, Berlin-Hamburg 1969, S. 6 f.

21) Deutsche Überseeische Bank, Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung Lateinamerikas, Berlin-Hamburg 1968, S. 3.

22) Dabei kann die Frage der Lohn h ö h e und damit die — mit aller kapitalistischen Produktion verbundene — Frage des Vorenthaltens von Mehrwert m. E. hier zurückgestellt werden, obwohl selbstverständlich die in den Entwicklungsländern gezahlten Löhne in aller Regel gleichbedeutend sind mit extremer Ausbeutung. Wenn etwa VW of South Africa für 1970 50 Prozent Dividende ausschütten kann (nach 45 Prozent im Jahre 1969; vgl. „Neue Zürcher Zeitung" vom 1. 4. 1971), so ist das ein deutlicher Hinweis auf den Grad der Ausbeutung der schwarzen Arbeitskräfte. Wenn — wie uns berichtet wurde — auf die Nachricht, bei VW do Brasil seien 30 Arbeitsplätze neu zu besetzen, am folgenden Morgen mehrere hundert Arbeitswillige vor den Fabriktoren in Sao Bernardo do Campo *stehen, kann sich der Personalchef leicht die 30 kräftigsten Brasilianer aus dieser „industriellen Reservearmee"* heraussuchen, und er braucht keineswegs zu fürchten, daß sie sich eines Tages gegen Minimallöhne und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen werden. Diese Fragen sind m. E. in bezug auf die gesamtwirtschaftliche Analyse trotzdem von sekundärer Bedeutung, zumal die auf diese Weise ausgebeuteten Arbeitskräfte noch privilegiert sind im Vergleich zur Masse der Bevölkerung.

Industriearbeiter durchsetzen, wozu der Masse der unorganisierten Lohnempfänger die Macht fehlt, nämlich eine Anpassung ihrer Löhne an das gestiegene Preisniveau, vertieft sich dadurch die Spaltung der arbeitenden Klasse durch die Stärkung der „Arbeitsaristokratie" auf Kosten gerade der Schwächsten der Lohnabhängigen.

Die auslandsbezogenen Direktinvestitionen wirken in diesem Prozeß deswegen noch stärker inflationär als die inlandsbezogenen, weil sie ja ex definitione das Güterangebot auf den Binnenmärkten der Entwicklungsländer gar nicht verändern.

Die Unelastizität des Angebots an Nahrungsmitteln in der Dritten Welt ist in erster Linie zu erklären aus den dort vorherrschenden Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden [23]). Das Latifundiensystem in den Ländern Lateinamerikas, wo jeweils eine winzige Grundbesitzerschicht über fast das gesamte anbaufähige Land verfügt [24]), ist in diesem Zussammenhang nur ein besonders fatales Beispiel. Diese Großgrundbesitzer, die ihre Pächter und Landarbeiter wie Sklaven halten, haben keinerlei Interesse an einer Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion — in den Latifundien liegen meist weite Gebiete landwirtschaftlich nutzbaren Bodens brach —, sie wissen, daß ihnen die verfügbaren Einkommen der Lohnbezieher auch so fast völlig zufließen. Es ist klar, daß auch vom Subsistenzbereich her keine marktgerechte Reaktion zu erwarten ist, d. h. die Subsistenzwirtschaften werden nicht in der Lage sein, den Anreiz der Preissteigerungen bei Agrarprodukten durch eine Ausweitung der Angebotsmenge am Markt zu beantworten. Das liegt zum einen daran, daß der Anteil der für den Markt zur Verfügung stehenden Produktion (der „marketable surplus") dieser — intensiv genutzten — kleinen und kleinsten Betriebseinheiten mit den gegebenen Mitteln meist gar nicht gesteigert werden kann, zum andern daran, daß auch ein sehr großer Teil der Kleinbauern in den Subsistenzwirtschaften keine Eigentümer, sondern lediglich Pächter sind und in der Regel einen konstanten Prozentsatz ihrer Produktionserträge als Pachtabgaben aufbringen müssen. Das bedeutet nichts anderes, als daß eine gestiegene Produktion mit ebenfalls gestiegenen Abgaben „bestraft" wird. „In Südostasien, wo Pachtboden besonders knapp und begehrt ist, sind bis zu 50 Prozent des Produktionsertrages an den Landeigentümer abzuführen" [25]).

Hinzu kommt, daß die Kleinbauern häufig stark verschuldet sind und sich infolgedessen auch gar keine zusätzlichen Finanzierungsmittel beschaffen können, um ihre Anbaumethoden zu modernisieren und so den Ertrag zu steigern.

In Indien etwa werden die Kleinbauern durch Geldverleiher und Großgrundbesitzer in der Weise in permanenter Verschuldung gehalten und ausgebeutet, daß ihnen für gesicherte Kredite zwischen 12 Prozent und 50 Prozent und für ungesicherte Kredite bis zu 300 Prozent an Zinsen abverlangt werden [26]).

„In Guatemala sind folgende Abmachungen mit dem ‚Colono' — dem Pächter — üblich: Der Grundbesitzer setzt für ein Stück Land, das er verpachtet, den Wert

---

23) Vgl. etwa auch: Dams, Th., Nahrungsmittelhilfe — Ein Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt?. in: „Misereor aktuell", Aachen 1969, S. 25: „Ein weiterer Hinderungsgrund, der einer Nahrungsmittelsteigerung im Wege steht, ist die seit langem überfällige Reform veralteter Agrarstrukturen . . ."

24) Vgl. z. B. Feltrinelli, G. (Hrsg.), Lateinamerika — Ein zweites Vietnam? Reinbek bei Hamburg 1968, S. 411: „So verfügen in Chile etwa 0,3 Prozent der Landeigentümer über 52 Prozent des Bodens, während 74 Prozent nur 4,7 Prozent besitzen. In Brasilien besitzen 10 Prozent 77 Prozent des Bodens, in Argentinien verfügen 320 Familien über 40 Prozent der gesamten Landfläche. In Venezuela umfassen 4,4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe 78,8 Prozent des Bodens, in Paraguay besitzen gar 4,9 Prozent der Betriebe 95 Prozent des Bodens."

25) Vgl. United Nations, Problems of Agrarian Structure in Underdeveloped Countries; in: B. Okun und B. Richardson (Hrsg.), Studies in Economic Development, New York 1961, S. 371.

26) Vgl. ebd., S. 378.

der von ihm erwarteten Ernte vorher fest. Erntet der Colono weniger, muß er die Differenz bezahlen. Gelingt es ihm, selten genug, mehr zu erwirtschaften, muß er die Hälfte des Mehrerlöses abliefern. Lebenslange Schuldsklaverei, die sich auf die Söhne vererbt, ist die Folge des Systems" [27]).

Ja, z. T. werden für den Inlandsmarkt bestimmte Nahrungsmittel von den Großgrundbesitzern und Großhändlern geradezu in der sicheren Erwartung gehortet, daß eine weitere Verschärfung der Versorgungssituation der Masse der Bevölkerung zu Preissteigerungen führen muß, die sich bei ihnen dann als Gewinnsteigerungen niederschlagen. Eine Studie der Vereinten Nationen berichtet solche Fälle aus Indien [28]).

Aber auch vom Außenhandel her ist keine hinreichende Erhöhung des im Inland zur Verfügung stehenden Angebots an Nahrungsmitteln zu erhoffen. Denn „der freie Zufluß von Agrarimporten, der die Lücke zwischen heimischer Produktion und inländischer Nachfrage bei herrschendem Preis schließen könnte, wird unterbunden" [29]). Unterbunden von den jeweils herrschenden Gruppen, die sich in praktisch allen Entwicklungsländern durch ein System der Devisenbewirtschaftung das alleinige Verfügungsrecht über die vorhandenen „harten Währungen" sichern.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Nahrungsmittelhilfe der Ersten Welt, die ja bekanntlich für die westlichen Industrieländer nichts anderes ist als eine willkommene Form der Überschußverwertung, erwiesen sich ebenfalls nicht als befriedigende Lösungsmöglichkeit [30]). Auch die „grüne Revolution" in ihren bisherigen rein technokratischen Ansätzen (also unter Konstanz der Machtstrukturen in der Landwirtschaft) hilft nicht weiter [31]).

Die Analyse Dittmars, der allgemeine Industrialisierungsprobleme der Dritten Welt untersucht, also nicht nur die mit den ausländischen Direktinvestitionen verbundenen Fragen, kommt zu demselben Ergebnis [32]). So wiesen beispielsweise Chile und Brasilien, also zwei Länder, die einerseits durch den — oben erwähnten — Rückgang der Agrarproduktion (zwischen 1963 und 1966) gekennzeichnet sind und die andererseits bekanntlich durch ausländische Direktinvestitionen besonders „bevorzugt" sind, zwischen 1960 und 1967 jährliche Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten von 25,0 Prozent bzw. sogar 54,9 Prozent auf [33]). Auch in Uruguay stieg der Index der Lebenshaltungskosten von 1963 = 100 auf 1990 im Jahre 1969 [34]).

Dabei ist noch folgendes zu berücksichtigten: Preisindizes sind „kein korrekter Maßstab für das tatsächliche Gewicht dieser Ungleichgewichte, soweit der Staat durch Preiskontrollen und -festsetzung in die freie Anpassung der Preise an die Marktsituation eingreift" [35]).

Da derartige staatliche Interventionen in Entwicklungsländern nicht selten vorkommen [36]), ergibt sich aus der relativen Konstanz von Preisindizes keineswegs

---

27) „Spiegel"-Serie: Da hilft nur noch Gewalt, 31. 8. 1970, S. 97.
28) United Nations, Economic Survey of Asia and the Far East, 1964, Bangkok 1965, S. 161.
29) Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, a.a.O., S. 135.
30) Vgl. Dams, Th., Nahrungsmittelhilfe. — Ein Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt?, a.a.O., bes. S. 13—21.
31) Vgl. etwa, Myrdal, G., Politisches Manifest über die Armut in der Welt, a.a.O., bes. S. 122—135.
32) Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, bes. S. 57—66.
33) Internationaler Währungsfond, OECD, Weltbank, zit. nach: Kreditanstalt für Wiederaufbau, XX. Jahresbericht, Geschäftsjahr 1968, S. 45.
34) Deutsche Überseeische Bank, Lateinamerika — Wirtschaftliche Daten, Berlin-Hamburg 1970, S. 28.
35) Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, a.a.O., S. 35.
36) Vgl. etwa die Politik Uruguays in den letzten Jahren, die die (offizielle) Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1967 = 136 Prozent bis auf 1969 = 14,5 Prozent bremsen konnte. Aus: Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzbericht über Lateinamerika, Hamburg 1970, S. 105.

zwingend, daß die insgesamt gestiegene Nachfrage auch befriedigt worden ist [37]). Es zeigt sich also ganz deutlich die starke Korrelation zwischen dem Umfang der Direktinvestitionen und den Inflationsraten in einem Entwicklungsland, auch wenn man sicherlich nicht behaupten kann, daß solche extrem hohen Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten (wie etwa in Brasilien, Chile und Uruguay) allein aus dem beschriebenen Zusammenhang mit den ausländischen (und besonders den auslandsbezogenen) Direktinvestitionen erklärt werden können. Auch einige andere Faktoren begünstigen diese Inflationen.

Zweifellos „überfordert" die notwendige gesamtwirtschaftliche Analyse solcher Investitionen die Repräsentanten der Konzerne. Überlegungen dieser Art können selbstverständlich auch nicht in ihrem, ausschließlich profitorientierten, Interesse liegen.

Die Apologeten der ausländischen Direktinvestitionen in Industrie und Administration halten diesen Investitionen meist auch noch zugute, daß sie Wachstumseffekte in der inländischen gewerblichen Wirtschaft induzierten, indem nämlich heimische Produzenten als Zulieferer eingeschaltet würden. (Diese Frage ist im übrigen für die inlandsbezogenen Direktinvestitionen von wesentlich stärkerer Bedeutung.)

Tatsächlich ist es häufig so, daß die direkt investierenden Konzerne diejenigen Firmen, die schon in den Industrieländern als ihre Zulieferer fungieren, ebenfalls zu einer Direktinvestition oder zumindest zu einer Lizenzfabrikation in dem betreffenden Entwicklungsland bewegen, so daß die Kapazitätseffekte der heimischen Industrie häufig sehr gering sind. Ein Beispiel für so induzierte Lizenzfabrikationen liefert etwa VW-Mexico: 1967 hatten mindestens 25 (deutsche) Zulieferfirmen in Mexico Lizenzfabrikationen für VW, und weitere 20 Firmen standen mit mexikanischen Betrieben in diesbezüglichen Verhandlungen [38]).

Auch die VW do Brasil erfreut sich ihrer aus heimischer Umgebung vertrauter Zulieferer, als da sind: Contigummi, Fichtel & Sachs, Knorr-Bremse, Krupp, Metzeler, Schäffler, Schrader und Süßen, Schuler, Bosch, Osram usw. [39]).

Hinzu kommt, daß auch die so geschaffenen industriellen Arbeitsplätze und Einkommen mit hoher Wahrscheinlichkeit die oben erörterten negativen Effekte haben werden und daß weiterhin die meist übermächtigen ausländischen Konzerne in der Lage sein werden, ihre inländischen Geschäftspartner in neue Abhängigkeiten zu bringen und diese ökonomisch zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen.

Auswirkungen auf die terms of trade

Es zeigt sich hier ein direkter, für die Entwicklungsländer insgesamt sehr ungünstiger Zusammenhang zwischen den auslandsbezogenen Direktinvestitionen und den terms of trade, welche zu definieren sind als das Verhältnis von Exportgüterpreisindex zu Importgüterpreisindex. Diese Gruppe von Unternehmen verfolgt ja erklärtermaßen das Ziel, den Konzernen der Industrieländer billige Rohstoffquellen zu erschließen bzw. zu sichern.

Wenn also beispielsweise Dunlop, einer der größten Gummiwarenhersteller der Welt, über „eigene Naturkautschukquellen in Südostasien" [40]) verfügt, so wird

[37]) So haben z. B. in Argentinien alle bisherigen Versuche einer Politik des Preisstopps für lebenswichtige Güter „wegen der schwierigen Kontrolle nie zu den gewünschten Ergebnissen geführt und hatten lediglich das Entstehen von Schwarzmärkten und Korruption zur Folge." o. V., Argentinien greift zum Preisstopp, in: „Blick durch die Wirtschaft" vom 16. 3. 1971.

[38]) Vgl. Bohrisch, A., Probleme privater Auslandsinvestitionen in Mexico, Hamburg 1969, S. 76.

[39]) Vgl. Krummacher, J. H., Volkswagen do Brasil, in: „Blätter des Informationszentrums Dritte Welt", Freiburg, Nr. 5, März 1971, S. 23.

[40]) o. V., Die Zusammenarbeit Dunlop-Pirelli hat überrascht, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4. 3. 1970.

der mit der Selbstversorgung dieses Konzerns verbundene Nachfragausfall auf dem Weltmarkt — zumindest längerfristig — nicht ohne Auswirkung auf die Exporterlöse aller übrigen auf Kautschukexport angewiesenen Entwicklungsländer bleiben können. Es wird sich unweigerlich ein Druck auf den Weltmarktpreis von Naturkautschuk ergeben.

Der niederländisch-britische Konzern Unilever, Europas zweitgrößtes privates Unternehmen [41]), verfügt „in Afrika über umfangreichen Landbesitz mit Kaffee-, Tee- und Kakaoplantagen, Ölpalmenwäldern, Bergwerken, Industriebetrieben, Schiffahrtslinien, spezialisierten Handelsunternehmen u. a." [42]). Diese Besitztümer von Unilever werden über den Nachfrageausfall auf dem Weltmarkt wieder Preissenkungstendenzen bei Kaffee, Tee, Kakao, Erzen usw. auslösen und so die Exporterlöse und damit auch die Volkseinkommen all der Entwicklungsländer mindern, die gleichfalls auf den Export dieser Produkte angewiesen sind.

Wie diese beiden Beispiele schon zeigen, werden die auslandsbezogenen Direktinvestitionen in aller Regel von Tochtergesellschaften der großen Industriekonzerne der Ersten Welt vorgenommen [43]). Diese vertikal, horizontal und — wie Unilever — immer häufiger auch diagonal konzentrierten Unternehmungen, die die Rohstoffe selbst weiterverarbeiten, beziehen diese von ihren Tochtergesellschaften zu fiktiven, niedrigen Verrechnungspreisen; sie können schließlich auch kein Interesse daran haben, die Preise der benötigten Rohstoffe hoch zu halten. So werden zwar die Entwicklungsländer in ihrer Gesamtheit geschädigt, meist aber gerade das Land nicht, in dem die betreffende Rohstoffinvestition vorgenommen wurde [44]). (Denn es bezieht von den ausländischen Konzernen in der Regel feste, d. h. vom Weltmarktpreis unabhängige Abgaben.)

Die eigentlichen Verlierer sind also immer die anderen Entwicklungsländer, die dieselben Rohstoffe weiterhin am Weltmarkt anbieten müssen. Dieser Tatbestand sollte eigentlich zu einer größeren Solidarität der Entwicklungsländer untereinander führen, zumal speziell „die Produktion von Grundnahrungsmitteln ..., die nur in der Dritten Welt angebaut werden, jeweils zum größten Teil auf nur wenige Länder konzentriert ist" [45]).

Vermittlung von technischem und ökonomischem know how?

Häufig, besonders von den Unternehmern selbst, wird als positive Begleiterscheinung von Direktinvestitionen, und zwar von auslandsbezogenen wie besonders von inlandsbezogenen, das mit ihnen vermittelte know how im technischen sowie im ökonomischen Bereich betont, Meier etwa zählt auf: „Technisches Wissen, Marktkenntnisse, unternehmerisches und Aufsichtspersonal, Organisationserfahrung, neue Produkte und Produktionsverfahren ..." [46]).

In der Tat ist kaum zu bestreiten, daß solche Effekte von Direktinvestitionen ausgelöst werden können, etwa indem Ungelernte zu Facharbeitern ausgebildet werden etc.

Andererseits entsteht aber wegen der hohen Arbeitslosigkeit in praktisch allen Entwicklungsländern auch eine sehr starke Bindung der einheimischen Arbeits-

41) Vgl. „Die Zeit" vom 22. 11. 1968.
42) Kraus, W., Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Privatinvestitionen?, a.a.O., S. 30.
43) Einen guten (wenn auch nicht vollständigen) Überblick über die nationale und internationale Ausbreitung der großen Konzerne bietet die Loseblattsammlung: Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen in Schaubildern, Darmstadt, ab 1963 fortlaufend.
44) Kraus, W., Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Privatinvestitionen?, a.a.O., S. 38.
45) Jalée, P., Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt 1968, S. 33; dort auch im einzelnen belegt.
46) Meier, G. M., The International Economics of Development, New York 1968, S. 141.

kräfte an „ihr" Unternehmen, so daß erworbenes know how kaum anders als zum Nutzen eben dieser Unternehmung eingesetzt werden kann.

Ebenso erscheint es mehr als fraglich, ob eine „Nachahmungsmöglichkeit" in organisatorischer und/oder produktionstechnischer Hinsicht für andere, inländische Betriebe besteht, einmal ganz abgesehen von der (weiter oben schon kurz angeschnittenen) Frage, ob die Technologie der westlichen Konzerne von der Masse der Entwicklungsländer überhaupt übernommen werden sollte.

In diesem Zusammenhang soll die Problematik von Partnerschaftsgründungen (joint ventures) nicht unerwähnt bleiben. Joint ventures streben über eine einheimische Kapitalbeteiligung eine gewisse Machtbeschränkung der ausländischen Investoren an und somit eine stärkere Ausrichtung der Betriebe an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer.

Meier ist in dieser Hinsicht skeptisch, wenn er schreibt: „Eine Partnerschaftsgründung ist für den ausländischen Investor nicht attraktiv, wenn die ausländische Unternehmung über ausreichendes Kapital verfügt und auf einheimisches Kapital nicht angewiesen ist . . ." [47]).

Ein Blick allein auf die deutschen Gesellschaften, die im Ausland investieren, zeigt zur Genüge, daß sie solche Kapitalbeteiligungen zumindest nicht nötig haben [48]). Sie werden z. T. trotzdem angestrebt, weil man hofft, sich auf diese Weise besser gegen politische Risiken (Enteignungsdrohungen etc.) absichern zu können.

Ein Zahlenvergleich dazu: Zwischen 1956 und 1962 gab es in Indien 113 Gemeinschaftsgründungen, bei denen die ausländische Beteiligung sich maximal auf 49 Prozent belief. Demgegenüber betrug im Zeitraum zwischen 1951 und 1957 die Anzahl der US-Direktinvestitionen (mit mindestens 50 Prozent Kapitalanteil) in Lateinamerika 1172. Bei mehr als vier Fünfteln (952) betrug der US-amerikanische Anteil 95 Prozent und mehr [49]).

Über formal gelungene Partnerschaftsgründungen schreibt Jalée am Beispiel Marokko: „Das ausländische Kapital bleibt mit größter Gelassenheit in der Minorität und schlägt dies sogar selbst vor, um die Lauterkeit seiner Absichten unter Beweis zu stellen. Man geht sogar so weit, einen marokkanischen Generaldirektor zu akzeptieren, und begnügt sich mit einem Stellvertreter oder einem technischen Direktor. Warum sollte man auch mehr fordern, wenn man weiß, daß das Unternehmen ohne ausländische Patente, ausländisches Material und Einrichtungen, das ausländische Kapital nicht lebensfähig wäre. Trotz der Majorität bleibt das einheimische Kapital total abhängig" [50]).

Die Wirkungen auf den Staatshaushalt

Die Steuern und Abgaben, die die Regierungen der Entwicklungsländer von den ausländischen Unternehmen kassieren, sind quantitativ relativ bedeutsam, besonders in den Erdölländern (die sog. Royalties).

---

47) Ebenda, S. 157.

48) Vgl. etwa: Grosche, G. und R. Lehmann-Richter, Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, a.a.O., Anhang, sowie: o. V., Deutsche Industrie in aller Welt, in: „Der Spiegel", Nr. 51, 1969.

49) Vgl. Giesecke, H., Industrieinvestitionen in Entwicklungsländern, Hamburg 1963, S. 154 f.

50) Jalée, P., Die Ausbeutung der Dritten Welt, a.a.O., S. 91. Ebenso: Seifert, H., Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, Köln-Opladen 1967, S. 30, 31: „Die untergeordnete Rolle, die eine bestimmte Anteilsquote für die Beurteilung der effektiven Entscheidungskompetenzen haben kann, zeigt sich besonders bei Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Angesichts der Befürchtungen dieser Länder, durch privates Auslandskapital überfremdet zu werden oder eine ‚kalte Rekolonisation' zu erfahren, haben sie vielfach gesetzliche Vorkehrungen getroffen, um die Mehrheit des in einem Unternehmen investierten Kapitals (51 Prozent) den Einheimischen zu sichern. Wenn derartige Vorschriften auch geeignet sind, ausländische Investoren abzuschrecken, so hat sich doch andererseits gezeigt, daß die wirtschaftliche Praxis gleichwohl Möglichkeiten bietet, unter Umgehung bzw. Respektierung derartiger Formalitäten Direktinvestitionen unter Wahrung des gewünschten Einflusses durchführen zu können. Hierbei ist nicht so sehr an die Einschaltung von sog. Strohmännern gedacht als vielmehr daran, daß einmal mit der Besetzung von entscheidenden Managementpositionen und zum anderen mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Auslandsgründung von der Mutterfirma operiert werden kann. Derartige Abhän-

Es läßt sich aber nicht von vornherein sagen, ob diese Mittel entwicklungsfördernd eingesetzt werden; das ist eine Frage des jeweiligen Verhältnisses von Herrschenden zu Beherrschten in diesen Ländern.

Die Verwendungszwecke entwicklungsfeindlicher Art sind vielfältig: sie reichen von der „einfachen" Kapitalflucht [51]) über sinnlosen Luxuskonsum [52]) und ebensolche Bauprojekte (z. B. einer Retortenhauptstadt wie Brasilia) bis hin zur Aufrüstung von Polizei und Militär zur Zerschlagung jeglicher Oppositionsgruppen und Befreiungsbewegungen [53]).

Insofern leisten die Konzerne des Westens in allzuvielen Fällen einen nicht zu unterschätzenden finanziellen Beitrag zur Unterdrückung der armen Massen in der Dritten Welt [54]). Es braucht hier kaum eigens betont zu werden, daß die kapitalistischen Konzerne mit Vorliebe eine „Ehe" mit den reaktionärsten (weil „law and order" garantierenden) Regimen eingehen. Vollkommen konsequent lobte VW-Chef Kurt Lotz anläßlich der deutschen Industrie-Ausstellung in Sao Paulo die „Kontinuität der (brasilianischen) Regierungspolitik" [55]).

Die Wirkungen auf die Zahlungsbilanz

Die Auswirkungen der auslandsbezogenen Direktinvestitionen auf die Zahlungsbilanz des Entwicklungslandes sind (statistisch betrachtet) positiv. Denn erstens bedeutet Kapitaleinfuhr ex definitione eine Verbesserung der Zahlungsbilanz, und zweitens entsteht keine Devisenbelastung (abgesehen von Importen, die zur Errichtung, Aufrechterhaltung und evtl. Erweiterung der Produktionsstätten erforderlich sind). Der Absatzmarkt für die Produkte liegt in den Industrieländern, und somit fällt der gesamte Umsatz und fallen auch die Gewinne und die Abgaben an das Entwicklungsland in „harter" ausländischer Währung an [56]). Da diese Devisen aber wieder der Verwendung durch die herrschenden Klassen in der Dritten Welt unterliegen, ist das Argument von der Verbesserung der Zahlungsbilanz nur formaler Natur und keineswegs mit einer Verbesserung der Lage der armen Massen gleichzusetzen.

Die Effekte der inlandsbezogenen Direktinvestitionen

Beschäftigungs- und Einkommenseffekte; Probleme der regionalen Verteilung der Produktionsstätten

Während die Standorte der auslandsbezogenen Direktinvestitionen bestimmt sind durch die Lage der Rohstoffvorkommen, besteht eine solche natürliche standortmäßige Abhängigkeit bei den inlandsbezogenen Direktinvestitionen offen-

gigkeitsverhältnisse können z. B. gegeben sein, wenn das Tochterunternehmen am Bezug oder Absatz bestimmter Produkte oder an finanzieller Unterstützung (in Form von Krediten oder Darlehen) interessiert sein muß."

51) Allein von den öffentlichen Mitteln für Entwicklungshilfe fließen ca. 20—25 Prozent von den Regierungen der Entwicklungsländer zurück in die Depots in New York und Zürich. Vgl. Entwicklungshilfe — Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls? Bergedorfer Protokolle Bd. 9, Hamburg-Berlin 1965, S. 66 und 93 ff.

52) Nach der Revolution in Libyen sollen die 900 Mercedes-Limousinen der früheren Regierung stillgelegt worden sein. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 3. 12. 1969.
In Chile bestanden 1955 „45 Prozent der gesamten Anlageinvestitionen in der Errichtung luxuriöser Wohnbauten". Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, a.a.O., S. 140.

53) Im Jahre 1967 gab Brasilien (ohne von äußeren Feinden bedroht zu sein) 25 Prozent seines Haushalts für Rüstungszwecke aus. Vgl. H. v. Nußbaum, Unterentwicklung — Angriff auf Gott oder Mensch? Sendschreiben wider den Heiligen Geist der pastoralen Entwicklungshilfe, S. 121, in: B. v. Onna und M. Stankowski (Hrsg.), Kritischer Katholizismus, Frankfurt 1969.

54) Es klingt dann wie ein schlechter (aber nicht harmloser) Scherz, wenn man in einer im Auftrag des BMZ erstellten Studie von H. Jolowicz über „Erfahrungen ausländischer Investoren in Brasilien" den schlichten Satz liest: „Sehr rasch hat die Industrie in Brasilien die Gesellschaftsstruktur verändert." (Nr. 1 der Reihe Private Auslandsinvestitionen in Lateinamerika, herausgegeben von A. v. Gleich im Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg 1970, S. 32.)

55) Zit. nach: o. V., Leber eröffnet Messe in Sao Paulo, in: „Süddeutsche Zeitung" vom 25. 3. 1971. Diese, vom 24. 3. bis 4. 4. 1971 dauernde Ausstellung kostet ca. 50 Millionen DM.

56) So finanzieren z. B. die drei in Venezuela fördernden Ölkonzerne Esso, Shell und Gulf den Staatshaushalt Venezuelas zu knapp 70 Prozent. Vgl. etwa: o. V., Venezuela, in: „Blätter des Informationszentrums Dritte Welt", Freiburg, Nr. 4, Februar 1971, S. 9 f.

NAGEL

Reiseführer für hohe Ansprüche

«Der weltbekannte Verlag untertreibt mit der Bezeichnung, die er seinen Länderbüchern gibt. Was der Benutzer hier in die Hand bekommt, ist weit mehr als der übliche Touristenfreund, nämlich eine komplette Volks- und Landeskunde.

Eine allgemeine Einführung unterrichtet zunächst in mehreren Kapiteln über geographische Beschaffenheit, Geschichte, Bevölkerung, Kunst, Literatur, Religion, Brauchtum und Wirtschaft des Landes.

Es folgt die Einzelbeschreibung der Städte und Gebiete mit Ausflugs- und Besichtigungsvorschlägen und einer Fülle größtenteils farbigen Kartenmaterials.

Das letzte Drittel vermittelt dem Reisenden praktische Hinweise über alles irgend Wissenswerte zur Meisterung seines Unternehmens und darüber hinaus ein Verzeichnis der *wichtigsten fremdsprachlichen Ausdrücke und Redewendungen.*

In gedrängter Form und einem handlichen, vortrefflich gedruckten Buch besitzt man so eine kleine Enzyklopädie des Landes, das man bereist oder studieren will.»

DAS PARLAMENT

NAGELS ENZYKLOPÄDIEREISEFÜHRER sind durch jede Buchhandlung zu beziehen. *Katalog kostenlos.*

NAGEL VERLAG 8 MÜNCHEN 21

sichtlich nicht. Stattdessen halten sie sich — in streng kapitalistischer Logik — an die jeweiligen nationalen Zentren der kaufkräftigen Nachfrage, sie siedeln sich also dort an, wo sie sich maximale Gewinne versprechen. Dazu Schuhler: „Wieder findet die Errichtung von Produktionsstätten nicht unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung der armen nationalen Gesellschaft statt" [57]). Dieser Mechanismus gilt für die regionale Verteilung des Kapitals innerhalb eines Landes ebenso wie für die Aufteilung zwischen den Entwicklungsländern insgesamt, woraus folgt: „In die Länder, die das Kapital am nötigsten brauchen würden, fließt relativ wenig . . ." [58]).

Es entstehen hierbei also kumulative Prozesse von der Art, daß die Volkswirtschaft des Entwicklungslandes nicht regional gleichmäßig, sondern höchst ungleichmäßig entwickelt bzw. unterentwickelt wird. Die inlandsbezogenen Direktinvestitionen provozieren bzw. verstärken diese regionalen Unterschiede. Gunder Frank beschreibt diesen Prozeß ausführlich am Beispiel des brasilianischen Industriezentrums Sao Paulo im Verhältnis zu den übrigen brasilianischen Regionen [59]).

In einer Rezension des schon herangezogenen Buches von Jalée bemerkt Armbruster in diesem Zusammenhang: „Jalées Argumente entsprechen den Erkenntnissen der Raumwirtschaftstheorie, die zeigen, daß sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Strukturunterschiede verschiedener Regionen polarisieren" [60]). Und gar Lester B. Pearson erklärte: „In der Tat nimmt das Mißverhältnis weiter zu. In diesem Verhältnis von ungeheurer, einseitig ausgeübter Macht arbeitet der nicht korrigierte Markt ebenso ungerecht, wie es der Fall ist zwischen, nun, sagen wir, einem Großgrundbesitzer und einem ‚harijan' in einem indischen Dorf. Alle natürlichen Kräfte in einer auf Wettbewerb ausgerichteten und nicht ausbalancierten Wirtschaft begünstigen die Reichen" [61]).

In einem von der „Bundeszentrale für politische Bildung" herausgegebenen Heft heißt es: „Jedenfalls ist die einseitige Konzentration von Industriebetrieben von z. T. verhängnisvollen Folgen für die Gesamtwirtschaft der Entwicklungsländer.

. . . Es kommt zu einer gewaltigen Bevölkerungsbewegung; die damit ausgelöste Landflucht führt zur Entstehung von Ballungszentren mit ihrem sozialen Elend, der Desintegration und Entwurzelung der Menschen, zugleich zu Massenarbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Lohndruck" [62]). Der Artikel, aus dem dieses Zitat stammt, bezieht bezeichnenderweise die ausländischen Privatinvestitionen gar nicht ausdrücklich mit ein, sondern behandelt nur die allgemeine Problematik einer kapitalistischen Industrialisierungsstrategie in Entwicklungsländern. Zudem werden die negativen Effekte der inlandsbezogenen Direktinvestitionen als unmittelbare Ursache von Landflucht und Massenelend auf diese Weise eher verschleiert denn verdeutlicht.

Man muß nämlich berücksichtigen, daß die Regierungen der Entwicklungsländer mit der Genehmigung einer ausländischen Investition [63]) entweder Konkurrenz

57) Schuhler, C., Zur politischen Ökonomie der Armen Welt, a.a.O., S. 127.
58) Guth, W., Der Kapitalexport in unterentwickelte Länder, a.a.O., S. 85.
59) Frank, A. G., Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1969, S. 193—203;
In Sao Paulo, wo im übrigen allein 380 westdeutsche Unternehmen ansässig sind (vgl. R. R. Schulz, Deutsche Assistenz für Bergbau und Energie, in: „Industriekurier" vom 4. 6. 1970), werden rd. 50 Prozent aller Industriegüter Brasiliens produziert. (Aus: „Spiegel"-Serie: Da hilft nur noch Gewalt, 2. Fortsetzung vom 14. 9. 1970, S. 182).
60) Armbruster, W., in: Der Volkswirt, 12. 1969, S. 66.
61) Pearson, L. B., zit. nach: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 1 des BMZ, Bonn, Mai 1970.
62) Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Entwicklungsländer, Teil I, Reihe: „Informationen zur politischen Bildung", September/Oktober 1969, S. 22.
63) Es ist ein offenes Geheimnis, daß Regierungsvertreter und Beamtenapparat in vielen kapitalistisch organisierten Entwicklungsländern durch Bestechungsgelder der westlichen Konzerne deren Zielen gefügig gemacht

für die schon vorhandene, vergleichbare einheimische Produktion schaffen, andernfalls aber den investierenden Ausländern gar keine Monopolstellung auf dem Inlandsmarkt zubilligen.

Wenn etwa die BASF bis 1975 in Lateinamerika Investionen in Höhe von einer Milliarde DM vornehmen will [64]), so wird das gleichbedeutend sein mit einer gewaltigen Marktmacht dieses westdeutschen Konzerns auf dem gesamten Halbkontinent. Diese Macht wird um so größer sein, je stärker sich Bestrebungen zur Schaffung von Freihandelszonen oder Gemeinsamen Märkten (ALAIC, Andenblock etc.) durchsetzen.

Auf ungewisse Zeit hinaus wird jeder lateinamerikanische Versuch, in diesem Bereich selbständig zu werden, wegen der überlegenen technologischen und Kapitalmacht der BASF zum Scheitern verurteilt sein.

Fällt den ausländischen Unternehmen aber nicht sofort eine Monopolstellung zu, treten sie also mit inländischen Erzeugern in Konkurrenz, so sind die negativen Folgen häufig noch größer: „Das Entstehen von modernen Produktionsstätten in einigen wenigen Metropolen zerstört in kürzester Zeit alle gleichartige Produktion im übrigen Lande, und das übrige Land nimmt für das dadurch entstandene Elend Revanche durch Massenflucht in die Metropolen, die nun ihrerseits auch in Elendsgebiete verwandelt werden" [65]). Frank weist die Richtigkeit dieser Zusammenhänge, die Schumacher am Beispiel Indiens entwickelt, auch am Beispiel Brasiliens nach [66]).

Diese Art von Direktinvestitionen erweist sich also als direkt verantwortlich für das Entstehen von slums, favelas, bidonvilles, shanty towns und wie die Gürtel des Elends um die großen Städte in der Dritten Welt sonst noch heißen.

Aus dieser Analyse folgt auch eine scharfe Kritik an den „Entwicklungsexperten", die für den vorrangigen Ausbau der Infrastruktur, speziell des Transportwesens plädieren. Dagegen ist festzuhalten, daß die beschriebene Zerstörung der inländischen Produktion durch die ausländische Unternehmung erst ermöglicht wird auf Grund einer hohen Mobilität von Gütern und Personen. Der inländischen, konkurrierenden Produktion fehlt damit ein natürlicher Schutz, wie es ihn zu Beginn der Industrialisierung im europäischen Raum durchaus gab. Denn in vielen Entwicklungsländern „ist in der Regel das Transportwesen der modernste Teil der gesamten Volkswirtschaft" [67]).

Aus dieser Sicht erscheint einmal mehr die öffentliche „Entwicklungshilfe", besonders die Kapitalhilfe, mit der ja Infrastrukturinvestitionen vorrangig finanziert werden, lediglich als flankierende Maßnahme zum Nutzen der privaten Direktinvestitionen [68]).

Im übrigen werden auch die inlandsbezogenen Direktinvestitionen, die in der Regel Konsumgüter des gehobenen Bedarfs erzeugen, inflationäre Tendenzen auslösen, wenn auch in einem vergleichsweise wohl etwas abgeschwächten Ausmaß [69]).

---

werden. Vgl. z. B.: Th. Bode, Wenn Indonesiens Bäume fallen, in: „Süddeutsche Zeitung" vom 20. 11. 1970. Vgl. dazu auch: Myrdal, G., Politisches Manifest über die Armut in der Welt, a.a.O., bes. S. 226—235.

64) Vgl. etwa: „Frankfurter Rundschau" vom 9. 12. 1969.

65) Schumacher, E. F., in: Entwicklungshilfe — Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls?, a.a.O., S. 20 f.

66) Frank, A. G., Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, a.a.O., S. 211 f.

67) Schumacher, E. F., Entwicklungshilfe — Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls?, a.a.O., S. 22; (Hier findet sich auch das Beispiel der Provinz Antioquia in Kolumbien, deren relativ fortgeschrittene Industrialisierung in ihrer verkehrstechnischen Unerschlossenheit eine wichtige Ursache hat.)

68) Berücksichtigt man dabei dann noch, daß es häufig die deutschen Firmen in der Dritten Welt selbst sind, die die Regierung des jeweiligen Entwicklungslandes erfolgreich dazu auffordern, bei der deutschen Bundesregierung Kapitalhilfe für bestimmte Projekte der wirtschaftlichen Infrastruktur zu beantragen, so rundet sich das Bild vollends ab. Vgl. etwa: A. Kruse-Rodenacker und H. Dumke, Kapitalhilfe. Veröffentlichungen des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, Bd. 5, Berlin 1970, S. 69.

69) Eine Bestätigung der Inflationsthese (hier nur in bezug auf die Bauzeit der Investition) findet sich beispielsweise auch bei M. Biehl, Chinas Industrialisierung, in: Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die inlandsbezogenen Direktinvestitionen zu jenen „überall anzutreffenden übermäßigen Monopolstellungen" führen, von denen Balogh spricht [70]).

Dies geschieht entweder unmittelbar oder durch (ganz oder teilweise) Vernichtung der einheimischen Konkurrenz.

Die Wachstumsverluste, die die Dritte Welt durch die Monopolisierung ihrer Märkte erleidet, lassen sich in ihrer Höhe schwer abschätzen, sicherlich aber kaum unterschätzen.

Diese, wie alle Großkonzerne, bringen darüber hinaus noch weitere Teile der einheimischen Wirtschaft in ihre Abhängigkeit; etwa dadurch, daß sie Vorprodukte von inländischen Unternehmen in einem Ausmaß beziehen, daß sie ihnen auch ihre Bedingungen diktieren können. D. h. aber in der Regel, daß sie als mächtige Abnehmer auch zu besonders niedrigen Preisen beziehen können, ohne selbst die niedrigen Preise an den Endverbraucher weitergeben zu müssen [71]). Das ist, neben der Zerstörung einheimischer Produktion, ein weiterer negativer Einkommenseffekt der inlandsbezogenen Direktinvestitionen.

Auswirkungen auf die außenwirtschaftliche Lage

Häufig werden die inlandsbezogenen Direktinvestitionen mit dem Hinweis befürwortet, sie würden in der Regel in Inportsubstitutionsindustrien vorgenommen. Darunter versteht man solche Unternehmen, die Produkte erzeugen, die bis dahin — ganz oder teilweise — importiert werden mußten. Durch diese Unternehmungen werde also die Devisenknappheit, mit der ja praktisch alle Entwicklungsländer zu kämpfen haben, gemildert.

Man kann aber den Einfluß dieser Gruppe von Investitionen auf die Devisenbilanz nicht allein durch das Ausmaß der mit ihnen verbundenen Importsubstitution ermitteln.

Denn: „. . . Das Problem entsteht, wenn der Rückfluß von Zinsen, Gewinnen und Dividenden auf das angewachsene Kapital, sowie die Rückführung von Kapital selbst Druck auf die Zahlungsbilanz des Entwicklungslandes ausübt" [72]). Denn — im Gegensatz zu den auslandsbezogenen Direktinvestitionen — „fällt der gesamte Brutto-Umsatz in inländischer Währung an, während direkt ein Teil der Aufwendungen (Vorleistungen, Gewinntransfer) in Devisen geleistet werden muß . . ." [73]).

Allein der Saldo aus dem ohne die importsubstituierende Investitionen zu erwartenden Importwert und der Höhe der tatsächlichen Devisennachfrage bestimmt also Verschärfung oder Verbesserung der Situation der Devisenbilanz.

Während die Importnachfrage der inlandsbezogenen Direktinvestitionen nach Vorprodukten in der Regel weniger ins Gewicht fällt [74]), ist es das Problem des

---

und Zeitgeschichte, Nr. 2, Stuttgart 1961, S. 98: „In allen sog. Entwicklungsländern, die von einem sehr geringen Stand des Volkseinkommens ausgehen, haben wir die gleiche Erfahrung, daß bei einem Hineinpflanzen einer Reihe von Großinvestitionen mit mehrjähriger Bauzeit in Form von Gehaltszahlungen vagabundierende Kaufkraft entsteht, der noch keine Mehrproduktion von konsumierbaren Gütern gegenübersteht. . . . Es macht keinen Unterschied, ob das Kaiptal dafür aus eigener Kraft gebildet worden ist oder ob es geschenkt oder geliehen wird; immer haben wir den Inflationsdruck aus der vagabundierenden Kaufkraft . . ."

70) Balogh, Th., Economic Policy and the Price System, S. 50, in: United Nations, Economic Bulletin for Latin America, Vol. VI, No. 1, März 1961; Ebenso Bohrisch, A., Probleme privater Auslandsinvestitionen in Mexico, Hamburg 1969, S. 41: „Diese gelegentlich zum Ausdruck kommende Furcht vor einer Überfremdung ist insofern begründet, als die kaufmännische, technische und finanzielle Überlegenheit der ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Konzerne gegenüber dem einheimischen Unternehmen in vielen Bereichen groß ist, so daß der Verdrängungsprozeß verhältnismäßig schnell eintritt."

71) Ein allgemeiner Überblick über entsprechende Machtmittel von Konzernen findet sich z. B. bei: H. Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, S. 23—82, in: D. Grosser (Hrsg.) Konzentration ohne Kontrolle, Köln und Opladen 1969.

72) Meier, G. M., The International Economics of Development, a.a.O., S. 145.

73) Jürgensen, H., Die Funktionen des Kapitalimports für Entwicklungsländer, a.a.O., S. 67.

74) Eine Ausnahme davon bilden die immer „beliebter" werdenden Montage- oder Abfüllbetriebe, die ausschließlich zum Zwecke der Ausnutzung von Lohndifferenzen gegründet werden. Beispielsweise unterhalten auch

Gewinntransfers, das die eigentliche Brisanz enthält. (Dabei soll hier die These unberücksichtigt bleiben, ob die kapitalistischen Industrieländer — wegen des „tendenziellen Falls der Profitrate" in ihren Heimatländern — einem Zwang zu derartigem Kapitalexport unterliegen, um ihr System vor dem Zusammenbruch zu bewahren.) [75])

Man muß davon ausgehen, daß die ausländischen Unternehmen erst gar nicht bereit sein werden zu investieren, ohne das staatlich garantierte Recht zum Gewinntransfer erhalten zu haben. Das bestätigt auch der Jahresbericht der „Kreditanstalt für Wiederaufbau", der Entwicklungsbank der BRD: „Die Märkte der Entwicklungsländer sind für den Investor freilich nur dann attraktiv, wenn die Investitionen einen ausreichenden Gewinn versprechen, für den die Garantie des Rücktransfers gegeben sein muß..." [76]). Frank verweist hinsichtlich der Höhe der Devisenbelastung durch den Retransfer der Gewinne der inlandsbezogenen Direktinvestitionen auf Schätzungen des „United State Department of Commerce". Danach beliefen sich diese Gewinnrückführungen aus Lateinamerika zwischen 1950 und 1965 auf „ungefähr 14 Prozent der laufenden Deviseneinnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen" [77]).

Grosche und Lehmann-Richter kamen in ihrer schon erwähnten Studie, in die etwa drei Viertel aller deutschen Direktinvestitionen (wertmäßig) einbezogen wurden, zu dem (durch Befragungen bei den einzelnen Unternehmungen ermittelten und daher zweifellos nach oben zu korrigierenden) Ergebnis, daß diese Unternehmen im Durchschnitt der Jahre 1965—1967 eine Netto-Rendite von 6,25 Prozent erzielten [78]). Von diesen Profiten seien 79 Prozent reinvestiert und nur 21 Prozent in die BRD retransferiert worden [79]). (In diesen Zahlen sind die entsprechenden Werte der befragten Unternehmen des Bergbaus, des Erdölsektors und der Chemie nicht enthalten, weil diese Firmen sich weigerten, Angaben über Gewinn und Reinvestitionsquote zu machen.)

Diese, im Vergleich zu den englischen und besonders den US-amerikanischen geringen Renditen [80]) sind zweifellos nur dadurch zu erklären, „daß die amerikanischen und englischen Investitionen ausgereifter sind als die deutschen und daß diese in einigen Jahren ähnlich rentabel arbeiten werden" [81]). (Erst 1958/59 wurde die Devisenbewirtschaftung in der BRD völlig aufgehoben, erst seitdem ist also ungehinderter Kapitalexport möglich.)

Es soll hier nicht im einzelnen erörtert werden, aus welchen Gründen sowohl Unternehmensbefragungen als auch besonders offizielle Untersuchungen die Höhe der tatsächlich erzielten Gewinne unter- und die Reinvestitionsquote überschätzen. Tatsache ist, daß die Konzerne über ein reiches Instrumentarium zur Bildung von stillen Reserven einerseits und zum verdeckten Gewinntransfer zurück in die Metropolen der Industrieländer andererseits verfügen. Ersteres

Bayer, Hoechst und Schering solche Produktionsstätten in Fernost. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 8. 1. 1970. (Solche Unternehmen müssen eigentlich der Gruppe der auslandsbezogenen Direktinvestitionen zugerechnet werden, obgleich Fertigwaren produziert werden.)

75) H. D. Boris z. B. hält diese These für nicht mehr stichhaltig. In: Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: „Das Argument", 38, Juni 1966, bes. S. 175—178.

76) Kreditanstalt für Wiederaufbau, XX. Jahresbericht, Geschäftsjahr 1968, S. 31.

77) Frank, A. G., Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, a.a.O., S. 301.

78) Grosche, G. und R. Lehmann-Richter, Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 17 und 54.

79) Ebenda, S. 56.

80) In eine kritische Prüfung der von Grosche und Lehmann-Richter ermittelten Zahlen müßte auch die Frage der Abhängigkeit des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum von Forschungsaufträgen (speziell des BMZ) mit einbezogen werden. Als einem festen Bestandteil des „staatlich-akademischen Komplexes" dürfte es dem Bochumer Institut kaum möglich sein, seine Analysen zu einem wesentlich anderen als dem vom Auftraggeber suggerierten Ziel zu führen.

81) Grosche, G. und R. Lehmann-Richter, Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 54.

geschieht im einfachsten Fall durch überhöhte Abschreibungen, das zweite z. B. dadurch, daß die im Entwicklungland investierende Tochtergesellschaft für Lieferungen ihrer Muttergesellschaft stark überhöhte Preise zahlt (was bedeutet, daß sie bei der Zentralbank mehr Devisen als eigentlich erforderlich nachfragt, erhält und transferiert).

Exkurs

Häufig kann man, auf den ersten Blick unwahrscheinlich anmutende, Zahlen lesen, wie z. B.: „Von 1960 bis 1966 wurden hier (in Lateinamerika) von Ausländern insgesamt 2,75 Milliarden Dollar investiert. Rückflüsse und Gewinnentnahmen betrugen im gleichen Zeitraum jedoch etwa das Dreifache, nämlich 8,333 Milliarden Dollar" [82]).

Oder: „Eine so unanfechtbare Quelle wie die ‚First National City Bank of New York' hat festgestellt, daß Lateinamerika zwischen 1965 und 1968 1,1 Milliarden nordamerikanischen Kapitals erhielt, daß aber in der gleichen Zeit 5,4 Milliarden Dollar aus Lateinamerika nach den USA transferiert wurden" [83]).

Die Bedeutung dieser Summen wird klar, wenn man bedenkt, daß das gesamte Volkseinkommen Lateinamerikas (mit Ausnahme von Mexico) im Jahre 1967 nur ca. 63 Milliarden Dollar betrug [84]).

Diese Zahlen sind nicht einfach zu interpretieren; beispielsweise können sie keineswegs so verstanden werden, als hätte es zwischen 1965 und 1968 private US-Investitionen in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar gegeben, und diese Investitionen hätten im gleichen Zeitraum insgesamt 5,4 Milliarden Dollar „erwirtschaftet". Vielmehr umfassen diese Zahlen über die Rückflüsse auch alle vor dem betrachteten Zeitraum vorgenommenen Privatinvestitionen, sofern sie in der entsprechenden Periode Rückflüsse erbrachten.

Weiterhin beinhalten die Summen auch alle langfristigen, von der öffentlichen Hand vorgenommenen Kapitalbewegungen. Dabei ist wohl insbesondere wieder an die Kapitalflucht aus der Dritten Welt zu denken, die durch die Regierungen der Entwicklungsländer vorgenommen wird und die einerseits aus Entwicklungshilfegeldern besteht, zum anderen auch aus den — in Devisen anfallenden — Steuern und Abgaben speziell der auslandsbezogenen Direktinvestitionen [85]).

Aspekte der Förderung der Direktinvestitionen in der Dritten Welt durch die Bundesregierung

Das Entwicklungshilfe-Steuergesetz („Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern") „erlaubt es dem Unternehmen, auf die in der Dritten Welt vorgenommene Investition von vornherein 15 Prozent abzuziehen und daneben für den verbleibenden Wert eine Rücklage bis zu 50 Prozent zu bilden, die vor der Versteuerung vom Gewinn abgezogen werden darf. In der Regel bedeutet das, daß von 100 Mark einer Investition bis zu 32,80 an Steuern gespart werden" [86]).

Darüber hinaus dürfen die westdeutschen Großkonzerne in Entwicklungsländern die „Verluste ihrer Auslandstöchter voll von ihrer Steuerschuld im Inland abziehen sowie beim Erwerb von Auslandsbeteiligungen bereits in Deutschland er-

82) Matthöfer, H., Denken in Divisionen sichert den Frieden nicht, in: „Frankfurter Rundschau" vom 11. 6. 1969.
83) Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 1. 10. 1969.
84) Errechnet nach: Münchhausen, T. v., Offiziere, die Oligarchien entmachten, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. 3. 1970.
85) So hatte sich z. B. der ehemalige Diktator Venezuelas, Jiménez, während seiner „Amtszeit" ein Auslandsvermögen von 200 Millionen Dollar geschaffen. Vgl. o. V., Da hilft nur noch Gewalt, 2. Fortsetzung, in: „Der Spiegel", Nr. 38/1970, S. 177.
86) Müller-Haeseler, W., Milliarden unter fremder Flagge, in: „Die Zeit" vom 23. 1. 1970.

zielte Gewinne, die in der Bilanz als stille Reserven versteckt waren, steuerfrei transferieren" [87]).

Außerdem gewährt die Bundesregierung den Unternehmen staatlichen Versicherungsschutz über die Deutsche Revisions- und Treuhand AG, allerdings „nur" gegen politische, nicht aber gegen wirtschaftliche Risiken [88]). Um diese politischen Risiken für die deutschen Firmen möglichst gering zu halten, versucht die Bundesregierung mit den Regierungen der in Frage kommenden Entwicklungsländer bilaterale Investitionsförderungsverträge abzuschließen [89]).

Für kleine und mittlere Unternehmen bestehen noch einige besonders günstige Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Wirtschaftsplans und der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) [90]). Allerdings besteht keine Aussicht, auf diese Weise den Anteil der Konzerne an den gesamten Direktinvestitionen in der Dritten Welt zu reduzieren.

Direktinvestitionen im Pearson-Bericht

Der Pearson-Report versteht sich einerseits als eine Bestandsaufnahme von 20 Jahren „Entwicklungshilfe"; er will andererseits eine Konzeption für die kommende Entwicklungsdekade entwerfen.

Der Bericht wurde im Auftrag des Präsidenten der Weltbank, Robert S. McNamara, erarbeitet. Mr. McNamara zeichnet sich bekanntlich dadurch aus, daß es ihm innerhalb weniger Monate gelang, vom führenden Unterdrücker eines Volkes der Dritten Welt (in seiner damaligen Funktion als sog. Verteidigungsminister der USA) zum führenden „Entwicklungshelfer" der Ersten Welt (als Präsident der Weltbank) umzusatteln.

So zeigt auch schon ein Blick auf die Mitglieder der Pearson-Kommission die Richtung, in die die Argumentation dieser Leute führen muß. Durchweg sind sie aufs engste mit den westlich-kapitalistischen Wirtschaftssystemen verbunden:

C. Douglas Dillon etwa, der US-Vertreter, ist u. a. „Mitglied des Verwaltungsrats der Chase Manhattan Bank und der American Telephone and Telegraph Company" [92]).

Wilfried Guth, das deutsche Mitglied, „ist Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, und Vorsitzender oder Mitglied in Aufsichtsräten verschiedener Unternehmen" [93]).

Die anderen Mitglieder der Kommission sind stärker im politischen Bereich der westlichen Industrieländer verwurzelt, zwei stammen sogar aus Entwicklungsländern.

Schon von daher betrachtet, kann man vom Pearson-Report selbstverständlich nicht die notwendige Problematisierung der bisherigen Entwicklungspolitik, speziell der privaten Investitionen, erwarten. Es handelt sich vielmehr um den „mit viel Aufwand betriebenen Versuch einer Kapitalismus-Strategie" [94]), d. h. die bisherigen weltwirtschaftlichen Grundstrukturen sollen unberührt bleiben, allein die Instrumente des kapitalistischen Systems sollen verfeinert werden.

So ist es auch zu verstehen, daß in dem Kapitel „Private Auslandsinvenstitionen" deren Analyse nur ein Viertel des Raumes einnimmt, während den Empfehlungen

---

87) o. V., Deutsche Industrie in aller Welt, in: „Der Spiegel", Nr. 51/1969, S. 58.
88) Kruse-Rodenacker, A., und H. Dumke, Kapitalhilfe, a.a.O., S. 121.
89) Bis Ende 1968 sind solche Verträge mit 33 Entwicklungsländern in Kraft getreten. Vgl. Kruse-Rodenacker, A. und H. Dumke, Kapitalhilfe, a.a.O., S. 122.
90) Vgl. ebenda, S. 116 f.
92) Ebenda.
93) Bartels, S., Die Entwicklungspolitik der BRD — Mythos und Wirklichkeit, vervielfältigtes Manuskript der Aktion Dritte Welt, Freiburg 1970, S. 3.
94) Der Pearson-Bericht, a.a.O., S. 152.

für Maßnahmen zur Vergrößerung des privaten Investitionsvolumens die verbleibenden drei Viertel gewidmet sind.

Einer der daraus resultierenden Vorschläge der Kommission lautet beispielsweise schlicht: „Die Industrieländer sollten, wo immer möglich, ihre Förderungsmaßnahmen für Investitionen verstärken" [95]). Nach dem bisher Ausgeführten erübrigt sich dazu wohl ein Kommentar.

Da der Pearson-Bericht im Grunde keine neuen Argumente pro Privatinvestitionen liefert, sondern nur die ohnehin schon bekannten wiederholt, kritische Gesichtspunkte dagegen — wenn überhaupt — nur in Nebensätzen abhandelt, genügt es m. E., einige, die wirklichen Zusammenhänge in besonderem Maße verschleiernde Sätze herauszugreifen, um so die Interessen zu verdeutlichen, die hinter diesem Bericht stehen.

Auf Seite 128 heißt es: „Wenn die unternehmerischen Ambitionen innerhalb einer Industrie sich frei entfalten dürfen, sind hohe Profite ein vorübergehendes Phänomen, das darauf aufmerksam macht, was die Bevölkerung eines Landes besonders wünscht oder billiger zu produzieren vermag als vorher."

Ein solcher Satz könnte direkt aus einem bürgerlichen Volkswirtschafts-Lehrbuch der BRD stammen. Er ist allenfalls unter der Annahme der Vollbeschäftigung und bei einem befriedigenden Einkommensniveau der breiten Masse der Bevölkerung überhaupt erst diskutabel. In Volkswirtschaften mit Massenarbeitslosigkeit und Massenelend ist ein derartiger Satz blanker Zynismus.

Die tatsächlich zerstörerischen Effekte der inlandsbezogenen Direktinvestitionen tut der Bericht ab mit dem Hinweis, diese Unternehmungen hätten möglicherweise auf die konkurrierenden einheimischen Produzenten eine „entmutigende Wirkung" [96]). Eine kaum naive Verniedlichung!

Der Bericht nennt zwar die Höhe der Abgaben, die ausländische Ölgesellschaften im Jahre 1967 „an die wichtigsten Ölländer des Nahen Ostens und an Libyen und Venezuela" gezahlt haben, die Höhe der Gewinne dieser Gesellschaften wird aber bezeichnenderweise verschwiegen.

Immerhin weist der Pearson-Report auch an einigen wenigen Stellen eine ansatzweise Skepsis auf, möglicherweise handelt es sich dabei aber auch lediglich um rhetorische Spielereien mit dem Ziel, den Anschein allzu großer Problemlosigkeit zu vermeiden. Auf Seite 131 heißt es in ähnlicher Weise: „Da es keine detaillierten empirischen Studien gibt, ist es schwierig, endgültig den genauen Umfang des Beitrags abzuschätzen, den Auslandsinvestitionen für die Entwicklung geleistet haben. Nach unserem Urteil lassen es die verfügbaren Daten als naheliegend erscheinen, daß die ausländischen Direktinvestitionen in erheblicher Weise zum realen Volkseinkommen der Entwicklungsländer beigetragen haben."

Dazu nur zwei Bemerkungen:

1) Ist die Weltbank nicht in der Lage, empirische Studien über die Auswirkungen von Direktinvestitionen zu erstellen, oder will sie solche Studien vielleicht gar nicht?

2) Selbst wenn die ausländischen Direktinvestitionen tatsächlich zum Wachstum des realen Volkseinkommens beigetragen hätten (was nicht einmal in diesem Zitat behauptet, sondern nur vermutet wird!), wäre damit noch gar nichts gesagt über die Auswirkungen dieser Investitionen auf die Lebensbedingungen der armen Massen in der Dritten Welt. Mit anderen Worten: Reale Steigerungen des Volkseinkommens können durchaus spurlos an den verelendeten Massen in der

[95]) Der Pearson-Bericht, a.a.O., S. 130.
[96]) Ebenda, S. 131.

Dritten Welt vorübergehen (vgl. etwa das Beispiel Venezuelas). Deshalb haben solche Globalmaßstäbe die eingangs schon behauptete, verschleiernde Funktion: sie geben vor, Entwicklung zu messen, messen faktisch aber häufig nur den Zuwachs des Reichstums der Reichen.

Die Tendenz des Pearson-Report ist eindeutig, der Leser läuft allerdings relativ leicht Gefahr, über einzelnen Detailproblemen die strategische Konzeption dieses Berichts aus den Augen zu verlieren.

Leider wird der Pearson-Bericht auch die Entwicklungsländerpolitik der BRD maßgebend beeinflussen. Nicht umsonst wurde er von Regierungsseite zur „entwicklungspolitischen Bibel" hochstilisiert.

Karl Marx in Sozialkunde-Schulbüchern

Wolfgang Abendroth zum 65. Geburtstag

Von Kurt Beutler

In einer Epoche, die wesentlich durch die Konkurrenz des kapitalistischen und des sozialistischen Systems bestimmt ist, liegt die Erwartung nahe, daß die Sozialkunde-Schulbücher eines kapitalistischen Landes wie der Bundesrepublik bei der Beschreibung des „anderen" Systems auch dessen theoretische Fundierung durch Marx — und sei es nur in gegnerischer Absicht — möglichst präzise aufklären. Dies ist jedoch nicht der Fall: Der eine Teil (19 Bücher) der hier durchgesehenen 40 Bücher informiert überhaupt nicht oder nur durch eine kurze Bemerkung über Marx [1]). Der andere Teil (21 Bücher) läßt die dem Gegenstand adäquate Information weitgehend vermissen [2]). Bei diesen 40 Büchern handelt es sich um die meisten der in der BRD zu Ende der sechziger Jahre gebräuchlichen Sozialkunde- („Gemeinschaftskunde"-) Schulbücher. Die folgende Analyse stützt sich auf diejenigen 21 Bücher, bei denen Marx eine etwas ausführlichere Berücksichtigung gefunden hat [2]).

Joviale Duldsamkeit und Belobigung

Die zuweilen feststellbare gutmütige Duldung und manchmal sogar Belobigung Marxscher Gedanken ist so formuliert, daß sich durch sie die Verfasser nicht in einen Widerspruch zur bürgerlichen Nationalökonomie und Soziologie bringen. So wird z. B. mit Bezug auf die Dialektik von Sein und Bewußtsein anerkannt, daß Marx hierbei auf einen wichtigen Sachverhalt hingewiesen hat, zugleich wird aber der von Marx betonte Zusammenhang nicht nur einseitig kausal [3]), sondern zugleich verallgemeinernd interpretiert als „die Abhängigkeit des Denkens von

1) Vgl. Nr. 22 bis Nr. 40 des nachstehenden Literaturverzeichnisses.
2) Vgl. Nr. 1 bis Nr. 21.
3) In der Regel wird das Verhältnis von Sein und Bewußtsein im Sinn einer einseitigen Kausalbeziehung und nicht in seiner Dialektik interpretiert.
Vgl. hierzu aber besonders die Briefe von Friedrich Engels: Nr. 41, Bd. 37, S. 463—465, 490, 492, 494. Nr. 41, Bd. 39, S. 96, 98, 205—207.

der realen Lage, in der gedacht wird" [4]) und unmittelbar daran erfolgt als Klammervermerk zur Verdeutlichung des Marxschen (!) Begriffs: „‚Seinsverbundenheit des Denkens', K. Mannheim" [4]). Das heißt, daß nicht auf das Spezifikum von Marx' Ideologie-Begriff, nämlich die Abhängigkeit des Denkens von einer Klassenlage, rekurriert, sondern stattdessen im Sinn des totalen Ideologieverdachts nach Mannheim argumentiert wird.

Neben solcher Entschärfung des Marxschen Denkens existiert eine teilweise Anerkennung, wenn etwa Andreae vier Punkte hervorhebt, die Marx „richtig gesehen" [5]) hat, so die Tendenz zur fortschreitenden Industrialisierung, der Hang zum Großbetrieb, die Krisenanfälligkeit und der — sonst in keinem Lehrbuch positiv erwähnt! — Klassenkampf [6]). Die Erkenntnis von der Neigung zum Großbetrieb und zur Konzentration als einer „richtigen" Prognose findet Resonanz bei Hoefer/Schade [7]), Beckert [8]) und Ritscher [9]), ungeachtet der Tatsache, daß Marxens Hypothese vom Fortschreiten des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus mit dem Hinweis bestritten wird, die oligopolistische Marktform sei herrschend geworden [10]), als ob dies etwas strukturell anderes wäre [11]).

In einem anderen Schulbuch steht: „Das Erkennen und Deuten vieler Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft ist zweifellos ein großes Verdienst der Begründer (des Marxismus-Kommunismus, K. B.) Marx und Engels" [12]). Die pauschale Belobigung hindert die Verfasser jedoch nicht, zwei Sätze vorher, in die Form eines logischen Schlusses gekleidet, in Fettdruck setzen zu lassen: „Die marxistische Lehre ist also keine Wissenschaft" [13]).

Hier hört auch tatsächlich der Spaß mit den promarxistischen Lobsprüchen auf. Keines Schulbuch-Autors Geberlaune geht so weit, den Marxismus als Wissenschaft anzuerkennen. Es besteht durchaus bei fast allen untersuchten Bänden eine Bereitschaft zu sporadisch korrekter Berichterstattung, und sei es auch mit Marx-Zitaten aus der bürgerlichen, teilweise ausgesprochen antimarxistischen Sekundärliteratur [14]), doch wird alles „Marxistische" in sprachliche Distanz gebracht, damit auch noch der ungelehrigste Schüler erkennt, daß die vage Lobhudelei für einige unverfängliche marxistische Gedanken nicht dazu verführen darf, auf die prinzipielle Richtigkeit des Lehrgebäudes zu schließen. Was schon Frank Dittmer bei seiner Schulbuch-Untersuchung (vorwiegend Geschichtsbücher) feststellen konnte, bestätigt sich auch hier: „In allen durchgesehenen Lehrbüchern wird der Marxismus entweder im Konjunktiv oder mit Verwendung von Formulierungen wie ‚Marx war der Überzeugung', ‚Marx behauptete', ‚nach Marx' Auffassung' oder auch ‚angeblich' dargestellt. Dadurch wird immer wieder deutlich gemacht, daß es sich nicht etwa um Realität handelt. Die Lehren von Marx und Engels werden so a priori in Zweifel gezogen. Die beiden werden als Außenseiter abqualifiziert, noch bevor ihre Argumentation auf den Leser Eindruck machen könnte" [15]).

So lassen die Schulbuchschreiber keinen Zweifel, daß der Marxismus keine ernstzunehmende Wissenschaft ist. Nur indirekt und ungewollt bestätigen sie die mar-

4) Nr. 1, S. 10.
5) Nr. 6. S. 132.
6) Vgl. ebenda.
7) Vgl. Nr. 11, S. 197.
8) Vgl. Nr. 15, S. 241.
9) Vgl. Nr. 1, S. 177.
10) Vgl. Nr. 1, S. 200.
11) Vgl. zu den Begriffen Monopol und Oligopol: Nr. 42, S. 446—451.
12) Nr. 3, S. 114.
13) Ebenda.
14) Vgl. Nr. 16, S. 73—81. Auch bei den anderen Schulbüchern steht zu vermuten, daß die Marx-Zitate nicht aus der Originalquelle stammen; es wird jedoch dort von vornherein großzügig auf den Quellennachweis verzichtet, weshalb eine Überprüfung nicht möglich ist.
15) Nr. 43, S. 310. Vgl. auch Nr. 44, S. 444.

xistische Einsicht, daß nämlich die Theorien und Aussagen über Sachverhalte den Klassenstandpunkt ihrer geistigen Produzenten widerspiegeln.

„Irrtümer", „Prophezeiungen", „Wunschbilder" — „übersehen", „überholt", „widerlegt"

Mit ziemlichem Wortaufwand versuchen die Schulbuch-Verfasser die „Irrtümer" Marxens „nachzuweisen". Dies erfolgt im wesentlichen unter drei Aspekten: 1) indem der Marxismus zur Glaubenslehre erklärt wird; 2) indem behauptet wird, daß einige der strukturellen Tendenzen des Kapitalismus, wie sie Marx beschrieben hat, nicht eingetreten seien; 3) werden Marx Ansichten unterstellt, die erso nicht vertreten hat.

Mit Diskreditierungen wie „Heilslehre" [16]), „Pseudo-Heilslehre" [17]), „politischer Mythus" [18]), „Religionsersatz" [19]), „Wunschbild" [20]), „Weltanschauung" [21]) und „Irrlehre" [22]) wird Marx auf das Niveau der subjektiven Glaubensergüsse gebracht, die eben dieselben Autoren ihren Schülern zumuten. Durch die gleichzeitige Unterstellung von Simplifikation und Raffinement [23]) glaubt man ein durchschlagendes Argument gefunden zu haben, mit dem man den Schülern das Nebeneinander von weltweiter Wirksamkeit des Marxschen Werks und vorgeblicher Unrichtigkeit aus seiner Widersprüchlichkeit löst. Das Ziel solcher Ausführungen liegt in dem Nachweis, daß der Marxismus nichts mit Wissenschaft, aber viel mit Glauben zu tun hat, dazuhin mit einem nicht akzeptablen, wie sich aus einem Satz wie dem folgenden entnehmen läßt: „Hier könnten übrigens die christlichen Kirchen sich aufgerufen wissen, den geistig Heimatlosen ihre Botschaft zeitgemäß zu verkünden" [24]).

Der Arroganz entspricht eine „Beweisführung", die viel von jener Einfachheit, um nicht zu sagen Primitivität aufweist, deren man Marx bezichtigt. Apodiktische Sätze sollen Marxens „Unwissenschaftlichkeit" schlagartig beleuchten: „Die Anhänger des Marxismus berufen sich vor allem auf die Wissenschaftlichkeit ihrer Weltanschauung. Dagegen läßt sich anführen: Der einfache Materiebegriff von Marx und Engels gilt heute als überholt. Der Histomat ist eine einseitige, keine wissenschaftliche Betrachtungsweise der Geschichte. Die Behauptung, daß Religion die Menschheit verdumme, wird von der Geschichte widerlegt (z. B. Christentum und Abendland). Der Kommunismus ist selbst zu einer Art Religionsersatz geworden. Die Verelendungstheorie — ein Grundpfeiler des Marxismus — wurde von der Geschichte nicht bestätigt . . ." [25]).

Der zweite Aspekt zielt darauf, die „falschen Voraussagen" und „Prophezeiungen" [26]) von Marx zu brandmarken. Es wird so getan, als sei es Marx vor allem um Prognosen gegangen. Wer auch nur mit etwas größerem Bürgerfleiß im Werk von Marx gelesen hat als die in Frage stehenden Schulbuch-Verfasser, dem kann eigentlich nicht entgangen sein, daß Marx keine konkrete Beschreibung der neu zu schaffenden Gesellschaft geliefert hat und daß der aller-

16) Nr. 4, S. 193.
17) Nr. 3, S. 112.
18) Nr. 3, S. 114.
19) Nr. 3, S. 114 und Nr. 4, S. 153.
20) Nr. 3, S. 114.
21) Nr. 15, S. 241.
22) Nr. 4, S. 192.
23) „Bestechend an der Lehre des Marxismus ist ihre Art, das gesamte Sein des Menschen auf einfache und geschickte Weise zu klären und zu deuten." (Nr. 3, S. 113.)
24) Nr. 4, S. 193.
25) Nr. 3, S. 114.
26) „Er (Marx, K. B.) ist nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Prophet." (Nr. 6, S. 129.) „Die Prophezeiungen, die Karl Marx gemacht hat, haben sich nicht erfüllt." (Nr. 12, S. 12.)

größte Teil seines Werks der Analyse der zu seiner Zeit beobachtbaren gesellschaftlichen Vorgänge galt und daß ihn gerade die Strenge seiner Analyse und sein Erkenntnisinteresse an der Wirklichkeit gehindert haben, konkrete Angaben zur Zukunft zu machen oder gar „das Zukunftsbild des paradiesischen Endzustandes" [27]) auszumalen, das ihm in christlichen Denkgewohnheiten steckende Apokalyptiker des Schulbuch-Genre anhängen wollen.

Neben den „zutreffenden Voraussagen" [28]), die Andreae Marx konzediert, sieht er einen der schwerwiegendsten „Irrtümer" [28]) in der Fehleinschätzung des Proletariats [29]). Es hat etwas Naives in bezug auf ökonomische und gesellschaftliche Probleme, wenn mit dem Hinweis auf die „große Zahl der Familien, die eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung mit Zentralheizung und Badezimmer bewohnen" [30]), oder durch Aufzählung von Gebrauchsgegenständen wie Waschmaschine, Fernsehgerät oder Auto [31]) demonstriert werden soll, was alles Marx „übersehen" [32]) hat. Denn das trifft diesen nicht im geringsten, da er das prinzipielle Problem des Kapitalismus nicht in der Lohnhöhe oder im Niveau des Lebensstandards sah, sondern sich einzig von der Aufhebung des Lohnsystems und seiner Grundlage, des Privateigentums an den Produktionsmitteln, eine prinzipielle Besserung der Lage der Arbeiterklasse versprach.

„Zweifellos hat Marx vieles richtig gesehen" [33]). „In vielen Teilen ist die marxistische Lehre überholt" [34]). — Diese beiden Sätze bilden gewissermaßen den Rahmen, innerhalb dessen die antimarxistischen Widerlegungskünste ihre Anwendung finden: scheinbare Anerkennung und besserwissendes Zurechtweisen. Das Vorgehen hat Methode, weil es eine ideologische Vernichtungsstrategie verfolgt. Die sprachliche Ausdruckskraft genügt sich in stereotypen Wendungen: „Marx prophezeit ... Marx prophezeit auch ... Marx hat sich geirrt ... Marx hatte prophezeit ... Karl Marx hatte vorausgesagt ..." [35]). „Marx hatte übersehen... hat sich Karl Marx so sehr geirrt ..." [36]). Vor allem irrte Marx ..." [37]) — „Stereotype bevölkern unsere gedachte Welt" [38]), schreibt Hofstätter. Warum also sollten gerade die Gehirne von Schülern davor bewahrt werden?

Der dritte Aspekt, unter dem die Marxschen „Irrtümer" stilisiert werden, besteht in schlichten Unterstellungen und Verdrehungen, die nicht einmal böswillig motiviert sein dürften, sondern aus der Inkompetenz und Ignoranz ihrer Verfasser resultieren. Hatte sich schon das pauschale Argument von den „falschen Voraussagen" nicht nur auf die reale geschichtliche Entwicklung nach Marx' Tod berufen, sondern sich auch zum Teil auf eine Lehre von Marx bezogen, die wenig mit dessen Werk, dafür um so mehr mit dem bourgeoisen Mythos von ihm zu tun hatte, so gibt es darüber hinaus einzelne Kategorien und Partien, die im Schulbuch ihre spezifische Mißdeutung erfahren haben.

Selbst dem oberflächlichen Kenner des Marxschen Oeuvre müßte es auffallen, daß Marx den Kapitalismus nicht mit moralphilosophischen, sondern mit ökonomischen und soziologischen Kategorien analysiert hat. Das gilt übrigens auch schon für den „frühen", „philosophischen" Marx der Pariser Manuskripte, den

27) Nr. 3, S. 114.
28) Nr. 6, S. 132.
29) Vgl. ebenda, S. 133.
30) Ebenda.
31) Vgl. ebenda. Vgl. außerdem Nr. 7, S. 37; Nr. 8, S. 189; Nr. 12, S. 12 f.
32) Nr. 6, S. 133.
33) Nr. 15, S. 241.
34) Nr. 11, S. 198.
35) Nr. 7, S. 32—34.
36) Nr. 6, S. 133.
37) Nr. 4, S. 152.
38) Nr. 46, S. 99.

sich das Bürgertum für seine Philosphiegeschichte retten möchte. Deshalb kann eine Polemik auf der ethisch-anthropologischen Ebene Marx überhaupt nicht erreichen, verrät höchstens des Autors Neigung zu christlichen Metaphern: „... er (Marx, K. B.) hielt den Kapitalisten für böse und den Arbeiter für einen Engel, der eines Tages ohne alle staatlichen Zwangsmittel in der Lage sei, aus natürlicher Güte mit allen Menschen in schöner Harmonie zu leben; er werde sein sozialistisches Bewußtsein entwickeln und dann in staatenloser Gesellschaft existieren können" [39]).

Wenn als Marxscher Gedanke ausgegeben wird, daß der Kapitalismus mit der Französischen Revolution beginne [40]), so läßt das gänzlich Marxens Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des Kapitals außer Acht. Es sei hier zur Erinnerung nur auf die Einleitungssätze des vierten Kapitels des ersten „Kapital"-Bandes verwiesen: „Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel, bilden die historischen Voruassetzungen, unter denen es entsteht. Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals" [41]).

Schwerwiegender ist es allerdings, wenn man Marx nachsagt, daß er als Produktivkräfte Boden, Arbeit und Kapital gemeint hat [42]), denn es gehört zu den Kernstücken seiner Ökonomie, daß er sich gegen die Legende von den drei Produktionsfaktoren, die Jean-Baptiste Say als gleichsam ewige Kategorien in die bürgerliche Ökonomie eingeführt hat, mit aller Schärfe wendet.

Auf derselben Ebene liegt die angeblich marxistische Unterscheidung zwischen „Anlagekapital (Maschinen usw.)" und „Betriebskapital (Löhne)" [43]), ohne die tatsächlichen Marxschen Begriffe „konstantes", „variables", „fixes" und „zirkulierendes" Kapital zu klären oder auch nur zu erwähnen. Ähnlich steht es mit der Unterscheidung von „relativer" und „absoluter" Verelendung, wenn als Spezifikum der letzteren angegeben wird, daß sie auch der einzelne Arbeiter am eigenen Leib spüre [44]).

Quellenauswahl und objektive Funktion der Marx-Darstellung

Die Art der Zitatauswahl und vor allem der Darstellung legen die Vermutung nahe, daß die meisten Schulbuch-Autoren außer dem „Kommunistischen Manifest" kaum einen anderen Quellentext gelesen haben. Kennzeichnend hierfür ist auch, daß als die Hauptschriften von Marx ausschließlich nur das „Manifest" (wobei die Mitautorschaft von Engels teilweise unerwähnt bleibt) und der 1. Band des „Kapital" genannt werden. Nur in einem Buch [45]) findet sich auch ein Hinweis auf „Zur Kritik der politischen Ökonomie". Manchmal ist auch nur vom „Kapital" ohne Angabe einer Jahreszahl die Rede, wobei dann der zweite und dritte „Kapital"-Band implizit vermutet werden können, freilich kaum von den Schülern, für die das Buch geschrieben worden ist. Gänzlich unberücksichtigt bleiben wichtige Arbeiten wie „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung", die „Thesen über Feuerbach", „Die heilige Familie", „Misère de la philosophie", „Der achtzehnte Brumaire", die „Theorien über den Mehrwert", „Lohn, Preis und Profit" und der „Rohentwurf".

Daß die Autoren gerade das „Kommunistische Manifest" zum „repräsentativen" Marx-Buch erkoren haben, hängt gewiß mit dessen relativ einfacher und ein-

39) Nr. 4, S. 152.
40) Vgl. Nr. 3, S. 113.
41) Nr. 41, Bd. 23, S. 161.
42) Vgl. Nr. 4, S. 187.
43) Nr. 14, S. 143.
44) Vgl. Nr. 20, S. 204.
45) Vgl. Nr. 16, S. 75.

gängiger Darstellungsweise zusammen, wie diese sich aus dem Programm-Charakter des Textes und dessen Intention ergibt, das Proletariat und nicht die bürgerlichen Gegner als den hauptsächlichen Adressaten zu erreichen. Selbstverständlich steht auch nicht zu erwarten, daß die Schulbuch-Verfasser Engels' Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872 zur Kenntnis genommen haben, wo er ausdrücklich auf die Revisionsbedürftigkeit einiger wichtiger Passagen des Textes hinweist[46]). Aber es wäre sicher von in aller Regel politik-wissenschaftlich nicht ausgebildeten Pädagogen zuviel verlangt, daß sie den Unterschied zwischen einer politischen Programmschrift und einer wirtschaftswissenschaftlichen Analyse bemerken, ganz abgesehen davon, daß sich am Beispiel des „Manifests" leichter die „Radikalität" erweisen läßt, die der bürgerliche Sachverstand als ein typisches Indiz antidemokratischen Denkens und Verhaltens zu deuten vermag.

Es wäre nicht richtig zu behaupten, die untersuchten Bücher bezweckten offen eine antikommunistische Stimmungsmache (dies gilt allerdings für das auflagenhöchste Buch von Nebelsiek[47])), vielmehr findet sich in ihnen ein eher verdeckt tendenziöses Vorgehen, das neben jovial duldsamer, zuweilen sogar lobender Beurteilung Marxens ein aufwendiges Getue der eigenen Überlegenheit und des Nachweises der Marxschen „Irrtümer" hervorbringt, wobei freilich kaum mehr herauskommt als ein geschwätziges Epigonentum aus der Position des iedologischen Gegners.

Sicherlich muß zugegeben werden, daß Marx aufs Ganze gesehen verhältnismäßig ruhig behandelt wird, gemessen an der Hysterie, aus der heraus zum Teil der reale Kommunismus und die DDR ihre Interpretation erfahren. Das hat einen wesentlichen Erklärungsgrund in der Tatsache, daß es den Sozialkunde-Büchern gelungen ist, ein Bild von Marx zu malen, das zugleich in den Rahmen des 19. Jahrhunderts paßt, um so der Versuchung entgegenzuarbeiten, das Marxsche Gedankensystem auf die gegenwärtige Gesellschaft zu beziehen. Und an dieser Stelle ergibt sich die Frage nach der objektiven, d. h. sozialen Funktion der Marx-Darstellung innerhalb der von uns untersuchten Unterrichtsmittel.

Nicht der Versuch einer totalen Widerlegung könnte das Marxsche Lehrgebäude zum Einsturz bringen, da die historische Realisierung des Marxismus in Form der sozialistischen Staaten ein derartiges Vorgehen von vornherein unglaubhaft machen müßte. Erst die spezifische Kombination von positiver Anerkennung akzidenteller Sätze und vorgetäuschter Widerlegung der zentralen Kategorien, setzt den Marxschen Entwurf als die einzige radikale Alternative zur bürgerlichen Wissenschaft und Gesellschaft ins Zwielicht. Nur mit dem Mittel der generösen Toleranz gegenüber das eigene Klasseninteresse kaum berührenden Marxschen Gedanken gelingt es, dort die Unhaltbarkeit des Marxismus zu suggerieren, wo dieser Wege gesellschaftlicher Gestaltung aufzeigt, welche die bürgerliche Herrschaftsordnung sprengen könnten. Nur indem sich so die Möglichkeit eröffnet, Marx' große Konzeption als irreal und als zur Lösung gegenwärtiger ökonomischer und sozialer Probleme ungeeignet zu erweisen, gewinnt man die Schüler als Sympathisanten der vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen. Wer mit dem Anspruch der wissenschaftlichen Überlegenheit und der besseren Beweismittel auftritt, muß für sich einnehmen bei all denen, welchen er zugleich die umfassende Information sperrt. Dies hat zur Folge, daß sich die Schüler mit der wissenschaftlich sanktionierten Position identifizieren und gegen die marxistische Anfechtung immun werden.

---

46) Vgl. Nr. 41, Bd. 4, S. 573 f.
47) Vgl. Nr. 9, passim. Vgl. hierzu auch Nr. 45, S. 187—198.

Die soziale Funktion dieser Widerlegungsstrategie liegt nun darin, den Schülern eine entscheidende geistige Waffe zum Verständnis und zur Kritik der eigenen Gesellschaft zu nehmen oder doch wenigstens zu entschärfen. Indem sie für die „herrschenden Gedanken" gewonnen werden und an der als überlegen propagierten Meinung partizipieren dürfen, fügen sie sich widerstandslos in das vorgegebene System und seine Zwänge, werden unfähig zur kritischen Reflexion, die allein diese Zwänge in Frage stellen könnte. Die Integration in die vorgefundene Gesellschaft erfolgt total, weil schon der Gedanke einer anderen Gesellschaft gleichbedeutend wäre mit der Preisgabe gewohnter und allgemein sanktionierter Denk- und Verhaltensweisen.

Die objektive Funktion der Marx-Darstellung in den analysierten Büchern ist jenseits der subjektiven Motive und Bestrebungen der einzelnen Autoren angesiedelt. Die Kategorie der objektiven oder sozialen Funktion dient der Einschätzung der Wirkung von Texten und sie ist auf jeden Fall zuverlässiger als das subjektive Wähnen von Autoren über ihr eigenes Tun. Die Frage nach der objektiven Funktion muß bei der Verwendung von Schulbüchern zugleich als eine zentrale didaktische Frage begriffen werden, ohne deren Einbeziehung der didaktische Entwurf sein Ziel verfehlen muß.

Literaturverzeichnis

A) Sozialkunde-Schulbücher m i t Darstellungen über Marx

Nr. 1: Welt der Politik. Lehrbuch der Sozial- und Gemeinschaftskunde. Hrsg. von Hans Ritscher. Von Friedrich-Wilhelm Dörge, Reinhard Kuhn, Hans Ritscher, Wolfgang Zeidler. 2. Aufl. Frankfurt a. M., Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

Nr. 2: Winter, Georg-Hans: Staatsbürgerliche Bildung. Lehr- und Unterrichtsbuch. Fortgeführt von Norbert Nidgar von Nieding. 10. Aufl. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1966.

Nr. 3: Schmitzer, Hans und Ludwig Zollner: Sozialkunde für Bayerische Schulen. Ein Lehr- und Lesebuch zur politischen Bildung. 4. Aufl. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm 1966.

Nr. 4: Heise, Günter: Der Staat bist Du. Eine Hilfe zum Verständnis der Demokratie als Lebensform. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1966.

Nr. 5: Andreae, Hugo, unter Mitarbeit von Hanna Berger: Gemeinschaftskunde für Frauenschulen. Mit zahlreichen Bildern und graphischen Darstellungen. 2. Aufl. Hamburg: Handwerk und Technik 1967.

Nr. 6: Andreae, Hugo: Gemeinschaftskunde für berufsbildende Schulen. 7. Aufl. Hamburg: Handwerk und Technik 1967.

Nr. 7: Andreae, (Hugo): Kleine Gemeinschaftskunde. 2. Aufl. Hamburg: Handwerk und Technik 1966.

Nr. 8: Hilligen, Wolfgang, unter Mitarbeit von Klaus Klöckner, Otfried Reinhardt und Konrad Drescher: Sehen — Beurteilen — Handeln. Teil 2: Lese- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung und Sozialkunde. Ausg. A für das 7.—10. Schuljahr. 10. Aufl. Frankfurt a. M.: Hirschgraben-Verlag 1967.

Nr. 9: Nebelsiek, Karl: Der Gemeinde-, Staats- und Weltbürger. Ein Grundriß der Bürgerkunde und Sozialkunde (Gemeinschaftskunde). 92. bis 94. Aufl. Köln-Braunsfeld: Verlagsgesellschaft Rudolf Müller 1967.

Nr. 10: Nebelsiek, Karl und Otto Kötz unter Mitarbeit von Karl Decker: Der Bauer als Gemeinde-, Staats- und Weltbürger. Ein Grundriß der Gemeinschaftskunde für landwirtschaftliche Berufs- und Berufsfachschulen. 17. Aufl. München, Basel, Wien: Bayerischer Landwirtschaftsverlag 1967.

Nr. 11: Hoefer, Gerhard und Peter Schade: Der Staat sind wir. Grundriß der Gemeinschafts- und Sozialkunde. 17. Aufl. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1968.

Nr. 12: Hanser, Herbert: Unsere Sozial- und Wirtschaftsordnung. Abriß der Gemeinschaftskunde 1. Teil. 9. Aufl. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1967.

Nr. 13: Amann, Leonhard und Hermann Kellner: Gemeinschaftskunde. Eine Einführung in die Formen des Gemeinschafts- und des Gesellschaftslebens. Kurzausgabe. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm o. J. (1968).

Nr. 14: Amann, Leonhard und Hermann Kellner: Gemeinschaftskunde. Eine Einführung in die Formen des Gemeinschafts- und des Gesellschaftslebens. Hauptausgabe. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm o. J. (1968).

Nr. 15: Beckert, Heinz: Staatsbürger von morgen. Eine Gemeinschaftskunde für junge Menschen. 40. Aufl. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1968.

Nr. 16: Seiters, Julius, unter Mitarbeit von Johann B. Walz:Das Werden der modernen Welt durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Revolution. Neue Gemeinschaftskunde für Gymnasien. Hrsg. von Hermann Meyer und Günther Rönnebeck. Hannover, Berlin, Darmstadt, Dortmund: Hermann Schroedel 1966.

Nr. 17: Wiemer, Joachim, unter Mitarbeit von Hermann Meyer: Demokratie als Lebensform. Neue Gemeinschaftskunde für Gymnasien. Hrsg. von Hermann Meyer und Günther Rönnebeck. Hannover, Berlin, Darmstadt, Dortmund: Hermann Schroedel 1966.

Nr. 18: Geschichte und Gegenwart in Entwicklungsreihen. Bearbeitet von Heinrich Fischer. Einzelbeiträge von Helmine Seebonn, Josef Fleischer und Rudolf März. 12. Aufl. Frankfurt a. M., Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

Nr. 19: Pohl, Karl Heinrich: Gemeinschaftskunde mit geschichtlichen Grundlagen. Hamburg: Handwerk und Technik 1968.

Nr. 20: Ordnung in Freiheit: Eine Sozialkunde für junge Deutsche. Von Eugen Weiß, Friedrich Deuschle, Kurt Gönner, Wilhelm Frank. Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich: Dr. Max Gehlen 1967.

Nr. 21: Vergangenheit und Gegenwart. Sozialkundliches Arbeits- und Nachschlagebuch. Bearbeitet von Karl-Heinrich Sundermann unter Mitarbeit von Heinz Grosche, Karl Grunwald und Arno Koselleck. 8. Aufl. Frankfurt a. M., Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

B) Sozialkunde-Schulbücher o h n e Darstellungen über Marx

Nr. 22: Beck und Langenmayr unter Mitarbeit von Heinz Strickhausen und Edzard Folkers: Jugend von heute — Bürger von morgen. Bürgerkunde für berufsbildende Schulen in Nordrhein-Westfalen. 16. Aufl. Neusäß bei Augsburg: Paul Kieser o. J.

Nr. 23: Schmitz, Erich: Erbe und Verpflichtung. Ein Lese- und Arbeitsbuch für den gemeinschaftskundlichen Unterricht. Kurzausgabe. 4. Aufl. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm 1966.

Nr. 24: Schmitz, Erich: Erbe und Verpflichtung. Ein Lese- und Arbeitsbuch für den gemeinschaftskundlichen Unterricht. Teil I. 8. Aufl. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm 1968.

Nr. 25: Schmitz, Erich: Erbe und Verpflichtung. Ein Lese- und Arbeitsbuch für den gemeinschaftskundlichen Unterricht. Teil II. 8. Aufl. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm 1967.

Nr. 26: Wambold, Willy: Der Staat als Form des Zusammenlebens der Bürger. Ein Leitfaden für den Gebrauch in Schulen und Jugendgruppen, in der sozialpädagogischen Ausbildung und in der Lehrerbildung. Berlin-Spandau, Neuwied/Rh., Darmstadt: Hermann Luchterhand 1958.

Nr. 27: Glaser, Hermann und Harald Straube: Nationalsozialismus und Demokratie. Ein Arbeitsbuch zur staatsbürgerlichen Bildung.

Nr. 28: Hilligen, Wolfgang, unter Mitarbeit von Hans Weber: Sehen — Beurteilen — Handeln. Teil 1: Lese- und Arbeitsbuch zur Sozialkunde im 5. und 6. Schuljahr. 16. Aufl. Frankfurt a. M.: Hirschgraben-Verlag 1967.

Nr. 29: Hilligen, Wolfgang, unter Mitarbeit von Klaus Klöckner, Otfried Reinhardt und Konrad Drescher: Sehen — Beurteilen — Handeln. Teil 2: Lese- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung und Sozialkunde. Ausgabe B für das 7.—9. Schuljahr. 9. Aufl. Frankfurt a. M.: Hirschgraben-Verlag 1966.

Nr. 30: Buchner, Rolf, Franz W. Seidler und Hermann Schmidt: Einigkeit in Recht und Freiheit. Ein Lehrbuch für Gemeinschaftskunde. 2. Aufl. Köln-Braunsfeld: Verlagsgesellschaft Rudolf Müller 1967.

Nr. 31: Süß, Gustav Adolf: Grundzüge der Sozialkunde. Arbeits- und Lehrbuch. 5. Aufl. Frankfurt/Main, Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

Nr. 32: Binder und Steinbügl: Unsere Zeit. Ein Lesebuch für politische Bildung. Düsseldorf: Wilhelm Hagemann 1966.

Nr. 33: Heinrich, Hans: Wir leben in Freiheit. Ein Arbeits- und Lesebuch zur Gemeinschaftskunde für das Land Baden-Württemberg bearbeitet von Adolf Eckenfels. München: Bayerischer Schulbuch-Verlag 1967.

Nr. 34: Binder, Gerhard: Politik als Aufgabe. Eine Staats- und Gesellschaftskunde, vor allem für Studenten der Pädagogischen und Technischen Hochschulen, der Ingenieurschulen, Höheren Fachschulen und Fachschulen. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand 1964.

Nr. 35: Arbeitshefte für den politischen Unterricht (Sozialkunde). Hrsg. von Theo Fruhmann und Gottfried Stein. Reihe II: Arbeit und Wirtschaft. Frankfurt a. M.: Hirschgraben-Verlag. Heft 1: 7. Aufl. 1966; Heft 2: 4. Aufl. 1964; Heft 3: 4. Aufl. 1964; Heft 4: 4. Aufl. 1965.

Nr. 36: Jürgens, Hugo und Willy Kühnel: Kleine Staatsbürgerkunde für das Land Schleswig-Holstein. Darmstadt: Winklers Verlag Gebrüder Grimm 1967.

Nr. 37: Der gemeinsame Weg. Sozialkundliches Lesebuch. Hrsg. von Else Diederich und Willi Lohfink. 5. Aufl. Frankfurt a. M., Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

Nr. 38: Grosche, Heinz, in Verbindung mit Karl Friedrich Kindler: Politik und Recht. Arbeitsbuch für Sozial- und Gemeinschaftskunde. 5. Aufl. Frankfurt/Main, Berlin, Bonn, München: Moritz Diesterweg 1967.

Nr. 39: Hochstetter, Herbert und Paul Seipp: Rechts- und Staatskunde. Ein Lern- und Lehrbuch für Schüler und Lehrer und für die Lehrerbildung, ein Handbuch für die spätere Berufsausübung. 2. Aufl. Neuwied, Berlin: Hermann Luchterhand 1966.

Nr. 40: Hagemanns Arbeitsheft für Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Staatsbürgerkunde, Wirtschaftskunde, politische Bildung. Bearbeitet von H. Heumann. 8. Aufl. Düsseldorf: Wilhelm Hagemann o. J.

C) Literatur

Nr. 41: Marx, Karl und Friedrich Engels: Werke. Berlin: Dietz 1956—1968.

Nr. 42: Mandel, Ernest: Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1968.

Nr. 43: Dittmar, Frank: Marxismus in deutschen Schulbüchern. In: Pädagogik und Schule in Ost und West. Jg. 15 (1967). H. 9. S. 306—311.

Nr. 44: Rummert, Werner: Antimarxistische ökonomische Demagogie im westdeutschen Schulbuch. In: Pädagogik. Jg. 22 (1968). H. 5. S. 433—444.

Nr. 45: Nitzschke, Volker: Zur Wirksamkeit politischer Bildung. Teil II: Schulbuchanalyse. Frankfurt a. M. 1966. (Max Traeger Stiftung, Forschungsberichte, Bd. 4)

Nr. 46: Hofstätter, Peter R.: Gruppendynamik. Hamburg: Rowohlt 1957 (rde Bd. 38).

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Gerhard Schneider, Der Libertin. Zur Geistes- und Sozialgeschichte des Bürgertums im 16. und 17. Jahrhundert. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 320 S., br. 27,— DM (Studien zur Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, Bd. 4).

Dietrich Kirschenmann, „Gesetz" im Staatsrecht und in der Staatsrechtslehre des Nationalsozialismus. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 143 S., br. 33,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 135).

Klaus Schröter, Heinrich Mann. „Untertan", „Zeitalter" Wirkung. Drei Aufsätze. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 80 S., br. 8,— DM (Texte Metzler, Bd. 17). — Erschienen anläßlich des 100. Geburtstages von Heinrich Mann am 27. März 1971.

Hans Eggert Schröder, Theodor Lessings autobiographisches Werk. Ein Kommentar. Bouvier Verlag, Bonn, 162 S., kart. 12,80 DM.

Theodor Lessing, Einmal und nie wieder. Lebenserinnerungen. Unveränderter Nachdruck der 1935 in Prag erschienenen Erstausgabe. Bertelsmann Sachbuchverlag, Gütersloh, 448 S., Ln. 24,— DM.

Fabeln, Parabeln und Gleichnisse. Beispiele didaktischer Literatur. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Reinhard Dithmar. Deutscher Taschenbuchverlag, München, 291 S., Kunststoffeinband 4,80 DM (DTV / Wissenschaftliche Reihe / Bd. 4047). — Mit Quellennachweis, Bibliographie und Register.

Österreichisches Jahrbuch für Soziologie 1970. Herausgegeben im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie von Erich Bodzenta. Kommissionsverlag: Springer-Verlag, Wien, V, 260 S., geheftet 34,80 DM. — Das Jahrbuch enthält u. a. eine Fachbibliographie für die Jahre 1960 bis 1969.

Geschichte und Zeitgeschichte

Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848—1849. Erster Band: Bis zum Zusammentritt des Frankfurter Parlaments; Zweiter Band: bis zum Ende der Volksbewegung von 1849. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, XV, 662 + XIII, 770 S., kart. 58,— DM.

Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften. Aus der Arbeiteragitation 1862—1864. Mit einer Lassalle-Chronik. Herausgegeben von Freidrich Jenaczek. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 528 S., br. 7,80 DM (DTV/ Dokumente / Bd. 676). — Ausgewählte Reden, Manifeste und politische Publizistik des ersten Präsidenten des 1863 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins", Ferdinand Lassalle (1825—1864).

P. L. Lavrov, Die Pariser Kommune vom 18. März 1871. Aus dem Russischen von Renate Horlemann. Verlag Wagenbach, Berlin, 192 S., br. 6,50 DM (Rotbuch, Bd. 25). — Der russische Revolutionär Lavrov, dem 1870 die Flucht aus der zaristischen Verbannung gelang, war in Paris Augenzeuge der Kommune. Sein Buch wurde 1880 niedergeschrieben und erschien zehn Jahre später in Genf.

Rosa Luxemburg, Briefe an Leon Jogiches. Mit einer Einleitung von Feliks Tych. Aus dem Polnischen von Mechthild Fricke-Hochfeld und Barbara Hoffmann. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 392 S., Ln. 28,— DM. — Ausgabe zum 100. Geburtstag von Rosa Luxemburg am 5. März 1971.

Giselher Schmidt, Spartakus. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt, 176 S., br. 15,— DM.

Wolfgang Helbich, Franklin D. Roosevelt. Colloquium Verlag, Berlin, 268 S. mit 16 Bildseiten, Ln. 28,— DM.

Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933—1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, VIII, 338 S., Ln. 44 DM (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Bd. 59).

Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 320 S., Ln. 20,— DM (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 1).

Klaus Hänsch, Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1945—1948. Verlag de Gruyter, Berlin, XIV, 284 S., Ln. 42,— DM (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, Bd. 5).

Charles de Gaulle, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958—1962. Molden Verlag, Wien, 480 S., 32 Abb., Ln. 26,— DM.

Zur akademischen Diskussion des Demokratie-Begriffs

Ein Literaturbericht

Von Hans Karl Rupp

I

Allenthalben wird heute in der Bundesrepublik — in Festreden, Zeitungsartikeln, Akademie-Vorträgen — ein spezifischer „Nachholbedarf" [1]), wie es scheint, befriedigt. Überall wird in der akademischen Öffentlichkeit über „Demokratie" räsonniert. „Die Demokratie ist in aller Munde" [2]), hatte schon Ende der fünfziger Jahre Carl Joachim Friedrich konstatiert — zur Benennung freilich eines hiermit keineswegs identischen Sachverhalts. Hatte nämlich in der Ära des Kalten Krieges die Apologie der „Herrschafts- und Lebensform" der „konstitutionellen Demokratie" gegenüber der „totalitären Diktatur" (Friedrich) [3]) das Zentrum der Demokratiediskussion ausgemacht, weist die seit 1968 breit geführte Debatte natürlich in eine ganz andere Richtung. Wilhelm Hennis behauptet in einem vielbeachteten Aufsatz — siehe unten —, im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehe heute nicht einmal mehr die Frage, ob Demokratie nur den Staat oder auch die „Sozialtatbestände", die Gesellschaft, durchdringen solle. In jedem Tageszeitungsressort, in allen Berichten aus der Welt der Kirche, Schule, Sport, in allen Kontroversen um öffentliche Angelegenheiten werde die gebieterische Forderung nach „Demokratisierung" laut (S. 9). Dieser stereotyp verwendete Begriff stehe „bereits unter demokratischem Denkmalschutz" (S. 21). Es gehe in dieser „Kulturrevolution" (S. 9) gar nicht mehr um die Frage des Ob, sondern allenfalls noch um die Frage des Wie, um Fragen der Strategie der Demokratisierung der Gesellschaft.

Wenn dieser mehr feuilletonistische als empirisch fundierte Beschreibungsversuch der bundesrepublikanischen Wirklichkeit auch weit über die Realität hinausschießt, vermag er doch anzuzeigen, welche Räume der Demokratie-Diskussion inzwischen geöffnet sind. Selbst im Gründungsaufruf des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" ist von „Demokratisierung" die Rede — zwar nicht der Gesellschaft, immerhin aber der Hochschule, nämlich im Sinne der Aufhebung der als „sozial ungerecht" zugestandenen Zugangsbeschränkungen sowie einer „beträchtlichen Erweiterung" des Lehrkörpers, ja selbst einer Umdefinierung der kleinsten Einheiten der Hochschule [4]). Wie hatte es noch im „Marburger Manifest", jener ersten gemeinsamen Resolution dieser nun um zahlreiche Konservative und einige Liberale erweiterten Hochschullehrer-Fraktion, vom 5. Juli 1968 geheißen: Kein anderer „Kulturstaat" der Erde außer der BRD und der Volksrepublik China sei auf den Gedanken gekommen, „eine so kostbare und kostspielige Institution wie die Universität und die an ihr bestehende Organisation von Forschung und Lehre zu ‚demokratisieren'" [5]). Bezeichnenderweise setzt sich das „Demokratisierungs"-Verständnis des Gründungsaufrufs aber

1) Hennis (s. u.), S. 10.
2) Friedrich, Demokratie als Herrschafts- und Lebensform, Heidelberg 1959, S. 9.
3) Ebd.
4) Gründungsaufruf, zit. nach unispiegel Heidelberg 7/70.
5) Anzeige in FAZ vom 5. 7. 1968.

sogleich von „einem anderen Begriff der Demokratisierung" ab, der diesen „Prozeß einer notwendigen und unaufhaltsamen Demokratisierung" überholt und verdorben" habe, nämlich zur „Parteinahme in einer angeblichen Weltauseinandersetzung zwischen dem Guten und dem Bösen" [6]).

Aus der Fülle professoraler Reden und Aufsätze, die diese hochschulpolitische Auseinandersetzung insbesondere zwischen den Initiatoren des „Bundes" und progressiven Hochschulpolitikern (z.B. Ludwig v. Friedeburg, Thomas von der Vring), gleichsam umrahmt, seien nun die bemerkenswertesten Arbeiten herausgegriffen:

1) Wilhelm Hennis, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs. Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1970, 39 S., 5,80 DM;

2) Hartmut v. Hentig, „Die Sache und die Demokratie", in: Neue Sammlung 9, S. 102—129 (März/April 1969);

3) Christian Meier, „Die Entstehung des Begriffs Demokratie", in: ders., Entstehung des Begriffs „Demokratie". Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (edition suhrkamp 387), S. 7—69, 6,— DM;

4) Fritz Scharpf, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Universitätsverlag, Konstanz 1970, 93 S., 9,60 DM.

Zusammen mit drei anderen Arbeiten, über die schon an anderer Stelle in dieser Zeitschrift berichtet wurde:

1) Frieder Naschold, Organisation und Demokratie. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1969, 111 S., 2,80 DM [7]*);*

2) Walter Euchner, „Demokratietheoretische Aspekte der politischen Ideengeschichte", in: G. Kress/D. Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969, S. 38—68, 23,— DM;

3) Gert Schäfer, „Demokratie und Totalitarismus", in: dies., S. 105—154 [8]*),*

handelt es sich hier m. E. teils um die wichtigsten, teils um die meistzitierten Veröffentlichungen westdeutscher Sozialwissenschaftler zur engeren Demokratiediskussion der vergangenen beiden Jahre. Diese Arbeiten gilt es nun auf ihren demokratiewissenschaftlichen Ertrag hin zu untersuchen, den Ertrag, den sie für den Weg zum „Ziel autonomer Selbstbestimmung und kollektiver Selbstregierung" [9]) erbringen.

II

Die bewußte Unterscheidung des erwähnten Gründungsaufrufs des „Bundes" zwischen einem bieder-sozialpolitischen Demokratisierungsbegriff, seinem eigenen und einem geradezu manichäischen, dem seiner Gegner, geht vermutlich auf Hennis zurück. Der Freiburger Ordinarius für Wissenschaftliche Politik, gemeinsam mit anderen Schülern Arnold Bergstraessers bekanntlich einer der Vorkämpfer dieses Zusammenschlusses, hielt am 18. Juni 1969 einen Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, jener Institution, vor der 1961 bereits Helmut Schelsky seine These vom „technischen Staat" expliziert hatte [10]). Dieser Hennissche Vortrag erschien Anfang 1970 als oben

[6]) Gründungsaufruf ebd.
[7]) Vgl. meine Rezension in „Blätter" 11/1970, S. 1207 f.
[8]) Vgl. Reinhard Kühnl, „Politikwissenschaft in der Bundesrepublik", in: „Blätter" 8/1970, S. 815 ff., hier S. 824 f.
[9]) Schäfer ebd., S. 148.
[10]) Vgl. Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln-Opladen 1961. Hierzu kritisch Martin Greiffenhagen, „Demokratie und Technokratie", in: C. Koch/D. Senghaas (Hrsg.), Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/M. 1970, S. 54 ff., sowie Klaus Tuchel, „Zweifel an der Macht — Voraussetzung von Demokratie", in: Frankfurter Hefte 25 (1970), S. 853 ff.

angezeigte Schrift. In seinem Vortrag versucht Hennis, den Begriff der Demokratisierung gewissermaßen als Tarnkappe für eine folgenreiche „Preisgabe von Grundlagen der abendländischen politischen Kultur" (S. 22), ja eine „Revolte gegen die Natur" schlechthin (S. 39) zu entlarven. Allein eine sozialpolitische Verwendung des Begriffs („als Synonym für mehr Liberalität, Offenheit, besseres ‚Betriebsklima' ", S. 15) entschuldigt er halbwegs als gedankenlose Benutzung „einer sich anbietenden Sprachhülse" (S. 15) [11]). (Bezeichnenderweise entgeht die Gründungserklärung diesem Verdikt ex ante dadurch, daß sie „Demokratisierung" bewußt gegen „Demokratisierung" setzt und den Begriff ihrerseits als Kampfbegriff installiert.) Hennis begründet seinen Entlarvungsversuch mit einer Analogie: Er überträgt den von Aristoteles formulierten antiken Gegensatz „der Herrschaft von Freien über Freie" und „derjenigen von Freien über Unfreie" (S. 25) in nuce auf den zeitgenössischen von ihm behaupteten Gegensatz tendenziell egalitärer Strukturen im „staatlichen" und notwendig hierarchischer Strukturen im Bereich der „Sozialtatbestände und ihrer Institutionen: Schule, Universitäten, die Arbeitswelt" sowie Familie (S. 33). Alle Sozialtatbestände seien „nicht nur durch Zusammenwirken von Ungleichen, sondern durch das Zusammenwirken von verschieden Freien gekennzeichnet" (ebd.). Angesichts einer derart nicht nur völlig ahistorischen, sondern auch empirisch fragwürdigen Argumentation — als bestimme das Gegenüber von Volljährigen und Jugendlichen nicht nur Familie und Schule, sondern auch den gesamten Produktions- und Distributionssektor der Gesellschaft — muß es schlicht verwundern, daß diese Arbeit in der Fachwelt bemerkenswerte Verbreitung und bisher so wenig schroffe Kritik erfahren hat.

III

Abgesehen von Hennis' eigentümlicher Begrifflichkeit, die nicht selten in Gefahr gerät, Strukturen eher zu verstellen als zu erhellen (z. B. „abendländische politische Kultur"), macht dazuhin ausgerechnet eine von Hennis zitierte Arbeit deutlich, wie wenig Grund selbst für das klassische Athen besteht, aus der Unterscheidung zwischen Freien und Unfreien etwa ein Gegenüber von Polis und Gesellschaft herzuleiten. Es handelt sich um den aus zwei Universitätsvorträgen [12]) hervorgegangenen Aufsatz des Kölner Ordinarius für Alte Geschichte, Christian Meier, dem aber nicht nur aus diesem Grunde für die Demokratiediskussion der Gegenwart Bedeutung zukommt. Gerade für das Jahrhundert des Aristoteles konstatiert Meier: „Es lag wohl in der Natur der Dinge, daß die Demokratie an den entscheidenden Stellen so umfassend und in Absetzung von der Oligarchie das ganze Leben der Polis durchdrang und neu gestaltete, daß von ihr erstmals und gerade in zugespitztem Sinne eine volle Identität mit der Polis behauptet wurde" (S. 64). Zwei Seiten weiter formuliert er präziser: „So konnte es kommen, daß Aristoteles behauptete, die Poleis wechselten ihre Identität mit den Politeiai (etwa „Bürgerschaften" nach Meier, d. h. deren jeweilige Zusammensetzungen, d. Verf.); denn es schien nicht nur die Art und Weise des Regierens, sondern auch die des Lebens mit ihnen zu wechseln. Es waren eben auch Privat und Öffentlich, Bürger und Mensch — so sehr man zwischen beiden je zu unterscheiden wußte —, nicht so rein voneinander zu trennen wie in dem Staat, der sich von der Gesellschaft ... abgesetzt hatte". Erst in der bezeichnen-

[11]) Daß es sich hier realiter häufig um eine nicht gedankenlose, sondern bewußt manipulative Verwendung des Begriffes handelt, das vermag Hennis verständlicherweise hier nicht zu erkennen; vgl. hierzu nur Naschold (s. o.), S. 71 ff.

[12]) Vom 25. Juni 1968 auf Einladung der Historischen Fachschaft in Freiburg und vom 10. Januar 1969 im Heidelberger Institut für Politische Wissenschaft. Der Aufsatz erschien zuerst in: Politische Vierteljahresschrift 10 (1969), S. 535 ff., sodann, wiederum „teilweise überarbeitet" (Anm. 1), bei Suhrkamp.

den Veränderung des Demokratiebegriffs in späteren Jahrhunderten („Aristides nannte das römische Weltreich eine ‚Demokratie unter einem Kaiser'", S. 69) tritt nach Meier das ein, was Hennis als Kern der Demokratie-Überlieferung ansieht: die „bei aller sonstigen Rangabstufung der Menschen tunlichste Gleichheit der freien Bürger in bezug auf ihre politischen Rechte" (Hennis, S. 24). Gerade hier stützt sich der renommierte Freiburger Politikwissenschaftler zum Beleg auf zwei Schriften Meiers, u. a. auf den hier zitierten Aufsatz! Meier kennzeichnet den Demokratiebegriff für die römische Kaiserzeit wie folgt: „Demokratie stand nur noch für einige ‚rechtsstaatliche' Elemente" (ebd.).

Der demokratiewissenschaftliche Ertrag dieser sich auf intensive Quellenarbeit stützenden Studie liegt jedoch primär auf einem anderen Gebiet. Der erste Begriff von Demokratie hatte, analysiert Meier, folgende Spezifika: Herrschaft der Gesamtheit, praktiziert „in der entscheidenden Position der Volksversammlung, in der Bestellung vieler Beamter durch das Los, in der Rechenschaftspflicht und im jährlichen Wechsel der Regierung, d. h. ... in der Abwechslung von Regierenden und Regierten" (S. 49). Selbst wenn einschränkend sogleich festzustellen ist, daß unter „Gesamtheit" hier nicht etwa die athenische Bevölkerung verstanden werden darf — auf Grund hie und da mißverständlicher Formulierungen (vgl. bes. S. 67) kann leicht übersehen werden, daß im klassischen Athen ein großer Teil der Bevölkerung, vielleicht die Hälfte, aus Sklaven bestand [13]) —, und selbst wenn aus den angeführten Kriterien eine realiter Herrschaft des (nicht-versklavten) Volkes auch noch keineswegs schlüssig abgeleitet werden kann, erhellt aus diesem Begriffsinhalt doch ein Demokratieverständnis, das in bemerkenswertem Kontrast steht zu dem etwa des heute noch als progressiv geltenden französischen Politikwissenschaftlers Maurice Duverger, demzufolge schon dann Demokratie existiert, wenn freie und echte Wahlen stattfinden [14]). Aber nicht nur in der Begrifflichkeit, auch in der Realität der attischen Polis schien sich zu erweisen, wie beispielhaft Herrschaft des niederen, freien Volkes — dies war nach Meier die demokratische Realverfassung Athens in der Mitte des 5. Jahrhunderts — mit Geltung von gleichem Rede- und Antragsrecht, ja mit der Herrschaft der als „Recht" empfundenen Normen insgesamt korrelierte: bei Thukydides heiße es, es habe keine Verfassung gegeben, „in der das Recht so gut gewahrt wurde" (S. 51).

Der Wert der Meierschen Arbeit für die Demokratiediskussion der Gegenwart besteht in erster Linie darin, aufmerksam zu machen auf die „Parteilichkeit" der ersten Demokratiebegriffe: Volksherrschaft verstand sich in der attischen Polis — jedenfalls bis ins 3. Jahrhundert — als politisches Übergewicht der Nicht-Elite, wie auch immer das Subjekt von Demokratie dann im einzelnen definiert und durch entsprechende Ideologie-Elemente als „Volk" legitimiert war.

IV

Die sozialwissenschaftlich ambitiöseste der hier durchzusehenden Arbeiten ist diejenige des Konstanzer Juristen und Inhabers eines der dortigen Politologie-Lehrstühle Fritz Scharpf, hervorgegangen aus seiner Antrittsvorlesung vom 5. Mai 1969. Diese „überarbeitete und erheblich erweiterte Fassung" des Vorlesungstextes (Vorwort, S. 7) erhebt den Anspruch, zu versuchen, „die Demokratiediskussion über die wissenschaftlich kaum noch ergiebige Auseinandersetzung

[13]) Vgl. Euchner (s. o.), S. 45 f.
[14]) Duverger, Das politische Regime, Hamburg 1960, S. 14. Duverger steht hier für das ganze Selbstverständnis der „westlichen" revisionistischen Demokratietheorie, als deren erster Popularisator Joseph Schumpeter angesehen werden kann; vgl. dazu die jetzt auch in deutscher Übersetzung erschienene Arbeit: Peter Bachrach, Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft, Frankfurt/M. 1970.

Kritische Sachbücher

Neuerscheinungen

Das Bewußtsein der Arbeiter
Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins

von Frank Deppe

Kleine Bibliothek Band 12, 358 Seiten, DM 12,80

In der BRD haben vor allem die verschärften Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre, das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeiter, das sich in den Streikaktionen vom September 1969 und 1970 dokumentierte, dazu beigetragen, das Thema des Arbeiter- und Klassenbewußtseins wieder in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Diskussionen zu rücken. Die Studien des Marburger Soziologen Frank Deppe bieten eine kritische Übersicht über die bisher erschienene Literatur und setzen sich mit den Hauptströmungen der bürgerlichen Soziologie auseinander. Breiten Raum nimmt die Frage ein, wie theoretische Kategorien der Klassenanalyse in die empirische Forschung umzusetzen sind. Historische Untersuchungen der Gewerkschaftspolitik verdeutlichen den praktischen Bezug dieser Studien.

Der Band enthält im Anhang einen Erfahrungsbericht von Helga Deppe-Wolfinger über die politische Bildungsarbeit in der Gewerkschaftsjugend.

BRD—DDR
Vergleich der Gesellschaftssysteme

Mit Beiträgen von Anne Hartmann — Stefan Schardt — Gerhard Weiß — Jürgen Harrer — Heinz Jung — Frank Deppe — Eberhard Dähne — Margarete Tjaden-Steinhauer — Karl Hermann Tjaden — Georg Fülberth — Helge Knüppel — Reinhard Kühnl — Peter Römer — Herbert Lederer — Hans-Jochen Michels — Helga Deppe-Wolfinger — Jutta v. Freyberg — Hans-Ullrich Deppe — Erich Wulff — André Leisewitz — Rainer Rilling — Dieter Kramer — Paul Schäfer — Helga Schuler — Michael Schuler — Kurt Steinhaus

Kleine Bibliothek Band 13, 442 Seiten, DM 12,80

Arbeitsprinzip der hier versammelten Beiträge junger Marburger Politologen, Soziologen und Ökonomen ist es, die gesellschaftlichen Strukturen in beiden deutschen Staaten historisch zu entwickeln und aus ihren materiellen Grundlagen zu begreifen. Sie behandeln zunächst die Wirtschafts- und Sozialverfassungen und die ihnen entsprechenden betrieblichen Strukturen der materiellen Produktion, dann die politischen Organisationsformen dieser Produktionsverhältnisse und die rechtlichen, kulturellen, überhaupt ideologischen Beziehungen, die die Verhältnisse der gesellschaftlichen Basis vermitteln. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die — höchst unterschiedliche — gesellschaftliche Problematik der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den beiden Systemen.

Pahl-Rugenstein

zwischen konkurrierenden eindimensionalen Zielmodellen hinauszuführen und die Konturen eines normativ komplexeren Demokratiemodells wenigstens im Ansatz sichtbar zu machen" (ebd.).

Scharpf geht hierzu von der Argumentation des Neopositivisten Hans Albert aus, der mit der Stellung der Wertfrage eine Verknüpfung mit der Analyse der Realisierbarkeit der betreffenden Normen im gegebenen sozialen Bezugsfeld für notwendig erklärt [15]). Der Konstanzer Politikwissenschaftler leitet nun hieraus eine entscheidungstheoretische Skizze über die Verwirklichungschancen neuer Normen innerhalb des vorhandenen Kontextes sozial akzeptierter Normen ab. „Kann sie (die neue Wertung, d. Verf.) nur auf Kosten anderer, gegebener Wertungen und Bedürfnisse realisiert werden, so sind solche Kosten entscheidungsrelevant" (S. 13). Scharpf kommt dann anhand seiner sich auf Ergebnisse amerikanischer Sozialforschung stützenden Annahme einer Pluralität der von einer „politischen Kultur" als relevant empfundenen gesellschaftlichen Zielvorstellungen geradezu zwangsläufig zum Plädoyer für ein mehrdimensionales „demokratisches" Zielmodell gesellschaftlicher Entwicklung, das verschiedenartige, sogar widersprüchliche Ziele optimiert. Ja, der „Brauchbarkeitswert" politischer Theorien bemißt sich dann gerade am Grad der Eigenkomplexität des Ensembles der in ihr berücksichtigten Normen, so die Komplexität des vorhandenen Wertgefüges weitgehend, wenn auch auf spezifische neue Weise berücksichtigend. Hier grenzt sich Scharpf auch deutlich von seinem Konstanzer Kollegen Naschold ab, für den die für eine Demokratietheorie zu fordernde Komplexität auf die Berücksichtigung der Systemüberlebenserfordernisse bezogen bleibt, während er am Ziel einer „Volldemokratisierung" im fundamentaldemokratischen Sinne festhält [16]). Die Problematik der Scharpfschen doch primär praxisorientierten Theorie-Reflexion liegt auf der Hand: Sie orientiert nicht nur die auf die Normen-Erörterung folgende Strategiediskussion an den — zumeist vorläufigen, ergänzungsbedürftigen — Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Empirie, sie gerät auch in Gefahr, sich selbst den „Set" der zu erörternden Normen im voraus bestimmen zu lassen: entweder ebenfalls durch Ergebnisse empirischer Sozialforschung oder aber durch die gesellschaftlich vermittelte Rezeption der „literarischen Tradition der Demokratietheorien" (Anm. 27). Zwar betont Scharpf an einer Stelle explizit, daß innerhalb eines solchen Bezugsrahmens normative Theorien durchaus „gewisse Wertungen neu setzen oder neu akzentuieren" könnten (S. 19 f.), ihre Relevanz „als Entscheidungsempfehlung für ein bestimmtes historisches Gemeinwesen" man jedoch daran messen könne, „ob und in welchem Maße sie auch geeignet erscheinen, dem weiteren normativen Kontext dieses Gemeinwesens Rechnung zu tragen" (ebd.).

Nach einem sich hieran anschließenden Überblick „über wichtige Topoi der demokratietheoretischen Tradition", der „weder Vollständigkeit noch Originalität" anstrebe (S. 20), sowie „einer ausführlicheren Kritik des pluralistischen Demokratiemodells" (ebd.) [17]) trägt Scharpf dann jenen bereits angekündigten „Versuch zu einer normativ komplexeren Demokratietheorie" (S. 20) vor. Er beginnt mit sehr ernstzunehmenden, aus der Empirie resultierenden Einwendungen gegen das Konzept einer allumfassenden partizipatorischen Demokratie. Angesichts, wie es scheint, erdrückender empirischer Befunde, die die Engagierbarkeit der jeweils von einer Sache betroffenen Mehrheiten negieren, sieht Scharpf hier folgendes Dilemma: „Solange nicht ein mit dem Postulat der Selbstbestimmung unvereinbarer totalitärer Zwang zur Partizipation ausgeübt wird, spricht ...

15) Vgl. Albert, Traktat über kritische Vernunft, Tübingen 1968, insbes. S. 75 ff.
16) Naschold (s. o.); vgl. hierzu Scharpf, dessen Anm. 25.
17) Auf seine Pluralismuskritik wird noch eingegangen.

alles gegen die Realisierbarkeit von Modellen, die politische Entscheidungen auch nur näherungsweise auf die gleiche Mitwirkung aller Bürger zurückführen wollen" (S. 63). Es sei aus diesem Grunde auch nicht verwunderlich, daß die Partizipationstheorie bisher nur Entwürfe für eine entsprechende Strukturierung kleiner organisatorischer Einheiten, nicht aber entsprechende Modelle für die „Organisation zentraler politischer Entscheidungsprozesse" (S. 64) zustandegebracht habe [18]). Scharpf skizziert nun, u. a. auf den Apathie-Befunden aufbauend, das Modell eines partizipatorisch-repräsentativen Mischsystems, welches, angesichts der herben Scharpfschen Pluralismuskritik (S. 39 ff.) muß dies überraschen, das pluralistische Modell konkurrierender Eliten kaum modifiziert übernimmt. Das Modell wird zwar durch Aggregierung dreier pluralismusfremder Teilsysteme scheinbar erheblich „verbessert": Erstens soll ihm ein Zwei-Parteien-System vorgeschaltet werden, um dem Wahlsieger wenigstens die Realisierung seiner wichtigsten Programmpunkte, von pressure groups ungestört, zu ermöglichen; zweitens wird zur „politischen Artikulation nicht organisationsfähiger oder nicht durchsetzungsfähiger Bedürfnisse und Interessen" (S. 86) neben die Verbände eine insitutionalisierte „aktive Öffentlichkeit" (Dahrendorf-Zitat, S. 87) plaziert; drittens — last not least — sollen die Verbandsstrukturen durch Mitgliederpartizipation eine „normativ unerläßliche Korrektor" (S. 74) erfahren. Obgleich Scharpf hier vorausgehend betont, daß der Frage der Realisierung des „Postulats universeller Partizipation" in wichtigen Bereichen der Gesellschaft „fundamentale Bedeutung" für eine komplexe Demokratietheorie zukomme (S. 66), erblickt er dann doch schon bei Naschold, der die Partizipation der Verbandsmitglieder auch auf Entscheidungen über Verbandsziele erstrekken möchte [19]), die drohende Gefahr „antagonistischer und disruptiver Konflikte" innerhalb der Gesellschaft (Anm. 139). Man sieht, das Vertrauen in ein rationales Verhalten der Massen ist auch bei Scharpf nicht entscheidend besser als bei jenen an anderer Stelle auch von Scharpf kritisierten Theoretikern „demokratischer Elitenherrschaft" [20]).

Wenn Scharpf am Ende seiner Abhandlung betont, es handele sich hier um einen Versuch, „eine Mehrzahl jener Zielvorstellungen, die in unserer westlichen Demokratietradition als relevant anerkannt werden, in einem komplexen Modell zu akkomodieren" (S. 92), so muß auch an dieses Modell die Frage herangetragen werden: Cui bono? Wem fällt es in einem solchen System leicht, seine Interessen durchzusetzen? Sicherlich nicht den Unterschichten, deren Einfluß hier selbst vermittels „fundamentaldemokratisierter" Massenorganisationen jederzeit eingedämmt bzw. manipulativ kanalisiert werden könnte, notfalls durch Kooperation der Parteioligarchien, möglicherweise sogar attachiert von jener „aktiven Öffentlichkeit", die — wie ihre Kompetenzen auch im einzelnen bemessen wären — sich zweifellos vorzugsweise aus Angehörigen der oberen Mittelschicht — Scharpf nennt selbst unter anderem „Wissenschaftler, Publizisten und Journalisten, Lehrer und Anwälte" als sich hier besonders engagierende Berufe — rekrutieren würde. Dominierte nicht auch in einem solchen Modell dauerhaft ein Ensemble von Eliten?

An dieser Stelle erscheint es angebracht — nicht nur aus Gründen der Verdeutlichung, sondern auch aus Gründen der unbestreitbaren Sachkompetenz Scharpfs —, noch ein paar Worte zu seiner Pluralismuskritik zu sagen: Gerade weil Scharpfs Analyse, der hier die Verarbeitung m. W. der gesamten relevanten Literatur bis 1970 zugrundeliegt, nicht befürchten läßt, sie würde dem pluralistischen System

18) Kritik hierzu vgl. unten.
19) Naschold (s. o.), S. 71 ff.
20) Bachrach (Anm. 14).

nicht gerecht, ist das Resümee, das er aus der amerikanischen Pluralismusdiskussion zieht, um so bemerkenswerter: Empirische Untersuchungen hätten nachgewiesen, daß „die pluralistische Demokratie offenbar außerstande war, eine ‚Herrschaft durch das Volk' zu verwirklichen" (und zwar infolge mangelnder Partizipation der Mitglieder von Organisationen sowie der Bürger in kleineren politischen Einheiten, z. B. Städten); ihre Verfechter hätten daraufhin zu zeigen versucht, daß sie wenigstens „eine ‚Herrschaft für das Volk' gewährleisten" könne (S. 39). Gerade dies aber sei sehr zweifelhaft; aus Pressure-group- sowie Community-power-Untersuchungen [21]), doch nicht nur aus diesen, ergebe sich die zwingende Annahme, „daß die Interessen der breiten Mehrheit desto weniger berücksichtigt werden, je mehr das politische System über die relativ egalitären allgemeinen Wahlen hinaus zusätzliche Einflußchancen für organisierte Interessengruppen eröffnet" (S. 49). Darüber hinaus müsse auf Grund einzelner Gesamtdarstellungen [22]) angenommen werden, daß, sobald „Gesamtinnovationen" angestrebt würden „oder auch nur Veränderungen, die nicht auf ein einzelnes Subsystem begrenzt werden können", das pluralistische Modell „als ein System von Vetopositionen" funktioniere (S. 50). Das existente pluralistische System also ein System nicht der Herrschaft des Volkes, nicht der Herrschaft für das Volk, in Wahrheit ein System der Herrschaft gegen das Volk? Scharpf kommt natürlich nicht zu dieser Schlußfolgerung [23]). (Gewiß wäre ein „Wahrheitsbeweis" auch erst noch anzutreten, die zitierten empirischen Arbeiten wären dafür allenfalls als einzelne Beweisstücke verwertbar [24]).

Die Problematik der Scharpfschen Arbeit besteht freilich nicht in erster Linie darin, daß sie naheliegende Vermutungen nicht ausspricht, sondern vor allem darin, daß sie — an anderer Stelle — allzu voreilig Schlüsse zieht. Gewiß sind für die „westlichen" Gesellschaften in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit die empirischen Befunde über die weitgehende Apathie der Systemmitglieder kaum widerlegbar; daraus jedoch folgern zu wollen, „politische Beteiligung der Bürger" sei nicht als „praktikables Strukturprinzip für die zentralen Entscheidungsprozesse im politischen System" akzeptierbar (S. 66), jedenfalls nicht für die nahe und mittlere Zukunft (S. 65), bleibt doch auch angesichts dieser Einschränkung ahistorischer Szientismus, insofern, als diese Negativbilanz z. B. die restriktiven Implikationen vorhandener sozialer Strukturen [25]) nicht mit in Rechnung stellt. Wenn Scharpf dann als Ausweg aus dieser scheinbaren Sackgasse seinen Ansatz eines „komplexeren Demokratiemodells" präsentiert, kommt man an dem Verdacht nicht vorbei, daß es sich hier um einen mit Partizipationsideologie kaschierten Versuch zu einer neuartigen „Integrationstheorie" (Claus Offe) [26]) handelt.

V

Die akademische Demokratiediskussion der vergangenen Jahre brachte indes nicht nur bemerkenswerte historische und politikwissenschaftliche Arbeiten hervor — sie stimulierte auch die Reflexion benachbarter Fächer. Zu den hier bemer-

21) Die bei Scharpf in den Anm. 63, 65, 72, 87, 88 zitierten Arbeiten.
22) Scharpf zitiert u. a. hier David Riesman, The Lonely Crowd, New Haven 1950, in Zusammenhang allerdings mit weiteren Arbeiten (Anm. 102, 103).
23) Vgl. oben.
24) Vorliegenden Arbeiten, die eine solche These vertreten, z. B. Johannes Agnoli, „Die Transformation der Demokratie", in: ders./Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968, S. 5 ff., gebricht es zweifellos an zureichender empirischer Fundierung.
25) Vgl. hierzu einführend: Klaus Horn, „Politische Psychologie: Erkenntnisinteresse, Themen und Materialien", in: Kress/Senghaas (s. o.), S. 215 ff., hier S. 236 ff.
26) Offe, „Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: Kress/Senghaas (s. o.), S. 151 ff., hier S. 156. Die Integrationstheorie gehe „bei der Analyse politischer Herrschaft davon aus, daß ein legitimiertes System von politischen Institutionen die Gesellschaft integriert und dabei strukturelle Machtvorteile bestimmter Gruppen neutralisiert oder jedenfalls ein labiles (pluralistisches) Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Machtgruppen sichert" (ebd.).

kenswertesten Äußerungen über Demokratie zählt, trotz seiner nicht selten subjektiven Färbung und seiner ganz und gar feuilletonistischen Form, der obengenannte Aufsatz des Bielefelder Erziehungswissenschaftlers Hartmut v. Hentig, hervorgegangen aus einer Rede vom 26. Januar 1969, anläßlich der Entgegennahme des Schiller-Preises der Stadt Mannheim. Seine Auffassung von Demokratie, das wird gleich zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, leitet v. Hentig aus der Rezeption des „klassischen" Demokratiebegriffs attischer Prägung ab — ohne freilich die Meiersche Arbeit schon zu kennen und ohne wie diese nach sozialen und institutionellen Aspekten zu spezifizieren. Demokratie ist von Perikles nach v. Hentig nicht übermittelt als Staats-, sondern als Lebensform (S. 106). Anders als bei Friedrich [27]) impliziert sie primär die gemeinsame Erörterung aller für sie relevanten „Sachen" durch die Bürger sowie deren jeweils gemeinsame Beschlußfassung hierüber, wie dies nach v. Hentig nicht nur in Athen, sondern auch im alten Neu-England praktiziert wurde. „In der Volksversammlung auf der agora wie im town-meeting ließ sich jede ‚Sache' an einem Tage für alle Anwesenden durchsichtig und entscheidbar machen. Die Verantwortung — d. h. konkret: die Folgen der Entscheidung — wurde all denen bewußt, die sie zu tragen haben würden, und das erzwang den Ernst und die schonungslose Offenheit der Erörterung" (S. 107). Demokratie sei „die gleichberechtigte Beteiligung aller von einer Entscheidung Betroffenen an ihrem Zustandekommen" (S. 103). Diese ist für v. Hentig freilich nicht durch einen oder ein Ensemble legislatorischer Akte herzustellen; sie ist realisierbar allein durch einen permanenten Lernprozeß. Zwei Einrichtungen der Gesellschaft insbesondere kommen für diese „Aufgabe" (S. 117) in Frage: Schulen und Hochschulen. Befürchtet letzteres nicht gerade der „Bund", wenn er davor warnt, die unbegrenzte Mitbestimmung der Studenten sei „das Brecheisen", mit dem „die deutsche Universität als die schwächste Institution dieser Gesellschaft" aus den Angeln gehoben werden könne [28])? Der „Bund" offenbart in der Gegenüberstellung der Hentigschen Konzeption immerhin: Die in der Hochschule einzuübende Mitbestimmung ist für ihn so revolutionär, daß für ihn unter der Hand auch Pädagogen wie v. Hentig zu Manichäern werden.

Hentigs Position wird man nämlich am ehesten gerecht, wenn man sie als aufklärerisch-humanistisch umschreibt. Mitbestimmung an Schule und Hochschule würde, so begründet er jene „Aufgabe", „auch der Demokratisierung der Gesellschaft dienen: indem sie Menschen hervorbringen, die an der Sache gelernt haben, wo die Grenzen der Sachlichkeit sind, und die das Recht auf common sense immer erneut zu erkämpfen bereit sind" (S. 117; vgl. auch S. 129). Demokratie als Herrschaft des common sense.

Nicht nur hier freilich deutet sich schon an, an anderer Stelle wird auch deutlich sichtbar (S. 121), daß v. Hentig sich dem Problem der Interdependenz ökonomischer und kultureller Faktoren in diesem Zusammenhang nicht stellt. Gerade deshalb ist es ihm m. E. möglich, sein Konzept: Demokratisierung der Gesellschaft via Humanorientierung der „gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen" (S. 117) in ungetrübtem Optimismus vorzutragen. Sicherlich kommt einer solchen politischen Erziehung für den langen Marsch zum Ziel „autonomer Selbstbestimmung und kollektiver Selbstregierung" [29]) desto mehr Bedeutung zu, als die „ökonomisch-technische Entwicklung ... (die) Produktion immer größerer Mengen wissenschaftlich qualifizierter Fachkräfte" erfordert [30]). Qualitativ andere

27) Friedrich (Anm. 2).
28) Gründungsaufruf (Anm. 4).
29) Schäfer (Anm. 9).
30) Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970, S. 288.

Bedeutung jedenfalls als etwa der Scharpfschen Einübung „demokratischer Verhaltensweisen und politischer Fähigkeiten" am Arbeitsplatz (Scharpf, S. 71), deren Funktion in der Hauptsache ja darin besteht, das „Pluralismusmodell als Grundmuster einer demokratischen Struktur" (S. 73) auf diese Weise besser verteidigen zu können. Es bleibt bei v. Hentig aber folgende Frage offen: Laufen seinem Konzept zufolge eines Tages diejenigen, die von Unterdrückung, Verschleierung, Verfälschung humaner Kritik profitieren, ins Lager derjenigen über, die, aus den Bildungsanstalten entlassen, immer weitere Bereiche der Gesellschaft mit ihrer Kritik durchdringen und umformen? Oder anders herum gefragt: Setzen die Kräfte, um die es hier geht, mit ihrer counterforce strategy nicht schon viel früher ein? Bereits die Praxis der politischen Erziehung der Gegenwart, das steht nicht nur zu vermuten, ist eines der wichtigsten Austragungsfelder dieser Auseinandersetzung zwischen humaner Kritik und interessenbedingter Verschleierung [31]).

VI

Die akademische Demokratiediskussion Westdeutschlands der letzten Jahre liefert, wie diese vier Arbeiten zeigen, der demokratiewissenschaftlichen Forschung im oben benannten Sinne einzelne bemerkenswerte Hypothesen (Naschold; Scharpf) und eine Fülle interessanter Hinweise. Die informativste dieser vier Abhandlungen ist mit Abstand diejenige Scharpfs; seine Konzept-Skizze eines „komplexen Demokratiemodells" beruht freilich auf noch nicht zureichend geklärten Voraussetzungen (Apathie-These) und setzt sich vor allem der Vermutung aus, sie wolle divergierende Demokratievorstellungen institutionell integrieren. Nascholds Ansatz erscheint demgegenüber nach wie vor als der fruchtbarere. Als in hohem Maße informativ ist auch die Arbeit Meiers zu bezeichnen; ihre Aussagen sind zwar für die gegenwärtige Theorie-Reflexion nur mittelbar von Interesse, sie erweisen aber den Demokratiebegriff gerade für den historischen Kontext seiner Entstehung erneut als eben jenen Begriff der Volkssouveränität, als der er in unseren Gesellschaften in praxi erst zu verwirklichen wäre.

Der wissenschaftliche Anspruch des v. Hentigschen Vortrags ist auch in seiner schriftlich publizierten erweiterten Fassung nicht mit dem der Arbeiten Scharpfs oder Meiers vergleichbar. Seine Bedeutung liegt auch primär auf hochschulpolitischem Gebiet: Er macht einem breiten Publikum deutlich, daß es in der Demokratiediskussion der BRD auch Demokratisierungskonzepte gibt, die nun ganz und gar nicht, wie dies der „Bund" suggeriert, als marxistisch oder marxistisch beeinflußt denunziert sind. Freilich findet sich in solch linksbürgerliche, aufklärerische Positionen selten die Einsicht in die Interdependenz von Interessen und Anschauung einbezogen; wie könnten da Untersuchungen wie die Meiers erhellend wirken! Oder eine wissenssoziologische Analyse etwa des Aufsatzes von Hennis, aus dem, wie mir scheint, deutlich genug die Statusbezogenheit seiner Staats- und „Sozialtatbestände"-Schau hervorgeht! (Seine Projektion der attischen Herrschaft von Freien über Unfreie z. B. auf den aktuellen Gegensatz Hochschullehrer-Hochschüler spricht da eine deutliche Sprache.) Absichtlich dagegen liefert die Hennissche mit zahlreichen Belegen aufwartende Analyse allenfalls geistesgeschichtlich interessante Vermutungen; in die sozialwissenschaftliche Diskussion der Demokratisierungsproblematik bringt sie keine stichhaltigen Argumente ein. Selbst deren geistesgeschichtliche Fundierung erweist sich zuletzt als fragwürdig. Abgesehen von seinem wissenssoziologischen Materialwert schöpft der Aufsatz seine Relevanz allein daraus, daß er zur Erhellung der Ideologie des „Bundes" beiträgt. Von daher freilich gewinnt er zeitgeschichtliche Bedeutung.

[31]) Zum gegenwärtigen Einfluß z. B. von Wirtschaftsverbänden auf die Schule der BRD vgl. nur Friedhelm Nyssen, Schule im Kapitalismus, Köln 1969.

Fernseh-Spalte

DER MAI IST GEKOMMEN

Der Mai ist gekommen, und der 1. Mai ist heruntergekommen. Das festzustellen, hat nichts mit Defaitismus zu tun, sondern mit einer realen Einschätzung der Lage. Die Maikundgebungen in den Städten der Bundesrepublik und die sehr unterschiedlichen Forderungen (und Pseudo-Forderungen) der Redner und Teilnehmer einmal exakt zu analysieren, stellt sich mehr und mehr als dringliche Aufgabe mit dem Ziel, die Spreu vom Weizen zu trennen. Der Funktionärsausweis bietet keine sichere Garantie mehr für Redlichkeit im Sinne des sozialen Engagements. Wer ihn links sucht, wo das Herz ist, findet ihn oft genug schon rechts in der Brieftasche. Leider läßt sich das hier nicht präzisieren, doch ist den Lesern dieser Zeitschrift mit dem knappen Hinweis gewiß kein Rätsel aufgegeben. Immerhin — um zum eigentlichen Thema zu kommen — gab es noch Maikundgebungen, die ein ausgeprägtes Bewußtsein signalisierten, ein Bewußtsein, das eine Minderheit repräsentiert. Für die Mehrheit ist der 1. Mai zum läppischen Frühlingsfest degeneriert. Spiegelt also die Tatsache, daß der 1. Mai im Fernsehen der Bundesrepublik nicht stattfand, das Desinteresse oder aber die Bewußtlosigkeit dieser Mehrheit wieder? Man konnte nun sagen — und das läßt sich kaum widerlegen —, die Mehrheit ist gar nicht gefragt worden. Aber das wäre eine zu simple Formel. Das Fernsehen als Produzent und die Mehrheit als Konsument sind Kalkülposten des Systems an sich. Ob es ein positives oder negatives System ist, wir bleiben beim Beispiel Fernsehen in der Bundesrepublik, verrät die Programmkonzeption, verrät die Programmpolitik. Nach allem, was an dieser Stelle hierzu schon gesagt wurde, läßt sich ohne Umschweife anmerken: die TV-Gehirnwäsche funktioniert perfekt, so perfekt, daß an die Stelle jeglichen Bewußtseins, jeglichen Kritikvermögens die auf das reine Entertainment ausgerichtete Reflexionsunfähigkeit getreten ist. Die unterschwellige Nachrichten-Ideologie tut ein übriges, indem sie konformistische Meinung als objektive Information ausgibt. Zwischen Nachrichten und Unterhaltung bleibt wenig, was Einsichten vermitteln und Bewußtsein bilden könnte. Die oft recht guten Beiträge der ARD-Magazine sind Repräsentations-Alibis. Die Leute, die sie machen (und immer mit dem Risiko, gefeuert zu werden), erinnern mich an Menschen in Reservaten: Ihre großzügig „geschützte" Existenz ist perfekt kontrollierbar. Um so üppiger konnte die Diktatur des totalen Entertainments sich entfalten. Bewußtseinszerstörung und Pervertierung des Unterhaltungsbedürfnisses sind Äste am gleichen Stamm. Vielleicht ist damit eine von mehreren möglichen Antworten auf die oben gestellte Frage skizziert, warum der 1. Mai im Fernsehen der Bundesrepublik nicht stattfand. Es gab keinen Bericht, kein Feature, keine Dokumentation, kein Fernsehspiel, — nichts, was diesem Tag der Arbeiterbewegung einen programmbestimmenden Akzent gegeben hätte (die ZDF-Sendung über Adolph Kummernuß habe ich nicht gesehen, messe ihr aber gewiß keine programmbestimmende Bedeutung bei). Ich hatte kein Weihespiel über die Geschichte der Arbeiterbewegung erwartet, aber doch wenigstens punktuelle Bezüge zu ihrer politischen und kulturhistorischen Chronik, wenn man schon die harten Aktualitäten fürchtet. Von hundert möglichen Themen wurden hundert verpaßt. An Weihnachten und Ostern aber, am Totensonntag und zur sogenannten Karnevalszeit, — wann immer der christlich-bürgerliche Festkalender es befiehlt, produziert das Fernsehen „passende" Stimmung, unbarmherzig, von morgens bis abends, bis zähflüssige Betulichkeit und ölige Heuchelei, bis Operettenschmonz und unverhüllter Schunkelfaschismus die Bildkanäle hoffnungslos verstopfen. Ich muß hier abbrechen, leider etwas abrupt, aber wenigstens positiv: Empfänger des dritten Programms Südwest hatten Glück. Es gab „Le Crime de Monsieur Lange" von Jean Renoir zu sehen, wenn auch mit miserablen deutschen Untertiteln. Gleichwohl, welch ein Kinodokument der linken „Oktober-Gruppe" aus dem Jahre 1935, ein sozialistisches Bewußtseinsmodell aus Renoirs und Préverts (Drehbuch) bester politischer Arbeitsperiode. Wenigstens im Getto des dritten Programms: ein angemessener Beitrag am 1. Mai.

E. H. Wahl

Bücher

Sprache des Faschismus

Lutz Winckler, Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1970, 148 S., 4,— DM (edition suhrkamp 417).

Noch immer, mehr als 25 Jahre nach Kriegsende, kann man die Beiträge der westdeutschen Geschichtsschreibung und Sprachwissenschaft an den Fingern abzählen, die sich mit faschistischer Sprache auseinandersetzen. Und unter diesen wenigen Beiträgen gibt es sicherlich kaum einen, der so konsequent versucht, die gesellschaftliche Funktion dieser Sprache zu erarbeiten, wie es Lutz Winckler getan hat.

Er selbst nennt seine Arbeit einen „Beitrag zur Faschismustheorie" (9) und folgert weiter: „Kritik an Hitlers Sprache ist ohne eine politische Theorie des Faschismus nicht denkbar" (11). Das erste Kapitel („Faschismus, Kapitalismus und Sprachkritik") ist deshalb im ersten Teil eine Rezeption verschiedener Theorien, wobei der Autor bürgerliche Theorien (Nolte u. a.) verwirft und sich zur Faschismusdeutung der Kritischen Theorie (Horkheimer, Marcuse, Bauer und Konsorten) bekennt. Es ist auffällig, daß W., ohne die sonst sehr wissenschaftlichen Kriterien seiner Arbeit einzuhalten, nur polemisch marxistische, nicht der Kritischen Theorie entstammende Faschismuserklärungen streift: So ist die „Faschismus-Definition Georgij Dimitroffs" eben eine „Theorie des offiziellen Parteimarxismus" (15), was immer W. damit meinen mag. „Am ehesten trägt dem (Faschismus und Kapitalismus, H. K.) noch eine Theorie Rechnung, die der faschistischen politischen Führung eine „gewisse Eigengewichtigkeit", einen „größeren Entscheidungsspielraum" zugesteht, grundsätzlich aber an der Vorrangigkeit ökonomischer Faktoren und Zielsetzungen festhält" (16). Leider sind „gewisse Eigengewichtigkeit" und „größeren Entscheidungsspielraum" nicht annähernd definiert und deshalb die Theorie des Autors in diesem Punkt nicht überzeugend.

Die Kritik W.'s an den bisherigen Beiträgen zur Sprache des Faschismus lehnt sich im wesentlichen an G. Voigts „Sprache des Faschismus. Ein Literaturbericht" an [1]).

Die Beiträge haben eine Gemeinsamkeit: sie unterlassen es, „das gesellschaftliche Ziel dieser Manipulation zu benennen" (der faschistischen Sprache, H. K.) (19). Wie kann nun die Sprachkritik dieses Dilemma überwinden? „Sprachkritik muß hinter der rhetorischen Form den gesellschaftlichen Inhalt, hinter dem Affekt den verdrängten und mißbrauchten Protest, in der „Sprache der Gewalt" die politische Unterdrückung wieder entdecken. Andernfalls verstrickt sie sich in Widersprüche, die sie nicht lösen kann" (21/22.) Wovon hat diese Kritik auszugehen? Erstens: „(D)ie Wirklichkeit faschistischer Sprache besteht im Verschweigen der gesellschaftlichen Wirklichkeit" (24). Zweitens: „Sprache und Ideologie dienten dem Faschismus in erster Linie zur Rückbildung politischen Bewußtseins" (25). W. bestätigt übrigens in seiner Analyse beide Kriterien.

„Aus arbeitsökonomischen Gründen" (10) bleibt die Untersuchung auf Hitlers „Mein Kampf" (190/194 Auflage, 1936) beschränkt und greift also nur *einen*, wenn auch wichtigen Aspekt aus dem großen Feld faschistischer Sprache heraus. Dies ist zu akzeptieren, denn selbst in diesem relativ begrenzten Arbeitsgebiet „Mein Kampf" hat der Autor noch grundsätzliche sprachwissenschaftliche und ideologiekritische Pionierarbeit zu leisten.

Im folgenden soll die Arbeitsweise des Autors an charakteristischen Beispielen gezeigt werden.

„Steigerung, Wiederholung und Übertreibung" (40) Hitlers, seine „schlagwortartige Verkürzung" (41) lassen sich grammatikalisch so fassen: „Anstelle syntaktischer Vermittlung von Prädikaten und Subjekten tritt die Unvermitteltheit bloßer Wörter. Die Satzteile nehmen schlagwortähnlichen

1) G. Voigt, Sprache des Faschismus. Ein Literaturbericht, in: Das Argument 43, 9. Jg. (1967) H. 2/3, S. 154. Winckler kritisiert vor allem Sternberger/Stolz/Süskind (Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 3. Aufl. Hamburg/Düsseldorf 1968), ferner Cornelia Berning (Die Sprache des Nationalsozialismus, in: Zs. f. deutsche Wortforschung 17—19) und Victor Klemperer (Die unbewältigte Sprache. Aus dem Notizbuch eines Philologen, LTI, 3. Aufl. 1967).

Charakter an und verselbständigen sich gegenüber dem Ganzen" (41). Weiter: „Die Substantivierung, die den verbalen Charakter des Satzes und damit auch seine individuelle zeitliche Verlaufsform weitgehend tilgt, kommt der Manipulation entgegen" (42). Das Ergebnis faßt W. so zusammen: „In der faschistischen Sprache vollzieht sich die Abschirmung der Doktrin von der Wirklichkeit durch die Verselbständigung der rhetorischen Mittel, die Zerstörung des Satzes und die monotone Wiederholung autonomer Schlag- und Reizwörter" (43). W. untermauert im Text seine Ergebnisse jeweils mit einer großen Menge von Hitler-Zitaten. Die syntaktische Analyse führt ohne Bruch zur gesellschaftlichen Funktion rhetorischer Figuren und ideologischer Parolen. Darin liegt der wesentlichste Vorzug dieser Studie.

Ein anderes Beispiel ist die monotone Einhämmerung von Gegensätzen, die freilich oft konstruiert sind. Das Ergebnis der Analyse: „(D)ie Sprache (hat) jene Fähigkeit zur Vermittlung und zur Anerkennung qualitativer Differenzen verloren, die sie von purer Gewalt unterscheidet" (52).

Der politische Gegner und seine Politik werden in der hitlerschen Demagogie sehr häufig mit Begriffen aus der Biologie, Krankheitslehre und der Medizin im allgemeinen belegt („Verpestung der Jugend", „Versyphilisierung des Volkskörpers" u.v.a.). Warum gerade Wörter aus diesem Bereich? „Faschistische Sprache kann auf den ‚Parasiten' schon deshalb nicht verzichten, weil durch seine Verfolgung eine Kollektiverfahrung der Massen im Spätkapitalismus wirksam neutralisiert werden kann" (64).

Im Unterabschnitt „Klassenkampf versus Rassenkampf" (66—83) weist W. überzeugend nach, wie die Widersprüche des Kapitalismus geschickt verschoben werden, wie aber auch ursprünglich antikapitalistische Kritik durch rhetorische Verzerrung systemerhaltend gemacht wird. „In ihr (der faschistischen Ideologie, H. K.) sind die historisch-ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus durch biologische Scheinwidersprüche, Klassenunterschiede durch Rassenunterschiede, Emanzipation durch Rassenhygiene ersetzt" (69).

Das letzte Kapitel („Manipulation und Interesse") faßt wesentlichste Ergebnisse noch einmal zusammen und geht über zur Auseinandersetzung mit neofaschistischer Sprache und moderner Reklametechnik.

Die Tautologie, ein wichtiges stilistisches Mittel Hitlers, ist auch nach 1945 nicht aus der Stilfibel der Herrschenden gestrichen, sie ist zur „stilistischen Schlüsselfigur der faschistischen und modernen Reklamesprache geworden" (93). Aber auch der folgende Abschnitt aus dem Buch Wincklers ist lesenswert: „Zwischen solchem, eindeutig faschistischem Sprachinstrumentarium entnommenen Vokabular und den Formeln von den ... ‚Tieren, auf die die Anwendung der für den Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist', den ‚Geisteskranke(n)' (Strauß), ... der ‚Seuche' (Kiesinger) und der ‚ungewaschene(n), verdreckte(n) und verlauste(n) Kreatur Dutschke' (Franz Xaver Unertl) bestehen — was Herkunft, Inhalt und Funktion der Sprache angeht — kaum noch Unterschiede" (97/98).

Es ist dem Autor gelungen, an Textbeispielen aus „Mein Kampf" überzeugend einige Aspekte der gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache aufzuzeigen. In diesem Sinne ist seine Studie auch ein Beitrag zur Faschismustheorie.

Jedoch wird es der kritische Leser nicht leicht haben: Von den 148 Seiten sind allein 45 Seiten (ein Drittel) Anmerkungen. Damit wird die Übersicht erheblich erschwert. Es wäre besser gewesen, die Anmerkungen direkt unter den Text zu setzen, besonders aber die in den Anmerkungen zitierten anderen Hitler-Stellen in die Studie selbst einzubauen. So verselbständigen sich die Anmerkungen und verhindern ein kontinuierliches Lesen.

Abgesehen von diesen editorischen Mängeln: W. hat einen Weg gezeigt, wie Sprachwissenschaftler, Publizisten und Historiker arbeiten können, wenn sie ihren Elfenbeinturm verlassen, die Sprache und die Rhetorik als ein wichtiges Herrschaftsinstrument verstehen und sich auf das fast völlig unbearbeitete Arbeitsfeld „faschistische Sprache" begeben. Hermann Korte

Aus ausländischen Zeitschriften

Geht in Peru eine Revolution vor sich?

In der Politik mehrerer Andenstaaten zeichnen sich seit wenigen Jahren bemerkenswerte Bestrebungen zu größerer Unabhängigkeit vom Übergewicht der USA und zu eigenständiger sozialökonomischer Entwicklung ab. — In Heft 12/69 veröffentlichten wir einen ersten Beitrag über Peru, in Heft 10/70 über Chile, in Heft 1/71 über Bolivien. — Den nachfolgenden Beitrag entnehmen wir der in Prag erscheinenden Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus", Heft 1/71. Der Verfasser, Jorge del Prado, ist Generalsekretär des ZK der Peruanischen Kommunistischen Partei. D. Red.

Vor mehr als zwei Jahren ereignete sich in unserem Land ein neuer Militärputsch. Neu nicht im Sinne wieder einmal, sondern neu, weil er sich von den früheren unterschied. Mit anderen Worten — es war ein Militärputsch neuen Typus.

Doch das war nicht von Anfang an offensichtlich. Es schien, als unterscheide sich der Putsch nur in der Form von den traditionellen Pronunziamientos, an denen die Geschichte Perus so reich ist. In diesem Falle kam nämlich nicht ein einzelner Caudillo von der Art Sanchez Cerros, Benavides' oder Odrias an die Macht, sondern die Armee als politische Institution.

Die „Gorilla"-Regimes in Argentinien, Brasilien und Honduras tragen ebenfalls „institutionellen" Charakter, doch das ändert ihr korruptes und profaschistisches Wesen nicht im geringsten. Sie sind die militaristische Alternative zum Neokolonialismus der Yankees, die lebendige Verkörperung der Strategie des Pentagons auf unserem Kontinent, die vom staatsmonopolistischen Kapitalismus und vom militärisch-industriellen Komplex der USA diktiert wird.

Schließlich ließ der Umstand, daß buchstäblich am Vorabend in Rio de Janeiro die V. Beratung von Vertretern amerikanischer Armeen unter dem Vorsitz General Westmorelands — des ehemaligen Befehlshabers der US-Truppen in Vietnam — getagt hatte, vermuten, daß der Putsch in Peru reaktionären Charakter trage. Die peruanische Armee war dort durch General Ernesto Montagne vertreten. Zwei Tage nach der Rückkehr in die Heimat wurde er zum Premierminister der Revolutionären Regierung ernannt. Außerdem war der Inhalt seiner Rede auf dieser Beratung damals noch nicht bekannt.

Fester Kurs auf Umgestaltungen

Doch Tatsachen bewiesen bald, daß sich keineswegs ein Putsch der „Gorillas" ereignet hatte. Wir wurden Zeugen einer in der Geschichte des Landes präzedenzlosen Erscheinung, die wesentliche Veränderungen einleitete.

Vor allem unterscheidet sich das neue Regime objektiven Kriterien, d. h. den Regierungsmethoden, nach von den Regierungen der „Gorillas". Außer der Gewalt, die natürlich beim Sturz der Regierung des Präsidenten Belaúnde angewandt wurde, sowie den Verhaftungen und Ausweisungen einiger seiner demoralisiertesten Anhänger unternahm das neue Regime bis auf den heutigen Tag nicht *eine* repressive Aktion politischen Charakters. Die bürgerlichen Parteien, selbst solche proimperialistischen wie die Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA) und die Volksaktion, die Partei Belaúndes. Wenn einige von ihnen, z. B. die Partei der Anhänger Odrias, nicht mehr existieren, so ist die Ursache dafür in ihrer eigenen Schwäche und Lebensunfähigkeit zu suchen.

Die Peruanische Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen wirken nicht nur legal, sondern erstarken auch von Tag zu Tag, erhöhen

ihren Einfluß, da ihre Programme, ihr Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchie in vielem mit den wichtigsten Maßnahmen der Regierung übereinstimmen. Zum ersten Male in den letzten 40 Jahren — von der dreijährigen Herrschaft der demokratischen Regierung Bustamante y Rivero (1945—1948) abgesehen — stützt sich die Regierung Perus nicht auf die berüchtigten antikommunistischen Ausnahmegesetze.

Weit über die Grenzen unseres Landes ging die Bedeutung solcher Maßnahmen hinaus wie: die Nationalisierung des Erdöls, die Gesetze über die Agrar- und Industriereform, über die Schaffung von „Industriegemeinschaften", die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen, das Dekret über Pressefreiheit sowie die Ausweisung der US-Militärmissionen aus Peru. Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist die Herstellung der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion und zu fast allen anderen sozialistischen Ländern hervorzuheben. Eine richtige Einschätzung all dieser Maßnahmen ist unmöglich, ohne daß ihre Zielsetzung und Dynamik gründlich analysiert, ohne daß ihre Beziehungen zur früheren und derzeitigen Lage des Landes, ihr Platz unter den anderen vorgesehenen Veränderungen berücksichtigt und die sie hervorbringenden Prozesse untersucht werden.

Peru ist ein abhängiges und zurückgebliebenes Land, das ökonomisch und politisch von den USA unterjocht wird. So kontrollieren beispielsweise zwei große Gesellschaften der USA — die Southern Peru Company (Tochtergesellschaft der American Smelting and Refining Co.) und die Cerro de Pasco Copper Corp. — 80 Prozent der Kupfergewinnung. Außerdem monopolisierte die Cerro de Pasco die Hälfte der Blei-, Silber- und Zinkgewinnung und die Marcona Mining Co. die gesamte Eisenerzförderung. Vor der Nationalisierung der Erdölfelder La Brea und Pariñas und der Verhängung des Embargos über das Erdölverarbeitungskombinat in Talara befanden sich 80 Prozent der Erdölförderung und 66 Prozent der Erzeugung von Erdölprodukten in den Händen der International Petroleum Company (IPC), einer Tochtergesellschaft der Standard Oil of New Jersey.

In den Jahren 1967 und 1968 brachte die Montanindustrie unserem Land die Hälfte des Devisenerlöses. Diese Einnahmen wurden aus einem höchst unvorteilhaften Warenaustausch erzielt. Gemeint ist vor allem die ungeheure Spanne zwischen den Preisen für unsere Exportgüter und für unsere Importe. Nicht geringe Summen büßen wir dadurch ein, daß die Rohstoffpreise auf dem US-Markt systematisch gesenkt werden. So hatten wir in den Jahren 1950—1969 durch das Absinken der Preise für Blei, Zink und Eisenerz einen Verlust in Höhe von 352 Mill. Dollar.

Die Expropriation der IPC und die Verhängung des Embargos über ihre Erdölraffinerien und Handelsunternehmen waren eine gerechte Lösung des Streits, der vor 40 Jahren begonnen hatte, sowie ein wuchtiger Schlag gegen das Erdölimperium Rockefellers. Mit diesen Maßnahmen wurde die staatliche Kontrolle über 80 Prozent des genutzten Energiepotentials des Landes errichtet. Anders gesagt: Eines der Haupthindernisse der allseitigen industriellen Entwicklung und Mechanisierung der Landwirtschaft wurde aus dem Wege geräumt.

Das Gesetz über die Montanindustrie sieht die Nationalisierung der Kupferverarbeitung und des Exports aller Bodenschätze vor. Dadurch kann Rohkupfer zu niedrigen Preisen auf dem Binnenmarkt verkauft und in der Industrie des Landes verarbeitet werden. Zum anderen schafft das Gesetz Möglichkeiten, die Märkte für den Absatz der Rohstoffe zu Weltmarktpreisen frei zu wählen und zu erweitern. Die Errichtung der staatlichen Kontrolle über Währungsoperationen, die Regulierung des Verkaufs ausländischer Devisen werden verhindern, daß sich die Montankonzerne diese aneignen. Außerdem wird das Dekret, das die Montankonzessionen, die bis zum 31. Dezember 1970 nicht genutzt worden sind, für ungültig erklärt, zusammen mit dem Statut der unlängst gegründeten Peruanischen Montangesellschaft (Empresa Minera del Perú) die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Lagerstätten durch staatliche Betriebe erschlossen und diejenigen von ihnen, die sich gegenwärtig in den Händen großer nordamerikanischer Monopole befinden, dem Land zurückgegeben werden. Somit wird in der Erdölindustrie das imperialistische Monopol liquidiert, während im Erzbergbau wirksame Schritte unternommen werden, um die Profite der Monopole einzuschränken.

Doch der Imperialismus heimst riesige Profite nicht nur aus dem Handel mit Erdöl und Mineralien ein. Eine weitere Quelle sind für ihn die direkten und indirekten Kapitalinvestitionen. Mit Bankoperationen werden Profite sogar aus den nationalen Akkumulationen erzielt. Bis vor kurzem wurden die Auslandsinvestitionen in Peru auf 645 Mill. Dollar geschätzt, von denen 75 Prozent auf die US-Monopole kamen. Auf ihren Anteil entfallen 50 Prozent aller in die Zuckerproduktion und 36 Prozent aller in die Produktion von Fischmehl und -tran investierten Mittel. In der verarbeitenden Industrie gehören ihnen 15 Prozent der Auslandsinvestitionen.

Die ausländischen Kapitalinvestitionen haben unser Land weder reicher gemacht noch seine Entwicklung gefördert, sondern es, im Gegenteil, noch mehr vom Kapital entblößt. Allein von 1950 bis 1959 verbrachten ausländische — vor allem nordamerikanische — Gesellschaften aus Peru 1,7 Mrd. Dollar als Zinsen für das investierte Kapital, als Zahlungen für Patente, als Profite aus Reinvestitionen usw.

Eine Reihe von Maßnahmen der peruanischen Regierung soll die bestehende Lage ändern. Hervorzuheben ist vor allem das Gesetz über die Agrarreform, das alle großen „nationalen" und ausländischen Gesellschaften gehörenden landwirtschaftlich-industriellen Komplexe für die Zuckerproduktion den Genossenschaften der Werktätigen (Landarbeiter und Arbeiter der Zuckerfabriken) übergibt. So wurden die US-Monopole und ihre westdeutschen Partner aus diesem Wirtschaftszweig verdrängt. Gleichzeitig verloren die nordamerikanischen Gesellschaften Anderson, Clayton and Co. und Peter Grace den Binnenmarkt für Zucker und Baumwolle, der jetzt zur Kompetenz des Aufsichtskomitees für die Agrarreform gehört.

Um der räuberischen Tätigkeit des Consorcio Pesquero Nacional (des Peruanischen Fischereikonzerns) ein Ende zu setzen und die Einverleibung der Fischereiindustrie durch das amerikanische Kapital zu verhindern, wurde das Ministerium für Fischereiindustrie geschaffen, zu dessen Aufgabe die Errichtung des staatlichen Monopols über den Handel mit Fischmehl und -tran gehört. Ausgearbeitet werden ferner Projekte für die Entwicklung der Fischerei, vor allem durch Gründung von Fischereigenossenschaften und staatlichen Fischereikombinaten, mit dem Ziel, ihre Produkte für den Inlandsbedarf zu nutzen.

Ihrem Kurs auf Nationalisierung des Bankwesens entsprechend, entfernte die Regierung die Vertreter der privaten Kommerzbanken aus der Leitung der Banco de Reserva und ermöglichte es der Banco de la Nación, mit den Kommerzbanken bei Depositen- und Kreditgeschäften zu konkurrieren. Gleichzeitig erwarb sie 85 Prozent der Aktien der Banco Popular, die — was die Einlagen, das Grundkapital und die Zahl der Filialen betrifft — die zweitgrößte Privatbank war. Ähnliche Maßnahmen wurden bei der Banco Continental und der Banco Internacional getroffen. Die von ihnen abhängigen Industrie- und Handelsunternehmen wurden nationalisiert. Diese Maßnahmen sicherten dem Staat bereits die Kontrolle über 60 Prozent des Kapitals und der Bankoperationen und führten ihn nahe an das Staatsmonopol im Bankwesen heran.

Nationalisiert wurde — wenn auch nicht zu sehr vorteilhaften Bedingungen — der Fernsprechdienst in Lima. Vorbereitet wird ein Gesetz über die Errichtung der staatlichen Kontrolle über das gesamte Verkehrs- und Fernmeldewesen.

Was die Auslandsinvestitionen und den damit verbundenen Kapitalabfluß anlangt, so beschränkt das Gesetz über die Kontrolle der Währungsoperationen indirekt den Profitexport in Dollar, um eine kontrollierte Reinversion dieser Profite im Lande zu sichern. Die bedeutendste Maßnahme der Regierung in der Wirtschaft ist jedoch das Allgemeine Industriegesetz, wonach die wichtigsten Industriezweige, einschließlich der Fe- und NE-Metallurgie sowie der chemischen Großindustrie, in die Hände des Staates übergehen. Diese Maßnahmen, die sich auf die Montanindustrie und den Handel erstrecken, werden entsprechend den Prinzipien der „Velasco-Doktrin", d. h. des Programms des derzeitigen Präsidenten, realisiert.

So wird die ökonomische Abhängigkeit Perus überwunden. Doch die Herrschaft des Imperialismus bewirkt Rückständigkeit oder ungenügendes Entwicklungstempo des Landes. Deshalb ist der Kampf gleichzeitig gegen zwei Übel zu führen: gegen die Abhängigkeit und gegen die Rückständigkeit. Das ist auch der jetzigen Regierung klar.

Bis 1968 herrschte in der Landwirtschaft Perus der private Großgrundbesitz. An dem einen Pol waren 92 Prozent der Wirtschaften mit Bodenstücken bis zu 10 ha (8,6 Prozent des gesamten bewirtschafteten Bodens) konzentriert und am anderen Pol — 0,04 Prozent der Güter mit mehr als 500 ha (75,6 Prozent dieser Ländereien). Obwohl die auf Zuckerproduktion spezialisierten Latifundien im Küstengebiet kapitalistische Wirtschaften waren, trugen das Monopol auf Grund und Boden sowie die Bodenrente zur Erhaltung halbfeudaler Überreste in den meisten ländlichen Gebieten bei, besonders in den Anden. In der Zone tropischer Wälder wurden sogar Ausbeutungsformen angewandt, die denen der Sklaverei nahekamen. Die Agrarreform, die diese Lage beseitigen soll, ist im wesentlichen verwirklicht. Der mächtigsten und imperialistenfreundlichsten Schicht der Latifundienbesitzer wurde ein Schlag versetzt. Das Gesetz über die Agrarreform ist, wie unsere Partei erklärt, „ein fortschrittliches, radikales, antilatifundistisches und in beträchtlichem Maße antioligarchisches und antiimperialistisches Gesetz".

Welchen Charakter hat die Revolution?

Es kann wohl kaum einen Zweifel daran geben, daß die Veränderungen in Peru gegen den Imperialismus und die Oligarchie gerichtet sind, auch wenn einige Ignoranten, den Tatsachen zum Trotz, von ihrem „neokolonialistischen", „subversiven", „proimperialistischen" Charakter faseln. Ebenso falsch wäre es, diese Veränderungen — wie auch die Regierung selbst — nur als „progressiv" oder, noch schlimmer, nur als „reformistisch" einzuschätzen.

Gestützt auf die marxistisch-leninistische Analyse der nationalen Wirklichkeit, sind wir peruanischen Kommunisten der Ansicht, daß diese Veränderungen die sozialökonomische Struktur betreffen, d. h. revolutionären Inhalt haben.

Auf sozialer Ebene liquidiert das Agrarreformgesetz die Klasse der Gutsbesitzer und setzt neue Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch. Nunmehr dominieren die Wirtschaften der Mittelbauern und die Genossenschaften. Wiederhergestellt wurde das Grundeigentum der Indianergemeinden. Sie erhielten das Land zurück, das sich die Latifundienbesitzer angeeignet hatten. Das alles geschieht nach dem Prinzip: „Der Boden soll denen gehören, die ihn bearbeiten."

Auf ökonomischer Ebene förderte das Agrarreformgesetz nicht nur das Verschwinden der Latifundien und die Ausbreitung der mittelbäuerlichen Wirtschaft, sondern auch das Entstehen eines starken genossenschaftlichen Sektors. Besonders wichtig ist, daß die Nationalisierung der Erdölfelder und der Erdölindustrie, der Übergang der Verarbeitung und des Exports mineralischer Rohstoffe, der Produktion und des Exports von Fischmehl und -tran an den Staat, die Nationalisierung des Fernsprechdienstes, die Stärkung der Banco de la Nacion und die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen den staatlichen Sektor in der Wirtschaft des Landes gewaltig gefestigt haben, so daß er nun die Tendenz hat, der dominierende Sektor zu werden.

Auf politischer Ebene wurden die Oligarchie und die korrupte Bourgeoisie aus der Staatsführung entfernt. Und obgleich ihren Platz noch nicht die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen Schichten des Volkes, sondern die Streitkräfte eingenommen haben, wächst die politische Rolle des Proletariats, der Bauernschaft und der ärmsten städtischen Bevölkerung, während die proimperialistischen, prooligarchistischen politischen Parteien und Kräfte schwächer werden und auseinanderfallen.

Kann man den in Peru vor sich gehenden Prozeß als bürgerlich-demokratische Revolution bezeichnen? Diese Frage könnten wir mit Ja beantworten, wenn wir die Agrarreform für die einzige radikale Maßnahme der Regierung hielten. Doch die derzeitigen Ereignisse in Peru zeugen noch mehr als die Ereignisse von 1952 in Bolivien und von 1953 in Guatemala davon, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in ihrer reinen klassischen Form, d. h. nur als antifeudale, als Agrarrevolution, in unserer Epoche nicht vollzogen werden kann.

Bis vor kurzem war Peru im wesentlichen ein Land der Bauern und Bergarbeiter. Noch heute ist ein großer Teil seiner Bevölkerung in den Dörfern konzentriert. Doch trotzdem ist nicht sosehr das niedrige Entwicklungsniveau des Kapitalismus als vielmehr die Abhängigkeit vom Imperialismus der Hemmschuh für die Entwicklung des Landes. Man stellt unschwer fest, daß sogar das Gesetz über die Agrarreform unmittelbar die Inter-

essen vor allem der großen amerikanischen und westdeutschen Gesellschaften berührt hat. Erinnern wir daran, daß der US-Imperialismus als Reaktion auf das Gesetz über die Agrarreform mit der Anwendung des sogenannten „Holland-Amendment" drohte, das die Aufhebung der peruanischen Zuckerquote auf dem amerikanischen Markt vorsieht. Dennoch beschloß die Regierung Perus, die Durchführung der Agrarreform bei den amerikanischen Zuckerfabriken zu beginnen, und zwar mit der gleichen Festigkeit, mit der sie die Militärmissionen der USA als Antwort auf die Einstellung der amerikanischen „militärischen Hilfe" gemäß dem „Pelly-Amendment" des Landes verwies. Berücksichtigt man dazu die Festigkeit und Würde der Regierung gegenüber dem Versuch Washingtons, das „Hickenlooper-Amendment" [1]) anzuwenden, sowie die Weigerung, N. Rockefeller in unserem Lande zu empfangen, so wird klar, daß der Umgestaltungsprozeß in Peru von Anfang an antiimperialistischen und antioligarchischen Charakter trägt, der sich zunehmend und unwiderruflich vertieft. Gleichzeitig war er von Natur aus antikapitalistisch, und seine Dynamik selbst trug zur Verstärkung dieser Orientierung bei.

In den letzten 20 Jahren erfuhr die verarbeitende Industrie Perus eine beträchtliche Entwicklung. 1969 kamen auf ihren Anteil 21 Prozent des Bruttosozialprodukts. Vor der Wirtschaftskrise im Jahre 1967 betrug ihre Zuwachsrate im Durchschnitt 8 Prozent jährlich, und dadurch wurde die Landwirtschaft vom ersten Platz in der Wirtschaft des Landes verdrängt. Doch war das kein Zeichen für eine unabhängige industrielle Entwicklung oder eine Stärkung der patriotisch und antiimperialistisch gesinnten mittleren Bourgeoisie. Im Zusammenhang mit der raschen Erweiterung des Binnen- und des Außenmarktes sowie der Politik des freien Imports schalteten sich viele Unternehmer, darunter große amerikanische Investitoren, einheimische Latifundienbesitzer und die Bankoligarchie in die Produktion von Massenbedarfsgütern und einigen Exportwaren sowie in den Aufbau von Montagebetrieben ein. Doch die Produktion von Einzelteilen für diese Betriebe im Lande ließ weiterhin auf sich warten, deren Import stieg an. Kurz gesagt: Die Wirtschaft entwickelte sich nicht insgesamt, sondern es wuchs einseitig die Industrie, dazu noch in mißgestalteter und abhängiger Form. Mit anderen Worten, die Abhängigkeit des Landes vom Imperialismus wurde auch auf diesem Gebiet größer.

Ebendeshalb waren die bürgerliche Regierung Belaúnde und ihre rechten Anhänger von der Partei Volksaktion und der Christlich-Demokratischen Partei bereit, vor dem Imperialismus zu kapitulieren, mit den APRAisten und den Anhängern Odrias ein Komplott einzugehen. Ebendeshalb nahm die Industriebourgeoisie, mit wenigen Ausnahmen, die Nationalisierung des Erdöls ohne Enthusiasmus auf, ja, begann sich nach und nach dem Lager der Oligarchie und des Imperialismus anzuschließen. Selbst die Annahme des Gesetzes über die Agrarreform, die zu einer beträchtlichen Erweiterung des Binnenmarktes beitrug, fand bei der Sociedad Nacional de Industrias (dem Industriellenverband) eine kühle Aufnahme. Sie motivierte ihre Haltung mit der Sorge um den Schutz des Prinzips des Privateigentums und der Freiheit des Unternehmertums.

Die Regierung läßt die mittlere Bourgeoisie nicht außer acht, versucht, diese in die Umgestaltungen einzubeziehen, wobei sie an deren Patriotismus und deren materielle Interessiertheit anknüpft. Auf der Jahreskonferenz der Industriellen im Jahre 1970 richtete Präsident Velasco Alvarado an die peruanischen Kapitalisten den Appell, eine einheitliche Kampffront gegen die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes zu schaffen und Kapital in die Entwicklung der Wirtschaft zu investieren. Die Sociedad Nacional de Industrias erklärte sich bereit, ihre bisherige Haltung aufzugeben. Doch das war nur ein politisches Manöver, um eine Veränderung der progressiven Politik gegenüber den Werktätigen zu erreichen. Trotz aller Hindernisse ist die Regierung fest entschlossen, den Kurs auf die Erringung der wahren Unabhängigkeit und der sozialökonomischen Entwicklung des Landes fortzusetzen.

Die strukturellen Veränderungen im Lande werden von den Bauern, den Erdölarbeitern und den Landarbeitern unterstützt. Von Tag zu Tag festigt sich die Einheit des Proletariats im Rahmen des allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Werktätigen Perus (Confederación General de Trabajadores del Perú — CGTP), der entschlossen für revolutionäre Umgestaltungen eintritt. Das alles bedeutet eine neue Gruppierung der Klassenkräfte.

[1]) Das „Hickenlooper-Amendment" sieht die Einstellung der amerikanischen Hilfe für die Staaten vor, in denen Eigentum der USA ohne „rechtzeitige und gebührende" Entschädigung nationalisiert wird. Die Red.

Die „Velasco-Doktrin" und ihre antikapitalistische Orientierung

Gerade in dieser Situation wurde die „Velasco-Doktrin" formuliert, wurden das Allgemeine Industriegesetz und das Gesetz über die „Industriegemeinschaft" angenommen, die den Beginn einer neuen Etappe, eine qualitative Wandlung im revolutionären Prozeß bedeuteten.

Der Präsident der Republik hat vier Prinzipien der Regierungspolitik formuliert, die auf folgendes hinauslaufen: Die wichtigsten Reichtümer und natürlichen Ressourcen des Landes müssen dem Staat gehören; die wirtschaftliche Entwicklung soll nicht der Profitsucht von Einzelpersonen und Gruppen dienen, sondern den Interessen des Landes; die ausländischen Investitionen müssen ebenfalls den nationalen Interessen entsprechen; alle diese Maßnahmen werden dazu beitragen, die Unabhängigkeit des Landes zu festigen und die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern.

In Weiterentwicklung dieser Prinzipien sehen die von der neuen Regierung angenommenen Gesetze vor: staatliches Eigentum im Bereich der Produktion der wichtigsten Produktionsmittel, Planung der industriellen Entwicklung des Landes, Beteiligung der Werktätigen am Gewinn, am Aktienbesitz und an der Leitung der Betriebe.

Das alles paßt schon nicht mehr in den üblichen Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Eingeschränkt werden das privatkapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und die Aneignung des Mehrwertes durch die Kapitalisten. Die verbindliche Planung im Interesse des Landes macht Schluß mit der freien Konkurrenz und der Anarchie der Produktion, freilich unter der Bedingung, daß diese Maßnahmen konsequent durchgeführt werden.

Die Imperialisten und die einheimische Oligarchie zetern, dies alles sei „getarnter Sozialismus" und „Prokommunismus". Als Antwort auf derartige Behauptungen erklärt die Regierung, es handele sich um einen neuen — nichtkapitalistischen und nichtkommunistischen — Entwicklungsweg, der die Ausbeutung, die Mißstände und die Gier des Kapitalismus wie auch die „Inhumanität" des Sozialismus ausschließe. Natürlich sind wir mit der letzten Behauptung nicht einverstanden, aber wir teilen den Standpunkt der Regierung, daß die Veränderungen in Peru uns allmählich vom Kapitalismus distanzieren. Präsident Velasco und seine Anhänger lehnen das kapitalistische System offen als eine menschenunwürdige Ordnung und als Grundursache für die Rückständigkeit des Landes ab.

Wir sind ferner ebenfalls der Ansicht, daß die Revolution in Peru keine sozialistische und folglich sehr weit vom Kommunismus entfernt ist. Doch bei allem Respekt vor der Meinung der Regierung glauben wir nicht an die Möglichkeit eines dritten Weges — weder für Peru noch für irgendein anderes Land. Trotz des vernünftigen Wunsches der fortschrittlichsten Mitglieder der Revolutionären Regierung, die „soziale Harmonie" zu erreichen, und trotz unseres Strebens nach revolutionären Umgestaltungen ohne Gewaltanwendung ist nämlich eine ständige und friedliche Koexistenz des Proletariats und der Bourgeoisie (ebenso wie des Imperialismus und der nationalen Befreiungsbewegung) kraft der objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft unmöglich. Ebenso unmöglich ist eine lang anhaltende Verbindung des Privat- und des Kollektiveigentums an Produktionsmitteln innerhalb eines Betriebes. Ohne die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel kann die Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse der ganzen Gesellschaft nicht gesichert werden. Deshalb kann die „Industriegemeinschaft" nur eine Übergangsetappe sein, die mit der Zeit zum Sozialismus führen wird, wenn — wie wir hoffen — das Streben der Regierung nach ökonomischem und sozialem Fortschritt des Landes trotz Druck des Imperialismus und der Oligarchie unverändert bleibt. Vorläufig weigern sich aber die Unternehmer hartnäckig, 10 Prozent ihres Gewinns für die Arbeiter, 15 Prozent für die „Industriegemeinschaft" und 2 Prozent für wissenschaftlich-technische Forschung abzuführen, wie das in den entsprechenden Gesetzen vorgesehen ist. Sie widersetzen sich auch in jeder Weise der Mitbestimmung der Werktätigen in den Betrieben. Die Werktätigen ihrerseits kämpfen entschlossen für die Verwirklichung der errungenen Rechte.

Weshalb gerade die Militärs?

Woraus erklärt sich die Tatsache, daß gerade die Militärs die Revolution begonnen und sich praktisch an ihre Spitze gestellt haben?

Die Ereignisse in Peru zeigen anschaulich, wie sich das Bewußtsein der Menschen unter dem Einfluß der Erfolge des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen sowie des veränderten Kräfteverhältnisses in der Weltarena wandelt. Auf das Denken der Menschen wirken auch einige innere Faktoren ein. Darüber wurde auf dem V. Parteitag unserer Partei gesprochen.

Erstens hat die abhängige und mißgestaltete wirtschaftliche Entwicklung des Landes den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft verschärft. Die Mehrheit der Bevölkerung Perus erkannte die dringende Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Eine Folge dessen war das Wachstum der antiimperialistischen und antioligarchischen Stimmungen. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution flossen sie in einer mächtigen Bewegung der Solidarität mit Kuba, im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft zusammen. Im Verlaufe dieses Kampfes wurde die Front zur Verteidigung des Erdöls (Frente Nacional de Defensa del Petróleo), später die Front der nationalen Befreiung (Frente de Liberación Nacional) und schließlich der Block der Linkseinheit (Unidad de Izquierda) gebildet. Letzterer erhielt 1967 bei den Parlamentsnachwahlen 14 Prozent der Stimmen und war nahezu die breiteste und repräsentativste Koalition am Vorabend des Sturzes der Regierung Belaúnde. Der antiimperialistische Kampf der Volksmassen mußte sich auf die Position der Streitkräfte in unserem Lande auswirken. Einige Vertreter der Armee reihten sich sogar in diesen Kampf ein. Erinnert sei nur daran, daß der erste Präsident der Front zur Verteidigung des Erdöls und spätere Kopräsident der Front der Nationalen Befreiung General César Pando Egúsquiza war, der auch im Block der Linkseinheit mitwirkte. Von den antiimperialistischen Stimmungen unter den Militärs zeugen auch Fakten, die bis in die jüngste Zeit unerwähnt blieben. Wir meinen die vom Vereinten Kommando 1962 gestellte Forderung nach Aufhebung der der IPC gewährten Konzession auf die Erdölfelder La Brea und Pariñas sowie den Protest gegen das in Talara geschlossene Abkommen über die Verlängerung der Konzession, den General Velasco Alvarado im September 1968 im Namen der Armee erhoben hat. Kein Wunder, daß einer der ersten Schritte der neuen Regierung die Ausschaltung gerade der IPC war; das entsprach voll und ganz dem Bestreben der Volksmassen.

Zweitens ließ die in Peru angelaufene Modernisierung der Streitkräfte erkennen, daß in unserem zurückgebliebenen Land die für die Ausrüstung der Armee mit modernen Waffen erforderliche Basis fehlt. Das führte dazu, daß die Abhängigkeit der peruanischen Armee von amerikanischen Lieferungen stärker wurde, daß sie sich dem Pentagon und dem militärisch-industriellen Komplex der USA unterordnen mußte.

Drittens trug die Tatsache, daß den Streitkräften der lateinamerikanischen Länder die berüchtigten Doktrinen von den „antisubversiven Aktionen" und den „ideologischen Grenzen" [2]) aufgezwungen und diese Armeen auf die Unterdrückung der Befreiungsbewegung auf unserem Kontinent mit Feuer und Schwert ausgerichtet wurden, dazu bei, daß sich das Offizierskorps Perus der Politik, dem gründlichen Studium der nationalen Wirklichkeit zuwandte. Soziologie, marxistische Philosophie und politische Ökonomie wurden in das Studienprogramm der Militärakademien aufgenommen. Geschaffen wurde das Militärische Forschungszentrum (Centro de Alto Estudios Militares). Das alles bahnte den Weg zu der Einsicht, daß nicht die Arbeiter und Bauern, nicht die Studenten und nicht wir, die Kommunisten, die Feinde unserer Heimat sind, sondern der Imperialismus und die Oligarchie.

Viertens wurde das Wachstum des politischen Bewußtseins der Offiziere nicht nur dadurch bestimmt, daß sie sich theoretische Kenntnisse aneigneten, sondern auch durch ihre Teilnahme an der Durchführung des sogenannten Programms der Acción Civica Preventiva (Bau von Straßen, Schulen, Sanitätsstellen usw. im Landesinnern).

Sie überzeugten sich von der Rechtlosigkeit und dem Elend der Landbevölkerung noch mehr während der Operationen gegen die Partisanen im Jahre 1965.

---

2) Die vom reaktionären Militärklüngel der USA und Lateinamerikas verkündete Doktrin der „ideologischen Grenzen" läuft im wesentlichen darauf hinaus, die militärische Intervention in jedes beliebige Land des Kontinents unter dem Vorwand des Kampfes gegen die „kommunistische Infiltration" zu rechtfertigen. Nach Ansicht ihrer Autoren sind in diesem Kampf die „ideologischen Grenzen", nicht aber die staatlichen von Bedeutung. Die Red.

Fünftens förderte das Schwinden des militärischen Prestiges des US-Imperialismus infolge des Scheiterns der Intervention auf Kuba sowie der Niederlage in Vietnam ebenfalls die Evolution im Denken der peruanischen Militärs.

Nicht minder wichtig war die Veränderung in der sozialen Zusammensetzung des Offizierkorps der peruanischen Armee: Die Mehrheit kommt aus kleinbürgerlichem Milieu, ein gewisser Teil aus der Bauernschaft, wie z. B. Präsident Velasco Alvarado. Nicht einer der von uns aufgezählten Faktoren hätte das Offizierskorps so positiv beeinflußt, wenn dieses aus Vertretern der Oligarchie bestanden hätte.

Zu berücksichtigen ist ferner, daß im September und Oktober 1968 Peru durch die tiefe wirtschaftliche und politische Krise paralysiert wurde. Die bürgerliche Regierung Belaúnde zeigte in der komplizierten Situation völlige Ohnmacht und begab sich auf den Weg des Verrats an den nationalen Interessen. Zu jener Zeit waren die revolutionär gestimmten zivilen Kräfte noch nicht geeint genug, um die Initiative in ihre Hände zu nehmen. An die Macht kamen die Militärs.

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels wiesen darauf hin, daß während einer tiefen politischen Krise durch das Absinken des Prestiges der herrschenden Klassen und das Anwachsen der revolutionären Stimmungen eine Art Gleichgewicht der Kräfte hergestellt wird. Gerade dann kann sich eine der stärksten Institutionen der Staatsmacht — die Armee — über die Klassen, denen sie zuvor gedient hat, erheben und zuweilen sogar gegen deren Interessen wirken.

Von den gegenwärtigen Klassenpositionen der peruanischen Regierung kann man sagen, daß sie die Interessen des radikal gesinnten Kleinbürgertums zum Ausdruck bringen. Das politische Credo der neuen Militärregierung ist der Aufbau einer Gesellschaft, die etwa zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus steht. Doch da die Konzeption einer solchen Gesellschaft (wir wollen sie bedingt „kleinbürgerliche", „halbsozialistische" nennen) unhaltbar ist, zwingt die Entwicklung der Ereignisse selbst die Regierung unvermeidlich, immer mehr die Positionen des Proletariats und der breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land zu beziehen. In einer solchen Situation hört das Kleinbürgertum bereits auf, ihre sozialpolitische Hauptstütze zu sein.

Volksmassen und Partei

Kann man sagen, die Volksmassen hätten mit den vor sich gegangenen Ereignissen nichts zu tun gehabt? Kann man behaupten, die Arbeiterklasse und die Peruanische Kommunistische Partei hätten überhaupt keine Rolle gespielt? Hängt etwa von den Streitkräften allein die weitere Entwicklung der Revolution ab?

Die 60er Jahre waren in Peru von zahlenmäßigem Wachstum des Proletariats, von seiner organisatorischen und politischen Festigung, von einer Verstärkung des Kampfes und Hebung des Niveaus des revolutionären Bewußtseins der Werktätigen in Stadt und Land gekennzeichnet. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus reorganisierte und festigte sich, eine Entwicklung erfuhr der Kampf der Bauern um Grund und Boden.

Unsere Partei kämpfte entschlossen gegen die reaktionären Regime und die grausamen Repressalien der proimperialistischen und prooligarchischen Kräfte. Gleichzeitig sorgte sie für die Reinheit ihrer Reihen, indem sie sich von jeglichen Spaltern und Opportunisten befreite. Sie überprüfte zugleich ihren organisatorischen Aufbau und arbeitete einen neuen politischen Kurs aus. All das war ein Bestandteil des Prozesses der Kräftesammlung der in der Schaffung der Front zur Verteidigung des Erdöls, der Front der Nationalen Befreiung und im Wahlerfolg des Blocks der Linkseinheit seinen Ausdruck fand.

Heute, da die Revolutionäre Regierung der Streitkräfte die Macht ausübt, bleibt die Linie unserer Partei klar, fest und verständlich. Sie wird von den breiten Massen unterstützt. Es geht nicht nur um die Ausarbeitung und Erläuterung des politischen Kurses, sondern auch um seine praktische Verwirklichung. Wir haben die bewußte und aktive Teilnahme der organisierten Arbeiterklasse an der Verteidigung und Vertiefung der sich im Lande vollziehenden fortschrittlichen, antiimperialistischen und antioligarchischen Umgestaltungen in jeder Weise gefördert. Große Anstrengungen gelten auch der organisierten und kämpferischen Teilnahme der Studenten, Bauern und nichtproletarischen Schichten der Stadtbevölkerung, des ganzen Volkes an diesem Prozeß.

Die Kommunisten sehen klar ihren Weg vor sich. Wir unterstützen die Regierung, die die antiimperialistische und antioligarchische Revolution, für die wir stets kämpften, eingeleitet hat. Wir vergessen jedoch nie die Rolle unserer Partei und die Hegemonie des Proletariats. Die Revolution in Peru befindet sich erst in der ersten Etappe ihrer Entwicklung. Wir kennen unsere historische Mission und werden alles tun, um sie zu erfüllen.

Revolutionärer Prozeß und konterrevolutionäre Verschwörung

Kann man damit rechnen, daß sich die antiimperialistische und antilatifundistische Revolution auch künftig erfolgreich entwickeln wird? Ist es richtig zu glauben, ihr drohe keinerlei Gefahr und ihr Weg werde leicht sein?

Schätzen wir die Lage im Lande und im Weltmaßstab ein, so können wir fast mit absoluter Sicherheit sagen, daß die errungenen Erfolge nicht mehr rückgängig zu machen sind. Das heißt jedoch keineswegs, die Revolution trete in eine ruhige Entwicklungsperiode ein und ihr drohe keinerlei Gefahr. Die Imperialisten sind noch nicht besiegt, wenngleich ihnen auch spürbare Schläge versetzt wurden. Auf einem Meeting in Lima am 3. Oktober 1970 wies Präsident Velasco Alvarado auf eine Reihe von Schwierigkeiten hin, vor denen das Land steht.

Viele komplizierte Probleme stammen noch aus der Vergangenheit. Eine Reihe imperialistischer Unternehmen muß nationalisiert, eine Reform des Bildungswesens durchgeführt werden usw.

Der staatliche Verwaltungsapparat, solche seiner wichtigen Institutionen wie politische Polizei und örtliche Machtorgane, sind vom Konservativismus, Bürokratismus, Kompromißlertum, von der Korruptheit geprägt und reaktionär. Gerade auf diesem Gebiet ist die Gefahr der Sabotage, der Verschwörungen der Oligarchie und des Imperialismus, unserer Ansicht nach, am größten.

Noch nicht überwunden ist die Wirtschaftskrise, und die daraus resultierenden ernsten Probleme sind noch nicht gelöst. Zu beobachten ist beispielsweise eine solche Paradoxie: Einerseits ist durch die Nationalisierung des Erdöls und des Handels mit Erzeugnissen der Montanindustrie, die Errichtung der Kontrolle über Währungsoperationen und eine Reihe anderer Maßnahmen seit sechs Jahren zum ersten Male das Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz sowie im Staatshaushalt beseitigt worden. Die Devisenreserven in der Banco de Reserva und Banco de la Nación belaufen sich auf 400 Mill. Dollar. Andererseits sind 500 000 Menschen im Lande von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen, und der Reallohn ist im Durchschnitt von Januar 1967 bis November 1969 um 25,5 Prozent gesunken. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Kapitalinvestitoren die investierten Mittel abziehen und die Unternehmer zu Massenentlassungen von Werktätigen und anderen Maßnahmen greifen, die deren Lebensstandard senken.

Studentenschaft, Intelligenz und einige andere Bevölkerungsschichten sind dem Militärregime gegenüber immer noch mißtrauisch. Dieses Mißtrauen hat historische Wurzeln und wird durch Informations- und Propagandamittel, die sich in den Händen der Feinde des Volkes befinden, angeheizt.

Unserer Ansicht nach muß man zu den Hindernissen auf dem Wege des revolutionären Prozesses in Peru auch die Gefahr rechnen, die die Suche nach einem „dritten Weg" in sich birgt. In dem Bestreben, einen solchen Weg theoretisch zu begründen, gehen seine Anhänger so weit, den Antikommunismus zu begünstigen und der ehrlichen, entschlossenen Unterstützung der Arbeiterklasse, der Werktätigen auf dem Lande und der nichtproletarischen Massen der Bevölkerung für die Regierung und deren Politik grundlegender Umgestaltungen zu mißtrauen.

Eine neue Etappe im revolutionären Prozeß

Mit der Verkündung des Allgemeinen Industriegesetzes und des Gesetzes über die „Industriegemeinschaft" begann eine neue, höhere Etappe des revolutionären Prozesses. Ihre Besonderheit sind Maßnahmen, die nicht nur die Interessen der Imperialisten und Latifundienbesitzer schmälern, sondern sich auch gegen die schädlichsten Aspekte der kapitalistischen Produktionsverhältnisse richten. Die Arbeiterklasse begann aktiv, organisiert, bewußt und entscheidend am Umgestaltungsprozeß teilzunehmen. Eine Einheitsfront der Volkskräfte wurde geschaffen, und geschlossen wurde das Bündnis zwischen den ihr an-

gehörenden Strömungen und den revolutionär gestimmten Militärkreisen. Den Kern dieser Massenbewegung bilden zur Zeit sieben Organisationen: der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus; das Allgemeine Gewerkschaftszentrum der neuen Städte (Central General de Pueblos Jóvenes); die Assoziation der Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen (Asociación de Licenciados de la Fuerza Armada); der Bauernbund „Túpac Amaru" [3]); die Nationale Genossenschaftsvereinigung (Asociación Nacional de Cooperativas); die Nationale Brigade der Freiwilligen zur Unterstützung der Agrarreform (Brigada Nacional de Voluntarios para la Reforma Agraria) und die Genossenschaft „Presse und Volk" (Prensa y Pueblo). Die koordinierte und konsequente Tätigkeit dieser Organisationen wird in ihre Reihen alle Peruaner einbeziehen, die bereit sind, entschlossen und aufopfernd für die erfolgreiche Verwirklichung der höchsten Ziele der Revolution zu kämpfen.

Am 31. Mai 1970 kamen bei einem überaus schweren, mit Überschwemmungen verbundenen Erdbeben in Peru 70 000 Menschen ums Leben. Bis auf den Grund zerstört wurden mehrere Städte, riesiger Schaden wurde der Volkswirtschaft zugefügt. Hunderttausende Menschen wurden obdachlos, erlitten Verwundungen oder Verletzungen. Bei der Beseitigung der Folgen dieser Naturkatastrophe half uns die Solidarität aller Völker, besonders der sozialistischen Länder. Großzügig unterstützte uns Kuba mit Blutkonserven, Medikamenten und Ärzten. Die Sowjetunion schickte Einrichtungen für Krankenhäuser und Kinderkrippen, Montagehäuser, Hunderte Tonnen Medikamente, Lebensmittel usw. Rund 200 sowjetische Mediziner erwiesen uns mit ihrer selbstlosen Arbeit unschätzbare Hilfe. Das ist sozialistischer Humanismus in Aktion. Wir wissen, daß wir uns jederzeit auf die Hilfe der Länder des Sozialismus verlassen können.

All das bestärkt uns in der Zuversicht, daß die Revolution in Peru sich auch weiterhin erfolgreich entwickeln wird.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Eine polnische Veröffentlichung über den Vorschlag der UdSSR vom 26. März 1971 für ein Westberlin-Abkommen

(Wortlaut)

Die polnische Tageszeitung „Zycie Marszawy" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 15. April 1971 eine Information über das sowjetische Positions-Papier bei den Westberlin-Verhandlungen der Vier Mächte. Der Artikel in „Zycie Warszawy" hat folgenden Wortlaut:

Von glaubwürdigen politischen Kreisen in Brüssel erhielten wir Informationen zum Thema der laufenden Verhandlungen der Vertreter der Vier Mächte über Westberlin.

Viele politische Beobachter verbinden mit dem Treffen der Botschafter der Vier Mächte in der Frage Westberlins, das am 16. April dieses Jahres im Gebäude des ehemaligen Kontrollrates stattfinden wird, bestimmte Erwartungen und Hoffnungen. Das Treffen der Botschafter wird der Erörterung des Entwurfs eines Vertrages über Westberlin gewid-

[3]) Túpac Amaru — Nationalheld Perus, Führer des Indianeraufstandes gegen das spanische Kolonialjoch Ende des 18. Jahrhunderts. Die Red.

gehörenden Strömungen und den revolutionär gestimmten Militärkreisen. Den Kern dieser Massenbewegung bilden zur Zeit sieben Organisationen: der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Werktätigen Perus; das Allgemeine Gewerkschaftszentrum der neuen Städte (Central General de Pueblos Jóvenes); die Assoziation der Unteroffiziere, Soldaten und Matrosen (Asociación de Licenciados de la Fuerza Armada); der Bauernbund „Túpac Amaru" [3]); die Nationale Genossenschaftsvereinigung (Asociación Nacional de Cooperativas); die Nationale Brigade der Freiwilligen zur Unterstützung der Agrarreform (Brigada Nacional de Voluntarios para la Reforma Agraria) und die Genossenschaft „Presse und Volk" (Prensa y Pueblo). Die koordinierte und konsequente Tätigkeit dieser Organisationen wird in ihre Reihen alle Peruaner einbeziehen, die bereit sind, entschlossen und aufopfernd für die erfolgreiche Verwirklichung der höchsten Ziele der Revolution zu kämpfen.

Am 31. Mai 1970 kamen bei einem überaus schweren, mit Überschwemmungen verbundenen Erdbeben in Peru 70 000 Menschen ums Leben. Bis auf den Grund zerstört wurden mehrere Städte, riesiger Schaden wurde der Volkswirtschaft zugefügt. Hunderttausende Menschen wurden obdachlos, erlitten Verwundungen oder Verletzungen. Bei der Beseitigung der Folgen dieser Naturkatastrophe half uns die Solidarität aller Völker, besonders der sozialistischen Länder. Großzügig unterstützte uns Kuba mit Blutkonserven, Medikamenten und Ärzten. Die Sowjetunion schickte Einrichtungen für Krankenhäuser und Kinderkrippen, Montagehäuser, Hunderte Tonnen Medikamente, Lebensmittel usw. Rund 200 sowjetische Mediziner erwiesen uns mit ihrer selbstlosen Arbeit unschätzbare Hilfe. Das ist sozialistischer Humanismus in Aktion. Wir wissen, daß wir uns jederzeit auf die Hilfe der Länder des Sozialismus verlassen können.

All das bestärkt uns in der Zuversicht, daß die Revolution in Peru sich auch weiterhin erfolgreich entwickeln wird.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Eine polnische Veröffentlichung über den Vorschlag der UdSSR vom 26. März 1971 für ein Westberlin-Abkommen

(Wortlaut)

Die polnische Tageszeitung „Zycie Marszawy" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 15. April 1971 eine Information über das sowjetische Positions-Papier bei den Westberlin-Verhandlungen der Vier Mächte. Der Artikel in „Zycie Warszawy" hat folgenden Wortlaut:

Von glaubwürdigen politischen Kreisen in Brüssel erhielten wir Informationen zum Thema der laufenden Verhandlungen der Vertreter der Vier Mächte über Westberlin.

Viele politische Beobachter verbinden mit dem Treffen der Botschafter der Vier Mächte in der Frage Westberlins, das am 16. April dieses Jahres im Gebäude des ehemaligen Kontrollrates stattfinden wird, bestimmte Erwartungen und Hoffnungen. Das Treffen der Botschafter wird der Erörterung des Entwurfs eines Vertrages über Westberlin gewid-

[3]) Túpac Amaru — Nationalheld Perus, Führer des Indianeraufstandes gegen das spanische Kolonialjoch Ende des 18. Jahrhunderts. Die Red.

met sein, der am 26. März vom Vertreter der Sowjetunion vorgelegt wurde und auf großes Interesse der Botschafter der USA, Englands und Frankreichs stieß, wobei er von einem von ihnen besonders interessiert aufgenommen wurde.

Dieses umfassende Dokument, das — wie angenommen wird — zwölf Schreibmaschinenseiten umfaßt, enthält alle Fragen einer eventuellen Verständigung, die in den früheren, mehrere Monate umfassenden Verhandlungen von den Seiten aufgeworfen und diskutiert worden waren. Nach den Informationen aus glaubwürdigen Quellen setzt sich das sowjetische Dokument, das vertraulichen Charakter hat, aus einem Entwurf des Vertrages der Vier Mächte und aus fünf anderen sowie aus einem Schlußakt zusammen, der die Reihenfolge der Durchsetzung aller Elemente der erreichten Regelung festlegt.

In der Präambel und den drei Hauptkapiteln des Vertrages wird unterstrichen, daß die Seiten, gestützt auf das Viermächteabkommen und die Beschlüsse — die nicht verletzt wurden — tätig waren, indem sie als Ausgangspunkt die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nahmen und die bestehende Situation berücksichtigen. Sie nehmen die Verpflichtung auf sich, für die Beseitigung der Spannung zu wirken und Komplikationen in den Beziehungen zwischen den Vier Mächten und anderen interessierten Seiten vorzubeugen und damit für die praktische Verbesserung der Situation tätig zu sein. Es wurde weiter beschlossen, daß in dem Gebiet, dessen Situation in den Gesprächen geprüft worden war, die Sicherung der Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen und die Ausschließung von Gewaltanwendung und -androhung notwendig ist. Unabhängig von den Ansichten hinsichtlich der politisch-rechtlichen Probleme darf der in diesem Gebiet bestehende Status nicht einseitig verändert werden. Das Dokument verpflichtet die Seiten, all das zu beseitigen, was in Übereinstimmung mit den allgemein gültigen Normen des Völkerrechts gleichbedeutend wäre mit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer oder was die öffentliche Sicherheit und Ordnung verletzen könnte.

Die grundlegenden Beschlüsse bezüglich Westberlins bilden den Hauptteil des von der sowjetischen Seite vorgeschlagenen Vertragsentwurfs. In diesem Teil wird entsprechend den von den drei Westmächten vorgeschlagenen Formulierungen konstatiert, daß Westberlin kein Teil der BRD ist und nicht unter ihrer Verwaltung bleibt. Die Artikel des Grundgesetzes der BRD und der Westberliner Verfassung, die damit nicht in Übereinstimmung stehen, sind nicht rechtskräftig. Die Beziehungen Westberlins mit der BRD müssen sich auf diese Beschlüsse stützen. Die Einzelheiten legt ein Anhang in Form eines Briefes der drei Westmächte an die Sowjetunion fest, in dem mitgeteilt wird, daß der Bundespräsident, die Bundesversammlung, die Regierung, der Bundestag und der Bundesrat sowie auch ihre Kommissionen und Fraktionen und andere staatliche Bundes- und Landesinstitutionen wie auch offizielle Persönlichkeiten der BRD in Westberlin keinerlei offizielle Akte oder andere Tätigkeiten durchführen dürfen, die eine Ausdehnung ihrer Kompetenz auf diese Stadt bedeuten würden.

Die Interessen der BRD gegenüber dem Westberliner Senat und den drei Westmächten würde ein Spezialorgan für Kontakte repräsentieren.

Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die sowjetischen Vorschläge in keiner Weise die ausgedehnten bestehenden Verbindungen zwischen der BRD und Westberlin einschränken, mit Ausnahme der politischen Bindungen. Nach Einschätzung westlicher Vertreter stellt das seitens der Sowjetunion ein großes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der drei Westmächte dar.

Große Bedeutung wird im Westen auch der Tatsache beigemessen, daß der sowjetische Entwurf auf der Grundlage gegenseitiger Festlegungen die Frage der Sicherung vorteilhafter Bedingungen für den Transitverkehr von Zivilpersonen zwischen Westberlin und der BRD löst, der bisher ohne formelle Regelung durchgeführt wird. In dieser Frage, die von der westlichen Seite im Hinblick auf das Erreichen eines Abkommens als Schlüsselfrage behandelt wird, ist der Abschluß eines Vertrages durch kompetente Organe vorgesehen, der festlegen würde, daß der Transit ohne Hindernisse und auf dem Prinzip der allgemein verpflichtenden völkerrechtlichen Normen durchgeführt wird.

Die konkreten Bedingungen seiner Verwirklichung sind im Anhang in Form einer Erklärung der Regierung der UdSSR an die Regierungen der drei Westmächte dargelegt.

Diese Erklärung stützt sich auf die Erklärung der Regierung der DDR über ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit dem Ziel des Abschlusses eines notwendigen Vertrags mit den interessierten Seiten, die eine Reihe für Westberlin überaus wichtiger Verbesserungen in der Organisation des Transitverkehrs auf den Verkehrswegen der DDR wie auch in den ihn betreffenden Vorschriften vorsieht. Es ist u. a. geplant, daß der Transit möglichst einfach und zweckmäßig vor sich geht.

Bei der Ausfertigung der Dokumente (Identifikation) und der Kontrolle soll die in der internationalen Praxis übliche Prozedur angewandt werden. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Transportmittel im Transitverkehr vom Absender plombiert werden und die Kontrolle in der Regel nach den Begleitdokumenten durchgeführt wird. Im Unterschied zur bisherigen Praxis, wo für die Nutzung der Verkehrswege für jede Transporteinheit ein Entgelt erhoben wurde, kann das Prinzip der Gesamtverrechnung eingeführt werden, das die Erledigung der Formalitäten beim Überschreiten der Grenzen der DDR bedeutend beschleunigen wird.

Wie aus den von der Presse veröffentlichten Materialien, die den Standpunkt der drei Westmächte und der BRD beleuchten, hervorgeht, berücksichtigen diese Vorschläge praktisch alle grundlegenden Wünsche, die von der westlichen Seite hinsichtlich der praktischen Schritte im Bereich der Verbesserung der Verkehrsverbindungen Westberlins mit der Außenwelt vorgebracht wurden.

Hinsichtlich des die Einwohner Westberlins besonders interessierenden Probleme der Möglichkeiten für die Bürger dieser Stadt, Reisen in die DDR, einschließlich ihrer Hauptstadt, zu erreichen, eröffnen die von der Sowjetunion am 26. März unterbreiteten Vorschläge, die zweifellos nicht ohne Berücksichtigung der Meinung der DDR formuliert werden können, auch in dieser Frage günstige Perspektiven. Es ist vorgesehen, daß die ständigen Einwohner Westberlins die Möglichkeit haben werden, Reisen in die DDR zu unternehmen, wenn ihnen humanitäre, familiäre, religiöse und kulturelle Motive zugrunde liegen, und auch, wenn sie den Charakter von Touristenreisen haben. In dieser Frage ist neben den anderen praktischen Problemen in den Beziehungen Westberlins mit der DDR, die von der westlichen Seite aufgeworfen worden waren, der Abschluß notwendiger Vereinbarungen zwischen den kompententen deutschen Organen vorgesehen. Ähnlich wie auch in anderen Kapiteln des Vertrages sind die Einzelheiten dieser Frage im Anhang festgelegt, in Form eines Briefes der Sowjetunion, der sich auf die entsprechende Regierungserklärung der DDR stützt.

Diplomatische Kreise beurteilen das Einverständnis der sowjetischen Seite zur Regelung des Problems der Interessenvertretung Westberlins im Ausland als ungewöhnlich wichtigen, den drei Westmächten und der BRD entgegenkommenden Schritt der Sowjetunion. Durch einen Austausch von Briefen in dieser Frage, die Anhang zum Vertrag sein müssen, gibt die Sowjetunion ihrer Bereitschaft Ausdruck, ihr Veto hinsichtlich der Ausübung der konsularischen Betreuung der ständigen Einwohner Westberlins sowie der Wahrung ihrer Interessen im Ausland durch die BRD zurückzuziehen, wenn sie natürlich damit nicht die Staatsbürgerschaft der BRD erwerben.

Westberlin könnte ebenfalls an von der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen teilnehmen, die keinen militärischen oder politischen Charakter haben. Bei Einverständnis der Staaten, mit denen diese Verträge abgeschlossen werden. Die Vertretung Westberlins in politischen Fragen und solchen der Sicherheit würde in den Beziehungen mit einzelnen Staaten und internationalen Organisationen — wie bisher — durch die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erfolgen. Im Vertragsentwurf sind Festlegungen enthalten, deren Ziel in der Sicherung der Achtung der sowjetischen Interessen in Westberlin, darunter auch der wirtschaftlichen und der Vermögensinteressen besteht.

In Übereinstimmung mit dem durch die Teilnehmer der Gespräche abgestimmten Schema der geplanten Maßnahmen sehen die sowjetischen Vorschläge vor, daß zwischen der DDR, der BRD und dem Westberliner Senat Gespräche geführt und entsprechende Lösungen über Fragen ausgearbeitet werden, die ihre Kompetenz betreffen. Nach Beendigung dieser Gespräche muß der erzielte Vertrag durch die Vier Mächte in Form eines speziellen Finaldokuments realisiert werden. Dieses Dokument sieht vor, daß die Verträge

der deutschen Organe sowie der Vertrag der Vier Mächte gleichzeitig in Kraft treten und jeder dieser Verträge und jede dieser Lösungen in Kraft bleiben werden in dem Sinne, daß alle übrigen Verträge und Lösungen in Kraft bleiben. Sollten die Verträge verletzt werden, ist die Art und Weise der Konsultation festgelegt, um die Verletzungen zu beseitigen und die Situation auf einen mit dem Vertrag übereinstimmenden Stand zu bringen. In der langen Geschichte der Verhandlungen über Westberlin stellen die gegenwärtigen sowjetischen Vorschläge unbestreitbar die allseitigsten im Vergleich zu den überhaupt vorgebrachten Vorschlägen in dieser Hinsicht dar. Diese Vorschläge — wenn man die Worte einiger hohe Stellungen innehabender westlicher Vertreter benutzt — haben in den Hauptstädten der drei Westmächte große Aufmerksamkeit auf sich gezogen und eine vielschichtige, häufig widersprüchliche Reaktion hervorgerufen. Die Skala dieser Reaktionen ist unbestreibar breit. Beginnend vom vorsichtigen Optimismus derer, die die Möglichkeit einer realen Verbesserung der Situation nicht übersehen wollen, und endend bei den bewußt pessimistischen Einschätzungen, die aus den Kreisen hervorgehen, die Westberlin weiterhin als Hebel des Einflusses auf europäische Fragen und auf die Politik der einzelnen Staaten Europas ausnutzen möchten.

Der weitere Verlauf der Verhandlungen wird zeigen, welche Tendenz bei der Behandlung des Westberlinproblems in den Hauptstädten der Westmächte die Oberhand gewinnen wird. Es ist jedoch klar, daß der Vertrag, der sich auf vierseitige Bündnisbeschlüsse und -festlegungen sowie auf die in diesem Gebiet bestehende Situation stützt, den Interessen der Einwohner Westberlins, den Interessen des sozialistischen deutschen Staates, in dessen Zentrum sich diese Stadt befindet, den Interessen aller Seiten, den Interessen des Friedens und der Entspannung in Europa entsprechen würde.

Auszüge aus den außenpolitischen Teilen der Referate L. I. Breschnews und A. N. Kossygins auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, einschließlich des Sechs-Punkte-Programms für Abrüstung und friedliche Koexistenz

Der XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion tagte vom 30. März bis 9. April 1971 in Moskau. Aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, vorgelegt von seinem Generalsekretär Leonid I. Breschnew, dokumentieren wir im Wortlaut das Sechs-Punkte-Programm für Abrüstung und friedliche Koexistenz sowie die damit verbundenen Passagen über die internationale Lage; dem Referat des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Alexej N. Kossygin, über den Fünfjahresplan 1971—1975 entnehmen wir im Wortlaut das Kapitel über die Außenwirtschaftsbeziehungen. D. Red.

L. I. Breschnew

Genossen! Auf dem XXIII. Parteitag und in einer Anzahl späterer Dokumente hat unsere Partei bereits eine ausgiebige Einschätzung des modernen Imperialismus geliefert. Eine marxistisch-leninistische Analyse seiner gegenwärtigen Merkmale ist in den Materialien der internationalen kommunistischen Beratung von 1969 enthalten. Gestatten Sie mir deshalb, im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre, nur auf einige Hauptmomente einzugehen, die wir in unserer Politik beherzigen müssen.

Die Besonderheiten des modernen Kapitalismus sind weitgehend darauf zurückzuführen, daß er sich der neuen Weltlage anpaßt. Angesichts des Ringens mit dem Sozialismus fürchten die herrschenden Kreise der kapitalistischen Länder mehr denn je das Umschlagen des Klassenkampfes in eine revolutionäre Massenbewegung. Daher das Bestreben der Bourgeoisie, verschleiertere Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen anzuwenden, daher ihre Bereitschaft, sich in einigen Fällen zu Teilreformen zu bequemen, um die Massen nach Möglichkeit auch weiter ideologisch und politisch kontrollieren zu können. Die Monopole machen weitgehend Gebrauch von den Erkenntnissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um ihre Positionen auszubauen, um den Nutzeffekt und das Entwicklungstempo der Produktion zu steigern, um die Ausbeutung und Unterdrükkung der Werktätigen zu verstärken.

Aber Anpassung an die neuen Bedingungen bedeutet keine Stabilisierung des Kapitalismus als System. *Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich nach wie vor.*

Selbst die meistentwickelten kapitalistischen Staaten werden von ernsten wirtschaftlichen Erschütterungen nicht verschont. Die USA z. B. können bereits seit etwa zwei Jahren der fälligen Wirtschaftskrise nicht Herr werden. Die letzten Jahre standen ferner im Zeichen einer schweren Krise des Währungs- und Finanzsystems des Kapitalismus. Das gleichzeitige Fortschreiten von Inflation und Arbeitslosigkeit ist zu einer ständigen Erscheinung geworden. In den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt es heute rund acht Millionen Arbeitslose.

Weder die Integrationsprozesse noch das Klasseninteresse der Imperialisten an vereinten Anstrengungen zur Bekämpfung des Weltsozialismus vermochten, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten aus der Welt zu schaffen. Zu Beginn der siebziger Jahre zeigten sich deutlich die Hauptzentren der imperialistischen Rivalität: USA — Westeuropa (vor allem die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes) — Japan. Der ökonomische und politische Konkurrenzkampf unter ihnen wird immer schärfer. Die von offiziellen Stellen der USA verhängten Einfuhrverbote gegen eine immer größere Anzahl Waren Europas und Japans; die Versuche der europäischen Länder, ihre Ausbeutung durch das amerikanische Kapital einzuschränken, sind nur einige Erscheinungen dieses Kampfes.

Die Außenpolitik des Imperialismus hat während des vergangenen Jahrfünfts neue Beweise dafür geliefert, daß sein reaktionärer, aggressiver Charakter unverändert bleibt.

In diesem Zusammenhang ist vor allem der amerikanische Imperialismus zu erwähnen, der sich in den letzten Jahren aufs neue als eine Art Garant und Schutzpatron des internationalen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems gebärdet. Er ist bestrebt, überall zu herrschen, mischt sich in die Angelegenheiten anderer Völker ein, verletzt rücksichtslos deren legitime Rechte und Souveränität, versucht durch Gewalt, Korruption und ökonomische Infiltration anderen Staaten und ganzen Bereichen der Welt seinen Willen zu diktieren.

Die Kräfte des Krieges und der Aggression existieren selbstverständlich auch in den anderen imperialistischen Ländern. In Westdeutschland sind es die Revanchisten, die sich immer enger mit den Neonazis verbünden; in England sind es die Würger Nordirlands, die Lieferanten von Waffen an die Rassisten Südafrikas, die Apologeten der aggressiven Politik der USA; in Japan sind es die Militaristen, die dieses Land entgegen der Verfassung, welche den Krieg „für ewige Zeiten" verbietet, erneut auf den Weg der Expansion und Aggression zu drängen suchen.

Man muß, Genossen, auch im Auge behalten, daß während der Nachkriegsjahre in der kapitalistischen Welt ein Wachstum des Militarismus von nie dagewesenen Ausmaßen zu verzeichnen ist. Diese Tendenz ist in letzter Zeit noch stärker geworden. Allein im Jahre 1970 haben die NATO-Länder 103 Milliarden Dollar in Kriegsvorbereitungen investiert. Am gefährlichsten ist die Militarisierung in den USA. Während der letzten fünf Jahre wurden in diesem Lande gegen 400 Milliarden Dollar für militärische Zwecke verausgabt. Die Imperialisten plündern systematisch die Völker von Dutzenden Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sie pumpen Milliarden Dollar jährlich aus der sogenannten dritten Welt heraus. Indessen sind nach Angaben des von der UNO 1970 veröffentlichten Be-

richtes über die Ernährungslage in der Welt 375 Millionen Menschen dieser Kontinente am Verhungern.

Die Imperialisten verschmähen keinerlei Verbrechen, um ihre Herrschaft über die Völker der ehemaligen Kolonien oder anderer Länder, die sich vom Würgegriff der kapitalistischen Ausbeutung befreien, aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen. Das vergangene Jahrfünft hat viele neue Beweise dafür erbracht. Die Agggression gegen die arabischen Staaten, die Invasionsversuche der Kolonisatoren in Guinea, die Wühlarbeit gegen die fortschrittlichen Regime in Lateinamerika — all das erinnert immer wieder daran, daß der Krieg des Imperialismus gegen die freiheitliebenden Völker nicht aufhört.

Und die größte Schandtat der gegenwärtigen Kolonialherren, die Schmach Amerikas, ist die fortdauernde Aggression der USA gegen die Völker von Vietnam, Kambodscha und Laos.

In den letzten Jahren sind Kriegsverbrechen des amerikanischen Imperialismus bekannt geworden, die die weltweite Öffentlichkeit buchstäblich erschüttert haben. Bekannt ist die Tragödie des vietnamesischen Dorfes Song My, dessen friedliche, wehrlose Bevölkerung, einschließlich der Frauen, Greise und Kinder, von einem amerikanischen Exekutionstrupp sadistisch niedergemetzelt wurde.

Es ist schwer, über die Untaten der bis an die Zähne bewaffneten Interventen ruhig zu sprechen. Hunderttausende Tonnen Napalm haben ganze Bezirke Südvietnams buchstäblich verbrannt. Fast anderthalb Millionen Vietnamesen erhielten Vergiftungen, viele sind infolge des Einsatzes chemischer Waffen ums Leben gekommen. Das Gewissen jedes ehrlichen Menschen, um so mehr das Gewissen eines Kommunisten, wird sich niemals mit den Greueltaten der amerikanischen Interventen und ihrer Helfershelfer abfinden, die sich als Vertreter der „westlichen Zivilisation" und der sogenannten freien Welt aufspielen. Schmach über sie.

Genossen, die Versuche des Imperialismus, dem Lauf der Geschichte eine ihm genehme Richtung zu verleihen, sind zum Scheitern verurteilt — daran zweifeln wir nicht. Aber wir Kommunisten wissen genau, daß für Selbstzufriedenheit und Passivität kein Platz ist. Den Kämpfern gegen kapitalistische Unterdrückung widersteht das letzte, jedoch mächtigste aller bisherigen Ausbeutersysteme. Deshalb steht noch ein schwerer und langwieriger Kampf bevor.

Aber so schwer dieser Kampf auch sein mag, er schwillt weiter an, seine Front erweitert sich ständig. In den letzten Jahren haben die Kämpfer gegen den Imperialismus neue Ruhmeskapitel in die Annalen der Klassenschlachten geschrieben.

Heute wie gestern ist die *internationale Arbeiterbewegung* die bewährte kämpferische Vorhut der revolutionären Kräfte. Die Ereignisse des letzten Jahrfünfts in der kapitalistischen Welt haben die Bedeutung der Arbeiterklasse als wichtigsten und stärksten Gegners der Monopolherrschaft, als Anziehungspunktes für alle antimonopolistischen Kräfte in vollem Maße bestätigt.

In solchen Ländern wie Frankreich und Italien, wo die Traditionen des Klassenkampfes höher entwickelt sind und wo starke kommunistische Parteien wirken, war eine Offensive der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen nicht nur gegen einzelne Kapitalistengruppen, sondern auch gegen das ganze System der staatsmonopolistischen Herrschaft zu verzeichnen. In England erreichte der Klassenkampf hohe Intensität, und was die Ausmaße, die Teilnehmerzahlen betrifft, so lassen sich die diesjährigen Streiks nur mit dem Generalstreik von 1926 vergleichen. In den USA haben die Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Monopole große Ausmaße angenommen, mit nie dagewesener Schärfe entwickelt sich der Kampf des Negervolkes für Gleichberechtigung, der Kampf der Jugend gegen den Krieg in Vietnam. Die Bewegung der Arbeitermassen in der BRD gewinnt an Kraft. Zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten kommt es zu größeren Klassenauseinandersetzungen in den skandinavischen Ländern und in Holland. Die soziale und politische Krise in Spanien spitzt sich weiter zu. In allen Klassenschlachten der letzten Zeit spielen die Gewerkschaftsorganisationen der Werktätigen, besonders die des Weltgewerkschaftsbundes, eine bedeutende und ständig wachsende Rolle.

Die Beratung der Bruderparteien folgerte bekanntlich, daß die gegenwärtigen großen Schlachten der Arbeiterklasse Vorboten neuer Klassenkämpfe sind, die zu fundamentalen gesellschaftlichen Umgestaltungen, zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Schichten der Werktätigen führen können.

Gleichzeitig, Genossen, ist der Imperialismus einem immer stärkeren Ansturm der Kräfte ausgesetzt, die aus dem nationalen Befreiungskampf hervorgegangen sind, vor allem von seiten der jungen unabhängigen, antiimperialistisch eingestellten Staaten Asiens und Afrikas.

Die Hauptsache ist, daß *der nationale Befreiungskampf in vielen Ländern praktisch anfängt, in einen Kampf gegen die sowohl feudalen als auch kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse umzuschlagen.*

Heute gibt es in Asien und Afrika bereits viele Länder, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschritten, d. h. Kurs darauf genommen haben, in der Perspektive die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Diesen Weg gehen jetzt viele Staaten. In ihnen vollziehen sich in zunehmendem Maße einschneidende soziale Wandlungen, die den Interessen der Volksmassen entsprechen und die nationale Unabhängigkeit festigen.

Der Vormarsch der Kräfte der nationalen und sozialen Befreiung gegen die Herrschaft des Imperialismus tritt in verschiedenen Formen in Erscheinung. So wird in Ländern, die sich auf den Sozialismus orientieren, das Eigentum imperialistischer Monopole nationalisiert. Dadurch kann der staatliche Sektor, der im Grunde genommen die ökonomische Basis der revolutionär-demokratischen Politik bildet, verstärkt und entwickelt werden. In einem solchen Lande wie der Vereinigten Arabischen Republik stellt jetzt der staatliche Sektor 85 Prozent der gesamten Industrieproduktion, in Burma kontrolliert der staatliche Sektor über 80 Prozent der extraktiven und etwa 60 Prozent der verarbeitenden Industrie. Neue durchgreifende Maßnahmen zur Nationalisierung imperialistischen Eigentums wurden in Algerien ergriffen. Viele ausländische Unternehmungen, Banken und Handelsgesellschaften wurden in Guinea, Sudan, Somalia und Tansania verstaatlicht.

Ernste Maßnahmen sollen auch eine so komplizierte Frage lösen, die das Schicksal der Millionenmassen der Bauernschaft berührt, wie die Frage des Grund und Bodens. Spricht man nur vom abgelaufenen Jahrfünft, so sind wichtige agrarische Umgestaltungen in der VAR und in Syrien zu verzeichnen, sie wurden auch in Sudan und Somalia eingeleitet. In Algerien wurde dieses Jahr eine Agrarreform angekündet. In der Volksrepublik Kongo (Brazzaville) wurde der ganze Boden mitsamt den Bodenschätzen verstaatlicht.

Selbstverständlich ist eine grundlegende Umgestaltung rückständiger Gesellschaftsbeziehungen auf nichtkapitalistischer Grundlage, zudem noch bei unaufhörlichen Angriffen der Neokolonialisten und der einheimischen Reaktion, alles andere als leicht. Um so wichtiger ist es, daß die Staaten der sozialistischen Orientierung trotz aller Schwierigkeiten auf dem von ihnen gewählten Weg immer weiter vorankommen.

Nicht in allen ehemaligen Kolonien und abhängigen Ländern sind die fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen so weit gediehen. Aber der Kampf gegen die Kräfte der Reaktion, gegen die Strohmänner des Imperialismus tobt überall, und in manchen Ländern haben die fortschrittlichen Kräfte bereits nennenswerte Errungenschaften aufzuweisen. Es genügt, sagen wir, solche Ereignisse in Erinnerung zu rufen wie die jüngste Nationalisierung der Großbanken in Indien und den imposanten Sieg über die Rechtskräfte bei den letzten Wahlen zur Volkskammer des indischen Parlaments. Das beweist, daß die Volksmassen dieses Landes entschieden gegen die reaktionären, proimperialistischen Kräfte auftreten, für eine Bodenreform und andere sozialökonomische Umgestaltungen, für eine internationale Politik des Friedens und der Freundschaft. Ernste soziale Wandlungen gingen auf Ceylon und in Nigeria vor sich.

Trotz aller Schwierigkeiten und sogar einzelner Niederlagen vollzieht sich in weiten Räumen der Welt ein vielgestaltiger Prozeß gesellschaftlicher Wandlungen. Die Werktätigen erringen im Kampf um ihre Rechte, um wahre Freiheit und ein menschenwürdiges Dasein wichtige Siege. Die Patrioten der immer noch im Kolonialjoch schmachtenden Länder setzen ihren Befreiungskampf unerschrocken fort.

Was unser Land betrifft, so unterstützt es diesen gerechten Kampf rückhaltlos. Die politische und ökonomische Zusammenarbeit der UdSSR mit den Ländern, die sich befreit haben, hat in diesen Jahren einen weiteren Auftrieb erfahren. Unser Handel mit ihnen wächst. Mit unserer Beteiligung wurden in vielen Staaten Asiens und Afrikas Dutzende Industrie- und Agrarbetriebe erbaut. Wir leisten auch unseren Beitrag zur Schulung von Fachkräften für diese Länder. Und all das geschieht jeweils im beiderseitigen Interesse.

Große Wandlungen vollziehen sich im Leben einer Anzahl Länder Lateinamerikas. Das wichtigste Ereignis war der Sieg der Volkseinheit in Chile. Zum erstenmal in der ganzen Geschichte des Kontinents erwirkte hier das Volk auf verfassungsmäßigem Wege die Bildung einer Regierung, die es haben will und der es vertraut. Das rief die Wut der inneren Reaktion und des Yankee-Imperialismus hervor, die das chilenische Volk seiner Errungenschaften berauben wollen. Aber das Volk Chiles ist fest entschlossen, auf dem von ihm gewählten Weg zu bleiben. Die Werktätigen der anderen Länder Lateinamerikas unterstützen den fortschrittlichen Kurs Chiles. Gegen die Knechtung durch USA-Monopole kämpfen die Regierungen Perus und Boliviens.

Es erfüllt sich die Prophezeiung des großen Lenin, daß die Völker der Kolonien und abhängigen Länder, die mit dem Kampf um ihre nationale Freiheit begonnen haben, dann zum Kampf gegen die Grundlagen der Ausbeuterordnung kommen werden. Selbstverständlich ist das ein unerhört harter Schlag gegen die gesamten Positionen des Kapitalismus als gesellschaftlichen Weltsystems.

Genossen! Der Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus hängt in vieler Hinsicht vom Zusammenschluß der antiimperialistischen Kräfte und vor allem ihrer Avantgarde, *der kommunistischen Weltbewegung*, ab. In den vergangenen fünf Jahren hat unsere Partei gemeinsam mit den anderen Bruderparteien viel getan, um diesen Zusammenhalt, um die Einheit der kommunistischen Reihen zu stärken.

Diese Aufgabe war kompliziert. Gerade in der Berichtsperiode wurden mit nie dagewener Schärfe Versuche unternommen, von verschiedener Seite den Marxismus-Leninismus als ideologisch-theoretische Grundlage für das Wirken der kommunistischen Bewegung anzugreifen. Die chinesische Führung ging dazu über, in verschiedenen Ländern unter dem Aushängeschild sogenannter marxistisch-leninistischer Parteien Spaltergruppierungen zu bilden, und zwar mit der deutlichen Absicht, sie im Gegensatz zur internationalen kommunistischen Bewegung schlecht und recht zusammenzufassen. Oft genug verbündeten sich mit diesen Gruppierungen Trotzkisten. Da und dort aktivierten sich Tendenzen zur nationalistischen Selbstisolierung, erhielt der „linke" wie auch der rechte Opportunismus neuen Auftrieb.

Das Hauptziel war: Eine Wendung zum Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung, zur Festigung ihrer ideologischen Grundlage herbeizuführen. Zu einer wichtigen Etappe im Kampf um dieses Ziel wurden 1967 die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Karlovy Vary sowie mehrere andere internationale Treffen der Kommunisten. Die Folge war, daß die Einberufung einer Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Ihr gingen umfassende Vorbereitungen voraus. Sie wissen, Genossen, daß unsere Partei, das ZK der KPdSU einen erheblichen Beitrag sowohl zur Erarbeitung der Idee einer solchen Beratung wie auch zu ihrer Vorbereitung geleistet haben.

Die Beratung war ein großer Schritt vorwärts zur Festigung der Einheit der Kommunisten und zur Konsolidierung aller antiimperialistischen Kräfte. Sie leistete viel für die Entwicklung verschiedener Leitsätze der marxistisch-leninistischen Theorie in Anwendung auf die gegenwärtige Lage. Es bestätigte sich, daß eine solche überaus breite und repräsentative Form der Kontakte zwischen den Bruderparteien den Erfordernissen der kommunistischen Bewegung als einer internationalen Kraft entspricht. Unsere Partei ist voll und ganz mit der Schlußfolgerung der Beratungsteilnehmer einverstanden, daß es zweckmäßig ist, je nach Bedarf solche internationale Foren der Bruderparteien zu verantstalten. Es wäre von Nutzen, wenn sie fest in die Praxis der kommunistischen Weltbewegung eingehen würden.

Von größter Bedeutung für den Zusammenschluß der kommunistischen Bewegung waren auch die Feiern des 100. Geburtstags W. I. Lenins, die wahrlich weltweiten Charakter annahmen. Die Beratung der kommunistischen Parteien zeigte ebenso wie das Lenin-Jubiläum aufs neue die Lebensfähigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre und gab der Aktivität der Bruderparteien im Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, gegen den Imperialismus, gegen seine Helfershelfer in der Arbeiterbewegung neuen Auftrieb.

Im großen und ganzen liegt aller Grund zu der Behauptung vor, daß der Zusammenhalt der internationalen kommunistischen Bewegung immer mehr erstarkt, daß die ersprießlichen bi- und multilateralen Verbindungen zwischen den Parteien immer aktiver werden. Unsere Partei begrüßt das. Sie wird auch künftighin dazu beitragen, daß sich die Arbeit eben in der Richtung entwickelt.

Aber wir dürfen, Genossen, auch den Umstand nicht außer acht lassen, daß noch nicht überall negative Erscheinungen überwunden sind. Nach wie vor ist der Kampf gegen den rechten und den „linken" Revisionismus, gegen den Nationalismus aktuell. Gerade auf die nationalistischen Tendenzen und insbesondere auf diejenigen von ihnen, die sich als Antisowjetismus präsentieren, spekulieren heute am liebsten die bürgerlichen Ideologen, die bürgerliche Propaganda im Kampfe gegen den Sozialismus und die kommunistische Bewegung. Sie spornen die opportunistischen Elemente in den kommunistischen Parteien zu einer Art ideologischem Geschäft an. Sie sagen ihnen gleichsam: Beweist, daß ihr gegen die Sowjetmacht seid, und wir werden bereit sein zu verkünden, daß ihr die wahren „Marxisten" seid und durchaus „selbständige Positionen" bezieht. Der Lauf der Ereignisse zeigt übrigens, daß solche Leute auch zum Kampf gegen die kommunistischen Parteien ihrer Länder übergehen. Beispiele dafür sind die Renegaten vom Schlage Garaudys in Frankreich, Fischers in Österreich, Petkoffs in Venezuela, die Leute der Manifesto-Gruppe in Italien. Die Bruderparteien betrachten den Kampf gegen derartige Elemente als wichtige Voraussetzung für die Festigung ihrer Reihen. Somit bezeugen selbst diese Beispiele, deren Aufzählung sich übrigens fortsetzen ließe, daß der Kampf gegen Revisionismus und Nationalismus eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Parteien bleibt.

Genossen! Im Kampfe gegen den Imperialismus spielen die revolutionär-demokratischen Parteien, von denen viele den Sozialismus zu ihrem programmatischen Ziel erklären, eine immer größere Rolle. Die KPdSU entwickelt aktiv die Verbindungen mit ihnen. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenarbeit solcher Parteien mit den kommunistischen Parteien, darunter auch in ihren Ländern, den Interessen der antiimperialistischen Bewegung, der Festigung der nationalen Unabhängigkeit und dem sozialen Fortschritt durchaus entspricht. Wir pflegen und entwickeln die Beziehungen zu den linkssozialistischen Parteien einer Anzahl Länder des Westens, Ostens und Lateinamerikas. In dieser Hinsicht wurde in den letzten Jahren ziemlich aktiv gearbeitet.

Entsprechend der Linie der internationalen Beratung von 1969 ist die KPdSU bereit, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Kampfe für Frieden und Demokratie wie auch im Kampfe für den Sozialismus zu entwickeln, ohne selbstverständlich dabei ihre Ideologie, ihre revolutionären Prinzipien aufzugeben. Diese Linie der Kommunisten begegnet jedoch einem hartnäckigen Widerstand der rechten Führer der Sozialdemokraten. Unsere Partei bekämpfte unversöhnlich jede Haltung, die die Arbeiterbewegung den Interessen des Monopolkapitals unterordnet, den Kampf der Werktätigen für Frieden, Demokratie und Sozialismus untergräbt, und sie wird es auch in Zukunft tun.

Genossen! Den Kommunisten sind die schwersten Prüfungen zuteil geworden, die den Kämpfern für die Sache des Volkes jemals beschieden waren. Aber wir gedenken der Worte Lenins, daß die „unverbrüchliche Treue zur Revolution und der revolutionäre Appell an das Volk auch dann nicht vergebens sind, wenn ganze Jahrzehnte die Ernte von der Saat trennen" (Lenin, Werke, Dietz Verlag Berlin, Bd. 18, S. 16). Die Saat der Ideen der Kommunisten ist in der Praxis des realen Sozialismus, im Bewußtsein und Handeln von Millionen und aber Millionen Menschen großartig aufgegangen.

Die Kommunisten der Sowjetunion wissen die riesige Arbeit der verbrüderten kommunistischen und Arbeiterparteien in ihren Ländern hoch zu schätzen. Wir wissen genau,

wie schwer diese Arbeit ist, welch eine Aufopferung, welch eine hingebungsvolle Treue zu unseren gemeinsamen großen Idealen sie erfordert. Heute wollen wir unseren Mitstreitern, den Kommunisten der ganzen Welt, noch einmal versichern: Unsere Partei wird stets zusammen mit Ihnen, liebe Freunde, in eng geschlossenen Kampfesreihen marschieren!

Wir werden niemals jene gewaltigen Opfer vergessen, die im Kampf gebracht werden mußten. Die Namen der Helden der kommunistischen Bewegung, Vorbilder des Muts und der Treue zur Sache der Arbeiterklasse, werden allen wirklichen Revolutionären stets heilig bleiben. Die Partei Lenins, das Sowjetvolk, das als erstes das Banner der siegreichen sozialistischen Revolution erhob, wird sie immer heilig halten.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird im Bewußtsein ihrer internationalen Pflicht auch künftighin in der internationalen Politik eine Linie befolgen, die zur weiteren Aktivierung des weltumspannenden antiimperialistischen Kampfes, zur Festigung der Kampfeinheit aller seiner Teilnehmer beiträgt.

Der volle Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt ist unausbleiblich. Und für diesen Triumph, für das Glück des werktätigen Volkes werden wir kämpfen, ohne unsere Kräfte zu schonen!

*

Genossen! In der Berichtsperiode taten das Zentralkomitee und die Sowjetregierung alles, was in ihren Kräften stand, um dem Aufbau des Kommunismus in der UdSSR friedliche Bedingungen zu sichern, um das Vorgehen der aggressiven imperialistischen Kräfte zu entlarven und zu vereiteln, um den Sozialismus, die Völkerfreiheit, den Frieden zu verteidigen.

Die entschiedene Abwehr der Aggression verknüpfte sich in unserer Politik stets mit einer konstruktiven Linie zur Regelung spruchreifer internationaler Probleme, zur Aufrechterhaltung normaler und dort, wo es die Lage gestattete, guter Beziehungen zu Staaten, die einem anderen sozialen System angehören. Wie zuvor vertraten wir konsequent das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Heute hat sich dieses Prinzip in einen realen Faktor der internationalen Entwicklung verwandelt.

Gestatten Sie mir, bei jenen wichtigsten internationalen Problemen zu verweilen, die infolge ihres akuten Charakters oder ihrer Bedeutung für die Zukunft unser besonderes Augenmerk erforderten.

Vor allem zu den Ereignissen in Südostasien. Nicht mit Siegeslorbeer, sondern mit Zehntausenden Totenkränzen präsentiert sich dem amerikanischen Volk der von den regierenden Kreisen der USA in diesem Raum entfesselte aggressive Krieg. Alle, die fähig sind, die Dinge real einzuschätzen, müssen klar sehen, daß sich die Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes, Herr im eigenen Lande zu werden, weder durch direkte militärische Intervention noch durch Sabotage der Verhandlungen oder durch Eskalation des Einsatzes von Söldnern brechen läßt.

Die sogenannte Vietnamisierung des Krieges, d. h. der Plan zur Ausrottung von Vietnamesen durch Vietnamesen im Interesse Washingtons, die Ausweitung der Aggression auf Kambodscha und Laos — all das wird Amerika aus dem Morast des schmutzigen Indochinakrieges nicht herausretten, wird die Schmach nicht tilgen, die über dieses Land durch diejenigen gebracht wurde, die die Aggression entfesselt haben und fortsetzen. Es gibt nur einen Weg zur Lösung des Vietnamproblems. Er ist in den Vorschlägen der Regierung der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam klar aufgezeigt worden, Vorschlägen, die wir entschieden unterstützen.

Die Sowjetunion verlangt mit aller Entschiedenheit die Einstellung der imperialistischen Aggression gegen die Völker von Vietnam, Kambodscha und Laos. Unser Land war, ist und bleibt ein aktiver Vorkämpfer der gerechten Sache der heroischen Völker Indochinas. Ein anderer „heißer Punkt" der Weltpolitik ist der Nahe Osten.

Die Krise, die durch den Überfall Israels auf die VAR, Syrien und Jordanien ausgelöst wurde, gehört zu den akutesten in der Entwicklung der internationalen Beziehungen während der vergangenen Zeit.

Gemeinsam mit den sozialistischen Bruderländern haben wir alles Nötige unternommen, um der Aggression Einhalt zu gebieten und sie zu verurteilen. Mit aller Schärfe stellten wir diese Frage im Sicherheitsrat der UNO. Auf unsere Forderung hin wurde eine Sondertagung der Vollversammlung abgehalten. Die UdSSR und andere Bruderländer brachen die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab, das den UNO-Beschluß über die Feuereinstellung ignorierte. Unser Land half das Verteidigungspotential der von der Invasion heimgesuchten arabischen Staaten, vor allem der VAR und Syriens, wiederherstellen; die Zusammenarbeit mit den letzteren erstarkt von Jahr zu Jahr.

Unlängst trat die Vereinigte Arabische Republik mit wichtigen Initiativen hervor. Sie erklärte, daß sie das Angebot des UNO-Sonderbevollmächtigten Jarring akzeptiert und bereit ist, mit Israel ein Friedensabkommen zu schließen, wenn die israelischen Truppen von den besetzten arabischen Gebieten abgezogen werden. Die VAR schlug ferner Maßnahmen vor, um schon in nächster Zeit die Schiffahrt auf dem Suezkanal wiederaufzunehmen. So bietet die Position der arabischen Seite eine reale Grundlage für die Beilegung der Krise im Nahen Osten. Die Tatsache, daß die Regierung Israels alle diese Angebote zurückgewiesen hat, und die jetzt unverblümt verkündeten schamlosen Ansprüche Tel Avivs auf arabische Gebiete zeigen mit aller Klarheit, wer dem Frieden im Nahen Osten im Wege steht, durch wessen Schuld ein gefährlicher Kriegsherd in diesem Raum weiter schwelt. Gleichzeitig wird die unansehnliche Rolle derjenigen, die die israelischen Extremisten ermuntern, nämlich die Rolle des amerikanischen Imperialismus und des internationalen Zionismus als Werkzeug der aggressiven imperialistischen Kreise, noch augenfälliger.

Indessen sollte Tel Aviv die Dinge nüchtern sehen. Hoffen etwa die regierenden Kreise Israels, es werde ihnen gelingen, die annektierten fremden Gebiete in ihrer Hand zu behalten und ungestraft zu bleiben? Die Vorteile, die sich Eroberer durch einen Raubüberfall sichern, sind im Endeffekt illusorisch. Sie werden verschwinden wie die Fata Morgana im Sande Sinais. Und je länger die politische Regelung im Nahen Osten verschleppt wird, desto stärker wächst die Empörung der Weltöffentlichkeit, der Haß der arabischen Völker auf den Aggressor und seine Schirmherren, desto größer wird der Schaden, den die Herrscher Israels ihrem Volk, ihrem Lande zufügen.

Die Sowjetunion wird auch in Zukunft ihre arabischen Freunde unentwegt unterstützen. Unser Land ist bereit, zusammen mit anderen Mächten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, an internationalen Garantien für eine politische Regelung im Nahen Osten teilzunehmen.

Danach ließen sich unseres Erachtens die weiteren Schritte prüfen, die auf eine militärische Entspannung in diesem ganzen Raum, speziell auf die Verwandlung des Mittelmeers in ein Meer des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit abzielen.

Genossen! Eine der wichtigsten Sphären unserer außenpolitischen Aktivität war in all diesen Jahren Europa.

Wichtige positive Auswirkungen auf den ganzen Lauf der europäischen Angelegenheiten hatte die Verbesserung der sowjetisch-französischen Beziehungen. Durch die jüngsten Moskauer Verhandlungen mit dem Präsidenten Frankreichs sowie durch die Unterzeichnung des Protokolls über politische Konsultationen wurden die Möglichkeiten der sowjetisch-französischen Zusammenarbeit erweitert. Die Freundschaft unserer Völker beruht auf langwährenden geschichtlichen Traditionen. Unsere Staaten haben auch heute viele gemeinsame Interessen. Wir sind für die weitere Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich. Wir erkennen darin einen wichtigen Faktor der internationalen Sicherheit.

Neue Perspektiven in Europa eröffnen sich infolge des wesentlichen Fortschritts in unseren Beziehungen zur BRD.

Während der ganzen Nachkriegszeit gingen wir wie auch unsere Verbündeten und Freunde davon aus, daß die Grundlage eines dauerhaften Friedens in Europa vor allem die Unverrückbarkeit der Grenzen der europäischen Staaten ist. Jetzt wird die Unverrückbarkeit der Grenzen, darunter auch zwischen der DDR und der BRD wie auch der Westgrenze des polnischen Staates, durch die Verträge der Sowjetunion und Polens mit der BRD eindeutig bestätigt.

Im Hinblick auf die Ratifizierung der erwähnten Verträge geht in Westdeutschland eine ausgeprägte Differenzierung der politischen Kräfte vor sich. Es ist anzunehmen, daß die realistisch denkenden Kreise in Bonn wie auch in manchen anderen westlichen Hauptstädten die einfache Wahrheit begreifen. Eine Verschleppung der Ratifizierung würde eine neue Vertrauenskrise der gesamten Politik der BRD hervorrufen, das politische Klima in Europa und die Aussichten auf eine internationale Entspannung verschlechtern.

Was die Sowjetunion betrifft, so ist sie bereit, die Verpflichtungen, die sie mit dem Abschluß des sowjetisch-westdeutschen Vertrages übernahm, zu erfüllen. Wir sind bereit, unser Stück Weges zur Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der BRD und dem sozialistischen Teil Europas zu gehen, falls sich selbstverständlich die andere Seite an den Buchstaben und Geist dieses Vertrages hält.

Die positiven Wandlungen, die in letzter Zeit in Europa zu verzeichnen sind, bedeuten keineswegs, daß die Probleme, die der Zweite Weltkrieg Europa beschert hat, restlos gelöst sind. Was ist zu unternehmen, um die Lage in Europa weiter zu verbessern, um bei der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa, bei der Entwicklung sowohl einer bilateralen als auch einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit voranzukommen? Der Verbesserung der Lage in ganz Europa könnte eine gesamteuropäische Konferenz dienlich sein. Zur Zeit sind die meisten europäischen Staaten dafür. Ihre Vorbereitung verlagert sich in den Bereich der praktischen Politik. Aber die Versuche, eine Entspannung in Europa zu verhindern, hören nicht auf. Allen Staaten dieses Kontinents stehen noch ernste Anstrengungen bevor, damit eine gesamteuropäische Konferenz zustande kommt.

Selbstverständlich müssen zur Sanierung der Lage auf dem Kontinent der sowjetisch-westdeutsche und der polnisch-westdeutsche Vertrag recht bald in Kraft treten.

Auch müssen die Probleme Westberlins geregelt werden. Wenn die USA, Frankreich und England ebenso wie wir die alliierten Abkommen über den Sonderstatus von Westberlin respektieren, wenn sie die souveränen Rechte der DDR als eines unabhängigen sozialistischen Staates respektieren, dann können die gegenwärtigen Verhandlungen zum Vorteil aller interessierten Seiten, darunter auch der Westberliner Bevölkerung selbst, erfolgreich zum Abschluß gebracht werden.

Es ist ferner eine aktuelle Aufgabe, gleichberechtigte Beziehungen zwischen der DDR und der BRD herzustellen, die auf den allgemeingültigen Regeln des Völkerrechts beruhen, sowie diese beiden Staaten in die UNO aufzunehmen.

Von erheblicher Bedeutung muß auch die Erfüllung der berechtigten Forderung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sein, das Münchener Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären.

Genossen! Eines der wichtigsten internationalen Gegenwartsprobleme ist die Abrüstung. Wir waren bestrebt, konkrete Resultate zu erzielen, die die Kriegsgfahr vermindern, nicht zuzulassen, daß sich die Völker mit dem Wettrüsten als einem unvermeidlichen Übel abfinden.

In der Berichtsperiode ist der Kernwaffensperrvertrag vorbereitet worden und in Kraft getreten. Und obwohl noch nicht alle Staaten, darunter nicht alle Kernmächte, zu seinen Partnern geworden sind, engt er in bestimmtem Maße die Gefahr eines Kernkrieges ein. Wichtig ist jetzt, daß die BRD, Japan, Italien und andere Länder ihre Unterschriften unter diesem Vertrag durch seine Ratifizierung bekräftigen.

Es wurden Verträge geschlossen, die die Unterbringung von Kernwaffen im Weltraum wie auch am Grunde der Meere und Ozeane verbieten. Jedoch ist das Erreichte nur ein Anfang.

Unser Ziel ist, eine Lage herbeizuführen, in der die Kernenergie ausschließlich friedlichen Zielen dient.

Wir verhandeln mit den USA über eine Einschränkung der strategischen Rüstungen. Der günstige Abschluß dieser Verhandlungen würde es ermöglichen, einen neuen Turnus des Raketenwettrüstens zu vermeiden und bedeutende Mittel für Aufbauzwecke freizustellen. Wir wollen, daß diese Verhandlungen positive Ergebnisse zeitigen.

Es sei jedoch betont, daß Abrüstungsverhandlungen schlechthin, insbesondere aber solche, bei denen recht heikle militärtechnische Aspekte zur Debatte gestellt werden, nur dann produktiv sein können, wenn auf die Sicherheit der Partner in gleichem Maße Rücksicht genommen wird und niemand einseitige Vorteile erhaschen will.

Der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, sowohl in bezug auf die Kernwaffen wie auch in bezug auf die herkömmlichen Waffen, der Kampf für eine im Endergebnis allgemeine und vollständige Abrüstung wird auch in Zukunft eine der wichtigsten Zielrichtungen der außenpolitischen Aktivität der KPdSU, des Sowjetstaates sein.

Ziemlich aktiv und vielseitig waren in letzter Zeit die Beziehungen der UdSSR zu den Ländern der kapitalistischen Welt. Mit manchen von ihnen wurde die Zusammenarbeit in allgemeinen Fragen der internationalen Politik ausgebaut, werden politische Konsultationen, die zu einer besseren gegenseitigen Verständigung beitragen, nunmehr praktiziert. In bedeutenden Ausmaßen werden ökonomische und wissenschaftlich-technische Verbindungen unterhalten, die in mehreren Fällen eine langfristige Grundlage erhielten. Beispielsweise arbeiten wir — natürlich zu gegenseitig vorteilhaften Bedingungen — zusammen mit Italien beim Bau des Autowerks an der Wolga, mit Österreich und einigen anderen Ländern bei der Entwicklung der Gasindustrie, darunter beim Legen von Gasleitungen aus der Sowjetunion nach Westeuropa. Kürzlich wurde die Beteiligung der Sowjetunion am Bau eines Hüttenkomplexes in Frankreich vereinbart. Japanische Firmen werden mit uns bei der Anlage eines neuen Hafens im Fernen Osten zusammenarbeiten. Im Stadium der Vorbesprechungen befinden sich auch andere Großprojekte, für die unsere Geschäftspartner lebhaftes Interesse zeigen.

Wie immer schenken wir den Beziehungen zu unseren Nachbarn große Beachtung. Die gutnachbarlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Finnland wurden weiterhin verstärkt; erfolgreich entwickeln sich die Beziehungen zu Afghanistan und dem Iran. Wir unterhalten normale Beziehungen zu Pakistan und zur Türkei; stabil sind die Beziehungen zu Schweden.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Indien haben eine beträchtliche Entwicklung erfahren. Der friedliebende, unabhängige internationale Kurs der Regierung Indiens, die Freundschaftsgefühle, die traditionsgemäß die Völker beider Länder miteinander verbinden, — all das trägt zur Vertiefung der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit bei.

Wir sehen erhebliche Möglichkeiten eines weiteren Ausbaus der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit Japan, obwohl die Versuche gewisser japanischer Kreise, die sogenannte Territorialfrage auszuschlachten, den sowjetisch-japanischen Beziehungen selbstverständlich nicht zum Nutzen gereichen. Ihre vollständige Normalisierung auf entsprechender vertraglicher Grundlage wird auch dadurch erschwert, daß in Japan ausländische Militärstützpunkte vorhanden sind. Indessen würde eine solche Normalisierung den langfristigen Interessen der Völker beider Länder, den Interessen des Friedens im Fernen Osten und im Pazifikraum entsprechen.

Nun über die Beziehungen der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wäre im Interesse des sowjetischen und des amerikanischen Volkes, im Interesse der Festigung des Friedens. Wir können jedoch an den aggressiven Handlungen der USA in verschiedenen Bereichen der Welt nicht vorübergehen. In letzter Zeit hat die amerikanische Administration ihre Haltung zu manchen internationalen Fragen verhärtet, darunter auch Fragen, die die Interessen der Sowjetunion berühren. Erschwert werden die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auch durch die häufigen Zickzack-Wendungen der amerikanischen Außenpolitik,

die offenbar mit irgendwelchen innerpolitischen Konjunkturmanövern zusammenhängen. Wir gehen davon aus, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA möglich ist. Unsere grundsätzliche Linie gegenüber den kapitalistischen Ländern, darunter auch gegenüber den USA, besteht darin, konsequent und ausgiebig die Prinzipien der friedlichen Koexistenz praktisch zu verwirklichen, die gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zu entwickeln, mit den Staaten, die dazu bereit sind, zwecks Festigung des Friedens zusammenzuarbeiten und dabei die Beziehungen zu diesen Staaten so stabil wie möglich zu gestalten. Wir müssen uns aber klar sein, ob wir es mit dem wirklichen Wunsch zu tun haben, Fragen durch Verhandlungen zu lösen, oder mit einem Versuch, die „Politik der Stärke" zu betreiben.

Jedesmal, wenn die Imperialisten ihre aggressiven Maßnahmen tarnen müssen, versuchen sie, den Mythos von einer „sowjetischen Bedrohung" zu galvanisieren. Sie suchen Anzeichen einer solchen Bedrohung in den Tiefen des Indischen Ozeans und auf den Gipfeln der Kordilleren. Was aber die Ebenen Europas betrifft, so sehen sie auf ihnen, wenn sie durch die NATO-Feldstecher blicken, überhaupt nichts anderes als sowjetische Divisionen, die zum Sprung nach Westen ansetzen.

Aber die Versuche, der Sowjetunion Absichten anzudichten, die ihr fernliegen, können die Völker nicht irreführen. Mit aller Verantwortung erklären wir: Wir haben keinerlei Gebietsansprüche, an wen es auch sei, wir bedrohen niemand und haben nicht die Absicht, jemand zu überfallen, wir sind für eine freie und unabhängige Entwicklung aller Völker. Möge aber auch niemand versuchen, uns gegenüber die Sprache der Ultimaten und der Kraft zu gebrauchen.

Wir haben alles Nötige — sowohl die ehrliche Friedenspolitik als auch die militärische Macht und den Zusammenhalt des sowjetischen Volkes —, um die Unantastbarkeit unserer Grenzen gegen jeden Anschlag zu sichern und die Errungenschaften des Sozialismus zu schützen.

Genossen! Die Berichtsperiode hat das Vierteljahrhundert abgeschlossen, das nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands und des militaristischen Japan vergangen ist. Die Früchte dieses großen Sieges leben auch in der heutigen internationalen Realität. Das Sowjetvolk hält alles heilig, was es sich um einen so hohen Preis erkaufen mußte.

Bereits seit mehr als 25 Jahren lebt unser Volk im Frieden. Darin sehen wir eine gewaltige Errungenschaft der Außenpolitik unserer Partei. Bereits seit einem Vierteljahrhundert ist die Menschheit von einem Weltkrieg erlöst. Das Sowjetland, seine Außenpolitik haben einen wichtigen Beitrag auch zu dieser historischen Errungenschaft der Völker geleistet. Aber die Kräfte der Aggression und des Militarismus sind zwar zurückgedrängt, jedoch nicht unschädlich gemacht worden. In den Nachkriegsjahren haben sie mehr als dreißig Kriege und bewaffnete Konflikte verschiedenen Ausmaßes vom Zaune gebrochen. Man darf auch die Gefahr eines neuen Weltkrieges nicht als völlig behoben ansehen. Es ist das ureigenste Anliegen aller friedliebenden Staaten, aller Völker, zu verhindern, daß diese Gefahr Wirklichkeit wird.

Der aggressiven Politik des Imperialismus setzt die Sowjetunion die Politik der aktiven Verteidigung des Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit entgegen. Die Hauptrichtungen dieser Politik sind wohlbekannt. Unsere Partei, unser Sowjetstaat kämpfen schon seit vielen Jahren zusammen mit den Bruderländern, mit den anderen friedliebenden Staaten, von den Millionenmassen in der ganzen Welt heiß unterstützt, auf diesen Bahnen, indem sie den Frieden und die Völkerfreundschaft verteidigen. Als wichtigste konkrete Aufgaben dieses Kampfes betrachtet die KPdSU in der gegenwärtigen Lage folgendes.

Erstens: Die Kriegsherde in Südostasien und im Nahen Osten zu liquidieren und zur politischen Regelung in diesen Bereichen beizutragen, wobei die legitimen Rechte der von der Aggression betroffenen Staaten und Völker zu respektieren sind. — Unverzüglich und entschieden beliebige Akte der Aggression und der internationalen Willkür abzuwehren. Dazu sind auch die Möglichkeiten der Organisation der Vereinten Nationen in vollem Maße zu nutzen. — Der Verzicht auf Anwendung bzw. auf Androhung von Gewalt zwecks

Lösung strittiger Fragen muß zum Gesetz des internationalen Lebens erhoben werden. Den Ländern, die diesen Standpunkt teilen, bietet die Sowjetunion ihrerseits an, entsprechende bilaterale oder regionale Verträge zu schließen.

Zweitens: Ausgehend von der endgültigen Anerkennung der territorialen Veränderungen, die in Europa infolge des Zweiten Weltkrieges eingetreten sind, eine grundlegende Wendung zur Entspannung und zum Frieden auf diesem Kontinent herbeizuführen. Die Einberufung und den Erfolg der gesamteuropäischen Konferenz sicherzustellen. — Alles zu tun, um die kollektive Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Wir bestätigen die von den Teilnehmerländern des Warschauer Verteidigungsvertrages bekundete Bereitschaft zur gleichzeitigen Außerkraftsetzung dieses Vertrages und des Nordatlantikpaktes oder — als erster Schritt — zur Auflösung ihrer militärischen Organisationen.

Drittens: Verträge zu schließen, die die Kernwaffen, die chemischen und bakteriologischen Waffen verbieten. — Dafür einzutreten, daß die Kernwaffenversuche, einschließlich der unterirdischen, überall und von allen eingestellt werden. — Die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Bereichen der Welt zu unterstützen. — Wir sind für die Kernabrüstung aller Staaten, die Kernwaffen besitzen, für die Einberufung einer diesbezüglichen Konferenz der fünf Kernmächte: UdSSR, USA, VRCh, Frankreich und England.

Viertens: Den Kampf für die Einstellung jeder Art Wettrüsten zu aktivieren. Wir sprechen uns für eine Weltkonferenz aus, die sich mit den Fragen der Abrüstung in ihrem ganzen Umfang befassen soll. — Wir sind für die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte. Wir treten für die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in den Gegenden ein, wo die militärische Konfrontation besonders gefährlich ist, vor allem in Mitteleuropa. — Wir erachten für zweckmäßig, Maßnahmen zu erarbeiten, die die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Ausbruchs oder eines vorsätzlichen Fabrizierens bewaffneter Zwischenfälle und ihres Umschlagens in internationale Krisen, in einen Krieg vermindern. — Die Sowjetunion ist zu einer Vereinbarung über eine Einschränkung der Militärausgaben, vor allem seitens der großen Staaten, bereit.

Fünftens: Die UNO-Beschlüsse über die Liquidierung der noch vorhandenen Kolonialregime sind restlos zu verwirklichen. Erscheinungen des Rassismus und der Apartheid-Politik unterliegen allgemeiner Verurteilung und allgemeinem Boykott.

Sechstens: Die Sowjetunion ist bereit, auf allen Gebieten eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit den Staaten auszubauen, die dies ihrerseits anstreben. Unser Land ist bereit, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten an der Lösung solcher Probleme teilzunehmen wie der Erhaltung der natürlichen Umweltbedingungen, der Erschließung energetischer und anderer natürlicher Ressourcen, der Entwicklung von Verkehrs- und Fernmeldewesen, der Vorbeugung und Ausmerzung der gefährlichsten und meistverbreiteten Krankheiten, der Erforschung und Erschließung des Weltraumes sowie des Weltmeeres.

Dies ist in allgemeinen Zügen das Programm, mit dem unsere Partei hervortritt, das Programm des Kampfes für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

Und wir erklären, daß die Sowjetunion mit ihrer konsequenten Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft auch in Zukunft den Imperialismus entschlossen bekämpfen und die Machenschaften und Quertreibereien der Aggressoren entschieden zurückweisen wird. Nach wie vor werden wir den Kampf der Völker für Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus unbeirrbar unterstützen.

Genossen! Wie aus dem Gesagten ersichtlich, bestand das vergangene Jahrfünft aus Jahren aktiver und intensiver Tätigkeit unserer Partei und unseres Staates auf dem Gebiet der internationalen Politik.

Natürlich hängt in den internationalen Angelegenheiten nicht alles nur von uns oder von unseren Freunden ab. Nicht überall näherten wir uns den ins Auge gefaßten Zielen so schnell, wie es erwünscht gewesen wäre. Eine Anzahl wichtiger Aktionen ist noch nicht zum Abschluß gebracht, ihre Bedeutung wird erst später in vollem Maße zutage treten.

Aber die allgemeine Bilanz liegt auf der Hand: Innerhalb von fünf Jahren sind große Erfolge aufzuweisen. Die internationale Stellung unserer Heimat ist noch mehr erstarkt, ihre Autorität ist gewachsen, die friedliche Arbeit der Sowjetmenschen ist verläßlich gesichert.

A. N. Kossygin

Genossen! Eine wichtige Aufgabe des neunten Fünfjahresplans ist der weitere Ausbau der außenwirtschaftlichen Verbindungen, die auf die maximale Nutzung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung abzielt. Dies wird dazu beitragen, die internationalen Positionen der Sowjetunion zu konsolidieren, die Einheit und die wirtschaftliche Macht des sozialistischen Weltsystems zu festigen.

Eine besondere Stellung kommt in den außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zu. Das Gesamtvolumen des Warenumsatzes zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern hat sich während des Jahrfünfts auf fast das Anderthalbfache erweitert. Eine bedeutende Entwicklung hat die Produktions- sowie die wissenschaftlich-technische Kooperation der im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vereinigten Staaten erfahren.

Im Entwurf der Direktiven sind konkrete Schritte vorgesehen, die der planmäßigen Entwicklung einer engen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der UdSSR mit den Bruderländern gelten. Die Lieferungen vieler Arten von sowjetischen Industrieerzeugnissen, darunter denen des Maschinenbaus, der Chemie, der Roh- und Brennstoffe, werden beträchtlich zunehmen. So steigen die Erdöllieferungen an die RGW-Länder von 138 Millionen Tonnen in den Jahren 1966 bis 1970 auf 243 Millionen Tonnnen im neunten Planjahrfünft, die Erdgaslieferungen dementsprechend von 8 auf 33 Milliarden Kubikmeter, die von Elektroenergie von 14 auf 42 Milliarden Kilowattstunden, die von Eisenerz (in Metall umgerechnet) von 72 auf 94 Millionen Tonnen. Wir werden im neuen Planjahrfünft aus den RGW-Ländern Ausrüstungen für die chemische Industrie im Werte von 13 Milliarden Rubel, Mittel des Eisenbahn- und des Schiffahrtstransports für fast 3 Milliarden Rubel und industrielle Konsumgüter für mehr als 8,5 Milliarden Rubel einführen. Die wachsenden Lieferungen der RGW-Länder an die Sowjetunion werden es uns ermöglichen, verschiedene Bedürfnisse der Volkswirtschaft vollständiger zu befriedigen.

Das gegenwärtig in Arbeit befindliche Programm der sozialistischen Wirtschaftsintegration ist berufen, dazu beizutragen, daß die gewaltigen potentiellen Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit der RGW-Länder bietet, allseitig genutzt werden.

Unsere Planungs- und Wirtschaftsorgane werden zusammen mit den interessierten Ländern Gemeinschaftsvorhaben ausarbeiten, um einen bedeutenden Zuwachs an Brennstoff-, Rohstoff- und Metallressourcen zu sichern, die Spezialisierung und Kooperation in verschiedenen Wirtschaftszweigen anzubahnen. Erleichtert wird die Lösung dieser Probleme durch die sich entfaltende Tätigkeit der Internationalen Investitonsbank, die die Durchführung einer vereinbarten Investitionspolitik fördern wird. Diese 1970 gegründete Bank soll die enge Zusammenarbeit der RGW-Länder bei der gemeinsamen Finanzierung großer Bauprogramme gewährleisten.

In diesem Planjahrfünft wird unser Land der Vertiefung der allseitigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der auf dieser Grundlage erfolgenden Ausweitung des Außenhandels auch mit anderen sozialistischen Ländern — der Demokratischen Republik Vietnam, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Republik Kuba, der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien — große Aufmerksamkeit schenken.

Die Sowjetunion hat mehrere Schritte unternommen, um unseren Handel mit China zu entwickeln. Die Resultate in diesem Bereich entsprechen jedoch bei weitem nicht den realen Möglichkeiten beider Länder. Wir werden danach streben, daß sich die Handelsbeziehungen zu China in den bevorstehenden Jahren auf der Basis der Gleichheit und der Respektierung der beiderseitigen Interessen entwickeln können.

Im bevorstehenden Planjahrfünft ist eine weitere Ausdehnung der außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR mit den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vorgesehen. Was viele von ihnen — darunter Indien, Afghanistan, den Iran, Pakistan, die VAR, Syrien, den Irak und Algerien — angeht, so treten unser Handel und unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit in ein Stadium, bei dem man bereits von festgefügten, für alle Beteiligten nützlichen Wirtschaftsverbindungen sprechen kann. Unsere Zusammenarbeit mit ihnen, die auf den Grundsätzen der Gleichheit und der Respektierung der wechselseitigen Interessen beruht, nimmt den Charakter einer stabilen Arbeitsteilung an, die dem System der imperialistischen Ausbeutung in der Sphäre der Weltwirtschaftsbeziehungen entgegensteht. Zugleich erhält die Sowjetunion durch Ausbau des Handels mit den Entwicklungsstaaten die Möglichkeit, den eigenen volkswirtschaftlichen Bedarf vollständiger zu decken.

Man kann mit Gewißheit sagen, daß die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dazu angetan sind, die nationale Unabhängigkeit dieser Staaten zu festigen, der gemeinsamen Sache des Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt zu dienen.

Wir sind auch für eine Ausweitung der Handelsverbindungen mit den kapitalistischen Industrieländern. In unseren Wirtschaftsbeziehungen zu Finnland, Frankreich, Italien, Japan, der BRD und Österreich zeichnet sich die Tendenz zum Abschluß langfristiger Abkommen ab, die die handels-ökonomischen, wissenschaftlich-technischen Aspekte ebenso wie die des Kredits und der Finanzen umfassen. Das schafft zusätzliche Voraussetzungen für die Entwicklung des Handels.

Zeigen die Industrie- und Handelskreise der kapitalistischen Länder hinlängliches Interesse an der Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, so wird sich unser Handel mit ihnen mehr entwickeln.

Gewiß, die Größenordnungen unserer Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Ländern könnten ganz andere sein, wenn sich konstruktive Schritte ermöglichen ließen, um die aktuellen Probleme zu lösen, die gegenwärtig die internationale Lage so kompliziert machen.

Es ist z. B. bekannt, daß die Sowjetunion der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz sehr große Bedeutung beimißt. Uns ist völlig klar, daß die Abhaltung dieser Konferenz zur Festigung des Vertrauens in Europa beitragen und den Weg zu einer großangelegten wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bahnen würde. Dadurch ließen sich die Bedingungen für die Lösung von Problemen schaffen wie der Organisation der transkontinentalen Güterbeförderung, des Baus hochleistungsfähiger elektrischer Überlandleitungen und der darauf beruhenden Schaffung eines einheitlichen europäischen Verbundnetzes; dadurch ließen sich grundlegende Fortschritte bei der Lösung des Problems der Brennstoff- und Energiebilanz bewirken. Gleichzeitig würde das zur Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit in einem so wichtigen Bereich der menschlichen Tätigkeit wie dem Umweltschutz und vor allem der Reinhaltung der Europa umspülenden Meere sowie der rationellen Nutzung ihrer Ressourcen, der Vereinigung der Bemühungen der Wissenschaftler vieler Länder um die Heilung von Kreislaufkrankheiten, im Kampf gegen den Krebs beitragen.

Natürlich sind derartige Probleme nicht nur für Europa aktuell. Deshalb sind wir bereit, auf diesem Gebiet auch mit anderen Ländern, namentlich mit Kanada und Japan, zusammenzuarbeiten. Auch den Ausbau der wirtschaftlichen Verbindungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika schließen wir nicht aus, mit der Maßgabe, daß das Niveau dieser Verbindungen dem Wirtschaftspotential der beiden Länder mehr entspreche. Eine solche

Kritische Sachbücher

Wilfried v. Bredow

Der Primat militärischen Denkens

Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit

172 Seiten, glanzkartoniert DM 28,50

„Mit beachtlichem Aufwand an Literatur, Dokumenten und ungedruckten Materialien geht Bredow das alte Problem der Wissenssoziologie an, eine Verbindung von politischer Theorie und politischer Praxis einzuleiten."

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in der Bundeswehr

Schule der Anpassung und des Unfriedens

304 Seiten, engl. broschiert DM 9,80

In der Analyse des „lebenskundlichen Unterrichts" wird der Charakter der Militärseelsorge als antidemokratische und antisozialistische Propagandazentrale nachgewiesen.

Bamberg zeigt Alternativen für die Praktizierung christlichen Glaubens auch in der Armee und erklärt, wie der Militärseelsorge-Propagandaapparat juristisch angegriffen bzw. praktisch-politisch bekämpft und unterlaufen werden kann.

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD

312 Seiten, engl. broschiert DM 9,80

Darstellung des sich in der BRD allmählich herausbildenden „Militärisch-Industriellen Komplexes" — ein Vorgang, der sich nahezu völlig unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit vollzieht. Analysiert wird weiter die Rolle der „freien" Forschung und der Hochschulforschung für die Rüstung, die Stellung der Militärs und Rüstungsindustrie in den wichtigsten Planungs- und Leitungsgremien der Wissenschaftspolitik und die Legende von dem „zivilen" Nutzen der militärischen Forschung. Eine ausführliche Dokumentation mit statistischen Materialien und politischen Schlüsseldokumenten ergänzt den Band.

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer

Der Kampf gegen Atombewaffnung in den 50er Jahren

350 Seiten, glanzkartoniert DM 22,80

Die Erklärung der Göttinger Achtzehn gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vom 12. April 1957, die „Kampf-dem-Atomtod"-Kampagne vom Frühjahr und Frühsommer 1958 und der Berliner Studentenkongreß gegen Atomrüstung vom Januar 1959 bilden die Schwerpunkte der auf intensivem Quellenstudium beruhenden Analyse.

Pahl-Rugenstein

Zusammenarbeit wäre eine stabile Grundlage für die Festigung des Friedens und die Verständigung nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz.

Die Sowjetuntion, die sozialistischen Bruderländer treten unwandelbar für die friedliche Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung ein. Wir halten den Krieg nicht für unvermeidlich und sind deshalb für den wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den beiden Systemen. Wir sind gegen abgekapselte Gruppen von der Art des „Gemeinsamen Markts". Wir sind für eine weitgehende Entwicklung vielseitiger Wirtschaftsverbindungen ohne jegliche Diskriminierung. Das ist unsere grundsätzliche Position. Wir sind bereit, mit jedem Staat zusammenzuarbeiten, der seinerseits einen solchen Wunsch bekundet und sich nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz richtet. Diejenigen, die meinen, der Sowjetunion durch Restriktionen und Diskriminierung im Bereich der Wirtschaftsverbindungen schaden zu können, vergessen eins: Die Sowjetunion verfügt über solche Ressourcen, daß sie ihr durchaus die Möglichkeit einer unabhängigen Entwicklung sichern. Es ist notwendig, daß die Mitarbeiter der Planungsorgane, der Außenhandelsstellen und der Industrie an die Fragen des Ausbaus der außenwirtschaftlichen Verbindungen von der Warte ihres Nutzeffekts für die Volkswirtschaft als Ganzes herangehen, nicht aber von der Warte eines einzelnen Ressorts.

Die Entwicklung des Außenhandels, der Ausbau der internationalen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit muß zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des neuen Fünfjahresplans beitragen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Rentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

SACHS, Emanuel Salomon, lebt als Publizist in London. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem durch das Werk „Rebel's Daughters", wurde Emanuel Salomon Sachs auch in Deutschland bekannt. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HEMMERICH, Friedhelm,* geb. 1946 in Bad Homburg, studiert Volkswirtschaft und Soziologie in Freiburg; Mitarbeiter der Freiburger „Aktion Dritte Welt". *** *BEUTLER, Dr. Kurt,* geb. 1937 in Stuttgart, ist Professor für Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abt. Hannover, und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RUPP, Dr. Hans Karl,* geb. 1940 in Heilbronn, studierte Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Germanistik und Soziologie in Heidelberg und Bonn, heute Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1949 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen.

Bemerkungen

In der „Chronik des Monats März 1971" (Heft 4/1971, S. 327) sind unter dem 21. 3. — Rheinland/Pfalz — bedauerlicherweise zwei Zahlen vertauscht worden; auf die im neuen Landtag vertretenen drei Parteien entfiel der folgende Stimmenanteil: CDU 50,0 % (1967: 46,7 %); SPD 40,5 % (36,8 %); FDP 5,9 % (8,3 %).

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der bonner korrespondenz und des pläne-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

SACHS, Emanuel Salomon, lebt als Publizist in London. Durch eine Reihe von Buchveröffentlichungen, vor allem durch das Werk „Rebel's Daughters", wurde Emanuel Salomon Sachs auch in Deutschland bekannt. *** *ELLIESEN, Klaus,* geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HEMMERICH, Friedhelm,* geb. 1946 in Bad Homburg, studiert Volkswirtschaft und Soziologie in Freiburg; Mitarbeiter der Freiburger „Aktion Dritte Welt". *** *BEUTLER, Dr. Kurt,* geb. 1937 in Stuttgart, ist Professor für Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abt. Hannover, und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RUPP, Dr. Hans Karl,* geb. 1940 in Heilbronn, studierte Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Germanistik und Soziologie in Heidelberg und Bonn, heute Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *KORTE, Hermann,* geb. 1949 in Meppen/Ems, nach Abitur Ersatzdienst, anschließend Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie in Münster, Jugendbildungsreferent der IG Chemie-Papier-Keramik im Bezirk Westfalen.

Bemerkungen

In der „Chronik des Monats März 1971" (Heft 4/1971, S. 327) sind unter dem 21. 3. — Rheinland/Pfalz — bedauerlicherweise zwei Zahlen vertauscht worden; auf die im neuen Landtag vertretenen drei Parteien entfiel der folgende Stimmenanteil: CDU 50,0 % (1967: 46,7 %); SPD 40,5 % (36,8 %); FDP 5,9 % (8,3 %).

Dieser Ausgabe liegen Werbekarten der bonner korrespondenz und des pläne-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.